

Wortprotokoll

44. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

23. April 2020

Inhalt:

Eröffnung und Begrüßung

Mitteilungen des Vorsitzenden (Seite 5)

Trauerkundgebung für

LAbg. a.D. ÖkR Annemarie Brunner und LAbg. a. D. Mag. Dr. Franz Hofer (Seite 6)

Fragestunde:

Beilage 9186/2020: Anfrage der Abg. Schwarz an Landesrätin Gerstorfer, MBA (Seite 6)

Beilage 9187/2020: Anfrage des Abg. Mag. Lindner an Landesrat Hiegelsberger (Seite 10)

Beilage 9188/2020: Anfrage der Abg. Müllner, BA an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander (Seite 13)

Behandlung des Eingangs und Festlegung der Tagesordnung (Seite 18)

Geschäftsanträge:

Beilage 1335/2020: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend den Nachtrag zum Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Finanzjahr 2020

Redner/innen: Landeshauptmann Mag. Stelzer (Seite 19)
 Abg. KO KommR Ing. Mahr (Seite 20)
 Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz (Seite 21)
 Abg. KO Makor (Seite 22)
 Abg. KO Mag. Kirchmayr (Seite 24)

Beilage 1336/2020: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Oö. COVID-19-Gesetz

Redner/innen: Abg. Hingsamer (Seite 25)
 Abg. KO KommR Ing. Mahr (Seite 26)
 Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz (Seite 28)
 Abg. Promberger (Seite 29)

Beilage 1337/2020: Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Verwaltungsabgabengesetz 1974 geändert wird

Redner/innen: Abg. Bgm. Dr. Dörfel (Seite 31)
Abg. Dr. Ratt (Seite 31)
Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz (Seite 32)
Abg. Mag. Lindner (Seite 33)

Beilage 1338/2020: Initiativantrag betreffend Arbeitsstipendien für Künstler*innen

Redner/innen: Abg. Mayr (Seite 34)
Abg. Mag. Dr. Manhal (Seite 36)
Abg. Neubauer, MBA (Seite 37)
Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer (Seite 38)

Beilage 1339/2020: Initiativantrag betreffend ein Hilfspaket für Menschen in Oberösterreich

Redner/innen: Abg. KO Makor (Seite 40)
Abg. KO KommR Ing. Mahr (Seite 42)
Abg. Bgm. Froschauer (Seite 43)
Abg. Schwarz (Seite 44)

Verhandlungsgegenstände:

Beilage 1340/2020: Gemeinsame Erklärung aller Abgeordneten zum Oö. Landtag gemäß § 36 Oö. LGO 2009 anlässlich der COVID-19-Pandemie

Redner/innen: Abg. Präsident Stanek (Seite 46)
Landeshauptmann Mag. Stelzer (Seite 47)
Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner (Seite 50)
Landesrätin Gerstorfer, MBA (Seite 53)
Landesrat Kaineder (Seite 55)
Abg. KO Mag. Kirchmayr (Seite 57)
Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz (Seite 59)
Abg. KO Makor (Seite 62)
Abg. Präsident Dipl.-Ing. Dr. Cramer (Seite 64)

Beilage 1329/2020: Bericht des Ausschusses für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft betreffend Oö. Weinbaugesetz 2020

Berichterstatter/in: Abg. ÖkR Ecker (Seite 65)
Redner/innen: Abg. ÖkR Ecker (Seite 65)
Abg. Peutlberger-Naderer (Seite 66)
Abg. ÖkR Ing. Graf (Seite 67)
Abg. Mag. Bors (Seite 67)

Beilage 1330/2020: Bericht des Sozialausschusses betreffend die Oö. Heilvorkommen- und Kurortegesetz-Novelle 2020

Berichterstatter/in: Abg. Scheiblberger (Seite 68)
Redner/innen: Abg. Scheiblberger (Seite 68)
Abg. Peter Binder (Seite 69)

Abg. Dr. Ratt (Seite 70)
Abg. Schwarz (Seite 70)

Beilage 1331/2020: Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofs betreffend Pflege in Österreich

Berichtersteller/in: Abg. Peter Binder (Seite 72)

Redner/innen: Abg. Peter Binder (Seite 72)
Abg. Wall (Seite 73)
Abg. Schwarz (Seite 75)
Abg. Dr. Csar (Seite 78)

Beilage 1332/2020: Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofs betreffend Koordinierung von Qualitätszeichen im Lebensmittelbereich

Berichtersteller/in: Abg. KO Mag. Kirchmayr (Seite 80)

Redner/innen: Abg. KO Mag. Kirchmayr (Seite 80)
Abg. Bauer (Seite 81)
Abg. ÖkR Ing. Graf (Seite 82)
Abg. Mag. Bors (Seite 85)

Beilage 1333/2020: Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Folgeprüfung Management Landeswohnungen und Landesobjekt

Berichtersteller/in: Abg. Präsident Stanek (Seite 86)

Redner/innen: LRH-Dir. Ing. Dr. Pammer (Seite 87)
Abg. Pröllner (Seite 87)
Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz (Seite 89)
Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer (Seite 91)
Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer (Seite 93)
Abg. KO Makor (Seite 94)

Beilage 1334/2020: Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung Oö. Kinderbetreuungsbonus

Berichtersteller/in: Abg. Wall (Seite 96)

Redner/innen: LRH-Dir. Ing. Dr. Pammer (Seite 96)
Abg. Mag. Buchmayr (Seite 98)
Abg. Müllner, BA (Seite 101)
Abg. KommR Frauscher (Seite 102)
Abg. Sabine Binder (Seite 104)
Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner (Seite 105)

Beilage 1335/2020: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend den Nachtrag zum Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Finanzjahr 2020

Berichtersteller/in: Landeshauptmann Mag. Stelzer (Seite 108)

Redner/innen: Abg. KO Makor (Seite 108)

Landesrat Achleitner (Seite 109)
Abg. Schwarz (Seite 113)
Landesrätin Gerstorfer, MBA (Seite 117)
Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner (Seite 120)

Beilage 1336/2020: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Oö. COVID-19-Gesetz

und

Beilage 1337/2020: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Verwaltungsabgabengesetz 1974 geändert wird

Berichtersteller/in: Landeshauptmann Mag. Stelzer (Seite 123)

Redner/innen: Abg. Schießl (Seite 124)
Abg. Böker (Seite 127)

Vorsitz: Präsident Stanek
Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Dr. Cramer
Dritte Präsidentin Weichsler-Hauer

Schriftführer: Erste Schriftführerin Abg. Mag. Dr. Manhal

Anwesend:

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Mag. Stelzer, Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner, die Landesräte Achleitner, Gerstorfer, MBA, Hiegelsberger, Kaineder, KommR Ing. Klinger und Mag. Steinkellner

Die Mitglieder des Landtags, entschuldigt die Abgeordneten Tiefnig und Schaller

Landesamtsdirektor Ing. Dr. Watzl

Landtagsdirektor Dr. Steiner

Amtsschriftführer Mag. Dr. Griebler

(Beginn der Sitzung: 10.04 Uhr)

Präsident: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 44. Sitzung des Oö. Landtags und begrüße Sie alle dazu sehr herzlich. Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder des Oö. Landtags und der Oö. Landesregierung, die anwesenden Bundesräte, die Bediensteten der Landtagsdirektion und des Hauses, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, sowie die Zuseherinnen und Zuseher, die unsere Sitzung im Internet mitverfolgen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Erstmals in der Geschichte des Oö. Landtags findet die Plenarsitzung nicht im Landhaus statt. Damit hätte wahrscheinlich niemand von uns vor einigen Monaten gerechnet. Die derzeitige Ausnahmesituation hat besondere Schutzmaßnahmen gefordert, um die Gesundheit aller zu gewähren. Deshalb halten wir die heutige Sitzung hier im Oö. Kulturquartier ab. Ich bitte Sie alle ganz ganz herzlich, die notwendigen Maßnahmen einzuhalten.

Zusammenhalt und Hilfsbereitschaft, Eigenschaften, die Oberösterreich in der Vergangenheit ausgezeichnet haben und in dieser Zeit einmal mehr in den Vordergrund rücken. Dafür möchte ich auch von dieser Stelle allen Menschen in Oberösterreich für ihre Disziplin und das Mittragen sehr sehr herzlich danken! Vor allem aber jenen Menschen im medizinischen Bereich, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unseren Alten- und Pflegeheimen, bei den mobilen Diensten und den Mitarbeitern in den Rettungsorganisationen, der Polizei und dem Bundesheer, bei den Pädagoginnen und Pädagogen sowie den Krisenstäben des Landes und in den Bezirksverwaltungsbehörden, dem Herrn Landeshauptmann und der gesamten Landesregierung.

Ein besonderer Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsdirektion und allen, die heute mitwirken!

Das Coronavirus hat bereits vieles verändert und wird seine Spuren hinterlassen, gesellschaftlich, politisch, vor allem aber auch menschlich und wirtschaftlich. Aber gemeinsam werden wir auch diese herausfordernde Zeit schaffen.

Von der heutigen Sitzung entschuldigt sind die Abgeordneten Ferdinand Tiefnig und Hans Karl Schaller. Die amtliche Niederschrift über die 43. Sitzung des Oö. Landtags liegt in der Zeit von 24. April bis 1. Mai 2020 in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf.

Ich teile mit, dass der Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeits- und Innenausschuss in seiner Sitzung am 16. April 2020 einstimmig beschlossen hat, der gemäß § 8 in Verbindung mit § 4 und § 6, Abs. 2 und Ziff. 1 des Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetzes angezeigten leitenden Stellung von Herrn Landtagsabgeordneten Bürgermeister Mag. Dr. Christian Kolarik als Vertreterobmann des Verbandes Interkommunale Betriebsansiedlung Kronstorf, Hargelsberg B309 in der Gesellschafterversammlung der Inkoba B309 GmbH zuzustimmen, sowie das angezeigte Dienstverhältnis zu einer Gebietskörperschaft im Sinn des § 6a Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz zur Kenntnis zu nehmen. Diesen Beschluss bringe ich gem. § 7 Abs. 1 des Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetzes und gem. § 4 Ziff. 6 des Gesetzes über den Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss des Oö. Landtags dem Oö. Landtag zur Kenntnis.

Ich teile mit, dass seit der letzten Sitzung wiederum schriftliche Anfragen eingelangt sind. Wir haben Ihnen diese Anfragen und die schriftlich erteilten Antworten bereits im Wortlaut

übermittelt, sodass ich vorausgesetzt, dass dagegen kein Widerspruch erhoben wird, von näheren Angaben dazu an dieser Stelle Abstand nehme.

Weiters teile ich mit, dass im Kontrollausschuss eine Wahl stattgefunden hat, die folgendes Ergebnis erbrachte: Zweiter Obmann-Stellvertreter Wolfgang Stanek.

Wir kommen nun zu einer Trauerkundgebung und ich darf Sie ersuchen, sich von den Plätzen zu erheben. (Alle Anwesenden erheben sich von den Sitzen.)

Wir denken in dieser Stunde ganz besonders an unsere Kollegin Landtagsabgeordnete außer Dienst Ökonomierätin Annemarie Brunner. Frau Landtagsabgeordnete außer Dienst Annemarie Brunner ist am 28. März 2020, nur zwei Monate nach ihrem Ausscheiden aus dem Oö. Landtag, im 63. Lebensjahr verstorben. Annemarie Brunner wurde am 09. Juli 1957 in Schwertberg geboren. 2003 wurde sie in den Landtag gewählt. Dem sie bis vor kurzem angehörte. Während ihrer Zeit als Abgeordnete im Oö. Landtag war Annemarie Brunner Mitglied in den Ausschüssen für Umwelt, Frauenangelegenheiten und Kommunales und Land- und Forstwirtschaft.

Annemarie Brunner war eine überaus engagierte Politikerin, die vor allem ihre Erfahrungen als Landwirtin und als Landesbäuerin in die Arbeit, in den Oö. Landtag einbrachte. Insbesondere die nachhaltige Landwirtschaft, die Bewerbung regionaler Produkte, sowie die Weiterbildung und Vernetzung der Landwirtinnen und Landwirte waren ihr ein ganz besonderes Anliegen.

Viele von uns haben Annemarie Brunner nicht nur als engagierte Politikerin kennengelernt, sondern vor allem auch als besonders liebenswürdigen und liebenswerten Menschen. Viele von uns haben mit Annemarie eine gute Freundin verloren.

Wir denken in dieser Stunde auch an Herrn Landtagsabgeordneten außer Dienst Mag. Dr. Franz Hofer. Herr Dr. Hofer ist am 19. April 2020 im Alter von 90 Jahren verstorben. Er wurde am 08. Juli 1929 in Stroheim geboren und war Mitglied des Oö. Landtags. Er gehörte diesem von 1971 bis 1985 an. Während seiner Zeit als Abgeordneter war er Mitglied im Geschäftsordnungsausschuss sowie Obmann-Stellvertreter im Ausschuss für Verfassung und Verwaltung, als auch im Ausschuss für öffentliche Wohlfahrt. Bereits ab 1961 war er Gemeinderat in der Stadt Leonding, wo er von 1967 bis 1971 das Amt des Vizebürgermeisters ausübte.

Franz Hofer war über viele Jahre ein engagierter Kommunal- und Regionalpolitiker und setzte sich stets für die Anliegen der Gemeinden und der Menschen ein. Franz Hofer wurde für seine Tätigkeit mit dem goldenen Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich ausgezeichnet.

Wir werden beiden, Annemarie Brunner und Franz Hofer, stets ein ehrendes Andenken bewahren. (Gedenkminute)

Ich danke Ihnen.

Wir kommen nun zur Fragestunde. Eine Zusammenstellung der Anfragen haben wir auf ihren Plätzen aufgelegt. Ich beginne mit der Anfrage der Frau Abgeordneten Ulrike Schwarz an Frau Landesrätin Birgit Gerstorfer.

Abg. **Schwarz:** Das Land OÖ hat Sozialunternehmen den Versorgungsauftrag für Menschen mit Beeinträchtigung und mit psychischen oder sozialen Einschränkungen erteilt. Ein hoher

Anteil der KlientInnen gehört zur Risikogruppe der Covid-19-Erkrankungen. Um trotz der aktuellen Krisenzeit die Betreuung möglichst optimal und sicher für alle Beteiligten gewährleisten und auch in Zukunft stabil fortführen zu können, braucht es Planungssicherheit für die Träger. Ich möchte da auch den Dank an die Mitarbeiter in Behinderteneinrichtungen aussprechen, die teilweise ein bisschen vergessen werden.

Können Sie zur Aufrechterhaltung der Leistung für 60.000 KlientInnen mit Beeinträchtigungen oder psychischen Krankheiten den mit deren Versorgung beauftragten Sozialunternehmen die uneingeschränkte Leistungsfinanzierung im bestellten Ausmaß garantieren?

Landesrätin **Gerstorfer, MBA**: Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Regierung, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher zuhause vor den Bildschirmen! Ein etwas ungewöhnliches Bild stellt sich mir hier dar und auch die Abgeordneten schauen auch heute ein bisschen anders aus als üblicherweise. Es ist durchaus gewöhnungsbedürftig, muss man sagen.

Ja, wie du weißt, liebe Ulli, bin ich mir als Soziallandesrätin meiner Verantwortung gegenüber den Menschen mit Beeinträchtigungen und natürlich auch gegenüber den Trägern mehr als bewusst. Gerade die Krise stellt ganz enorme Herausforderungen für die Betroffenen dar, weil sie die bisher gewohnten und eingeübten Systeme auf eine Probe stellt und ganz besonders die Menschen mit Beeinträchtigungen aus ihrem Alltag und aus ihrer üblichen Routine wirft.

Ich kann dich informieren, dass ich seit Beginn dieser Krise in engster Abstimmung bin mit den Vertreterinnen und Vertretern der Interessensvertretung der Sozialunternehmen, und ich schätze, dass die Frage, die du mir stellst, auch aus einem Schreiben der IVS ist, weil das natürlich die IVS auch sehr beunruhigt und da natürlich viele Fragen aufgeworfen wurden.

Die Abstimmung mit der IVS erfolgt laufend telefonisch und systematisch in Form einer wöchentlichen Videokonferenz. Ich bin da sehr nahe an den Anliegen der Träger der Einrichtungen im Chancengleichheitsgesetz.

Ich möchte auch festhalten, dass die Belastungsprobe im CHG-Bereich gemeistert wurde. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialunternehmen haben die Maßnahmen zum Schutz der Klientinnen und Klienten, als auch der Bewohnerinnen und Bewohner rasch und konsequent, aber auch mit der notwendigen Sensibilität gegenüber den betreuten Menschen und deren Angehörigen, umgesetzt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten in dieser Krise wirklich hervorragende Arbeit, obwohl sich tagtäglich etwas ändert. Dafür möchte ich auch gebührend danke sagen und Ihnen meine größte Wertschätzung und Anerkennung aussprechen.

Diese Leistung gilt es auch zu belohnen. Falls das im Landtag nach Beendigung dieser Krise vergessen werden sollte, kann ich versichern, ich werde daran erinnern. Ein ebenso großes Dankeschön möchte ich aber auch an die Bewohnerinnen und Bewohner, sowohl als auch an die Klientinnen und Klienten aussprechen, die diese Schutzmaßnahmen mit großem Verständnis und auch mit Disziplin mittragen und damit auch einen enormen Beitrag zum Gelingen der Maßnahmen leisten. Wenngleich ich auch weiß, dass sie schon mit großer Freude auf den Tag blicken, wo sie wieder in die Werkstätten gehen können.

Die Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner auch während der Covid19-Krise ist jedenfalls gesichert. Ich möchte dazu einen kurzen Überblick geben über den Status Quo der einzelnen Dienstleistungen. Im Bereich der Wohnangebote ist natürlich der vollständige

Betrieb aufrechterhalten worden. Ebenso gibt es im Bereich der fähigkeitsorientierten Aktivität, die meist in Werkstätten erbracht wird, analog zum Schulbereich eine Art von Notbetrieb, gerade für jene Klientinnen und Klienten, die keine Wohnangebote in Anspruch nehmen und bei ihren Eltern zuhause leben.

Auch Freizeitangebote im Bereich der Psychosozialen Vor- und Nachsorge haben wir bewusst nicht geschlossen, da wir ansonsten eine Ausweichbewegung der Klientinnen und Klienten in Richtung Spitalsbereich ausgelöst hätten. Der sicher kontraproduktiv gewesen wäre. Natürlich gibt es auch Angebote die, zur Eindämmung der Corona-Pandemie, derzeit schlicht in anderer Form erbracht werden müssen, beispielsweise durch den Umstieg auf digitale und telefonische Unterstützungsleistungen. Letztendlich musste ein Teil der Dienstleistungen im Bereich des Chancengleichheitsgesetzes aber auch gänzlich ausgesetzt werden, weil die Ansteckungsgefahr für die ohnehin gefährdete Zielgruppe zu hoch gewesen wäre. Als Beispiel dafür nenne ich gewisse Therapieangebote oder die berufliche Qualifizierung.

Ebenso vollständig geöffnet sind natürlich die Dienstleistungen im Bereich der Wohnungslosenhilfe. Hier haben wir im Bereich der Tageszentren sogar den Betrieb erweitert, um sichere Aufenthaltsräume, insbesondere für die Zeit der Ausgangsbeschränkungen, zu garantieren.

Zu deiner Frage nach den Finanzen, wie eingangs erwähnt, stehe ich im engen Austausch mit der IVS. Im Zuge dieser Gespräche haben wir für akzeptable und gangbare Lösungen gesorgt. Haben diese auch gefunden, um die notwendige finanzielle Sicherheit in dieser fordernden Situation zu gewährleisten und, und da möchte ich dieses „und“ ganz besonders betonen, weiterhin auf Basis unserer vertraglichen Vereinbarungen zu arbeiten.

Die entsprechenden notwendigen Abänderungen in den Rahmenrichtlinien und in den Normkostenmodellen wurden am Montag in der Sitzung der Landesregierung bereits beschlossen. Ja, die Lösung hat natürlich Zeit gebraucht, um erarbeitet zu werden. Es gibt viele Kleinstaspekte, die zu berücksichtigen sind und waren. Ja, natürlich wäre es wünschenswert gewesen, wenn auch abseits meiner Person und damit von anderen Stellen des Landes ebenso deutliche Signale gesetzt worden wären, die den Trägern zu verstehen gibt, dass das Land auch in diesen schwierigen Zeiten hinter ihnen steht. Ich selbst habe in meinem Verantwortungsbereich und im Rahmen meiner Möglichkeiten gehandelt und aktuell für Sicherheit gesorgt.

Darüber hinaus verweise ich auch auf den Antrag meiner Fraktion, in dem unter anderem gefordert wird, den Sozialunternehmen zusätzliche Sicherheiten zu gewähren. Liebe Ulli Schwarz, ich gehe da von deiner, eurer Unterstützung aus.

Präsident: Danke vielmals. Gibt es noch eine Zusatzfrage? Bitteschön!

Abg. **Schwarz:** Danke für die ausführliche Beantwortung. Ich brauche nicht unbedingt ein Schreiben von der IVS. Ich bin selber betroffen. Ich weiß, was das für Herausforderungen sind und wie das auch gemanagt wurde. Die Tagesstrukturen wurden sehr wesentlich heruntergefahren. Es waren neue Angebote notwendig, die eben sehr unterschiedlich sein haben müssen, gerade auch im BVN-Bereich. Jetzt geht das Gleiche wieder im Endeffekt los mit dem Hochfahren und meine Frage dahingehend ist, können diese unbürokratisch als Leistung oder als zusätzliche Leistung abgerechnet werden? Und der Schwerpunkt liegt auf unbürokratisch. Ich kenne ein paar Formulare, und da wäre mir ganz wichtig, dass das ohne großen Tamtam einfach abgerechnet werden kann, was sie Tolles leisten zurzeit.

Landesrätin **Gerstorfer, MBA**: Es gibt sicher eine Definition von unbürokratisch. Meine ist so, dass wir glauben, dass es unbürokratisch möglich ist.

Präsident: Gibt es noch eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Schwarz**: Meine weitere Zusatzfrage ist, es wird ja immer wieder gesprochen auch von Schutzausrüstungen, und auch in diesem Bereich ist es immer wieder auch ein Thema, wieviel Schutzausrüstung braucht es und wie bekommen sie die? Vor allem, wenn Fälle sind einerseits in den Einrichtungen bzw. wenn jetzt wieder mehr geöffnet ist. Wie werden den Trägern als systemrelevante Einrichtungen Schutzausrüstungen gratis, also kostenlos für die Träger, genau wie bei den Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen zur Verfügung gestellt?

Landesrätin **Gerstorfer, MBA**: Diese Frage muss ich weiter delegieren. Weil die Kompetenz und die Entscheidungen über die Ausstattung mit Schutzausrüstungen der unterschiedlichsten Einrichtungen liegt im Krisenstab, und dort ist diese Frage auch zu beantworten. Mir fehlt hier die Übersicht, wieviel quantitativ an Schutzausrüstung zur Verfügung steht, damit das auch gewährleistet werden kann.

Präsident: Danke vielmals. Gibt es noch eine weitere Zusatzfrage? Frau Kollegin Wall bitte.

Abg. **Wall**: Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sie haben bereits erwähnt, dass Behinderteneinrichtungen im Bereich der fähigkeitsorientierten Aktivität nur im Notbetrieb geführt werden. Es freuen sich nicht nur die Menschen mit Behinderungen auf eine Rückkehr in ihre Werkstätten, sondern es betrifft auch ganz massiv die Eltern, die Familien, sehr oft die alleinerziehenden Mütter, die jetzt für ihre Kinder zu Hause sorgen.

Was können Sie in Aussicht stellen oder welche Antwort geben sie z.B. einer alleinerziehenden Mutter, die jetzt wieder am 1. Mai zu arbeiten beginnen muss? Wann wird dieser Notbetrieb gelockert?

Landesrätin **Gerstorfer, MBA**: Es gab bereits letzte Woche, mit Diskussionen dann am Wochenende, im Krisenstab einen Vorschlag seitens der Sozialabteilung und von mir, wie es vorstellbar ist, die fähigkeitsorientierten Aktivitäten und geschützten Arbeitsplätze wieder hochzufahren. Dieser Vorschlag wurde bisher vom Krisenstab nicht abgenommen, auch deswegen, weil es einen Blick in Richtung Bund gibt, ob es da eine einheitliche Vorgehensweise gibt. Das ist mein Informationsstand. Ich teile genau diese Auffassung, dass es notwendig ist, hier möglichst rasch unter Vorhaltung verschiedenster Schutzmaßnahmen, wo wir sehr differenziert uns auch Gedanken dazu gemacht haben, den Betrieb wieder anzugehen.

Aktuell ist es so, wenn eine Mutter tatsächlich wieder am 2. oder am 4. Mai zu arbeiten beginnen muss und keine Vorkehrung für ihr beeinträchtigtes Kind hat, steht die fähigkeitsorientierte Aktivität offen, das war auch in den letzten Wochen so. Das heißt, diese Einzelfälle, wenn der Bedarf sehr, sehr groß ist, sind abgedeckt, darüber hinaus braucht es aber auch ein weiteres Hochfahren dieses Bereiches, weil natürlich, das kann man sich vorstellen und die Erzählungen höre ich, die Menschen teilweise von Verwahrlosungen betroffen sind, sie verlieren ihren Alltag, sie verlieren ihre Routine. Es ist für Menschen mit Beeinträchtigungen natürlich eine noch höhere Herausforderung, das zu meistern, als vielleicht für andere und deswegen, immer mit dem Zusatz der Schutzmaßnahmen, bin ich immer jederzeit bereit, da loszustarten, sobald der Krisenstab das auch unterstützt.

Präsident: Danke vielmals. Gibt es noch eine weitere Zusatzfrage? Das ist offensichtlich nicht der Fall. Danke vielmals Frau Landesrätin.

Wir kommen damit zur nächsten Anfrage von Herrn Abgeordneten Mag. Michael Lindner an Herrn Landesrat Max Hiegelsberger. Bitte schön Herr Abgeordneter.

Abg. **Mag. Lindner:** Sehr geehrter Herr Landesrat! Gemeinden sind unter anderem zuständig für Schulen, Kindergärten und Krabbelstuben, Feuerwehr, Straßen- und Wegebau, Wasserversorgung, Rettung, Kanalisation und Sozialhilfe- und Freizeiteinrichtungen.

Die Gemeinde-Einnahmen zur Finanzierung dieser Aufgaben brechen wegen der wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Krise ein. Welche Maßnahmen setzen Sie, um die Gemeinden vor einem finanziellen Zusammenbruch wegen der durch die Corona-Krise verursachten Einnahmehausfälle zu bewahren?

Präsident: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat **Hiegelsberger:** Geschätzte Abgeordnete, lieber Präsident, hohes Haus! Lieber Abgeordneter, du hast es in deiner Aufzählung richtig gestaltet, die Gemeinden sind die Lebensgestalter für die Bürgerinnen und Bürger in Oberösterreich und das in einer besonderen Intensität.

Jetzt zu versuchen, in dieser Krise eine Schnell-Lösung herbei zu führen, die würde eindeutig zu kurz greifen. Mir war es daher nach der Finanzkrise 2008/2009 ein Anliegen, die Gemeinden finanziell so aufzustellen, dass sie vor allem, und das war nicht zu erwarten, dass wir im Jahr 2020 wieder in so eine Krise kommen, dann gut durchfinden und auch ihre finanziellen Spielräume bewahren können.

Dazu war es notwendig, dass ich im Jahr 2012 ein kommunales Benchmark-System eingeführt habe, dass es ein Gefühl gibt in den Gemeinden, wie sie denn mit ihren Zahlen unterwegs sind im Vergleich zu anderen, auch zu den Leistungen und auch natürlich zu den Aufwänden.

Das vor der Grundlage, dass wir mit dem 1. Jänner 2018 in ein neues Finanzsystem Gemeindefinanzierung „NEU“ starten konnten. Hier war mir besonders wichtig, den Fokus und den Blick der Gemeinde-Verantwortlichen auf ihr Budget zu legen. Wir sind ja entweder als Land hier begleitend in der Finanzierung von Projekten tätig, über die Bedarfszuweisungsmittel oder in der Aufsicht. Das heißt, alles andere bleibt in der Verantwortung der Gemeinden.

Und gerade in dieser Krise wird jetzt sichtbar, dass die Gemeinden Part of the Game sind. Das heißt, es ist unerheblich, in welcher Körperschaft Steuern auftreten, ob es der Bund ist, das Land ist oder die Gemeinden. Jeder hat selbstständig damit umzugehen, wie die sich zukünftig gestalten sollten.

Jetzt zu deinen konkreten Anfragen: Da muss man teilen, es gibt hier keine Pauschalierung, es gehört differenziert betrachtet. Im Bereich der kommunalen öffentlichen Infrastruktur gibt es keinen Rückzug von öffentlichen Bauvorhaben, weil ja diese vor allem beim Kanal- und Wassernetz auch von Bundesdarlehen bezuschusst sind. Das heißt, diese Darlehen sind genehmigt, es würde auch aufgrund der Baukostensteigerungen, des Index jetzt auch keinen Sinn ergeben, dass sich die Gemeinden von diesen Investitionen zurückziehen, daher bleibt auch aus meiner Beurteilung dieses Bauprogramm in voller Höhe aufrecht.

Bei allen weiteren Baumaßnahmen, und dazu hat es ein Schreiben der IKD an die Gemeinden gegeben, bleiben all jene, wo bereits Aufträge vergeben wurden, auch wieder aus Sicht der Inflation, aufrecht. Das heißt, diese Projekte werden auch zukünftig umgesetzt, und für neue Projekte haben wir ja die Empfehlung hinausgegeben, dies jetzt sehr vorsichtig für die eigenen Budgets zu betrachten, denn am Ende muss auch alles bezahlt werden.

Egal, ob jetzt das Land hier ein Darlehen aufnimmt für die Gemeinden, das von den Gemeinden wieder zurückzubezahlen ist oder eine andere Körperschaft, wenn wir in fremdes Geld investieren, ist es irgendwann von der Körperschaft wieder zurückzubezahlen.

Präsident: Danke vielmals. Gibt es noch eine weitere Zusatzfrage? Bitte schön.

Abg. Mag. Lindner: Die Gemeinden tätigen ja ungefähr 30 Prozent aller öffentlichen Investitionen und sind für die regionale Wirtschaft ja auch ein entscheidender Faktor, und dazu brauchen die Gemeinden das finanzielle Rüstzeug, also frisches Geld sozusagen. Für welche Unterstützungsmaßnahmen für die oberösterreichischen Kommunen werden Sie sich auf Bundesebene einsetzen?

Landesrat Hiegelsberger: Du weißt genau, dass wir uns da im Finanzausgleich befinden, das heißt, es gibt schon lange das Ansinnen auch aus Oberösterreich immer von unseren Finanzreferenten, auch von Landeshauptmann Thomas Stelzer, dass wir den abgestuften Bevölkerungsschlüssel wegbringen, dass wir eine Gleichbehandlung der Bürger auch in Oberösterreich möchten, dass es einen „Westbonus“ gibt seit dem zweiten Weltkrieg für die westlichen Bundesländer und so weiter.

Das heißt, es gibt viele Bereiche wo wir als Oberösterreich sehen, dass es Möglichkeiten gibt, aber, und ich möchte betonen, es gibt nur einen Steuerkuchen, und der eine Steuerkuchen kann verteilt werden. Wenn wir von frischem Geld sprechen, dann ist die Frage, wer ist denn für dieses frische Geld dann verantwortlich und von wem soll es am Ende auch zurückbezahlt werden?

Präsident: Danke vielmals. Gibt es noch eine weitere Zusatzfrage? Bitte schön.

Abg. Mag. Lindner: Nachdem zwar, wie von dir angesprochen, die Krise alle Gebietskörperschaften finanziell trifft, aber die oberösterreichischen Gemeinden im Bundesländervergleich durch unser Transfersystem überdurchschnittlich belastet sind. Welche Maßnahmen zur Transferentflechtung, zur Entlastung der oberösterreichischen Gemeinden sind für dich angesichts dieser massiven Krise denkbar?

Landesrat Hiegelsberger: Auch die Transfers, und das wissen viele, die in den Gemeinden aktiv sind, und wir haben ja auch in diesem Haus einige Bürgermeister und Gemeinderäte an Bord, dass diese Finanzströme sich entwickelt haben. Es gibt Aufgabenbereiche, die sehr unterschiedlich gelagert sind, aber gemeinsam versucht wird, diese zu finanzieren. Wenn ich den Sozialbereich hernehme, dann sind in der Verantwortung hauptsächlich die Sozialhilfeverbände, denn dort wird auch beauftragt, dort wird auch bestellt und dort wird auch bezahlt.

Das ist die eine Seite, und dann haben wir die Finanzierung in den Spitälern in Oberösterreich, dass wir auch gemeinsam gestalten, und eigentlich ist es ja unerheblich. Ich kann sagen, ich nehme einen Teil dort weg und gebe es woanders dazu, aber nicht in den Glauben, dass automatisch bei der einen Körperschaft dann das Geld umso viel mehr wird. Und dann gibt es

noch eine Spezialität, und die ist vielleicht aus Blick der Sozialdemokratie besonders solidarisch, nämlich die Landesumlage.

Die Landesumlage gibt uns hier die Möglichkeit sehr finanzstarke Gemeinden aufgrund einer historischen Entwicklung, aufgrund einer besseren Infrastruktur damit zu gestalten, dass sie einen gewissen Teil dazu beitragen, dass es in allen Regionen in Oberösterreich, in allen Gemeinden zeitgemäße Infrastruktur gibt.

Und auch hier hebt das Land nicht jenen Umfang ein, den wir von staatlicher Seite einheben könnten. Das heißt, das Land erspart den Gemeinden jährlich ca. 11 Millionen Euro, weil wir die Landesumlage nicht in voller Höhe einheben, und ich möchte schon betonen, dass gerade in einem Krisenszenario diese sogenannten Landeszuschüsse für Infrastrukturprojekte in den Gemeinden besonders notwendig sind.

Wir sprechen von Schulbauten, wir sprechen von Kulturbauten, wir sprechen vom Straßenbau und wir haben auch den Sport, der hier durch Landesunterstützung mitfinanziert wird. Man soll sich nur die Summen ansehen, die dann in den Gemeinden in Oberösterreich nicht mehr eintreffen und nicht mehr zur Umsetzung von Projekten führen würden. Ich denke, das ist ein wichtiger solidarischer Beitrag gerade in Zeiten einer Krise.

Präsident: Herr Landesrat, danke vielmals. Für eine nächste Zusatzfrage ist der Kollege Rippl, bitte.

Abg. Bgm. **Rippl:** Sehr geehrter Herr Landesrat, lieber Max. Die Gesundheitskrise wird naturgemäß starke Mehrkosten im Gesundheitsbereich verursachen. Durch das oberösterreichische Umlagesystem trifft das im Krankenanstaltenbereich auch die Kommunen, ohne mitentscheiden zu können. Wirst du dich dafür einsetzen, dass diese Mehrkosten nicht die Gemeinden über einen erhöhten Krankenanstaltenbeitrag nächstes Jahr treffen wird?

Präsident: Herr Landesrat bitte.

Landesrat **Hiegelsberger:** Ja, das ist richtig, Erich, wie von dir angesprochen wird uns die Krise in vielfältigster Form treffen. Es ist auf der einen Seite natürlich die wirtschaftliche Minderleistung, die enorm durch den Finanzausgleich eintreffen wird, das ist auf der anderen Seite auch das Kommunalsteueraufkommen und es kann auch noch dazukommen, dass bei gewissen Bürgern, wo das Einkommen nicht mehr in dieser Form vorhanden ist, es zu Stundungen der Gebühren, der Beiträge usw. kommen muss.

Das heißt, aus diesem System heraus ist es natürlich notwendig, Überlegungen anzustellen, wie das auch finanziert werden soll und ich denke wir haben hier in Oberösterreich eine gute Basis. Denn letztendlich kommen ja auch die Bürgerinnen und Bürger in den Spitälern aus den oberösterreichischen Gemeinden.

Das heißt, es ist schon notwendig, hier die Gesamtsicht zu sehen, und es ist wichtig, dass man dann gemeinsam auch darauf achtet, wie gehen wir dann nach der Krise weiter? Und ich denke gerade in diesen Bereichen sollten wir uns schon aufstellen, weil wir sehen, dass wir gerade durch unser Gesundheitssystem vieles von dem abfedern können, was andere Länder, was andere Staaten nur gerne hätten.

Und ich denke, das sind schon Bereiche, die dienen der Lebenserhaltung, die dienen glaube ich auch einem sozialen Wohlfahrtsstaat, den wir im Wohlfahrtsland, das wir als Oberösterreich auch darstellen, möchten. Da bin ich der festen Überzeugung, dass es hier einen gemeinsamen Schulterschluss braucht, auch diese Leistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen.

Präsident: Danke vielmals. Für eine nächste Zusatzfrage ist Frau Abgeordnete Ulrike Böker gemeldet. Bitte schön.

Abg. **Böker:** Einen schönen guten Morgen! Derzeit sind in Österreich 200.000 Menschen mehr als noch vor einem Jahr arbeitslos und knapp 900.000 Menschen sind in Kurzarbeit. Sowohl bei der Arbeitslosigkeit, als auch bei der Kurzarbeit fallen den Gemeinden und Städten die Einnahmen aus der Kommunalsteuer weg. Du hast das auch schon kurz erwähnt.

Das KDZ rechnet mit einem Rückgang je nach Gemeinde zwischen 20 und 60 Prozent. Das ist eine Direktsteuer zu den Gemeinden. Wird das Land Oberösterreich sich beim Bund für eine spezielle Unterstützung für die Gemeinden und Städte einsetzen, um diese fehlenden Einnahmen zu ersetzen?

Landesrat **Hiegelsberger:** Geschätzte Frau Abgeordnete, liebe Ulli! Ich glaube, es wird nach der Krise intensive Diskussionen geben zwischen Bund und Land, wer denn für welche Kosten auch aus der Krise kommend auch die Verantwortung trägt, und das kennen wir auch aus der Vergangenheit, dass das keine einfachen Diskussionen werden, aber wie auch in der Vergangenheit wird sich das Land Oberösterreich, werde auch ich mich gemeinsam mit dem Gemeindebund-Präsident Hingsamer dafür einsetzen, dass es einen solidarischen Ausgleich auch für diese Kosten geben muss.

Denn wir sind ja nicht Verursacher, das ist aber auch der Bund nicht, auch der Bund ist nicht der Verursacher dieser Krise. Um auch in dieser Form vorwärts zu gehen, in dieser Form zu versuchen, hier gemeinsam diese Absicherungsmodelle und vor allem diese Leistungsmodelle in der öffentlichen Sozialleistung zu erbringen, das ist unser gemeinsames Interesse.

Ja, und es wird dann, wenn es wieder zu diskutieren sein wird, im Finanzausgleich genau diese Bereiche auch brauchen, die zu beinhalten sind. Denn es kann ja der Bund bei fast keinem Bürger eine Leistung erbringen. Die Leistung erbringt das Land oder die Gemeinden. Und ich glaube, dieses Feld zu bearbeiten, auch bei einem zukünftigen Finanzausgleich, wird ein wesentliches Thema auch aus oberösterreichischer Sicht sein.

Präsident: Danke vielmals Herr Landesrat. Gibt es noch eine weitere Zusatzfrage? Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Damit kommen wir zur nächsten Frage der Frau Abgeordneten Petra Müllner an Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Christine Haberlander. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Abg. **Müllner, BA:** Schönen guten Morgen! In den Zuständigkeitsbereich fallenden Oö. Bau- und Einrichtungsverordnung für Kinderbetreuungseinrichtungen wird die Größe eines Kindergarten- bzw. eines Hortgruppenraums mit 60 Quadratmetern bzw. eines Krabbelstubengruppenraums mit 38 Quadratmetern angegeben. Die Gruppengrößen werden im Oö. Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz mit 23 Kindern für Kindergarten und Hort sowie

10 Kindern für Krabbelstuben angegeben. Wobei weitere Überschreitungen von bis zu 2 Kindern ohne Befassung des Landes zulässig sind.

Es ist demnach ein Raum von 60 Quadratmetern für 25 Kinder plus eine Pädagogin und eine Hilfskraft vorgesehen. Vor diesem Hintergrund stelle ich an Sie folgende Frage: Wie können bei Wiedereröffnung der Kinderbetreuungseinrichtungen die erforderlichen Mindestabstände wegen der Ansteckungsgefahr durch das COVID-Virus eingehalten werden, wenn sich in Kindergartengruppen bis zu 25 Kinder und 2 Betreuerinnen in einem rechtlich geregelten Raum von 60 Quadratmetern befinden?

Präsident: Bitte schön, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin.

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Hohes Haus, geschätzte Frau Abgeordnete! Die Bau- und Einrichtungsverordnung regelt die Rahmenbedingungen, wie eine Betreuungseinrichtung ausgestaltet sein muss, wie Raumerfordernisse, sanitäre Anlagen, Fluchtwege, etc. Darin enthalten sind keine Maßnahmen für den Fall Corona, da uns alle diese Krise völlig unerwartet getroffen hat.

Es geht daher nicht um das Oö. Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz und nicht um die Oö. Bau- und Einrichtungsverordnung für Kinderbetreuungseinrichtungen, sondern vielmehr geht es darum, wie mit Hausverstand und pädagogischem Einfühlungsvermögen in den jeweiligen Einrichtungen ein vernünftiger Tagesablauf gefunden werden kann, der eine Verbreitung des Virus auch reduziert. Für die Kinder ist die aktuelle Situation, in der ihr gewohnter Tagesablauf ja abhanden gekommen ist, ebenfalls belastend.

Ich bedanke mich daher an dieser Stelle ganz außerordentlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den pädagogischen Einrichtungen, in den Kinderbetreuungseinrichtungen, in den Bildungseinrichtungen, die in der aktuell schwierigen Situation unter erschwerten Bedingungen da sind, um die Kinder bestmöglich zu begleiten.

Um die Einrichtungen dabei zu unterstützen, gibt es von Seiten der Bildungsdirektion eine Handlungsempfehlung, die am 9. April zur Verfügung gestellt wurde. Diese wurde an die Bezirksverwaltungsbehörden, an die Gemeinden, an die privaten Rechtsträger und die Leitungen der Einrichtungen übermittelt.

Wir bemühen uns gleichzeitig darum, dass es diesbezüglich auch einen bundesweiten einheitlichen Empfehlungskatalog gibt. Da ist deine Frage der Zeit etwas voraus. Ich gehe davon aus, dass der Herr Bildungsminister Faßmann morgen auch etwas kundtun wird. Ich weiß, dass das abgestimmt ist mit dem Gesundheitsministerium, es braucht hier auch Hygieneempfehlungen, eine Handreiche für die Einrichtungen, es soll dabei um altersadäquate Aufklärung über Hygiene gehen, über die Vermeidung von Aufstauen beim Eintreffen und beim Abholen der Kinder, für die Vermeidung von externen Kontakten, Desinfektionen in Räumlichkeiten, etc.

Soweit ich informiert bin, wird darüber auch beraten zwischen den Ministerien, sodass morgen hoffentlich auch eine entsprechende Information an die Öffentlichkeit getragen werden kann.

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, die Teilschließung der Betreuungseinrichtungen beruht auf einem Erlass des Gesundheitsministeriums gemäß dem Epidemiegesetz. Aktuell ist die Teilschließung bis 26. April verordnet. Der Bund hat aber auch kundgetan, dass er darüber nachdenkt, diese zu verlängern. Wir haben uns diesbezüglich gestern auch an die Gemeinden

und die Träger gewandt, dass wir selbstverständlich auch dem Wunsch des Bundes nachkommen werden und die von ihm geforderte Verlängerung auch in Oberösterreich nachziehen werden.

In der aktuellen Situation kann ich sagen, dass nicht allen Empfehlungen, die von der Bundesregierung für das tägliche Leben vorgegeben werden, im Kindergarten oder gar in den Krabbelstuben eingehalten werden können.

Ein Mindestabstand wird sich im Kindergarten naturgemäß nur schwer umsetzen lassen. Es wird aber sehr wohl versucht, einen gewissen Abstand zu wahren, abgestimmt auf die jeweiligen Möglichkeiten bzw. auch das Alter der Kinder betreffend, und es werden besondere Hygienemaßnahmen gesetzt.

Ich möchte mich hier nochmals bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die es mit Hausverstand und mit Einfühlungsvermögen schaffen, die beiden Ziele, um die es geht, unter einen Hut zu bringen: eine Verbreitung des Virus so gut es geht zu verlangsamen und gleichzeitig den anvertrauten Kindern Geborgenheit zu geben, und ich verstehe deine Anfrage daher als ein Aufzeigen eines Widerspruches zwischen den gesetzlichen Vorgaben der Raumgrößen in der Einrichtung und dem jetzt im Rahmen einer Pandemie ausgesprochenen Empfehlungen des Bundes, gewisse Distanzen einzuhalten.

Wie gesagt, wir leben in Zeiten einer Pandemie, hier ist vieles nicht alltäglich, und wir werden immer wieder scheinbare Widersprüche finden, aber gerade weil wir uns dieser Situation bewusst sind, werden wir achtsam vorgehen. Ob es jetzt die Öffnung von Betreuungseinrichtungen betrifft oder ob es den Schutz der Kinder und Pädagoginnen betrifft.

Präsident: Danke vielmals. Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Bitte!

Abg. **Müllner, BA:** Ja, Sie haben schon darauf hingewiesen, dass die Situation gerade auch für Kinder sehr belastend ist. Derzeit gibt es für Eltern, die in systemrelevanten Berufen arbeiten, ja einen Notbetrieb zur Betreuung ihrer Kinder. Hier geht es um Vereinbarkeit. Die Kinder vermissen aber auch die Kontakte zu Gleichaltrigen. Deshalb: Wann werden die Krabbelstuben, Kindergärten und Horte wieder für alle Kinder geöffnet werden, dass sie auch ihre Freunde und Freundinnen wieder sehen können?

Präsident: Bitteschön!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Die Maßnahmen zur Beschränkung des Besuchs von Kinder- und Bildungsbetreuungseinrichtungen sind gesundheitsbehördliche Maßnahmen gemäß dem Epidemiegesetz und beruhen auf Erlässen des Bundesministeriums für Gesundheit.

Die darin genannte Zielsetzung ist, die Kinderdichte im Kindergarten sowie die Anzahl der Sozialkontakte allgemein zu reduzieren. Die Umsetzung der Bundesvorgaben in den Bundesländern erfolgt durch eine Verordnung, die in der aktuellen Version eben noch bis Ende der Woche gilt. Die Verordnung regelt, dass der Betrieb in den Einrichtungen eingeschränkt ist und ein Betreuungsangebot für jene Eltern zur Verfügung gestellt werden soll, wo die Eltern beruflich unabkömmlich sind, beziehungsweise die keine Möglichkeit einer Betreuung haben.

Ich weiß von ganz vielen Einrichtungen, wo Kinder auch betreut werden, wenn eine besondere familiäre Belastungssituation dies auch bedingt, wohin man sich auch wenden kann, und ich

persönlich unterstütze das und appelliere an die Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen, alle Kinder zu betreuen, alle Familien zu unterstützen, die Unterstützung brauchen. Ich bin davon überzeugt, und das sagen mir wirklich viele Einrichtungen, dass sie das selbstverständlich tun und offen halten für jene, die eine Betreuung brauchen.

Präsident: Danke vielmals! Gibt es noch eine weitere Zusatzfrage? Bitteschön!

Abg. **Müllner, BA:** Ja. Eltern, die nachweisen, dass sie in systemrelevanten Berufen arbeiten, dürfen ja ihre Kinder jetzt in die Krabbelstuben, Kindergärten, Horte und zu den Tagesmüttern bringen, auch eben wie Sie jetzt angeführt haben, sie müssen aber dafür bezahlen.

Die Tagesmütter müssen auch bezahlt werden, wenn die Eltern daheim sind und sie diese Tagesmütter gar nicht in Anspruch nehmen können. Warum finden Sie als zuständige Referentin hier keine Lösung, diese Eltern, die gerade jetzt für unsere Gesellschaft so wichtig sind, von diesen Gebühren zu entlasten?

Präsident: Bitteschön!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Die Tagesmütter haben sich bereits an die Bildungsdirektion gewandt und haben hier auf die Vertragssituation hingewiesen. Ich bin dem auch nachgegangen. Du bist keine Juristin, ich bin Wirtschaftlerin und habe mir das dann erklären lassen.

Es handelt sich offensichtlich um einen Vertrag zwischen den Tagesmüttern und den Eltern, einen zivilrechtlichen Vertrag, der eben ein entsprechendes Entgelt auch regelt. Wir haben daher appelliert, dass dieser Vertrag zwischen den Tagesmüttern und den Eltern auch verändert werden soll, wenn eben keine Leistung in Anspruch genommen wird, dass auch nichts entsprechend von den Eltern zu bezahlen ist.

Ich bedanke mich an dieser Stelle bei den Abgeordneten Csar und Lackner, die sehr intensiv auch die Interessen der Tagesmütter vertreten und mit mir auch den Kontakt gesucht haben, dass wir hier auch entsprechende Hilfestellungen für die Tagesmütter auch entwickeln. Das wird gerade bei uns in der Bildungsdirektion geprüft, aber ich ersuche um Verständnis, dass wir in eine vertragliche Beziehung, die zwischen den Eltern und den Tagesmüttern besteht, nicht eingreifen.

Präsident: Danke vielmals! Gibt es noch eine weitere Zusatzfrage? Frau Abgeordnete Promberger, bitte schön!

Abg. **Promberger:** Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Die im Hilfspaket enthaltenen zehn Millionen Euro für Gemeinden sind ja kein frisches Geld, sondern Landeszuschüsse zur Kinderbetreuung, die nur ein neues Mascherl umgehängt bekommen haben. Wieso zieht sich das Land immer mehr aus der finanziellen Verantwortung für die Kinderbetreuung zurück?

Präsident: Bitteschön!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wie ich hoffe, wird der hohe Landtag heute beschließen, dass der Landesbeitrag für die Kindergärten in Höhe von 170 Millionen Euro beschlossen wird und auch zur Verfügung gestellt wird von den Gemeinden. Ich empfinde das als kein Zurückziehen von der

Verantwortung, sondern ein Unterstützen genau dann, wenn es notwendig ist und genau wenn die Gemeinden auch eine Unterstützung und Hilfe brauchen, ich appelliere an Ihre Fraktion, dass sie diese Unterstützungsmaßnahme auch mittragen.

Darüber hinaus gibt es die Ankündigung, dass wir Gemeinden auch im Ausmaß von bis zu zehn Millionen Euro unterstützen wollen, wenn es um den Bereich Kinderbetreuung, Kinderbildung geht, das geht vom Alter null bis achtzehn. Hier werden wir entsprechende Maßnahme auch prüfen, sei es zum Beispiel die Ausstattung der Betreuungseinrichtungen mit Masken. Ich glaube, das wäre auch ein wichtiges Momentum, wie wir die Schulen, wie wir eine entsprechende Unterstützung leisten können. Ich gehe davon aus, dass auch dies die Unterstützung Ihrer Fraktion finden wird.

Präsident: Danke vielmals! Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Herr Klubobmann Hirz!

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Sie haben ja schon gesagt, dass die Einschränkungen, was die Kinderbetreuungseinrichtungen betrifft, sich auf den Paragraph 18 des Epidemiegesetzes beziehen und auf eine Verordnung des Gesundheitsministers und demnach haben alle Kinder einen Anspruch, wo die Eltern beruflich unabhkömmlich sind, beziehungsweise keine Möglichkeit der Betreuung zu Hause haben. Jetzt ist meine Frage: Wie restriktiv wird dieser Anspruch in Oberösterreich gehandhabt, vor allen Dingen vor dem Hintergrund, dass es ja auch welche gibt, die nicht den beruflichen Hintergrund, aber trotzdem keine Betreuungsmöglichkeit haben, wird es da von Ihrer Seite auch so etwas wie eine öffentliche Empfehlung geben, dass diese Kinder auch einen Platz bekommen?

Präsident: Bitteschön!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrter Herr Klubobmann! Ich habe eben eine öffentliche Empfehlung abgegeben, da ich davon ausgehe, dass viele darüber berichten, was in diesem hohen Haus auch besprochen wird. Auch im ersten Rundschreiben der Bildungsdirektion haben wir darauf hingewiesen, dass wir selbstverständlich ein Angebot der Betreuung aufrechterhalten für jene, die es beruflich brauchen. Ein berufliches Brauchen ist aus meiner Sicht sehr, sehr weit zu interpretieren.

Viele Menschen leisten aktuell wirklich einen wichtigen Beitrag, dass dieses Land funktioniert. In vielen Bereichen, wo zum Beispiel ich in der Ressortverantwortung aufs erste hinschaue, das sind nämlich die Pädagoginnen und Pädagogen selbst, das sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenhäusern, aber ich denke zum Beispiel an jene, die in der Lebensmittelbranche tätig sind. Ich denke an jene, die in den Straßenmeistereien arbeiten. Da gibt es viele Bereiche, und die sind unabhkömmlich.

Es obliegt den Rechtsträgern, eine entsprechende Bestätigung zu verlangen. Ich weiß, dass bei vielen ein einfaches Gespräch mit den Eltern auch als Bestätigung ausreicht, aber ich weiß auch von ganz vielen, und darum unterstreiche ich das noch einmal, ich habe das auch bei Medienanfragen stets gesagt, im Einzelgespräch den Rechtsträgern auch immer wieder gesagt, eine besondere familiäre Belastungssituation, wie auch immer die ausgestaltet ist, sollte auch dazu führen, dass eine Betreuung möglich ist vor Ort, und es ist nicht die Aufgabe von uns, es ist nicht die Aufgabe des Rechtsträgers, da akribisch oder detektivisch sich zu betätigen und unendlich viele Bestätigungen zu verlangen, und das auch zu hinterfragen, es soll auch keine Stigmatisierung erfolgen, im Gegenteil, ich glaube auch, wie die Kollegin Müllner das auch schon gesagt hat, es ist wichtig, dass die Kinder auch miteinander wieder

spielen, dass sie einander auch begegnen, und daher unterstütze ich alle Anliegen von Eltern, die eine Betreuung brauchen und appelliere an die Rechtsträger, diesen auch nachzukommen.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz**: Danke!

Präsident: Danke vielmals! Ich sehe jetzt keine weitere Wortmeldung mehr. Damit erkläre ich die Fragestunde für geschlossen. Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, danke vielmals.

Wir kommen damit zur Behandlung des Eingangs und zur Festlegung der Tagesordnung und ich ersuche die Frau Schriftführerin, den Eingang bekanntzugeben.

Abg. **Mag. Dr. Manhal**: Zuweisung des Eingangs in der 44. Plenarsitzung des Oberösterreichischen Landtags am heutigen 23. April 2020.

Beilage 1324/2020, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die mittelfristige Finanzvorschau der Oö. Gesundheitsholding GmbH für die Jahre 2020 – 2024. Diese Beilage wird dem Finanzausschuss zugewiesen.

Beilage 1325/2020, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die mittelfristige Finanzvorschau der Kepler Universitätsklinikum GmbH für die Jahre 2020 – 2024. Diese Beilage wird dem Finanzausschuss zugewiesen.

Beilage 1326/2020, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung des Landes Oberösterreich zur Kostenbeteiligung an den Studiengängen in den Fachhochschulstandorten in Oberösterreich der FH OÖ Studienbetriebs GmbH. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zugewiesen.

Beilage 1327/2020, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung zu den Nicht-fälligen Verwaltungsschulden 2019 im Rahmen des Oö. Chancengleichheitsgesetz-Pflichtbereich. Diese Beilage wird dem Sozialausschuss zugewiesen.

Beilage 1328/2020, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Oö. Stadtrechtsanpassungsgesetz 2020. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Kommunales und Land und Forstwirtschaft zugewiesen.

Beilage 1335/2020, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend den Nachtrag zum Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Finanzjahr 2020. Diese Beilage soll gemäß Paragraph 25 Absatz 5 Oberösterreichische Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Beilage 1336/2020, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Oö. COVID-19-Gesetz. Diese Beilage soll gemäß Paragraph 25 Absatz 5 Oberösterreichische Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Beilage 1337/2020, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Verwaltungsabgabengesetz 1974 geändert wird. Diese Beilage soll gemäß Paragraph 25 Absatz 5 Oberösterreichische Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Beilage 1338/2020, Initiativantrag betreffend Arbeitsstipendien für Künstlerinnen und Künstler. Diese Beilage soll gemäß Paragraph 25 Absatz 6 Oberösterreichische Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Und schließlich Beilage 1339/2020, Initiativantrag betreffend ein Hilfspaket für Menschen in Oberösterreich. Diese Beilage soll gemäß Paragraph 25 Absatz 6 Oberösterreichische Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Präsident: Ich danke dir für die Verlesung des Eingangs und darf darauf hinweisen, dass die von der Frau Schriftführerin verlesenen Beilagen auch auf elektronischem Weg zur Verfügung gestellt werden.

Wie die Frau Schriftführerin bereits angekündigt hat, schlägt die Oberösterreichische Landesregierung im Rahmen ihres Antrags vor, die Beilage 1335/2020 keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 1335/2020 handelt es sich um die Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend den Nachtrag zum Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Finanzjahr 2020.

Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 1335/2020 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer.

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, liebe Zuseherinnen und Zuseher! Das Coronavirus hat unsere Welt in einen Ausnahmezustand versetzt, unser Land, aber auch unser Leben. Es bringt nach wie vor Krankheit und Leid. Es beeinflusst ganz massiv in negativer Art und Weise unser Wirtschafts- und Arbeitsleben, und es verändert auch die Art und Weise, wie wir miteinander leben und aufeinander zugehen können.

Daher müssen wir handeln, müssen wir handeln, um zu helfen, um einerseits die Gesundheit zu schützen, andererseits aber auch, um Betriebe und damit Arbeitsplätze zu stützen. Der Bund, die Bundesregierung hat ein großes, ein kraftvolles Paket für eine Überbrückung, für eine Erstüberbrückung dieser Notsituation geschaffen durch Kurzarbeitsmodelle beispielsweise, aber auch durch Direkthilfen und vieles andere mehr.

Wir in Oberösterreich wollen diese Hilfe in der Notlage ergänzen, und überall dort tätig werden, wo die Hilfe des Bundes nicht ausreicht oder wo sie auch nicht greift. Durch den Finanzkurs, sehr geehrte Damen und Herren, den wir in diesem Land in den letzten Jahren gefahren haben, Chancen statt Schulden zu schaffen, in einer Zeit, wo es uns gut gegangen ist, der bewährt sich jetzt und der macht sich jetzt bezahlt, weil wir in Oberösterreich jetzt schneller als andere helfen können und auch kraftvoller als andere helfen können, und daher bitte ich Sie auch, dass diese Regierungsvorlage, die dringlich in den Landtag gebracht wurde, heute beschlossen wird. Es ist das Oberösterreichpaket, das 580 Millionen Euro Hilfe in unser Land und damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen und für Sicherheit von Einkommen bringen soll.

Dieses Paket enthält unter anderem eine Verdoppelung des sogenannten Solidaritätsfonds. Einer direkten Hilfe für Menschen in besonderen Not- und Lebenslagen. Eine direkte Hilfe eins zu eins an eine Person. Es enthält die verstärkte Wohnbeihilfe, die Wohnkostenhilfe, eine Unterstützung für Vereine im Sozial-, im Kultur- oder aber auch im Sportbereich.

Es enthält die Überbrückungsmittel, von denen schon die Rede war, für Gemeinden im Kinderbetreuungsbereich, dass sie auch dann vom Land unterstützt werden, wenn Kinderbetreuung nicht im gewohnten Ausmaß angeboten wird, und es unterstützt eben in vielfältiger Weise Unternehmen, damit die die Arbeitsplätze auch erhalten können durch eine Härtefonds für Kleinbetriebe, durch Haftungsmodelle, eine besondere Start-up-Förderung durch eine Digitalisierungsoffensive, eine ganz massive Hilfe im Tourismusbereich, aber auch die Unterstützung in der 24-Stundenpflege und in der Ausstattung der medizinischen Produkte, veranschlagt mit 80 Millionen Euro.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist sehr klar in unserer Republik geregelt, wer in welchem Bereich für die Ausstattung mit Hilfsgütern, mit Schutzgütern zuständig wäre. Das wird sich sicher auch jemand im Nachhinein anschauen, wer für die Ärzte, wer für die Pflegeheime zuständig wäre und dort die Aufsicht hat. Meine Devise ist: Helfen, wenn Hilfe nötig ist und sich nicht in Kompetenzstreitigkeiten zu verzetteln. Daher bitte ich Sie, dass wir auch dieser Unterstützung im großen Ausmaß die Zustimmung geben, damit wir die Leute, die in diesen wichtigen Berufen für uns tätig sind, auch schützen können, damit sie helfen können. (Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren! Es wird damit für unser Budget ein eigener Artikel III Ziffer 14 geschaffen, wo die Landesregierung ermächtigt wird, durch nachträgliche Kenntnisnahme des Oberösterreichischen Landtags diese Mittel einzusetzen oder aber auch Haftungen auszusprechen.

Und natürlich werde ich, weil das auch verschiedentlich zu Recht vorgeschlagen und eingefordert wurde, im Finanzausschuss jeweils auch laufend berichten, wo diese Mittel, wann diese Mittel eingesetzt werden oder aber auch wann welche Haftungen übernommen werden.

Dieser Nachtragsvoranschlag enthält auch eine Ausweitung des Höchstrahmens, um unterjährig Fremdmittel aufnehmen zu können, also um flüssiges Geld zu haben, um das Land liquide zu halten, eine Verdoppelung des Rahmens, auch darum ersuche ich Sie in dieser Ausnahmesituation sehr.

Mit diesem Nachtragsvoranschlag, vor allem aber auch mit dem dadurch möglich gemachten Oberösterreichpaket, helfen wir rasch und wirksam. Wir sichern damit Arbeitsplätze und bringen damit hoffentlich Sicherheit in viele Familien.

Ich bitte Sie der Dringlichkeit, aber auch dann später dem Inhalt zuzustimmen. (Beifall)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Mahr.

Abg. KO KommR **Ing. Mahr:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Das ist eine alte, bewährte Weisheit. Und Oberösterreich, glaube ich, war ja in den letzten Jahren Vorbild für einen verantwortungsvollen Umgang mit seinem Budget.

Gemeinsam hat die ÖVP/FPÖ-Regierungskoalition zu einer Null-Schuldenpolitik in Oberösterreich sich verpflichtet. Es war stets unser Ziel Schuldenabbau auf der einen Seite durch eine gezielte Ausgabenkontrolle und eine Verwaltungsvereinfachung.

Dieser Weg eines konsolidierten Haushalts war, wie man ja sieht, wichtig und notwendig und natürlich immer mit einer Ausnahme versehen, auf unvorhersehbare Situationen, wie etwa Katastrophen oder andere Krisen, flexibel zu reagieren.

Die echte Katastrophe kam leider etwas früher als erwartet, nämlich der Shut-down wegen des Coronavirus. Durch unsere verantwortungsvolle Null-Schuldenpolitik sind wir aber jetzt in der finanziellen Situation, einen dementsprechenden Spielraum zu haben, um die Krise zu bewältigen. Der Zeitpunkt der Not, für die das Land gespart hat, also den finanziellen Spielraum geschaffen hat, der ist jetzt, und jetzt steht unser Land, jetzt stehen unsere Unternehmen und die Existenzen unserer Bürger auf dem Spiel. Jetzt ist die Zeit als Land Oberösterreich finanzielle Mittel bereitzustellen, um die Schäden bestmöglich zu mildern. Die Maßnahmen der Bundesregierung gegen die Ausbreitung der Corona-Viren haben für unseren Alltag und vor allem auch für die Wirtschaft weitreichende Konsequenzen gehabt oder haben sie. Die Hochrechnungen der Experten über den Schaden und die Folgeschäden für die Volkswirtschaft ändern sich laufend. Von Tag zu Tag werden die Prognosen aufs Neue geändert. Sie sind alle erschreckend, solange die Dauer der Pandemie noch nicht abschätzbar ist, kann der Schaden auch nicht abschließend beziffert werden. Immer mehr Bürger wenden sich mittlerweile mit Existenzängsten an uns, die gut gemeinten Hilfspakete der Bundesregierung führen natürlich auch zu Verunsicherungen. Viele und vor allem kleine Unternehmungen werden durch die Finger schauen, und sie werden ihre Betriebe nicht retten können, daher muss unser Land Oberösterreich aushelfen mit einem 580 Millionen Euro schweren Hilfspaket. Das Volumen ist umfangreich, 400 Millionen Euro für Haftungsübernahmen und Bürgschaften, 80 Millionen Euro für dringend benötigte Schutzausrüstung, für Kleinbetriebe stellen wir 15 Millionen Euro zur Verfügung, der Sozialbereich wird mit 23 Millionen Euro unterstützt, im Wohnbereich sind zusätzlich 20 Millionen Euro vorgesehen, um die Engpässe wegen der Corona-Krise abzufedern. Auch für den Arbeitsmarkt, für den Tourismus und für die Vereine gibt es entsprechende Finanzspritzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Insgesamt, glaube ich schon, ein umfassendes Paket, das nach unserer Überzeugung alle wesentlichen Bereiche berücksichtigt. Ich bitte daher um eure Zustimmung. Danke. (Beifall)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Gottfried Hirz.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr verehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Krise ist für uns eine außergewöhnliche Herausforderung, aber nicht nur für uns, auch für unsere Familien, für die Wirtschaft und für das gesellschaftliche Zusammenleben. Die Corona-Krise stellt natürlich auch unsere Haushaltsplanungen entsprechend auf den Kopf, die Budgetbeschlüsse, die wir noch vor einem halben Jahr hier in diesem hohen Haus getroffen haben, sind wahrscheinlich nicht mehr das Papier wert, auf dem sie stehen. Das sage ich wirklich ohne Sarkasmus, es ist ein Faktum, das gilt für den Budgetbeschluss des laufenden Jahres, aber auch natürlich für das im Rahmen des Doppelbudgets beschlossene Budget 2021.

IHS und WIFO rechnen mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung bis zu fünf Prozent mit offen nach unten, das heißt, wir stehen vor einer massiven Rezession, das hat natürlich auch zur Folge, dass wir enorme Mindereinnahmen im Bereich der Ertragsanteile haben werden, das wird meiner Meinung nach dramatisch. Daher ist es auch gescheit und klug, die Mehrjahresplanung auf den Herbst zu verschieben, erst dann kann man wirklich den Haushaltsrahmen für 2021 neu planen. Das wird alles andere als ein Spaß, das wird eine enorme Herausforderung, ich gehe auch davon aus, dass es eine enorme Verantwortung auch für die Abgeordneten dieses Hauses sein wird, es braucht schnellstmögliche Maßnahmen. Erstens einmal die Arbeitsplätze zu erhalten, die Wirtschaft am Laufen zu halten und die soziale Sicherheit zu garantieren, die Politik hat natürlich die entsprechenden Mittel bereit zu

stellen, möglichst schnell und unbürokratisch. Mit diesem dringlichen Beschluss werden wir Mittel freigeben in der Höhe von 149,7 Millionen Euro, 16,7 Millionen Euro für die 24-Stunden-Betreuung aus der Bund-Länder-Vereinbarung, 133 Millionen Euro als Covid-Hilfsmaßnahmen. Das heißt, wir ändern den Voranschlag, erstens einmal erhöht man die unterjährige Fremdmittelaufnahme von 500 Millionen auf eine Milliarde Euro. Es wird der Artikel 1 Ziffer 4 außer Kraft gesetzt, völlig logisch, da steht drinnen, wenn die Einnahmen des Bundes zurückgehen, darf die Landesregierung eigentlich keine Auszahlungen mehr vornehmen oder sie müssen entsprechend gekürzt werden. Das wäre kontraproduktiv, schließlich und endlich beschließen wir heute hier eine Ermächtigung der Regierung, Ausfallhaftungen in der Höhe von 300 Millionen Euro zu vergeben. Das heißt, man muss alles tun, erstens einmal um die Arbeitsplätze zu sichern, um den Unternehmen zu helfen, die auch eigentlich unverschuldet in diese Krise geraten sind.

Es ist gerade für Oberösterreich wichtig, weil wir ein exportorientiertes und sachgüterproduzierendes Bundesland sind, insofern ist es wichtig, dass wir das machen, für mich ist es wichtig, dass diese Kriterien auch objektiv erfüllt werden. Da schaue ich Landesrat Achleitner an, mir ist natürlich auch wichtig, dass die Nachhaltigkeitskriterien eine entsprechende Rolle spielen, es wird eine neue Voranschlagstelle geschaffen, wo diese 133 Millionen Euro dotiert sind. Die Beschlussvorlage heute zählt nur beispielhaft auf, das heißt, der Landtag gibt keine verbindliche Zuordnung der Mittel vor, es ist eine Mittelfreigabe, die Landesregierung beschließt die Auszahlung. Für uns Grüne war es ganz besonders wichtig, dass diese Auszahlung transparent passiert, dass die Hilfe natürlich auch dort ankommt, wo sie auch dringend gebraucht wird. Die Krise erfordert mit Sicherheit diesen Nachtrag in dieser enormen Höhe, es geht natürlich auch darum, dass dieser Nachtrag und diese Ausgaben auch entsprechend kontrolliert werden können von Seiten des Landtags in Krisenzeiten. Daher bin ich wirklich froh, dass unserem Ergänzungsvorschlag beim Artikel 3 Ziffer 14 Folge geleistet wurde, dass die nachträgliche Kenntnisaufnahme des Landtags der Auszahlungsbeträge sozusagen verankert worden ist. Da bedanke ich mich dafür, das war wirklich ganz wichtig, ich erwarte mir natürlich auch die entsprechenden regelmäßigen Berichterstattungen durch den Landeshauptmann, was die Ausgaben dieser Mittel betrifft, Transparenz über den Einsatz der Hilfsmittel in der Krise ist unbedingt notwendig. Ich gehe davon aus, dass es vermutlich nicht der letzte Nachtragsvoranschlag sein wird, aber das, was wir heute hier beschließen, ist ein enorm wichtiger Schritt, um rasch und schnell Hilfe leisten zu können. Wir werden diesem Nachtrag unsere Zustimmung geben, ich bedanke mich. (Beifall)

Präsident: Danke vielmals, als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Makor.

Abg. KO **Makor:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren aus der Landesregierung! Corona hat uns gezeigt und zeigt, was wirklich wichtig ist. Wirklich wichtig ist, das wurde heute schon mehrfach gesagt, der Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wenn es uns jetzt gleich am Beginn der Landtagssitzung wieder zurückholt zu den wirtschaftlichen und finanzpolitischen Notwendigkeiten, die auch Corona nicht außer Kraft setzt, so ist es umso wichtiger, dass es auch bei den Budgets, dass es beim Fließen der Gelder den Zusammenhalt in dieser Gesellschaft auch tatsächlich gibt. Es ist in Wirklichkeit der Hauptkritikpunkt an diesem Nachtragsvoranschlag schon auf den Punkt gebracht, der im Wesentlichen auch darauf abzielt, ein von ÖVP und FPÖ präsentiertes Paket finanziell abzusichern. Das aus unserer Sicht halt einseitig wirtschaftslastig und eben zu wenig ist, wir sagen ja nicht nichts, aber zu wenig Mittel direkt bei den Menschen ankommen. Arbeiterkammerpräsident Kalliauer hat es auf den Punkt gebracht und herausgerechnet, 1,2 Prozent der Mittel dieses Pakets gehen an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ich darf dazusagen, der Nachtragsvoranschlag ist naturbedingt unangenehm schnell natürlich

gekommen, aber das geht ja gar nicht anders. Ich darf mich aber auch, um auch etwas Positives zu sagen, im Unterschied zum Parlament bei unserer Regierung bedanken dafür, dass wir zumindest einen gewissen Vorlauf von einer Woche ungefähr hatten, um ihn überhaupt zu begutachten, das ist keine Selbstverständlichkeit, dafür ein herzliches Dankeschön.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird eine differenzierte Abstimmung zu diesem Nachtragsvoranschlag geben, ja selbstverständlich und selbstredend ist es ein dringlicher Antrag, wir werden der Dringlichkeit zustimmen. Wir werden auch den wesentlichen Teilen des Nachtragsvoranschlages zustimmen, wir sagen aber gleichzeitig dazu, und wir bringen auch zeitgleich einen Antrag ein, dass es ein weiteres Hilfspaket für die Menschen Oberösterreichs geben soll. Er wird ja heute als Dringlichkeitsantrag behandelt und gibt über den Inhalt Auskunft, auch dieses Hilfspaket, das direkt für die Menschen ist, muss auch finanziell abgesichert werden.

Der zweite Punkt ist die von Gottfried Hirz angesprochene exorbitante Erhöhung der Liquiditätsmittel für die Landesregierung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das war schon beim Budget eine Debatte mit den 500 Millionen Euro, damals bekamen wir aus der Finanzlandesdirektion die Auskunft, ja das ist ja nur Theorie, weil im Normalbetrieb brauchen wir eigentlich, weil wir so gut wirtschaften, eigentlich gar keine Kontokorrentkredite, im höchsten jemals denkbaren Fall waren es in der Vergangenheit, hat die Frau Finanzdirektorin gesagt, da waren es um die 240 Millionen Euro, die man einmal kurzfristig benötigt hat. Das heißt, eine Erhöhung auf eine Milliarde ist zum Normalbetrieb nicht eine Erhöhung um das Doppelte, sondern zum Normalbetrieb eine Erhöhung um das Vierfache, das ist überbordend und gar nicht notwendig. Sollte es wirklich sein, ich will es nicht ausschließen, ich will es dezidiert nicht ausschließen, wir haben jetzt im Monatsrhythmus Landtagssitzungen, sollte es notwendig sein da nachzujustieren, so können wir das jederzeit machen, aber einen Freibrief zu geben bis zu einer Milliarde Euro der Regierung, um im Rahmen eines Kontokorrentrahmens die Ausgaben aufzustocken, das ist aus unserer Sicht nicht notwendig. Daher werden wir diesen einen Punkt, Unterpunkt im Rahmen des Nachtragsvoranschlages auch ablehnen.

Es war auch, da darf ich in dasselbe Horn stoßen wie Gottfried Hirz, unser dringendes Bedürfnis, dass es ganz, ganz notwendig ist, das trifft alle Abgeordneten, der Landtag ist für die Kontrolle zuständig, nicht die Opposition, der Landtag, zum Landtag gehören wir alle. Es ist notwendig und wichtig, die Zusage habe ich da vom Landeshauptmann heraußen vernommen, dass es ein laufendes Reporting, eine laufende Berichterstattung darüber gibt, wo diese Mittel hingehen, die wir heute mit dem Nachtragsvoranschlag freigeben, dann zeitnahe der Landtag darüber informiert wird. Wir haben auch diesbezüglich einen Zusatzantrag formuliert, ich darf es dazusagen, den werden wir nach den Aussagen, dem Zugeständnis und dem Versprechen des Herrn Landeshauptmannes wieder zurückziehen. Wir erwarten uns wirklich da eine Einbeziehung, da geht es um so viel Geld und so wichtige Maßnahmen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass das sehr, sehr notwendig sein wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Nachtragsvoranschlag kam schnell, er musste schnell kommen, um schnell zu handeln, er wird nicht der letzte sein. Ich darf wirklich daran erinnern, Zusammenhalt der Gesellschaft heißt auch bei der Hilfe in der Gesellschaft zusammenzuhalten. Es gibt Gruppen, auf die bisher gänzlich vergessen wurde, ich sage nur die geringfügigen Beschäftigten zum Beispiel, die darf man nicht vergessen, ich bitte auch um Ihre Zustimmung bei diesbezüglichen Hilfsmaßnahmen. Danke sehr. (Beifall)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Klubobfrau Kirchmayr.

Abg. KO **Mag. Kirchmayr:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landeshauptmann, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuschauer aus dem Internet! Als unser Landeshauptmann Thomas Stelzer vor zwei Jahren beim oberösterreichischen Landeshaushalt den Chancen- statt Schuldenkurs eingeschlagen hat, war die Konjunktur so gut wie selten. Für unseren Landeshauptmann stand eines außer Zweifel, dass in dieser Zeit die Regierung eine klare Aufgabe hat, sich nicht nur darüber zu freuen, was gerade ist, sondern vor allem dafür zu sorgen, dass es sicher weiter gehen kann für unsere Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher. Deshalb haben wir in guten Zeiten gespart, damit wir helfen können, wenn es notwendig ist. Wir haben in den letzten Jahren stets betont, aus Schulden Chancen machen zu wollen, heute geht es sogar um mehr.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute geht es darum, dass wir Sorgen lindern. Was die Menschen in unserem Land brauchen, was die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, was die Unternehmerinnen und Unternehmer, was die Familien in Oberösterreich, die in finanzielle Not geraten sind, brauchen, sind Perspektiven. Ich bin daher sehr froh, dass wir in Oberösterreich den nötigen Spielraum dafür haben, um den Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern den Spielraum dafür zu bieten. Besondere Zeiten verlangen aber auch besondere Maßnahmen, auch wenn diese nicht immer erfreulich sind, sie verlangen von uns einen Null-Schulden-Kurs, den wir vorübergehend verlassen müssen, um in jene Kraft zu investieren, die wir uns in den letzten Jahren antrainiert haben, diese für Oberösterreich und unsere Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher einzusetzen. Das vorgelegte Paket unserer Landesregierung ist das, was unsere Heimat, was die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, was unsere Familien zur Bewältigung der großen Krise brauchen. Mit diesem zusätzlichen Budget über 150 Millionen Euro geben wir uns genügend Spielraum für den Moment und Flexibilität, die Krisensituation zu bewältigen, deshalb verstehe ich deine Kritik nicht, lieber Christian, warum laut deinen Auskünften nur ein kleiner Teil bei den Menschen ankommt. Wo soll denn das Geld sonst hingehen? Ich sage nur, es kommt direkt bei den Menschen an, wir kaufen Schutzausrüstung für die Menschen, wir geben Kleinbetrieben Unterstützung, es sind auch Menschen, unsere Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher. Wir kommen auf im Bereich des Wohnens, wenn es Einnahmefälle gibt, wir unterstützen im Tourismusbereich, in der Gastronomie, in der Freizeit, im Sozialbereich.

Ich möchte auch noch besonders erwähnen, auch ganz wichtig sind mir die Vereine, unser gesellschaftliches Rückgrat. Mit einem Härtefonds für Vereine im Sport und in der Kultur nehmen wir auch einiges in die Hand, um zu unterstützen, wenn Veranstaltungen abgesagt werden. Auch ein Paket in der Kinderbetreuung, speziell möchte ich es als Mama noch einmal erwähnen und die Gelegenheit nutzen, mich auch bei allen Mamas und Papas in Oberösterreich, in Österreich und darüber hinaus ganz, ganz herzlich bedanken, was die momentan machen, das ist wirklich eine absolute Meisterleistung in jeglicher Lebenslage. (Beifall)

Es gibt noch viele Unterstützungen, die ich jetzt nicht im Detail aufzählen möchte, weil sie schon vorgekommen sind, aber liebe Kolleginnen und Kollegen, die rasche und unbürokratische Hilfe für Menschen und Unternehmer, Arbeitnehmerinnen, Familien in unserem Land wird durch dieses vorgelegte Paket gewährleistet. Wir schützen damit ihre Gesundheit, wir leisten einen ersten großen Beitrag zur sozialen und wirtschaftlichen Absicherung.

Ich bedanke mich bei dieser Gelegenheit auch bei euch, allen Mitgliedern des Oberösterreichischen Landtagsparlaments, natürlich aber vor allem bei allen Parteien. Wir haben in den letzten Wochen, ich kann sie nicht mehr zählen, wie viele Konferenzen, Videokonferenzen und Besprechungen gehabt, wo wir ganz transparent alle Schritte, die wir jetzt machen, durchgegangen sind. Wo alle Parteien, sei es die Grünen, die Roten, die Blauen und die Schwarzen, wie man so schön sagt in Oberösterreich, eingebunden waren, unser Landeshauptmann hat regelmäßig informiert. Ich freue mich daher, so hoffe ich, dass wir heute zu einer einstimmigen Lösung für die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher kommen. Ich danke noch einmal allen Landsleuten, die dieses Land am Laufen halten, ich ersuche um Zustimmung für den vorliegenden Nachtragsvoranschlag. Danke. (Beifall)

Präsident: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet, ich schliesse die Wechselrede, wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1335/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Das ist einstimmig, ich stelle damit fest, dass der Geschäftsantrag einstimmig angenommen wurde.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlägt die Oö. Landesregierung im Rahmen ihres Antrags vor, die Beilage 1336/2020 keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 1336/2020 handelt es sich um die Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend das Oö. COVID-19-Gesetz. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 1336/2020 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Ich erteile Herrn Abg. Hingsamer das Wort.

Abg. **Hingsamer:** Geschätzter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Mit dieser Regierungsvorlage wollen wir in einem Begleitgesetz letztendlich Maßnahmen beschließen, die es ermöglichen, auch in der Zukunft, das Geschehen im Lande, dass dieses in der Zukunft auch funktionieren kann. Und wenn wir die Situation nicht nur in Österreich betrachten, sondern auch international betrachten, dann können wir eines sagen und dürfen wir eines feststellen: Schätzen wir uns glücklich, dass wir zum einen in Österreich leben dürfen. Schätzen wir uns glücklich, dass wir in einem Land leben dürfen, wo die Gesundheitsversorgung erstklassig ist, das bestätigen auch jetzt die Zeiten. Schätzen wir uns glücklich, dass Betreuung, dass Pflege, dass Bildung, dass Kinderbetreuung, natürlich unter besonderen Vorzeichen, funktioniert, und dass wir auch diesen schwierigen Bereich meistern und letztendlich helfen können.

Und sind wir froh darüber, dass auch der Gesamtstaat funktioniert, dass die föderal aufgebauten Strukturen und vieles mehr letztendlich Garant dafür sind, dass das Staatsgefüge funktioniert. Der Bund, die Bundespolitik, gibt vor, demokratisch legitimiert, und die Länder sind stark in der Umsetzung. Die Krisenstäbe des Landes funktionieren, aber auch vor Ort in den Bezirksverwaltungsbehörden die Krisenstäbe tun alles Mögliche, damit alles gut funktioniert. Und ich sage danke jenen, die diese besondere Herausforderung meistern und in diesen Krisenstäben diese großartige Arbeit leisten.

Ja, und die unmittelbaren Umsetzer vor Ort sind die Gemeinden. Letztendlich sind sie der Fels in der Brandung, wenn es darum geht, den Menschen vor Ort zu helfen, die gerade in einer herausfordernden Zeit sich sehr, sehr positiv auch ins gesellschaftliche Leben einbringen und mithelfen, dass das Zusammenleben vor Ort funktioniert.

Ja, und wir, als gesetzgebende Körperschaft, bemühen uns heute, dass dieses Zusammenleben in allen Bereichen auch weiterhin Grundlage für die Bewältigung der Krise

ist. Wir haben es besser als viele Menschen auf der Erde, in den Staaten. Die Demokratie funktioniert, und wir sind in der Lage finanziell zu helfen, und wir sind in der Lage, auch Hilfe anzubieten. Ja, und trotzdem bereitet uns die wirtschaftliche Situation, die Formen des Lernens, der Betreuung und vieles mehr auch Sorgen. Gar keine Frage.

Und mit diesem Begleitgesetz treffen wir Regelungen, damit die Verwaltung, die Gestaltung im Land und in den Gemeinden auch in dieser Zeit funktionieren kann und funktioniert. Das sind die Bestimmungen für die Antragsfristen und Bescheiderlassungen mit notwendigen Auflagen dazu. Dann die Frage der Beschlüsse in den Kollegialorganen auf Gemeindeebene. Die Möglichkeit, die wir jetzt schaffen, mit Umlaufbeschlüssen und Videokonferenzen, das Thema auch nicht nur für die Gremien der Ausschüsse und Vorstände, sondern auch in den Gemeinderäten. Und die Frage, dass Sitzungen im Land und den Gemeinden natürlich auch jetzt stattfinden dürfen, ist ja schon beantwortet.

Der Verfassungsdienst des Bundes sagt da klar auch, dass Gemeinderatssitzungen unter Beteiligung der Öffentlichkeit stattfinden dürfen, jedoch die Frage, wie der Bürger mit dem Betretungsverbot öffentlicher Orte und den Ausgangsbeschränkungen umgeht, wird auch da nicht beantwortet. Und mit diesem Landesgesetz schaffen wir auch da Klarheit, bemühen wir uns, auch da Klarheiten zu schaffen. In den Gemeinden letztendlich brauchen wir jetzt diese Umsetzungsschritte und jeweils der Vorsitzende wird das zu entscheiden haben, welches Mittel der Beschlussfassung er letztendlich wählt. Heute schaffen wir die Möglichkeiten dazu. Wir werden schon morgen die Gemeinden mehr als ausführlich darüber auch informieren, wie die einzelnen Gestaltungsmöglichkeiten letztendlich funktionieren können.

Wir nehmen auch auf viele andere Bereiche mit diesem Gesetz Bezug. Das ist die Frage der Bildung im Pflichtschulorganisationsgesetz, die Frage des Tourismus, die Frage der Kinderbetreuung und viele mehr. Und ich bin froh darüber, es wurde ja heute schon angesprochen, dass die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Christine Haberlander auch dafür sorgt, dass zum einen die Gelder weiterhin fließen, auch wenn der Betrieb eingeschränkt ist, ich bin froh darüber, dass ein kleiner Zusatzbetrag, oder auch größerer, diese 10 Millionen Euro, letztendlich zusätzliche Hilfe für die Betreuung vor Ort ermöglichen, und sage dafür auch danke.

Ich bin froh darüber, dass wir in dieser Zeit auch reagieren und anders zum Teil gestalten. Ich erwähne die Kinder- und Jugendhilfe, wo die telefonische Betreuung, Beratung und diese Dinge verstärkt in Anspruch genommen werden und in Anspruch genommen werden können. Auch diese Bereiche sind Dinge, die wir jetzt in etwas anderer Form, aber doch im Sinne der Menschen gestalten. (Präsident: „Herr Abgeordneter, darf ich dich bitten, zum Schluss zu kommen!“) Und damit komme ich schon zum Schluss und erwähne all diese Wünsche, die es darüber hinaus noch gibt, dann nicht mehr, die finanziellen Dinge werden auch im Lauf des heutigen Tages noch beraten werden. Ich ersuche alle zum Zustimmung. Dankeschön. (Beifall)

Präsident: Danke vielmals. Es ist schön, wenn meinen Wünschen so schnell Rechnung getragen wird und ich bitte den Herrn Klubobmann Herwig Mahr um seine Ausführungen.

Abg. KO KommR **Ing. Mahr:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen. Und für den Bereich, der die Landesgesetze in Oberösterreich betrifft, legen wir heute sozusagen gemeinsam den Schalter auf Ausnahmebetrieb. Wir schaffen in unserem Bundesland einfach die nötigen gesetzlichen Rahmenbedingungen, um bestmöglich durch diese Krise zu kommen. Sie werden bis 31.

Dezember 2020 befristet sein. Es sind also Übergangsregulierungen für den Krisenzeitraum, und es sind keine Dauerlösungen.

Und gleich vorweg, ich möchte das wirklich dazu sagen, ich finde es sehr anständig, dass alle, also auch die Opposition, hier anpacken und dass wir gemeinsam einen Schulterchluss haben als Zeichen des Zusammenhalts in diesen herausfordernden Zeiten.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist eine schwierige Situation. Alle heute zu beschließenden Gesetze sind die logische Konsequenz und verfolgen ein Ziel, die Krise zu bewältigen. Und die Zeit des kritischen Aufarbeitens wird sicher auch noch kommen müssen. Aber jetzt ist die Zeit zum Handeln. Und wir handeln rasch, damit andere handeln können. Und wir reagieren rasch auf die Situation, um Probleme zu verhindern bzw. bestehende Probleme zu lösen.

Und inhaltlich können wir die Eckpunkte, die wir heute beschließen, zusammenfassen einfach unter Vereinfachung und Anpassung des öffentlichen Lebens und auf der anderen Seite die finanzielle Erleichterung für Bürger und Gemeinden.

Zu ersterem: Es gibt Erleichterungen für medizinische Einrichtungen, die jetzt nur zur Behandlung leichter Fälle von Covid-19-Patienten geschaffen werden. Die Totenbeschau wird landesweit organisiert und vom hausärztlichen Notdienst durchgeführt. Im Schulbereich werden neue Möglichkeiten geschaffen, nämlich zur Fernlehre, zum Aufschieben und Erlassen von Pflichtpraktika und zum späteren Nachholen von Prüfungen und Lehrgängen. Die Handlungsfähigkeit der Politik wird gewährleistet, indem wir beispielsweise Sitzungen per Videokonferenz ermöglichen. Für bestimmte Verwaltungsverfahren werden Fristen gehemmt oder verlängert. Wo es möglich ist, wird Homeoffice für öffentlich Bedienstete von Land und Gemeinden ermöglicht. Wie auch im Bund, kann der Dienstgeber den Verbrauch von Alturlaub anordnen. Dies wird für all jene schlagend, die weder im Krisenmanagement noch im Homeoffice sind.

Öffentlich Bedienstete können auch zeitlich befristet, zur Sicherung der kritischen Infrastruktur, an andere öffentliche Träger dienstzugeteilt werden. Und bei Notsituation kann die Landesregierung künftig für Kommunalwahlen Sonderregelungen verordnen.

Die Erleichterungen auf der einen Seite für Gemeinden und Bürger, wir stützen unser Bundesland mit einem 580 Millionen Euro schweren Unterstützungspaket. Durch die Befreiung vom Tourismusbeitrag 2020 werden 215 Tourismusgemeinden und rund 29.000 Betriebe, die von der aktuellen Krise besonders getroffen sind, in einem Gesamtausmaß von rund 11 Millionen Euro entlastet und außerdem erhalten die Tourismusverbände Zuschüsse im Ausmaß der Erträge des Vorjahrs.

Aufgrund des verringerten Angebots werden die Selbstbehalte bei Leistungen für Menschen mit Beeinträchtigung angepasst und der Landesbeitrag für die Gemeinden mit Kinderbetreuungseinrichtungen bleibt gleich, auch wenn sich das Angebot minimiert hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen. Keiner von uns hat so etwas schon einmal erlebt. Die Corona-Krise ist tatsächlich eine echte und enorme Herausforderung. Wir alle tun uns, glaube ich, noch sehr, sehr schwer, die Krise einzuordnen. Es gibt keine vergleichbaren Erfahrungswerte, weder gesundheitlich noch finanziell. Wir müssen uns auf Experten verlassen. Und diese selbst, glaube ich, ringen um eine einheitliche Lösung. Aber ich glaube, wir haben uns redlich bemüht, in diesem ersten

Schritt alle notwendigen Maßnahmen und Unterstützungen sicherzustellen. Ziehen wir also gemeinsam an einem Strang, um diese Krise halbwegs gut zu überstehen und damit neuen Mut und frische Kraft zu tanken, um unser Land zur alten Stärke zurückzuführen.

Ich möchte mich aber abschließend bei allen bedanken, die diese Gesetze rasch und kompetent ausgearbeitet haben, allen voran dem Verfassungsdienst und den jeweiligen Fachabteilungen und all jenen, die da draußen unser Oberösterreich am Leben erhalten, danke für euren unermüdlichen Einsatz. Ich bitte um Zustimmung. (Beifall)

Präsident: Ich danke herzlich. Bevor ich als Nächstem Herrn Klubobmann Gottfried Hirz das Wort erteile, habe ich an alle Rednerinnen und Redner eine große Bitte. Wenn ihr herauskommt und die Maske abnehmt, bitte nach Möglichkeit die Maske einstecken und nicht aufs Rednerpult legen. Gottfried Hirz ist der Nächste bitte.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr verehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe zuerst schon gesagt, das Corona-Virus hat uns vor außergewöhnliche Herausforderungen gestellt. Und nicht nur uns, hat unseren Alltag gravierend verändert. Wir haben eine völlig neue Situation, die auch sehr ungewiss ist. Und jetzt möchte auch ich einmal allen in Oberösterreich Lebenden danken für den großartigen Zusammenhalt, allen danken, die also das öffentliche Leben in Oberösterreich so gestalten, dass es weiter funktioniert, die Grundversorgung aufrecht erhalten.

Wir sind aber noch nicht am Ziel, wir sind, glaube ich, auf einem richtigen Weg. Und diese Corona-Krise fordert natürlich auch den Rechtsstaat heraus. Es sind weitreichende Gesetzesänderungen notwendig, um notwendige Maßnahmen zur Bewältigung der Krise auch auf rechtsfähige Beine und Grundlagen zu stellen. Wir haben hier jetzt ein Sammelgesetz zu beschließen, das sowohl bundesgesetzliche Regelungen im Landesrecht umsetzt als auch spezifische landesgesetzliche Sonderbestimmungen. Es gibt 21 Artikel. Es werden 19 Landesgesetze geändert.

Es ist vorhin schon gesagt worden, und ich möchte das auch betonen, und zwar explizit betonen, auch ich möchte mich ganz herzlich bei der Landtagsdirektion und vor allen Dingen beim Dr. Steiner bedanken für die gute Vorbereitung und für die ausreichende Zeit, die wir hatten. Ich weiß diese Qualität zu schätzen. Leider sind jetzt nicht so viele Regierungsmitglieder da, aber ich bitte das auch auszurichten. Also was ich informiert bin, hat der Nationalrat bei manchen Covid-Paketen zehn Stunden Zeit gehabt, die Gesetze zu studieren. Wir hatten zehn Tage. Das ist ein großer Unterschied und hat uns auch die Möglichkeit gegeben, hier entsprechend auch Einfluss zu nehmen. Ich halte es wirklich für total wichtig, dass die Parlamente ja auch in Krisenzeiten entsprechend handlungsfähig bleiben. Also herzlichen Dank! (Beifall)

Die gesetzlichen Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene dürfen keinesfalls die Grund- und Freiheitsrechte nachhaltig beschränken. Sonderbestimmungen, die wir heute hier aufgrund der Krise beschließen, brauchen daher ein klares Ablaufdatum. Ich glaube, dass wir dem mit diesem oberösterreichischen Covid-Gesetz auch nachkommen. Die Geltungsdauer wird also mit 31. Dezember 2020 befristet. Im Schulbereich ist das Ende beim Schuljahr 2019/2020 angesetzt. Die Geltungsdauer ist bewusst kurz gehalten worden, kann per Verordnung von der Regierung sozusagen verlängert werden, aber natürlich auch vorzeitig außer Kraft gesetzt werden, wenn es notwendig ist.

19 Gesetze, habe ich schon gesagt, vom Chancengleichheitsgesetz bis zum Tourismusgesetz, also geht es darum, dass ich hier nur einige Punkte herausgreifen kann und ich möchte auch auf jenes eingehen, was schon Kollege Hingsamer gesagt hat, nämlich die Handlungsfähigkeit der Gemeinderäte wird damit gewährleistet, indem Videokonferenzen möglich sind. Und uns Grünen war es ganz besonders wichtig, dass es eine geeignete Regelung gibt, dass das freie Mandat entsprechend gewahrt bleibt. Denn es kann nicht sein, dass jemand, der die technischen Voraussetzungen nicht hat, oder mangels des Equipments, an einer Gemeinderatssitzung nicht teilnehmen kann. Und es ist jetzt gelungen, das so zu formulieren, dass Videokonferenzen für Kollegialorgane in den Gemeinden und Gemeindeverbänden nur zusätzlich zur Videokonferenz gemacht werden können. Es muss ein analoges Angebot geben. Das heißt vor Ort, man kann auf die Gemeinde gehen, kann dort an der Sitzung teilnehmen, oder bekommt halt das entsprechende Equipment, damit man der Gemeinderatssitzung folgen kann. Das ist meiner Meinung nach eine befriedigende Lösung.

Wir ändern auch die Kommunalwahlordnung, eine Sonderregelung in der Krise, ein ganz ein heikler und auch sensibler Punkt. Also die Regierung kann im Endeffekt eine Wahl absagen, kann den Ort zum Beispiel verlegen. Und auch hier ist es gelungen, dass erstens eine Befristung hineinkommt und zweitens, dass es sozusagen ausnahmslos in Richtung COVID-Krise formuliert worden ist.

Es gibt noch viele weitere Änderungen. Also im Kinderbetreuungsgesetz, wo also es darum geht, die Gemeinden zu entlasten, das Personal abzusichern. Es wurden Schulrechte sozusagen geändert, vor allen Dingen bei den land- und forstwirtschaftlichen Schulgesetzen, wo man ermöglicht, dass Abschlüsse sozusagen noch in diesem Schuljahr möglich sind.

Kurzum, das Gesetz trägt der Krisensituation meiner Meinung nach Rechnung. Für uns Grüne ist es also ganz wichtig, dass die gesetzlichen Sonderbestimmungen klar und nachvollziehbar formuliert sind, dass sie zeitlich befristet sind. Diesen Anspruch erfüllt dieses Gesetz. Daher werden wir natürlich diesem Gesetz auch zustimmen. Ich sage aber auch dazu, dass wir den Vollzug dieser Gesetze natürlich entsprechend im Auge haben werden, so wie es die Aufgabe der Abgeordneten ist. Ich bedanke mich. (Beifall)

Präsident: Ich danke vielmals auch für das vorbildliche Verlassen des Rednerpults und erteile als Nächster Frau Abg. Sabine Promberger das Wort.

Abg. Promberger: Ja Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Landtags! Auch von unserer Seite wird es eine Zustimmung zu dieser Vorlage geben. Es hat Klubobmann Hirz schon angesprochen, es sind 19 Landesgesetze, die geändert werden müssen. Es ist schon vieles gesagt worden, dem ich auch zustimmen kann. Auch von meiner Seite ein herzliches Dankeschön an alle, die das vorbereiteten. Auch für uns war die parlamentarische Einbindung möglich, ich glaube, das ist ein wichtiger Schritt. Wir sehen es auch in den Gemeinden, ich sitze selber bei uns in Ebensee im Gemeinderat, und wir versuchen auch die ersten Sitzungen digital zu machen. Da kommt man dann leider teilweise an die Grenzen der Möglichkeiten. Nichtsdestotrotz halte ich das für ganz wichtig, dass es diese Möglichkeit gibt.

Worauf ich mich konzentrieren möchte, sind die Bildungseinrichtungen, die auch in diesem Gesetz erwähnt werden, wo es auch Änderungen gibt, die sich zum großen Teil auf landwirtschaftliche Schulen konzentrieren und bzw. aber merken wir auch in diesem Bereich, welche Herausforderungen wir noch haben. Mein Dankeschön an alle Eltern mit schulpflichtigen Kindern, ich weiß, wie schwierig das ist, aber auch an die Pädagoginnen und Pädagogen, die wirklich in Distance Learning einen guten Job machen.

Da ist meine Frage bzw. meine Kritik, soweit mein Informationsstand reicht, ist Oberösterreich das einzige Bundesland, das die A3-Lizenzen für die Schulen noch nicht flächendeckend hat, die es für die Einheit als Bundesland relativ kostengünstig zu erwerben gibt. Wir würden den Eltern und den Kindern und den Pädagoginnen und Pädagogen helfen. Die Lizenzen sind wirklich um einen Preis zu erhalten, der einigermaßen günstig ist, und es gibt eine Aufteilung von eins zu 40, das heißt für eine Lehrerlizenz gibt es 40 Schülerlizenzen. Es wäre ein wichtiger Schritt, wenn wir da etwas unternehmen würden. Es wird geschätzt, dass das dem Land Oberösterreich um die 800.000 Euro kosten würde. Es ist in Wirklichkeit in Oberösterreich die Diskussion ja mehr als unglücklich gelaufen, wenn ich das jetzt so salopp formulieren darf, wie die Ausstattung mit Laptops für die Kinder sein könnte und wer das aller braucht oder nicht. In Wirklichkeit ist das nur ein Schritt der Wahrheit, dass den Kindern oft das technische Equipment in Form von Laptops oder Tablets zur Verfügung steht. Wir merken auch, dass die Internetverbindungen, die Familien zur Verfügung haben, durchaus schlecht sind. Wenn die Kinder nun in Distance Learning sind und die Eltern Homeoffice machen, da kommt man sehr schnell an die Grenze dieser Belastbarkeit dieser Leistungen.

Das Dritte sind dann die Programme, die nicht zur Verfügung stehen oder nur in einer sehr unzureichenden Qualität. Da wäre mein Ersuchen oder auch das unserer Fraktion, dass wir über das noch einmal nachdenken oder das Land Oberösterreich diese A3-Lizenzen flächendeckend für die oberösterreichischen Pflichtschulen zur Verfügung stellt. Ich glaube, wir würden das Leben für die Menschen draußen erleichtern und gerade der Bildungsbereich ist der Bereich, wo wir wirklich Chancen geben können. Wir sehen durch die zunehmende Distanzierung der Kinder von der Schule, das sind soziale Kontakte, die ihnen schwer fallen, das ist sehr schlimm für Kinder, gerade für kleine Kinder. Ich denke mir, Volksschüler, die jetzt einmal in der Schule waren und dann ein halbes Jahr nicht in die Schule kommen, wie geht es mit dem Lernfortschritt weiter? Alle Eltern können die Kinder nicht unterstützen, wie es sein sollte. Es ist aber auch durchaus schwierig und herausfordernd. Ich habe einige Bekannte, die sowohl Eltern schulpflichtiger Kinder sind, denen die Decke auf den Kopf fällt, aber auch manche Lehrerinnen und Lehrer, die da sehr kreativ sind, da werden Briefe verschickt, da wird über Handy gemacht, was möglich ist. Aber auch die merken, ein Teil der Schülerinnen und Schüler werden damit nicht erreicht, sie erreichen auch die Eltern nicht mehr. Das sind Bildungschancen, die diese Kinder weniger zur Verfügung haben. Das heißt, es wird sich auf die Dauer für das ganze Berufsleben von denen auswirken. Ich glaube, da haben wir als Land Oberösterreich die Verpflichtung, dass wir da Geld in die Hand nehmen. Das wären wirklich Chancen, die wir für junge Menschen, gerade für Kinder, gerade die es jetzt am meisten und am dringendsten brauchen, einfach auch unterstützen können. In diesem Sinne darf ich alle ersuchen, dass wir uns zu dem entschließen und werden diesem Antrag zustimmen. (Beifall)

Präsident: Danke vielmals! Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung, wobei ich feststelle, dass dieser Beschluss nur mit einer Mehrheit von Zweidritteln der abgegebenen Stimmen gefasst werden kann. Ich bitte jene Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1336/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wie die Frau Schriftführerin weiter angekündigt hat, schlägt die Oberösterreichische Landesregierung im Rahmen ihres Antrags vor, die Beilage 1337/2020 keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 1337/2020 handelt es sich um die Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Verwaltungsabgabengesetz 1974 geändert wird. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags

erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 1337/2020 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Kollege Dörfel.

Abg. Bgm. **Dr. Dörfel:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der finanziellen Unterstützung zur Bewältigung der Corona-Krise geht es immer um Milliarden- oder Millionenbeträge, aber im Einzelfall können auch kleinere Beträge eine Hilfe sein. Genau darum geht es jetzt in diesem Landesgesetz, mit dem das Oö. Verwaltungsabgabengesetz geändert wird. Der Inhalt umfasst eine Befreiung gewisser Amtshandlungen, die mit der Corona-Krise im Zusammenhang stehen, von der Entrichtung der Verwaltungsabgaben, das sind zum Beispiel verschiedene Fristverlängerungen in Bauverfahren, oder auch Ansuchen um Zahlungserleichterungen.

Jetzt stellt sich die Frage, warum wir das eigentlich in einem eigenen Landesgesetz machen und nicht in dem vorher bereits beschlossenen COVID-19-Begleitgesetz. Der Grund ist ein verfassungsrechtlicher. Vor der Kundmachung dieses Landesgesetzes muss noch der Bund eingebunden werden, das heißt, eine Kundmachung wird erst in einigen Wochen erfolgen. Das hat aber keinen Nachteil für die Betroffenen, denn das Landesgesetz wird ohnehin rückwirkend mit 11. März 2020 in Kraft treten und ist nicht befristet, das möchte ich auch noch betonen.

In diesem Zusammenhang darf ich daher zum Abschluss ersuchen, der Dringlichkeit die Zustimmung zu geben und dann im Zuge der Debatte auch inhaltlich zuzustimmen. (Beifall)

Präsident: Ich danke vielmals, Herr Abgeordneter. Als Nächster ist zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Dr. Ratt.

Abg. **Dr. Ratt:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Landtag, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Vorredner Kollege Dr. Dörfel hat die wesentlichen Ausführungen schon gemacht. Ich darf anfügen, Oberösterreich ist ein Sozialland. Als Sozialland ist es selbstverständlich, dass Amtshilfe in dieser schweren Zeit kostenlos geleistet wird für alle Bürgerinnen und Bürger. Das ist nicht nur eine Verpflichtung, sondern das ist, glaube ich, dem Respekt der Bevölkerung gegenüber geschuldet, die sich in dieser Krise so vorbildhaft durch die Befolgung der Empfehlungen verhalten hat.

Ich möchte aber einige Beispiele anführen. Zum Beispiel, und da danke ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Manfred Haimbuchner sehr und natürlich auch der gesamten Landesregierung, dass für die existentiellen Wohnbedürfnisse die Wohnkostenhilfe hier sozusagen mit dem COVID-19-Gesetz eingeführt wurde, um hier Linderung zu schaffen, um Sorgen wegzunehmen. Das wurde für Unternehmer auch geöffnet, das ist wesentlich festzuhalten. Diese Ansuchen sind in der Regel gebührenbefreit, aber wenn ich nämlich als Urkunde von der Gemeinde die Privathaushaltsbestätigung benötige, dann ist hier sehr wohl eine Gebührenpflicht gegeben, und diese Gebührenpflicht entfällt. Es ist damit zu rechnen, dass in der nächsten Zeit tausende Ansuchen hier insgesamt gestellt werden. Ich glaube, das ist hier ein wesentliches Bedürfnis, dass hier kein Zweifel besteht. Denn es ist ja nicht lustig, wenn die Ansuchenden, die ohnehin kein Geld haben, einige Zeit später von der Landesregierung oder von der Gemeinde eine Vorschreibung bekommen, eine Zahlung zu leisten, das wird unbeachtet gelassen, dann geht es weiter zum Finanzamt und das Finanzamt stellt dann den zweifachen oder dreifachen Betrag mit den entsprechenden Konsequenzen zur Vorschreibung fest.

Was im Innviertel ganz besonders wichtig ist, sind die Verwaltungshandlungen wegen Grenzschießungen. Wir haben verstärkte neue Nebenwohnsitzanmeldungen, um hier dem Grundrecht auf Familienleben, dem verfassungsgemäß gesetzlich geschützten Recht auf Familie, nachkommen zu können. Hier stellen die Gemeinden, bei der Erstanmeldung ohnehin gebührenfrei den Nebenwohnsitz fest, aber die Meldebestätigungen, die für den Grenzverkehr nötig sind, wären grundsätzlich gebührenpflichtig. Auch an diese Fallkonstellationen ist hier entsprechend gedacht. Bei den Standesamtsverbänden werden schriftliche Eingaben nicht vergibt. Es ist ja so, wenn man mündlich ansucht, dann ist das gebührenfrei und es fallen lediglich die Kosten für die Urkunden an, die ohnehin anfallen würden.

Herr Kollege Dörfel hat schon gesagt, Stundung von Landesabgaben, Stundung von Kommunalsteuerzahlungen, 14 Euro für die Landesabgabe, 16,40 Euro für die schriftliche Eingabe bei den Gemeinden und es können hier entsprechende, angemessene Fristenstreckungen auf Monate erfolgen. Der Gebührensatz für die Verlängerung von Baubeginn und Fertigstellungsfristen, hier sind ja in der Regel Ansuchen nach Paragraph 90 Straßenverkehrsordnung bzw. nach der Bauordnung zu richten, weil aufgrund des Mindestabstandes Bauarbeiten auf oder neben der Straße nicht so zeitgerecht durchgeführt werden konnten und sich verzögert haben, daher gilt auch hier eine Gebührenbefreiung.

Bei den Meldebestätigungen, das habe ich schon gesagt, wenn also die Amtsgebäude geschlossen sind und mündliche Bestätigungen nicht erfolgen können, dann müsste man schriftlich ansuchen, auch hier würde die Verwaltungsabgabe anfallen, auch hier ist eine Gebührenbefreiung gegeben.

Es gibt die Möglichkeit bei den Standesamtsbehörden, bei den Standesurkunden, bis zwei Jahre nach Geburt gebührenbefreit die Urkunden zu beantragen. Es kann durch die COVID-19-Situation hier zu einer Verzögerung gekommen sein. Die Fristen werden um vier Wochen verlängert. Wie gesagt, es ist wichtig, dass das Land Oberösterreich als Sozialland ein Zeichen setzt und hier eine entsprechende Vereinfachung vornimmt, eine Befreiung, damit auch sichtbare Zeichen gesetzt werden im Kleinen für das Große, um diese Krise zu meistern. (Beifall)

Präsident: Danke vielmals! Als Nächster ist Herr Klubobmann Gottfried Hirz zu Wort gemeldet.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr verehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Beschluss der vorliegenden Novelle des Oö. Verwaltungsabgabengesetzes wird eine umfassende Befreiung von den Verwaltungsabgaben für sämtliche Amtshandlungen geschaffen, die also mittelbar oder unmittelbar in Zusammenhang mit der Bewältigung der COVID-19-Krisensituation erfolgen. Dieses Gesetz gilt rückwirkend ab dem 11. März 2020 und stellt hier die Abgabenbefreiung sämtlicher krisenbedingter Amtshandlungen dar. (Der Zweite Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Jetzt wissen wahrscheinlich einige von euch, dass ich mit rückwirkenden Gesetzen eigentlich im Normalfall gar keine Freude habe, weil ich davon ausgehe, dass die Bürger und Bürgerinnen und auch die Unternehmen bestimmte Rechtssicherheit vom Gesetzgeber haben möchten. Aber in diesem Falle gehe ich einmal davon aus, dass, wenn wir eine Abgabenbefreiung beschließen, es wahrscheinlich relativ wenig Bürger und Bürgerinnen und Unternehmen geben wird, die sagen, das ist jetzt ein Gesetz, das ist nicht richtig, dass es rückwirkend gilt, sondern es wird genau das Gegenteil sein. Genau das gleiche wird auch

passieren, was die Befristungen betrifft. Auch hier, glaube ich, wird es relativ wenige Beschwerden geben. Also insofern kann ich mit dem auch sehr, sehr gut leben.

Ziel ist es, sicherzustellen, dass keine Verwaltungsabgaben entrichtet werden, wenn ein Baubeginn ist oder Baufertigstellungsfristen verlängert werden, oder für Amtshandlungen, wie Beglaubigungen, Abschriften, Bescheinigungen, Bestätigungen, ich möchte gar nicht alle wiederholen, das hat Herr Kollege Ratt ja schon hervorragend jetzt getan. Die Formulierung entspricht auch der vergleichbaren Regelungen der Bundesverwaltungsabgaben im zweiten COVID-Gesetz. Insofern ist es sicher richtig und klug, dass zusätzlich finanzielle Belastungen für die betroffenen Bürger und Bürgerinnen und Wirtschaftstreibenden so vermieden werden. Das heißt, wir werden diesem Gesetz unsere Zustimmung geben. Danke! (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächster hat sich Herr Kollege Lindner zu Wort gemeldet.

Abg. Mag. Lindner: Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Als vierter Redner zu dem Gesetz werde ich es jetzt nicht mehr schaffen, Beispiele hervorzukramen, nachdem das meine Vorredner schon bravurös gemacht haben. Ich darf grundsätzlich zu dieser Novelle zum Verwaltungsabgabengesetz festhalten, dass wir das als sinnvolle, kurzfristige und bürgerfreundliche Maßnahme sehen, dem wir natürlich auch zustimmen werden. Das ist auch ein Zeitpunkt, wo man den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Behörden auf Landes-, Bezirks- und Gemeindeebene ein großes Danke sagen muss und kann, wie sie diesen Betrieb in dieser schwierigen Zeit aufrechterhalten. (Beifall)

Diese Novelle bedeutet natürlich auf Landes- und Gemeindeebene einen kleinen Einnahmeentfall, der jetzt bei den Gemeindebudgets nicht das Riesenloch reißen wird. Ich möchte jetzt doch die Gelegenheit dazu nutzen, nachdem der Landesfinanzreferent noch da ist, zur Situation der Gemeinden zu sprechen zu kommen, weil die in dieser Krise wirklich dramatisch ist, wenn man sich die Einbrüche bei den Ertragsanteilen und Kommunalsteuern anschaut. Die Ertragsanteile und Kommunalsteuern machen gemeinsam knapp über 50 Prozent der Einnahmen für die Gemeinden aus. Diese Einnahmen trifft diese Krise wirklich mit voller Wucht, minus 13 bis minus 20 Prozent bei den Ertragsanteilen bis Juli, so prognostiziert das KDZ. Bei der Kommunalsteuer sind es je nach Betroffenheit minus 20 bis minus 50 Prozent bis Juli durch hohe Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, für die keine Kommunalsteuer anfällt.

Das heißt, die laufenden Einnahmen für die Kommunen gehen kurzfristig dramatisch zurück, aber die Ausgaben in den Gemeinden können kurzfristig nicht gesenkt werden. Das heißt, dass die Liquidität der Gemeinden wirklich unmittelbar gefährdet ist. Langfristig, bei positiven Wirtschaftsprognosen für das gesamte Jahr 2020, heißt das noch immer minus fünf oder zehn Prozent der gesamten Jahreseinnahmen.

Da sehen wir es schon als großes Problem, dass wir bisher noch nicht über ein wirkliches kommunales Hilfsprogramm diskutiert und gesprochen haben. Die Kosten der Kinderbetreuung, diese zehn Millionen Euro im Hilfspaket, sichern jetzt einmal unmittelbar für die schlimmste Zeit die Liquidität ab. Mit dem Regierungsbeschluss vom 14. April sichern wir, dass wir jetzt bei den begonnenen Projekten keinen Baustopp kriegen oder dass unaufschiebbare Projekte begonnen werden können. Aber immer eben nur dann, wenn die Gemeinde den Eigenanteil stemmen kann. Und genau das, glaube ich, wird der Knackpunkt im heurigen Jahr und im nächsten Jahr werden.

Ich unterstütze ja unseren Landesfinanzreferenten Landeshauptmann Stelzer, wenn er von einem Wiederaufbaupaket für Bund, Land und Gemeinden spricht. Aber dann muss man deutlich sagen, das Wiederaufbaupaket muss zu mindestens 30 Prozent oder zu einem Drittel den Gemeinden helfen und die Gemeinden unterstützen. Und da sprechen wir klarerweise vom frischen Geld, vom dringend benötigten frischen Geld, weil eben die Gemeinden 30 Prozent der öffentlichen Investitionen tätigen. Und ein Ausbau der kommunalen Projekte, die ja alle am Tisch liegen, ein Ausbau dieser kommunalen Investitionen, das heißt Stärkung der regionalen Wirtschaft, der Arbeitsplätze, Betriebe vor Ort, das kann ein Turbo werden für die regionale Wirtschaft in den Regionen Oberösterreichs.

Und dafür reicht das bisher Gesagte und das bisher Versprochene niemals aus. Natürlich sind die Gemeinden, wie schon diskutiert worden ist, wie alle Körperschaften von den Einbrüchen bei den Steuereinnahmen betroffen. Aber man muss, glaube ich, in Oberösterreich schon noch einmal spezifisch dazusagen, dass unser Transfersystem in Oberösterreich die Gemeinden in unserem Bundesland doppelt benachteiligt, und das wiegt eben dann in dieser Krise doppelt schwer. Also glaube ich, brauchen wir vor Ort in den Gemeinden rasch zusätzliches Geld, rasch und sinnvoll investiert und dafür müssen wir, glaube ich, nach dieser Krise auch unmittelbar über einen neuen oberösterreichischen Transferausgleich sprechen. Herzlichen Dank. (Beifall)

Zweiter Präsident: Mir liegt nun keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung, wobei ich feststelle, dass dieser Beschluss nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen gefasst werden kann. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1337/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 1338/2020 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 1338/2020 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Arbeitsstipendium für Künstler und Künstlerinnen. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass dieser Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede, zu der sich Kollege Severin Mayr zu Wort gemeldet hat.

Abg. Mayr: Recht herzlichen Dank Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Sie alle haben sich vermutlich auch in diesen sonderbaren letzten Wochen Gedanken darüber gemacht, was unser politischer Handlungsauftrag jetzt ist. Nicht nur, damit man zumindest einen Hauch von Normalität herstellt, sondern weil es schlicht und ergreifend jetzt darum geht, Existenzen zu sichern.

Wir müssen uns alle, und wir tun es alle, dass wir uns anschauen, wo sind Menschen, wo sind Menschengruppen besonders betroffen und wo braucht es jetzt rasche, umgehende und vor allem unbürokratische Hilfe? Wir Grüne werden deswegen heute eine ganze Reihe an Anträgen einbringen für Gruppen, die aus unserer Sicht noch nicht genügend abgesichert sind oder wo es noch viel zu wenig geht. Da geht es um Erleichterungen im Bildungsbereich, da geht es aber auch um die Wohnkosten, es geht auch um den Sozialbereich. Da habe wir uns Gedanken gemacht. Da kommen die Anträge heute noch in dieser Sitzung.

Ich habe mir in den vergangenen Wochen natürlich in meinem Zuständigkeitsbereich, in meinen grünen Zuständigkeitsbereichen das auch angeschaut, wo es grobe Defizite gibt. Und ich habe mir das unter drei besonderen Gesichtspunkten angeschaut. Das Eine ist, wo gibt es

Menschengruppen, die von den bisherigen Maßnahmen, die getroffen worden sind, noch nicht berücksichtigt worden sind? Das Zweite ist, was ist in Landeskompetenz? Wo können wir als Land Oberösterreich jetzt konkret und rasch helfen? Und das Dritte ist, wo gibt es Personengruppen, wo diese Hilfe nicht irgendwie aufschiebbar ist? Wo es nicht mehr darum geht, dass man einen Monat wartet, dass man Ausschusssitzungen abwartet oder Ähnliches, sondern wo jetzt sofort geholfen werden muss, weil es schlicht und ergreifend um Existenzen geht.

In meinem Bereich Verkehr, Kultur sind mir ein paar Punkte eingefallen. Das Thema Semesterticket hat sich glücklicherweise mittlerweile erledigt. Da bedanke ich mich recht herzlich auch dafür. Eine Gruppe, die es unglaublich schwer hat momentan, sind Kulturvereine auf der einen Seite und Kulturschaffende, Kulturvermittler/innen, Kulturarbeiter/innen auf der anderen Seite. Die sind in einer ganz besonderen Situation. Innerhalb von kürzester Zeit sind Veranstaltungen praktisch restlos abgesagt worden. Innerhalb von kürzester Zeit ist bei diesen Personengruppen, bei diesen Menschen das Einkommen weggefallen. Da geht es um Existenzen.

Und es geht um was Anderes. Ich bin ganz zutiefst überzeugt, dass in dieser Ausnahmesituation, in der wir uns jetzt gerade befinden, in einer Situation, wo die Bewegungsfreiheit massiv eingeschränkt wird, wo Maßnahmen getroffen werden, die man in einem anderen Jahr, in einer anderen Situation niemals so treffen würde, die künstlerisch kritische Auseinandersetzung mit allem, was uns als Gesellschaft jetzt betrifft, besonders notwendig ist.

Ich glaube, wir brauchen jetzt Klarheit darüber, wie es weitergeht. Wir brauchen die Garantie, dass Kultur trotzdem stattfinden kann. Und wir müssen jetzt sicherstellen, dass es hoffentlich bald nach diesem ganzen Corona-Irrsinn auch noch eine lebendige Kulturszene in diesem Land gibt. Ein Teil ist ja schon passiert in Oberösterreich. Es gibt einen Fonds, der jetzt helfen soll bei den Kulturvereinen. Es gibt mittlerweile die Ankündigung, dass Förderraten auch vorgezogen werden. Ich bedanke mich auch ausdrücklich dafür, dass diese Bereiche in Oberösterreich schon auf dem Weg sind, dass da schon etwas passiert.

Aber ich sage auch, es gibt Personengruppen, die von diesen Maßnahmen nicht betroffen sind und das sind nicht nur Kulturvereine, wo es noch Nachbesserungsbedarf gibt, das sind die Einzelkünstler/innen, das sind die Kulturschaffenden, die Kulturvermittlerinnen und -vermittler und das sind die Kulturarbeiter/innen. Deswegen bringen wir heute auch gemeinsam mit Unterstützung durch die Sozialdemokratie diesen Antrag ein, dass es Arbeitsstipendien für diese Personengruppen geben soll.

Das ist ein Modell, das nicht meinem Kopf entspringt, sondern das ich mir in anderen Bundesländern sehr genau angesehen habe. Da geht es darum, dass man garantiert, dass Menschen ihrer künstlerischen Tätigkeit weiter nachgehen können etwa durch Projektentwicklung oder durch Planung von Veranstaltungen, von Vernissagen, von Kabarett oder was auch immer für den kommenden Herbst. Und es geht darum, dass die arbeiten können und sich damit ihre Existenz sichern können.

Wien, Salzburg, auch Vorarlberg haben dieses Arbeitsstipendium bereits eingeführt. Ich habe mir das angeschaut. Es hat dort einen durchschlagenden Erfolg. Wien hat nach wenigen Wochen das Budget bereits verdreifachen müssen, weil es so einen großen Bedarf gibt. Salzburg hat ebenfalls die ursprünglich veranschlagte Summe bereits verdoppelt, weil es ebenfalls so viele Anfragen gibt, weil die Nachfrage nach diesen Arbeitsstipendien so groß ist.

Und ich sage es auch ganz ehrlich, das hilft nicht nur den Künstlerinnen und Künstlern. Ich glaube, dass das eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit ist, dass wir diesen Raum schaffen, mit dieser Situation, in der wir uns jetzt befinden, kritisch auseinander zu setzen, langfristig kulturelles Leben in diesem Bundesland zu garantieren.

Dieser Antrag ist heute ganz bewusst dringlich eingebracht worden. Seit mehreren Wochen steht das kulturelle Veranstaltungsleben still. Ich glaube, dass wir nicht mehr länger warten können, sondern dass wir den Personen, die jetzt um ihre Existenz bangen, sofort Antworten liefern müssen. Dass wir keine Ehrenrunde mehr brauchen, dass wir das in einem Ausschuss tun. Ich ersuche Sie tatsächlich nur noch einmal dringend, dass wir diese Arbeitsstipendien, die sehr erfolgreich funktionieren, wir wissen, dass sie funktionieren, heute in dieser Form, wie sie eingebracht worden sind, beschließen. (Zweiter Präsident: „Kollege Mayr, die Redezeit ist schon überschritten!“) Meine Zeit ist überschritten und in diesem Fall drängt die Zeit wirklich. Ich ersuche Sie um Zustimmung. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Dr. Manhal.

Abg. Mag. Dr. Manhal: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landeshauptmann, werte Kolleginnen und Kollegen! So wie den Kollegen Mayr und uns alle bewegen mich momentan viele Fragen. Unter anderem jene, wie wir in einem Jahr, in fünf Jahren oder in 30 Jahren an diese Zeit zurückdenken werden.

Was wird übrig bleiben, wenn wir unseren Enkelkindern vom Jahr 2020 erzählen? Wie werden wir aus einer zeitlichen Distanz beurteilen, wie wir diese Krise bewältigt haben? Wird es uns gelungen sein, den Kampf gegen das Virus und den Kampf gegen die Angst gewonnen zu haben? Wird es uns gelungen sein, den Schaden für die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen in gesundheitlicher, finanzieller aber auch in persönlicher und in psychosozialer Hinsicht so gering wie möglich gehalten zu haben? Werden wir es geschafft haben, mit viel Solidarität und Zuversicht unser Oberösterreich gemeinsam in eine gute Zukunft geführt zu haben und vielleicht sogar in verschiedenen Bereichen gestärkt aus der Herausforderung hervorgegangen zu sein?

In einer der letzten Ausgaben des Spiegels war ein Artikel über die Psychologie der Angst. Darin ging es unter anderem darum, wie schwierig es für uns Menschen ist, die Unsicherheit zu ertragen, mit der Ungewissheit zurecht zu kommen, den Zustand zu akzeptieren und uns klar zu machen, dass es auch wieder besser wird. Diese Fähigkeit nennt man Ambiguitätstoleranz. All das klingt banal, ist aber wichtig und ein Auftrag für uns. Wir müssen bei aller Vorsicht und Achtsamkeit Mut und Zuversicht vermitteln und wir müssen die dafür notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, um die Gesundheit zu schützen und gleichzeitig die Wirtschaft zu unterstützen genauso wie die Schwächsten in unserer Gesellschaft und die vielen Vereine in unserem Land.

Das tun wir mit unserem Oberösterreich-Paket, dem größten Hilfspaket für unsere Heimat. Wir können dabei glücklicherweise den finanziellen Spielraum nützen, den wir durch unsere konsequente Budgetpolitik in den letzten Jahren geschaffen haben. Klar ist aber auch, dass wir das alles nur gemeinsam schaffen werden. Es braucht jetzt keine unkoordinierten Einzelmaßnahmen, sondern wohlgedachte, möglichst treffsichere Instrumente. Ja, alle Menschen in unserem Land sind auf die verschiedenste Art und Weise von der ersten großen Menschheitskrise des 21. Jahrhunderts, wie es Gerald Mandlbauer in seinem Leitartikel am Samstag in den OÖN bezeichnet hat, betroffen.

Menschen in den Gesundheitsberufen, die sich neben der fordernden Tätigkeit tagtäglich gesundheitlichen Gefahren aussetzen. Menschen in der Verwaltung, die etwa in Krisenstäben seit Wochen rund um die Uhr Probleme lösen. Kinder und junge Menschen, die plötzlich aus ihrem Alltag und Umfeld gerissen sind und zuhause lernen müssen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die etwa ihren Arbeitsplatz verloren haben. Wirtschaftstreibende, die um ihre Existenz bangen. Eltern, die neben Home-Office die Beschulung ihrer Kinder managen. Lehrerinnen und Lehrer, die sehr engagiert über die kreativsten Wege Kontakt mit ihren Schülern halten und Wissen vermitteln. Und natürlich auch ganz besonders Kunst- und Kulturschaffende.

Seitens des Landes wurden daher, Kollege Mayr hat es bereits angesprochen, zahlreiche Maßnahmen auch für den Kunst- und Kulturbereich getroffen. So bleiben etwa Förderzusagen aufrecht, indem vorerst auf die Rückforderung bereits ausgezahlter Landesförderungen für Corona-bedingt abgesagte Veranstaltungen verzichtet wird. Genehmigte Projekte etwa können nach Rücksprache mit der Förderstelle verschoben werden. Und im Oberösterreich-Paket sind fünf Millionen Euro insbesondere für Kultur- und Sportvereine vorgesehen.

Auch im Maßnahmen-Mix der Bundesregierung zur Bekämpfung der Auswirkung des Corona-Virus sind eine Reihe von Unterstützungen für den Kulturbereich enthalten. Dazu gehören bei den direkten Unterstützungsmaßnahmen unter anderem der COVID-19-Fonds für Künstler- und Kulturvermittler und der Härtefallfonds der WKO sowie indirekte Unterstützungsmaßnahmen, dazu gehören zum Beispiel die Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen und andere steuerliche Erleichterungen.

Was den vorliegenden Vorschlag von Arbeitsstipendien anlangt, möchte ich festhalten und auch aufklärend wirken, dass es in unserem Land bereits verschiedenste Arbeitsstipendien etwa im Bereich der bildenden und der darstellenden Kunst sowie der Literatur gibt. Die heute vorgeschlagenen neuen Arbeitsstipendien werfen für uns einige Fragen auf. Wie genau sollen diese Arbeitsstipendien ausgestaltet sein? Soll es eine Aufteilung auf Sparten geben bzw. falls ja, wie soll diese erfolgen? Welche konkreten Voraussetzungen müssen gegeben sein? Wer vergibt diese Stipendien? Wie viele potentielle Stipendiaten sollen in den Genuss kommen? Summa summarum, viele offene Fragen, die wir im Bildungsausschuss klären möchten. (Beifall)

Zweiter Präsident: Sehr ordentlich alles gesäubert. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Neubauer.

Abg. **Neubauer, MBA:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landeshauptmann und Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Die Corona-Krise hat Auswirkungen auf alle Lebensbereiche und alle Menschen in unserem Land. Deshalb haben die Entscheidungsträger in Oberösterreich rasch Maßnahmen getroffen, um die Vorgaben des Bundes umzusetzen, und diese werden heute mit einem umfassenden Oberösterreich-Paket ergänzt.

Grüne und SPÖ wollen nun mit dem vorliegenden Antrag die bestehenden Unterstützungsangebote um einen zusätzlichen Fördertopf erweitern. Sehr geehrte Damen und Herren! Verantwortungsvolle Politik bedeutet, sich nicht nur mit eigenen Parteikollegen auszutauschen, nicht nur Anträge aus anderen Bundesländern, wie es der Kollege Mayr ja auch selbst gesagt hat, wie diesen hier zum Beispiel von Wien oder Salzburg zu kopieren. Verantwortungsvolle Politik bedeutet auch, die Angebote im eigenen Land zu beachten.

Grüne und SPÖ sehen diesen Antrag als dringlich an. Ja, selbstverständlich, Krisensituationen bedingen in sich immer Dringlichkeit. Es ist aber genau für diesen Antrag die Dringlichkeit gegeben? Ich sage nein. Denn, wie es die Kollegin Manhal schon erwähnt hat, ein Modell für Arbeitsstipendien für Künstler muss nicht erst entwickelt werden. Es gibt eine solche Förderung bereits in Oberösterreich.

Ohne jetzt inhaltlich den Antrag bewerten zu wollen, ist die Dringlichkeit also reiner Populismus. Die aktuelle Krisensituation soll offenbar als Jahrmarkt der Eitelkeiten missbraucht werden, auf dem rein Klientel-Politik betrieben wird. (Unverständlicher Zwischenruf) Man will sich durch Forderungen durch noch mehr Geld gegenseitig überbieten. Was Sie dabei vergessen, ist, es geht dabei immer um unser aller Steuergeld, das wir nach Treu und Glauben zu verwalten haben.

Ich empfehle Ihnen, auf die Homepage des Landes Oberösterreich zu sehen. Sie finden neben den biennial ausgeschriebenen und sehr hoch dotierten künstlerischen Stipendien das angesprochene Arbeitsstipendium zur Förderung zur Fortführung der aktuellen künstlerischen Arbeit von Kunstschaffenden extra erwähnt in Notsituationen. Beantragt werden kann eine solche Unterstützung bereits jetzt mit diesem Formular. Es sind auch hier die unterschiedlichsten künstlerischen Sparten angeführt. Es wird also im Ausschuss auch keine große Debatte brauchen. Ich denke, nachdem es diese Förderung bereits gibt, könnte man den Antrag bereits als erledigt erklären.

Inhaltlich darf ich dazu noch kurz festhalten, dass Arbeitsstipendien weder mit der Entwicklung neuer Konzepte zu tun haben, noch die Qualität künstlerischer Arbeit erhöhen können, wie es im Beschlusstext ausgeführt wird. Erstaunlicherweise hat der Kollege Mayr das hier heraußen eh ganz anders dargestellt und das auch zurecht. Denn, sehr geehrte Damen und Herren, neue künstlerische Konzepte und die Qualität künstlerischer Arbeit sind keine Frage des Geldes. Sie sind eine Frage von Ideen und von Kreativität.

Wie soll also durch Arbeitsstipendien die Qualität künstlerischer Arbeit gesteigert werden? Arbeitsstipendien, wie es Kollege Mayr hier jetzt ehrlich gesagt hat, sollen wohl eher dazu dienen, Kunstschaffenden in finanziellen Notsituationen zu helfen. Diese Angebote bestehen bereits. Auch aus diesem Grund gibt es von unserer Fraktion keine Zustimmung zur Dringlichkeit zu diesem Antrag.

Abschließend darf ich noch eines anmerken. Die österreichischen Kulturschaffenden haben dieser Tage die ISTAZ gekürt, die inkompetenteste Staatssekretärin aller Zeiten, ausgezeichnet haben sie damit die grüne Staatssekretärin für Kultur Ulrike Lunacek. Es zeigt sich, dass offenbar die Kulturschaffenden selbst mittlerweile draufkommen, dass grün (Zweiter Präsident: „Kollegin Neubauer, die Zeit ist abgelaufen!“) und links sein, mein Schlusssatz, grün und links sein alleine macht noch lange keine gute Kulturpolitik. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Zweiter Präsident: Weiters zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Präsidentin Weichsler-Hauer.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich dachte mir bei der Rede vom Kollegen Mayr, dass wir über eine Gruppe von Menschen unter uns reden, die nicht die Möglichkeit haben, so wie auch diese Woche schon unser Landesintendant Hermann Schneider sich zu Wort gemeldet hat, dass man, wenn man sozusagen ein subventionierter Betrieb ist, durchaus Möglichkeiten hat, auf mehrere Rettungsanker zurückzugreifen. Und ich erwähne hier einen insbesondere, einen

Rettungsanker, von dem noch vor wenigen Wochen und Monaten auch negativ gesprochen worden ist, dem wir aber alle, und auch wir sind einige davon und ich gehöre dazu, die im Aufsichtsrat sind, zugestimmt haben, nämlich dass die Sozialpartner eine vernünftige Lösung gefunden haben, die auch hier schlagend und greifbar wird, dass entsprechend auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landestheater in Kurzarbeit gehen haben können. Das ist, glaube ich, einen Applaus wert, was hier die Sozialpartner entsprechend ausverhandelt haben. (Beifall)

Und ich erwähne unseren Landesintendanten deswegen auch, weil er, und ich darf ihn jetzt zitieren, und ich hoffe Hermann Schneider ist mir jetzt nicht ganz böse, dass ich ihn zitiere, aber der erst diese Woche in den Oberösterreichischen Nachrichten gesagt hat, einerseits es ist befremdlich, wie mit der Kultur umgegangen wird, und ich zitiere Hermann Schneider weiter, insofern schockiert es mich, dass Freiberufler jetzt in katastrophale Abgründe schauen. Ich würde mir wünschen, dass sich die Bundesregierung auch mit dem Theatererhalterverband und mit den Künstlern austauscht. Und das genau ist es, glaube ich auch, und davon bin ich fest überzeugt, was hinter diesem Antrag steckt. Ich habe gesagt, es gibt einerseits als Künstler heute das große Glück, fix angestellt sozusagen zu sein, ein Ensemblemitglied zu sein, und die große Masse, und es ist die größere Masse, die keine Chance hat entsprechend auf Töpfe zuzugreifen.

Und wenn vorhin gesprochen worden ist, und da gebe ich dir Recht, liebe Kollegin, dass fünf Millionen Euro hier für Vereine zur Verfügung stehen, ich bin neugierig, wenn sich die Kulturvereine mit den Sportvereinen und mit den sonstigen Vereinen, denn es ist ja nicht wirklich definiert, für welche Vereine wieviel Geld für welche Branche entsprechend auch zur Verfügung steht, in den Ring steigen müssen, um hier einigermaßen an Geld zu kommen, wenn wir denken, wieviel Vereine wir auch in Oberösterreich haben.

Es geht hier wirklich um jene Gruppe, die nicht zugreifen kann, und es sind viele. Und Kollege Mayr hat Recht, und deswegen unterstützen wir auch diesen Antrag, weil hier nämlich wirklich viele jetzt im Moment absolut vor dem Nichts stehen. Und ich darf es jetzt sagen, ohne Namen zu benennen, aber ich habe mich heute auch schon mit jemanden unterhalten, wie es denn eigentlich zum Beispiel in der Filmbranche ausschaut, also all jene, die davon leben, dass Künstlerinnen und Künstler auftreten, dass es Kultur- und Kunstleben gibt, das sind meistens nicht diejenigen, die auf der Bühne stehen, sondern die große Branche der Tontechniker, die uns heute auch begleiten, der Filmtechnikerinnen und Filmtechniker, die uns heute auch begleiten, die davon leben, dass Kunst und Kultur passiert. Und das ist de facto einmal bis Ende Juni, aber wenn wir den Zahlen glauben dürfen, den ganzen Sommer über stillgelegt und eine riesen Branche, die zu nichts kommt oder nur zu sehr, sehr wenig kommt.

Und mir wurden Zahlen genannt, man muss Glück haben, wenn man 1.000 Euro im Monat bekommt, und das würde ich bitte jetzt einmal hier auch gern im Raum stehen lassen, ob es wirklich so ist, dass wir denen allen entsprechende Unterstützung geben. Wenn ich nämlich so an die Vergangenheit denke, wo wir ja KTM und die entsprechende Unterstützung diskutiert haben, dann glaube ich wird es höchste Eisenbahn, an die Menschen zu denken und nicht nur an eine Firma oder an eine Hall, wie es hier auch entsprechend genannt wird. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dieser Möglichkeit, ein Arbeitsstipendium zu bekommen, haben wir ja viele Dinge, das ist ja nicht gratis, wir bekommen wieder etwas zurück, nämlich Kunst und Kultur, das insbesondere in dieser Zeit geschaffen wird. Und Kunst und Kultur ist mindestens genauso lebenswichtig, wie wenn wir täglich heute unseren Einkauf erledigen

können oder die entsprechende Versorgung haben. Darauf haben wir uns immer verstanden. Das ist eigentlich ein Credo aus den letzten Jahren.

Und ich habe mir echt darüber Gedanken gemacht, so wie Kollegin Manhal auch, was wird denn über bleiben aus dieser Zeit? Und ich möchte nicht, dass am Ende dieser Zeit überbleibt, dass das erste, worauf wir vergessen haben oder nicht mehr daran gedacht haben, Kunst und Kultur war. Und ich sage es deswegen auch so bewusst, weil es in vielen Krisensituationen, und ich will jetzt nicht eine bestimmte Zeit ansprechen, aber da gibt es mehrere, und die kann man in der Geschichte nachverfolgen, immer Kunst, Kultur, die Künstlerinnen und die Kulturschaffenden gewesen sind. Und wir können ein schönes Stückel heute weiter sein, denn wir hätten eigentlich schon aus diesen Dingen gelernt. (Zweiter Präsident: „Kollegin!“) Ich werde fertig Herr Präsident und (Zweiter Präsident: „Bitte!“) werde dich nicht überstrapazieren, deswegen also auch eine klare Unterstützung für diesen Antrag. (Beifall)

Zweiter Präsident: Mir liegt nun keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1338/2020, Initiativantrag betreffend Arbeitsstipendien für Künstler*innen, zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 1338/2020 dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zur Vorberatung zu.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 1339/2020 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 1339/2020 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend ein Hilfspaket für Menschen in Oberösterreich. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede und darf den Kollegen Makor bitten, ans Mikrofon zu kommen.

Abg. KO **Makor:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Bei einem Hilfspaket für die Menschen in Oberösterreich geht es eben darum, dass es einer Hilfe bedarf, einer Hilfe, die direkt bei den Menschen auch ankommt, damit direkt und unmittelbar geholfen werden kann. Ich habe es ja schon ausgeführt, das von ÖVP Und FPÖ vorgelegte und heute im Nachtragsvoranschlag finanziell abgesicherte erste Paket mit 580 Millionen Euro, wo 580 Millionen Euro bewegt werden, hat sehr viele Punkte, die insbesondere der Wirtschaft, dem Wirtschaftssystem, der Struktur hilft und es unterstützen wird.

Der Landeshauptmann hat bei seinen Ausführungen angedeutet, natürlich gibt es auch Hilfe, die direkt bei den Menschen ankommt, hat etwa die Hilfe in besonderen Lebenslagen angeführt, ja stimmt, nur die Summen, 1,5 Millionen Euro dafür, im Vergleich bei einem 500 Millionen Paket reden wir in Wirklichkeit von drei Promille. Es gibt auch andere kleine Hilfen. Und sie sind aber deutlich zu wenig. Es ist kein Wunder, dass dieses Schwarz-Blaue Paket so aussieht, wie es aussieht, weil zwar immer vom Schulterchluss unter Einbindung der Sozialpartner die Rede war, aber das Gefühl nicht trügt, dass offensichtlich nur ein Sozialpartner eingebunden war, nämlich die Wirtschaftskammer, während Arbeiterkammer und Gewerkschaften dabei nicht erwünscht waren. Und das ergibt dann am Ende des Tages 1,2 Prozent dieser Summen, die für die Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer aufgewendet werden.

Daher wirklich die dringende Bitte an Sie, dass man jetzt ein zweites Paket schnürt, mit umfangreichen Hilfen für die Menschen direkt in Oberösterreich. Das Allerallerwichtigste wäre, und das ist auch Inhalt des Antrags, sich gemeinsam an die Bundesregierung zu wenden, das Arbeitslosengeld, nämlich die Nettoersatzrate in Österreich deutlich zu erhöhen, weil wir diese erhöht haben, haben wir manche Probleme in Oberösterreich schon nicht mehr, weil viele Oberösterreichinnen und Oberösterreicher arbeitslos sind, und es sind extrem mehr geworden, meine sehr geehrte Damen und Herren, rund 58.000 Oberösterreichinnen und Oberösterreicher waren im März 2020 arbeitslos und viele weitere Tausend Mitmenschen sind in Kurzarbeit und müssen mit Einkommenseinbußen rechnen und diese hinnehmen. Wenn das Arbeitslosengeld, die Nettoersatzrate von derzeit im Durchschnitt 55 Prozent deutlich erhöht wird, ÖGB und SPÖ schlagen vor auf 70 Prozent, insbesondere in einer Situation, wo wir eine Krise haben, dann hätten wir das eine oder andere Problem schon nicht mehr selbst in Oberösterreich zu lösen.

Aber für uns in Oberösterreich bleibt jedenfalls das Problem der steigenden Mieten. Es ist angekündigt oder es ist gesagt worden, Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner sitzt ja da, dass im Paket eins 20 Millionen Euro für die Wohnbeihilfe sind, ja das stimmt, vom Prinzip her auch gut investiertes Geld, nur für jene, die jetzt schon Wohnbeihilfe bekommen, bringt das genau gar nichts, da hat sich gar nichts geändert.

Und ein Bonmot am Rande, meine sehr geehrten Damen und Herren, selbst für jene, die jetzt eine Wohnbeihilfe beantragen, (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Warum sollte man die ändern?“) ja mehr könnten sie zum Beispiel bekommen, weil sie es brauchen in einer Coronakrise, um das geht es, ja mehr sollten sie bekommen. (Beifall) Extrem steigende Mieten und die Wohnbeihilfe in Wirklichkeit gleichbleibend und sich gleichzeitig da herstellen, ich tue so viel. Aber das Bonmot bei der ganzen Geschichte ist das, der Kreis der Bezieher wurde ausgeweitet, ich finde das positiv, regt euch ab, ich finde das eh positiv, nur selbst die, die jetzt in diesen Kreis hineinkommen und Wohnbeihilfe bekommen können, müssen die Deutschkenntnisse nachweisen, in der Coronakrise müssen sie jetzt Deutschkenntnis nachweisen, das sind halt die Prioritäten, die manchmal gesetzt werden.

Unser Modell will jedenfalls, dass auch für jene Menschen, die im Einsatz bei der Coronakrise aktiv waren, Unterstützungen gezahlt werden. Hilfe für Menschen mit geringem Einkommen, ich habe das zuerst schon angekündigt, die geringfügig Beschäftigten, und das sind so viele Leute, insbesondere Frauen, 33.230 Frauen in Oberösterreich, die geringfügig beschäftigt sind, insbesondere im Gastgewerbe, insbesondere in prekären Arbeitssituationen, die sind zur Zeit vergessen worden, auch die haben mit extremen Einkommenseinbußen zu rechnen.

Wir brauchen eine Hilfe für Menschen in besonders fordernden Situationen, insbesondere die Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher. Die Bildungseinrichtungen, Kollegin Promberger hat es angekündigt, für all diese Gruppen brauchen wir konkrete direkte Hilfen, damit den Menschen in Oberösterreich tatsächlich unmittelbar geholfen werden kann.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, ich darf noch ein Letztes anbringen, wenn immer davon gesprochen wurde und immer gedankt wurde jenen Heldinnen und Helden, die in den letzten drei, vier Wochen so gestanden sind, dann wäre es jetzt an der Zeit, ihnen den Tausender oder einen 15. Gehalt, aber den Tausender fordert der ÖGB jetzt zukommen zu lassen. Ich glaube, den Worten müssen jetzt endlich Taten folgen. (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächster um das Wort gebeten hat Klubobmann Mahr. Herr Kommerzialrat, du bist gefragt.

Abg. KO KommR **Ing. Mahr**: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wissen nicht, wie lange die Coronakrise dauert und wir wissen letztendlich nicht, wieviel Geld sie unserem Land kosten wird. Jetzt sind die Schätzungen laut Internationalem Währungsfonds 500 Millionen Euro und trotzdem haben wir bereits 580 Millionen Euro, ein schweres, ein teures Unterstützungspaket für Oberösterreich auf den Weg gebracht, und wir haben uns auch bekannt, Herr Kollege Makor, dass wir noch, wenn notwendig, weitere Schritte setzen werden.

Und ich glaube schon, meine lieben Kollegen von der SPÖ, das ist ja sicher nicht spurlos an euch vorbeigegangen. Ihr fordert trotzdem 254 weitere Millionen Euro, eine ganz schön hohe Summe, glaube ich, zum Wechseln von politischem Kleingeld. Das ist meine Meinung, und ganz allgemein ist es verständlich, dass sich die Opposition Gedanken macht und eigene Vorschläge, aber sie sollten verantwortungsvoll sein, sie sollten einen Weitblick haben, und nicht nur unbezahlbare Forderungen sein, denn zahlen, da sind wir uns schon einig, muss es wer anderer. Und darum frage ich euch, wer sollte es dann eurer Meinung nach bezahlen?

Die arbeitenden Bürgern mit neuen Steuern, wir wollen die Menschen mit neuen Steuern belasten? Und selbst eure Idee von der Erbschaftsteuer würde, ich habe mir das ausgerechnet, nicht einmal ein Drittel der Ausgaben abdecken. Ja, wir werden neue Schulden machen müssen, das ist ganz klar, denn woher soll das Geld sonst kommen? Aber wir haben in Oberösterreich Gott sei Dank finanzielle Handlungsfähigkeit, genau das macht sich jetzt bezahlt, das haben wir, weil wir unseren Haushalt immer in Ordnung gebracht haben. Und ich erinnere an den letzten Budgetlandtag, wo ihr unsere sparsame, unsere umsichtige Finanzpolitik kritisiert habt. Wäre es nach euch gegangen, dann hätten wir jetzt keine Reserven, dann hätten wir keinen Handlungsspielraum und dann könnten wir nichts mehr bezahlen, um die Wirtschaft wieder aufzupäppeln.

Und ich habe mir ein paar Vorschläge von euch im Detail angeschaut. So wirklich schlüssig sind diese nicht, da gibt es einige Lücken in der Logik und in der Argumentation. Und ihr fordert, weil du es jetzt gerade gesagt hast, Hilfe für Menschen in Mietwohnungen. Kollege Makor, seit bereits über einem Monat hat Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner 20 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt.

Ihr fordert Geld zur Absicherung der Sozialvereine während der Krise. Nun, wir haben bereits 10 Millionen Euro für Zahlungsenpässe vorgesehen. Ihr fordert eine Prämie für Pflegeberufe, 16,7 Millionen Euro hat der Bund für den Pflegeaufwand bereitgestellt und was macht deine Landesrätin, sie fordert 1.000 Euro zusätzlich im Monat für alle Betreuer aus dem Ausland. Dann redet ihr von heimischen Personen, die ihr unterstützen wollt. Unterstützt mit dem Geld lieber unsere oberösterreichischen Familien, die ihre Angehörigen tagein, tagaus ihr Leben lang zu Hause pflegen, das wäre meines Erachtens ein Beitrag.

Ihr fordert wieder einmal die Erhöhung der Sozialhilfe, eine altbekannte Forderung, der wir ganz bestimmt nicht näher treten werden. Durch eine Erhöhung würden wieder 4.721 Asylberechtigte auf Kosten der Oberöreicher profitieren. Da kann man wirklich nur den Kopf schütteln. Und ihr fordert die Abschaffung der Landesumlage, ja es sind auch für die Kommunen schwierige Zeiten, aber genau deshalb entlasten wir mit unserem ersten Hilfspaket die Gemeinden. Und ihr fordert eine oberösterreichische Beteiligungs GmbH nach Wiener Vorbild. Liebe Kollegen von der SPÖ, die Wiener Schuldenpolitik als Vorbild zu nehmen, das klingt ja für uns wie eine gefährliche Drohung. Und ihr fordert die Aufhebung der Indexierung der Familienbeihilfe. Ihr sprecht von Hilfe für unser Bundesland, wollt aber ständig Geld ins Ausland transferieren. Dafür sind wir sicher nicht zu haben.

Liebe SPÖ, ich glaube, dass die Zeiten für alle herausfordernd sind, da gibt es überhaupt nichts zum Schönreden, aber ihr habt in eurem Antrag eine Reihe an bekannten Forderungen zusammengefasst, die teilweise viel Geld kosten und vor allem eines sind, nämlich konsumtiv. Und wir müssen aber finanziell handlungsfähig bleiben und Rücksicht, glaube ich schon, auf unseren Landeshaushalt nehmen. Statt Hüftschüsse, Kollege Makor, setzen wir auf ein klares Lagebild und zielgenaue Maßnahmen, darum lehnen wir die Dringlichkeit eures Antrags ab, wir können aber gern im Finanzausschuss weiter diskutieren. Danke meine Damen und Herren! (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Froschauer.

Abg. Bgm. **Froschauer:** Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen des Oberösterreichischen Landtags! Ich habe die letzte Nationalratsdebatte teilweise im Fernsehen verfolgt, und ich bin froh und dankbar, Mitglied des Oberösterreichischen Landtags zu sein und die Qualität der inhaltlichen Auseinandersetzung der Debatte heute hier persönlich mitgestalten zu dürfen. Dort möchte ich anknüpfen.

Der Antrag, den die SP-Fraktion eingebracht hat, ist mit Sicherheit davon geprägt, Menschen in dieser besonderen Situation beizustehen. Ich verweise aber darauf, dass es gerade in solchen Zeiten wichtig ist, ein Land mit ruhiger Hand zu führen, dass es wichtig ist, zu schauen, wo genau braucht es Hilfe, und nachdem sehr, sehr viel, und wir haben schon darüber gesprochen, dass wir dieses Geld ja nicht selber haben, sondern teilweise auch uns beschaffen müssen, dass wir es sehr, sehr zielgerichtet den Menschen angedeihen lassen müssen.

Herr Kollege Makor, wenn ich die bisherigen Hilfspakete des Bundes und des Landes Oberösterreich betrachte, wir haben es ja gerade im Nachtragsbudget beschlossen, dann lade ich den Herrn Arbeiterkammer-Präsidenten Kalliauer sehr herzlich ein, einen zweiten, vertiefenden Blick auf diese Hilfspakete zu werfen. Diese kommen nämlich alle bei den Menschen an.

Es geht einmal in erster Linie darum, Arbeit und Beschäftigung aufrecht zu erhalten. Das ist die Basis des Wohlstands der Menschen. Ich verhehle nicht, dass es dort und da Nachschärfungen brauchen wird, und wenn ich sage, mit ruhiger Hand zu führen, dann ist es notwendig, manche Dinge zu diskutieren, eine Fülle von Auflistungen, der Klubobmann Mahr hat es angesprochen, inhaltlich das eine oder andere wird man nicht mittragen können, aber dort und da wird es Nachschärfungen brauchen.

So gesehen wird eine Diskussion im zuständigen Finanzausschuss unumgänglich notwendig sein. Ich verhehle auch nicht, dass wir das eine oder andere nicht mittragen werden können, wenn zum Beispiel zur Diskussion zu den vorhergehenden Punkten die Frau Kollegin Müller anspricht, klar, die Leistungen, zum Beispiel im Bereich der Kinderbetreuung, die hier auch angeführt sind, in ihrem Antrag, nicht in Anspruch nehmen, ist kein Beitrag zu entrichten.

Im gleichen Satz verlangt sie aber, dass die, die in Beschäftigung sind und die Kinder in Betreuung geben, auch davon befreit werden. Das wird in Zeiten wie diesen nicht gehen. Wir werden in Zeiten wie diesen schauen müssen, treffsicher zu helfen. Dazu lade ich ein. Die Dringlichkeit sehe ich nicht als gegeben, nachdem wir bereits am 7. Mai den nächsten Finanzausschuss haben, um dort die einzelnen Vorschläge zu diskutieren.

Benennen wir es auch als solche, Sie haben in einem Video viral gestellt, ein Paket für die Menschen geschnürt zu haben. Ich bitte dringend, keine Erwartungen bei den Menschen zu wecken, die nicht erfüllbar sind. Sie haben kein Paket geschnürt, sondern eine Auflistung von Wünschen und Vorschlägen, die es wert sind, sie zu diskutieren, aber ein Paket zu schnüren geht anders.

Ich lade ein, im Finanzausschuss darüber zu reden. Ich lade ein, den Menschen zu helfen, dort wo es notwendig ist. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Uli Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Ja, schon sehr lange keinen Auftritt mehr vor dieser Bühne zu haben. Ja, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident, lieber Zuhörerinnen und Zuhörer! Es liegt uns hier ein sehr umfassender Antrag vor mit sehr viel Bundes- oder Landeszuständigkeiten, aber innerhalb des Landes sind auch sehr viele Ressorts angesprochen.

Viele Bereiche, die die Menschen gerade jetzt in dieser Zeit massiv berühren, die von Existenzängsten bedroht sind, keine Zukunftsperspektive sehen und trotzdem Hoffnung haben, Hoffnung auf die Politik, dass sowohl auf Bundes- als auf Landesebene gemeinsam für sie gehandelt wird und das Bestmögliche gemacht wird.

Mit einigen Paketen, und ein Paket haben wir heute schon hier diskutiert und beschlossen, und es wird noch neue brauchen, um zu helfen, in der Krise zu stabilisieren, aber dann nachher, um wieder aufzubauen und das wieder besser ins Licht zu bringen. Es sind viele Bereiche betroffen, und ich möchte nur ein paar Punkte aus diesem Antrag herausgreifen.

Arbeitslose Menschen haben jetzt nicht die Zukunftsperspektive, schnell wieder auf den Arbeitsmarkt zu kommen. Die, die vorher schon arbeitslos waren, gerade die älteren Personen, aber auch die, die neu dazugekommen sind, sind sehr viele, wie schaffen wir das? Sie haben genau jetzt in der Krise, wo sie von Arbeitslosigkeit betroffen sind, noch zusätzliche Ausgaben.

Ob das erhöhte Energiekosten sind, wir wissen, um ein Drittel steigt der Energieverbrauch im Haushalt, erhöhte Kosten im Datenbereich. Sie brauchen zusätzliche Materialien oder auch Computer, damit sie mit ihren Kindern, aber auch selber die Arbeit machen können. Hier braucht es Unterstützung, schnell und unbürokratisch.

Die Nettoersatzrate diskutieren wir schon lange, und die möchte ich auch langfristig erhöhen. Aber jetzt geht es darum, den Menschen jetzt zu helfen. Daher werden wir einen Antrag einbringen, um in das Arbeitslosengeld einen Corona-Zuschlag in dieser Zeit für bestehende, aber auch für neue Arbeitslose dazubekommen, damit sie eben abgesichert sind.

Genauso das Thema Arbeitsstiftungen, ja da wurde schon innerhalb vom Paket umgeschichtet. Hier müssen wir schauen, damit wir eben noch gezielter denn die neuen Arbeitsstiftungen schaffen werden. Ich glaube, das wird sicher in einem nächsten Paket notwendig sein, hier bewusster hinzuschauen.

Ich möchte auch viele Menschen, die jetzt Sozialhilfe bekommen, die auch wieder keine Zukunftsperspektive haben oder die nach hinten verschoben worden ist, die jetzt nicht mehr neben der Sozialhilfe vielleicht mit einer geringfügigen Beschäftigung irgendetwas

dazuverdienen können, die auch die erhöhten Kosten haben, auch hier möchten wir ganz gezielt in einer Corona-Pauschale für diese Zeit, für diese drei, vier Monate hier wirklich Unterstützung leisten, unbürokratisch hier einen Aufschlag zu machen, den das Land zahlt und nicht die Gemeinden. Das möchte ich einfach voranstellen.

Ich bin auch Mitglied im SHV, und ich weiß, was auf uns da zukommt in der Zukunft, also hier gemeinsam zu schauen, können wir da mit einer Einmalzahlung monatlich innerhalb der Coronazeit hier helfen? Es fallen viele geringfügig Beschäftigten jetzt um ihren Job um.

Viele müssen neu ansuchen, daher wollen wir, und wir lassen auch einen Antrag einlaufen, den wir nachher im Finanzausschuss mitdiskutieren können, damit eben jetzt Erstanträge sehr unbürokratisch gestellt werden können und nachher dann vielleicht erst das Verfahren über Vermögensfeststellung passiert, damit sie abgesichert sind und nicht jetzt überlegen müssen, was muss ich alles verkaufen, damit ich eine Sozialhilfe bekomme.

Ich glaube, da sollten wir jetzt einfach sehr schnell und unbürokratisch sein. Die Redezeit erlaubt mir nicht, auf jeden einzelnen Punkt einzugehen. Es wären noch sehr viele, es wäre ganz wichtig. Einige Punkte sind dabei, wo ich persönlich, aber auch wir als Grüne nicht ganz hundertprozentig mitgehen können, ob das die Landesumlage ist, weil das ist für mich ein wichtiger Verteilungsschlüssel zwischen reicheren und den größeren Gemeinden hin zu den kleineren und ärmeren Gemeinden. Diesen einfach wegzugeben ist mir einfach zu wenig.

Hier müssen wir ganz gezielt schauen, was brauchen die Gemeinden an Unterstützung und ja, wir werden es sehen in den nächsten Jahren wird das Budget um diese Freiräume, die wir auf Gemeindeebene haben, immer kleiner, und hier müssen wir ganz gezielte Pakete für die Gemeinden schnüren, und auch da, wenn es eben für die Gemeinden ist, gehört es den Menschen.

Wenn ich die Wirtschaft fördere, dann fördere ich auch die Menschen, die dort Arbeitsplätze und Einkommen haben. Mein Ziel und unser Ziel ist, schauen wir wirklich gemeinsam, ein gutes Paket zu schnüren, um das aufzugreifen, was Kollege Froschauer gesagt hat, um ein Paket zu schnüren, mit Unterstützung aller im Landtag vertretenen Parteien und vor allem auch der Regierung, hier Maßnahmenpakete zu finden, hier maßgeschneiderte Hilfen zu setzen, jetzt, sehr schnell und unbürokratisch.

Wir können das im nächsten Landtag im Mai schon beschließen, was wir alles wollen in Bezug auf Arbeitslosengeld, Sozialhilfe und für Betriebe, die jetzt noch rausfallen, und es wird wahrscheinlich immer noch etwas auftauchen, wo wir sagen, da braucht es noch Nachbesserungen, da braucht es noch neue Initiativen und Projekte. So pünktlich war ich normal noch nie fertig, wenn ich die Zeit sehe. Ich habe noch dreißig Sekunden.

Ich bitte alle, schauen wir gemeinsam und tun das, was die Menschen von uns erwarten. Politik machen und Pakete schnürt der Landtag, und wir sind verantwortlich, gemeinsam, alle Parteien, mit der Regierung, hier zu guten Lösungen zu kommen, damit auch die Menschen in Oberösterreich eine weitere gute Perspektive haben und sich freuen, wenn es wieder aufwärts geht, dass wir das gut meistern können. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Mir liegt nun keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1339/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die

Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist.

Ich weise die Beilage 1339/2020 dem Finanzausschuss zur Vorberatung zu. Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen und somit zur gemeinsamen Erklärung aller Abgeordneten zum Oö. Landtag gemäß § 36 der Oberösterreichischen Landtagsgeschäftsordnung 2009 anlässlich der COVID-19-Pandemie.

Diese gemeinsame Erklärung wurde als Beilage 1340/2020 auf elektronischem Weg zur Verfügung gestellt. Ich ersuche nun den Herrn Präsidenten Wolfgang Stanek die gemeinsame Erklärung zu verlesen.

Abg. Präsident **Stanek**: Beilage 1340/2020, Gemeinsame Erklärung aller Abgeordneten zum Oö. Landtag gemäß § 36 der Oö. LGO 2009 anlässlich der COVID-19-Pandemie.

Seit mehreren Wochen werden die Menschen unseres Landes und weltweit von einer in dieser Form seit Generationen nicht dagewesenen Krankheitswelle heimgesucht. Alle in Oberösterreich lebenden Menschen sind direkt oder indirekt betroffen. Menschliches Leid, massive Beeinträchtigungen des gesellschaftlichen Lebens und unseres Zusammenlebens sowie hohe volkswirtschaftliche Schäden sind die Folge der COVID-19-Pandemie und der zu ihrer Bekämpfung notwendigen Maßnahmen. Verunsicherung und Zukunftsangst herrschen bei vielen Menschen im gesamten Bundesland. Die mittel- und längerfristigen Auswirkungen sind noch gar nicht abzusehen.

Zehntausende Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher sind beruflich oder freiwillig im Einsatz: ob in den Krankenanstalten, den Heimen, den Behinderteneinrichtungen, als Ärztinnen und Ärzte, in mobilen Diensten, in der Sozialarbeit, in Infrastruktureinrichtungen, im Lebensmittelhandel und bei sonstigen Nahversorgern, auf den Baustellen und in der Industrie, in den Krisenstäben, im Rahmen des Dienstes bei den Einsatzorganisationen, wie vor allem den Rettungsdiensten, der Polizei, dem Bundesheer oder den Feuerwehren oder als freiwillige Helferinnen und Helfer, insbesondere aus der Nachbarschaft.

Ein besonderer Dank gilt in dieser Situation auch allen im Bildungsbereich Tätigen, wie den Pädagoginnen und Pädagogen, Tageseltern, Hilfskräften in Krabbelstuben, Kindergärten, Horten und Schulen sowie den Eltern und Familien, die dafür sorgen, dass den Kindern, Jugendlichen und Studierenden trotz der widrigen Umstände eine bestmögliche Betreuung und Ausbildung zu Teil wird und diese so auf die kommenden Herausforderungen vorbereitet werden.

Zahlreiche Unternehmen, viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, freie Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer sowie Vereine sind mit extremen Einnahmen- und Einkommenseinbußen bis hin zu existenzbedrohenden Umständen konfrontiert, deren Auswirkungen noch nicht abschätzbar sind. Die Arbeitslosigkeit hat mittlerweile einen in der jüngeren Geschichte historischen Höchststand erreicht.

Das Land Oberösterreich setzt sich dafür ein, allen Betroffenen über die aktuellen und noch bevorstehenden Maßnahmen des Bundes hinaus rasch und unbürokratisch zu helfen.

Die Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags nehmen am Schicksal aller Betroffenen Anteil und bedanken sich bei allen Menschen in unserem Land, die durch ihre Unterstützung, sei es in materieller oder persönlicher Hinsicht, helfen, das Leid und die Einschränkungen für die Betroffenen sowie deren Sorgen und Ängste zu lindern, Leben zu retten, Schäden und

Folgen so gut wie möglich zu minimieren und im Rahmen der Pflege und insbesondere auch der Aufrechterhaltung der Grund- und Nahversorgung und der sonstigen Infrastruktur eingesetzt sind.

Das Land Oberösterreich beweist auch in dieser Situation seine insgesamt stabile und verlässliche Funktion. Das trifft auf alle Ebenen landesweit mit den Dienststellen der Landesverwaltung und im Besonderen auf die Bezirksverwaltungsbehörden zu. Sie sorgen für die Umsetzung und Koordinierung der Maßnahmen vor Ort und sind so Garant für das Gesamtwohl, Ruhe, Ordnung und Sicherheit. Auch die kommunale Ebene mit den Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeistern und den Mitgliedern der Gemeinderäte sowie die Gemeindeverbände mit ihren Vertretungsorganen ist in dieser Krisenzeit gut organisiert und leistungsfähig.

Die Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags sehen es auch als ihre demokratische Pflicht an, sehr genau auf die Rechtsstaatlichkeit und darauf zu achten, dass aktuell auch mit gewissen Einschränkungen der persönlichen Freiheit verbundene Maßnahmen weiterhin verhältnismäßig eingesetzt und diese so rasch wie möglich wieder zurückgenommen werden.

Dies gilt auch für alle gesetzlichen Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene, die keinesfalls dazu benützt werden dürfen, Grund- und Freiheitsrechte nachhaltig zu beschränken und auch nicht zu weiteren Kompetenzverlusten der Landesgesetzgebung führen dürfen.

Gerade in diesen schweren Stunden zeigt sich auch der Wert des Zusammenhalts und der ehrenamtlichen und freiwilligen Tätigkeit, dessen bzw. deren Bedeutung gerade in dieser Situation nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Daher ist auch die weitere Unterstützung von ehrenamtlicher Tätigkeit als wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft zwingend erforderlich.

Die große Bereitschaft in der Bevölkerung, freiwillig zu helfen, muss durch geeignete Maßnahmen bestmöglich unterstützt werden, damit die ehrenamtlich Tätigen keine Nachteile erleiden. Der Politik kommt auch hier eine entscheidende Vorbildwirkung zu.

Die Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags appellieren darüber hinaus an die Bevölkerung, miteinander respektvoll umzugehen und die Situation verantwortungsbewusst und ruhig gemeinsam zu meistern. Damit wird auch ein Beitrag geleistet, die Krise gut zu bewältigen und wieder eine tragfähige Basis für eine lebenswerte Zukunft zu schaffen.

Der Oberösterreichische Landtag gibt allen Menschen in Oberösterreich ein klares Signal: Niemand wird im Stich gelassen, dies gilt gleichermaßen für den soweit möglichen Ausgleich von persönlichen und finanziellen Nachteilen, wie auch für die Zeit der kommenden Herausforderungen, mit dem Ziel, gute soziale, ökologische und ökonomische Verhältnisse für uns und die nachfolgenden Generationen zu ermöglichen. Oberösterreich ist achtsam, Oberösterreich hält zusammen!

Zweiter Präsident: Herzlichen Dank! Ich eröffne die Wechselrede über die gemeinsame Erklärung, zu der sich Landeshauptmann Mag. Stelzer zu Wort gemeldet hat.

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Wir leben in außergewöhnlichen Zeiten, und wir durchleben herausfordernde Zeiten, auch heute an unserer Art des Tagens. Wir mussten das

Landhaus verlassen, einen anderen Saal wählen. Wir halten spürbaren Abstand. Wir tragen Nasen-, Mundschutz und vieles mehr. Aber der Landtag findet statt. Wir tagen!

Demokratie funktioniert als Teil der Gesellschaft, als Teil der Gemeinschaft. Wie so viele in diesen Tagen, in unserem Land, an welcher Stelle auch immer, denen ich dafür herzlich danke, nehmen auch wir unseren Teil der Verantwortung war, um die Gesellschaft und die Gemeinschaft zu stärken und am Laufen zu halten.

Diese Tagung heute hier des Landesparlaments, sehr geehrte Damen und Herren, das ist für mich ein wirklich starkes Symbol. Ein Zeichen dafür, dass wir ein ganz klares Ziel und auch einen festen gemeinsamen Willen haben. Wir wollen und wir werden auch diese Herausforderung meistern. Sie ist groß. An manchen Tagen scheint sie uns unüberwindlich. Sie fügt uns Schmerzen zu. Vielen leider auch sehr persönliche. Sie kostet uns Kraft. Sie kostet uns Geld. Darüber haben wir heute schon gesprochen. Aber gemeinsam werden wir sie meistern! Wir werden Oberösterreich wieder stark machen!

Ein erster großer Schritt ist uns in den letzten Wochen schon gelungen. Durch einen wirklichen gemeinschaftlichen Kraftakt. Durch ein konsequentes Einhalten sehr einschneidender Einschränkungen unseres persönlichen Lebens ist es gelungen, die ursprünglich befürchtete überbordende Ausbreitung des Virus niederzuringen. Und Bilder wie in unseren Nachbarländern in Südtirol, in Italien oder auch in anderen europäischen modernen Regionen sind gottlob bislang in Österreich, und gerade auch in Oberösterreich, nicht Wirklichkeit geworden.

Dennoch, es sind Menschen leider gestorben. Viele sind krank geworden. Viele haben ihren Arbeitsplatz verloren. Viele Unternehmen stehen am Rande dessen, was sie sich noch vorstellen können und damit am Rande auch der Existenz. Es ist ein erster Schritt, aber eben nur ein erster Schritt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Diese Krankheit wird uns in ihrer Bedrohung, in ihrer Gefährlichkeit leider noch lange begleiten. Daher muss unser Weg, wie es heute schon mehrfach gefallen ist, auch weiterhin heißen: Gesundheit schützen und Arbeitsplätze und Unternehmen stützen! Das ist ein weiterer gemeinsamer Kraftakt, der ebenso gelingen muss und auch gelingen wird. Jetzt in der Notsituation und dann später auch in einer Art von Neustart, in einer Art wiedererstarben, wo wir um jeden Arbeitsplatz kämpfen, wo wir die Unternehmen stützen, um damit eben zu einer neuen Stärke zurückfinden, indem wir auch niemanden alleine und niemanden im Stich lassen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Im Landhaus noch viel mehr, aber auch hier in diesem Saal ist schon sehr oft unsere schöne und beliebte Landeshymne gesungen worden. Die dritte Strophe unserer Landeshymne, die kennen alle. Da heißt es: Dahoam, is Dahoam. Das drückt den Stolz auf unsere geliebte Heimat aus. Die Liebe zu unserer schönen Heimat. Auch als Basis und Kraftquelle bislang für internationale Schlagkraft, wo wir weit über unsere Grenzen nicht nur hinaus gedacht, sondern auch gewirkt haben. Jetzt ist das Dahoam ein sehr wörtliches geworden. Für ganz viele, auch ein ganz unmittelbar wörtliches, weil sie unter Quarantänebedingungen beispielsweise leben müssen. Dieses so ganz eingeeengte Verständnis von Dahoam verlangt auch vielen vieles ab. Ich möchte gerade denen besonders herzlich danken, dass sie auch die Disziplin im Sinne unserer Gemeinschaft aufgebracht haben, aufbringen und damit beitragen, dass wir unser Dahoam wieder erneuern und auch wieder gesund machen können.

Dahoam ist Dahoam, kann aber gerade in diesen Wochen auch einen ganz besonderen Fokus und einen Scheinwerfer auf die unmittelbare Regionalität richten. Auf regionale Betriebe, auf regionale Produkte, auf das Einkaufen vor Ort und im Ort, um auch damit Verantwortung zu übernehmen, dass unser Motor, unser Gemeinschaftsmotor, unser Wirtschaftsmotor möglichst schnell wieder auf höhere Touren kommt. Und längerfristig gedacht kann gerade dieser Fokus auch dazu führen, dass wir der Regionalität wieder viel mehr Bedeutung, viel mehr Wert, aber auch viel mehr weitreichende Perspektive zuerkennen. Eine der wahrscheinlich vielen Lehren aus dieser Krisensituation, dass wir auch wieder viel mehr Produktion in unserem Land, auch in unserem Bundesland haben wollen. Für kritische Versorgungsgüter, für Produktionsketten, die nicht mehr weltweit sein müssen um jeden Preis, unter Anführungszeichen. Dass auch Selbstversorgung, selbst in Zeiten, wenn man an überhaupt keine Krise denkt, ein Wert sein muss. Weil uns vor Augen geführt wird, wie schnell diese Selbstversorgung auch gefordert werden kann.

Dahoam ist Dahoam, sehr geehrte Damen und Herren, hat in Oberösterreich aber immer und zu jeder Zeit, und gerade in den letzten Jahren, auch geheißen, dass wir ein sehr innovatives Bundesland mit sehr kreativen Geistern an vielen Stellen unseres Landes sind, gerade auch in der Wirtschaft mit den Unternehmerinnen und Unternehmern und mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern! Die beweisen das auch jetzt! Denen möchte ich besonders danken, dass sie in Windeseile den Zuschnitt ihrer Produkte geändert haben auf jene Bereiche, die wir jetzt ganz dringend brauchen: Schutzmaterialien, Maschinen, die Schutzmaterialien herstellen können, oder aber auch, dass sie uns ihre internationalen Kontakte zur Verfügung stellen, um an diese Schutzmaterialien zu kommen.

Sie zeigen, dass mit Mut, mit Innovation und mit Zuversicht man vor Ort vieles bewegen kann. Was dann hoffentlich bald auch einmal wieder über Grenzen ausstrahlen kann und zu einer neuen Internationalität führen kann. Dazu gehören auch, und gehörten auch immer sehr bewusst in Oberösterreich, gerade in unserem Kulturquartier soll man das sagen, da möchte ich an die Debatte von vorhin anknüpfen, Künstlerinnen und Künstler, in welchen Bereichen auch immer. Das ist auch der Grund, warum wir seit Jahren schon mit Prämien, mit Talentförderungsprämien, mit Stipendien, Künstlerinnen und Künstler verschiedener Sparten persönlich fördern. In der darstellenden Kunst, in der Literatur, im Film, in der Fotografie, in der Architektur, manches Mal auch im Schauspiel. Also wir haben eine breite, sehr persönliche Unterstützungsmöglichkeit, die gerade in diesen Tagen verständlicher Weise auch sehr stark in Anspruch genommen wird.

Die Landeshymne, sehr geehrte Damen und Herren, insbesondere natürlich die Zeile, Dahoam is Dahoam, ist der Ausdruck dessen, was immer den oberösterreichischen Zusammenhalt, die oberösterreichische Gemeinschaft ausgemacht hat und ausmacht. Und zwar fernab von allen sozialromantischen Vorstellungen, die man vielleicht damit verbindet, sondern wo immer sehr konkret verstanden wurde, Zusammenhalt ist zupacken dort, wo ich persönlich gefordert bin, weil es jemand anderem nutzen kann. Die volle Verantwortung, und die sich auch dadurch äußert, dass wir die Maßnahmen der letzten Wochen sehr diszipliniert gemeinsam getragen haben.

Dass wir im Landtag heute, und ich glaube, das kann man durchaus auch selbstbewusst sagen, auch ein beispielgebendes Bild von Zusammenhalt in einer schwierigen Zeit über alle unsere ideologischen Zugänge hinaus vermitteln und abgeben. Vor allem auch ein Zusammenhalt, der sich durch die vielen äußert, die immer und gerade in diesen Tagen für uns arbeiten und da sind. Die in den Gesundheits- und Sozialberufen, in der Pflege, in der

Rettung, die stehen natürlich berechtigterweise besonders im Rampenlicht in vielfältiger Weise durch die Herausforderungen. Aber auch weil sie besonders beachtet werden.

Es sind aber auch viele, die auch arbeiten in diesen Tagen und damit helfen, dass wir in dieser momentan gegebenen Art und Weise, halbwegs vertretbar leben können. In der Versorgung mit Lebensmitteln, im öffentlichen Verkehr, in der Sicherheit, in den vielen Fabriken unseres Landes, die am Laufen sind. Die den täglichen Ablauf der Infrastruktur, auf die wir zugreifen, dass das Licht angeht, dass die Handys funktionieren und vieles mehr, für uns da sind. Die Pädagoginnen und Pädagogen und die Eltern und Betreuungspersonen im privaten Bereich, die gerade in diesen Wochen sehr gefordert sind. Die Leute im Handel, aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Bereich. in den Gemeinden, Bezirkshauptmannschaften, in den Magistraten, in der Landesregierung. Und auch die politischen Vertreterinnen und Vertreter, die auf allen Ebenen in solchen Zeiten natürlich viel Erklärungs- und Motivationsaufwand haben, aber auch die Verantwortung dafür tragen. Es sind auch die vielen, die ganz einfach da sind und helfen. Freiwillig, ehrenamtlich und damit auch dieses Oberösterreich stärken und tragen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist ein großer Wunsch, und ich hoffe ein fester Vorsatz für uns alle, dass dieser Geist eines so lebendig spürbaren Dahoam is Dahoams auch in Zeiten wieder getragen und gelebt wird, wenn wir vielleicht nicht so unmittelbar gefordert sind und wenn vielleicht die Bilder und die Erlebnisse der Krise, das möge hoffentlich schon bald sein, wieder in der Erinnerung hinten angereicht werden.

Zusammenhalt ist in der Not sehr gefordert, aber wichtig und nützlich ist er mit Sicherheit immer!

Sehr geehrte Damen und Herren! Es kann leider niemand sagen wann diese Krise vorbei sein wird. Wann wir wieder wie zuvor zusammenkommen können, aufeinander zugehen können, miteinander umgehen können, unbeschwert und frei, so wie wir das gekannt haben, ohne zu wissen, dass das plötzlich ein so ferngerückter Wert werden kann, leben können. Die Wahrheit ist, wir wissen es nicht. Aber, das hat auch der Herr Bundespräsident betont, wir wissen, dass es vorbeigehen wird.

Wir können und wir werden, gerade in Oberösterreich, wieder zur Stärke und zur Sicherheit zurückfinden. Ich danke allen, die dazu beitragen, die dafür Verantwortung übernehmen. Ich wünsche allen größtmögliche Gesundheit, vor allem denen, die jetzt leider erkrankt sind, hoffentlich gelingende und baldige Genesung und ich bitte Sie und lade Sie ein, dass wir gemeinsam Oberösterreich wieder stark machen! Alles Gute! (Beifall)

Zweiter Präsident: Herr Landeshauptmann herzlichen Dank! Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Manfred Haimbuchner!

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Haimbuchner:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren, Kollegen der Landesregierung, hoher Landtag, liebe Zuseherinnen und Zuseher, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der sogenannte Ernstfall war etwas, mit dem sich vor eineinhalb Monaten lediglich Verschwörungstheoretiker, Crashpropheten und sogenannte Prepper beschäftigten. Weltuntergangsszenarien und Weltuntergangshysterien waren eher Ersatzsorgen einer saturierten Gesellschaft. Wir sind gerade mit einer der größten Zäsuren in der Geschichte nach 1945 konfrontiert. Ich bin Jahrgang 1978. Für mich bis dato die einschneidendsten Erlebnisse,

die sich aus dem Gedächtnis nicht mehr lösen werden, waren die atomare Katastrophe von Tschernobyl 1986. Der Fall der Berliner Mauer 1989. Das Ende der Sowjetunion 1991 und der Terroranschlag auf das World Trade Center im Jahre 2001.

Die Corona Pandemie und die Jahreszahl 2020 wird sich wahrscheinlich am nachhaltigsten im Bewusstsein meiner Generation einprägen. Ich meine das nicht nur zum Teil wegen der schrecklichen Bilder, die uns aus Norditalien übermittelt wurden, sondern auch aufgrund der Tatsache, dass derartig schwerwiegende Einschränkungen unserer Freiheit in der westlichen Welt keiner der hier im Raum Befindlichen erlebt hat.

Salus publica suprema lex esto, heißt es bei Cicero. Das Wohl des Volkes sei höchstes Gesetz! Oberösterreich hat sich auf allen Ebenen für die Bekämpfung dieses Coronavirus engagiert. Ich bedanke mich daher zunächst ganz herzlich bei all jenen, die in dieser Krise dabei helfen die kritische Infrastruktur unseres Landes aufrechtzuerhalten. Danke an die zahllosen Ärzte und Pfleger, die Sicherheitskräfte, auch die Verkäuferinnen und Verkäufer in den Supermärkten und in den Apotheken!

Besonders bedanke ich mich auch bei den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes in den Bezirksverwaltungsbehörden, im Landes- und auch im Bundesdienst, die derzeit in Sonderschichten alles geben und einen wertvollen Dienst für unsere Gesellschaft leisten. Ein besonderer Dank gilt aber der Bevölkerung, die sich als Teil einer erweiterten zivilen Landesverteidigung betrachtet und entsprechend zum Schutz ihrer Mitbürger auch beigetragen hat.

Das Coronavirus bedeutet den Einbruch des Unbekannten und des Unerwarteten. Sofort ist die Welt eine andere als zuvor. Der Ausnahmezustand ist da. Für den Demokraten mit liberalen Wurzeln ist klar, dass es die wichtigste Aufgabe unserer Verfassung ist, die Macht des Staates, im Interesse der Freiheit des Einzelnen, möglichst zu beschränken. Derzeit sind wir mit einer ganz einer anderen Lage konfrontiert, und es gilt höchst wachsam zu sein gegenüber den Entwicklungen, die wir derzeit erleben.

Hier gab und gibt es Äußerungen von Regierungsvertretern, außerhalb dieses Bundeslandes, die, bei objektiver Betrachtung im Lichte unserer Verfassung und insbesondere der Ausgestaltung der Grundrechte, die Alarmglocken läuten lassen. Wenn ich nur an den sogenannten Osterbesucherlass denke, so denke ich auch, dass manche in dieser Republik ein elementares Problem haben mit dem Verhältnis von Staat und Bürgern und deren Grundrechten. Im Ausnahmezustand wird der Schutz des Bürgers durch den Staat wichtiger als der Schutz des Bürgers vor dem Staat.

Protection and obedience – Schutz und Gehorsam! So hat es Thomas Hobbes, der große englische Staatstheoretiker und Philosoph, formuliert. Ich habe zuvor davon gesprochen, dass das Coronavirus den Einbruch des Unbekannten und Unerwarteten bedeutet. Dafür gibt es in der Wissenschaft einen interessanten Begriff. Den Begriff des black swan. Der schwarze Schwan. Die Macht höchst unwahrscheinlicher Ereignisse ist ein Buch des Publizisten und Börsenhändlers Nassim Nicholas Taleb. Nach Taleb bezeichnet ein schwarzer Schwan ein Ereignis, das selten und höchst unwahrscheinlich ist.

Die Frage ist für mich, war diese Coronapandemie wirklich so unerwartet, wie man nun denkt? In diesem Zusammenhang mache ich aufmerksam auf einen der meistgelesenen Artikel der vergangenen Wochen in der schweizerischen Mittelländischen Zeitung. Es handelt sich hier um einen Gastkommentar von Professor Dr. Dr. h.c. Paul Robert Vogt. Wortwörtlich führt Prof.

Vogt aus: Im Prinzip waren das acht konkrete deutliche Warnungen innerhalb von 17 Jahren, dass so etwas kommen wird. Und dann kommt es tatsächlich. Im Dezember 2019, neun Monate nach Peng Zhous Warnung. Die Chinesen informieren die WHO, nachdem sie 27 Patienten mit atypischer Pneumonie und ohne Todesfall gesehen haben. Noch am 31. Dezember des vergangenen Jahres beginnt die Reaktionskette von Taiwan, die aus insgesamt 124 Maßnahmen bestand. Alle bis zum 3. März 2020 publiziert.

Und nein, es wurde nicht auf taiwanesisch, chinesisch in irgendeiner asiatischen medizinischen Zeitschrift publiziert, sondern unter Mitarbeit der University of California im journal of american medical association.

2013 hat der Deutsche Bundestag Katastrophenszenarien diskutiert. Wie bereitet sich Deutschland auf Katastrophen zum Beispiel Überschwemmungen vor? In diesem Rahmen wurde auch diskutiert, wie Deutschland auf eine zukünftige SARS-Pandemie reagieren muss. Im Jahr 2013 hat der Deutsche Bundestag eine SARS-Corona-Pandemie in Europa und Deutschland simuliert. So unbekannt und so unerwartet war also eine derartige Pandemie in Fachkreisen nicht.

Schön langsam dürfen wir uns nicht nur mit der Bewältigung dieser Krise beschäftigen, sondern auch unangenehme Fragen stellen im Hinblick darauf, wie derartige, weltweit abrufbare Warnungen in der modernen digitalen Welt des 21. Jahrhunderts auf keinen fruchtbaren Boden gefallen sind.

Wir müssen aber auch wieder in die Zukunft schauen und dürfen uns nicht vom Virus lähmen lassen. Unser Land wird sich weitere Probleme einhandeln, wenn wir uns zu lange vom Virus paralisieren lassen. Es ist jetzt an der Zeit, den Standort Österreich, insbesondere unseren Industrie- und Wirtschaftsstandort Oberösterreich, zu stärken und alle Maßnahmen zu setzen, damit die Wettbewerbsfähigkeit für die Zeit nach der Krise eine noch bessere ist als vor Corona.

Diesbezüglich bietet diese Krise auch Möglichkeiten, sich über die echten Sorgen der Bürgerinnen und Bürger zu unterhalten. Die Krise soll Anlass geben, jene Entscheidungen herbeizuführen, die Fehlentwicklungen abstellen und nachhaltigere Lebensverhältnisse stärken würden. Die Familie, die Landwirtschaft, das Handwerk und regionale Wirtschaftskreisläufe.

Wir dürfen gerade die ökonomische Basis unseres Sozialstaates nicht opfern, wenn wir nicht bald die Wirtschaft wieder zur Gänze hochfahren, dann werden wir auch eines der besten Gesundheitssysteme der Welt nicht erhalten, nicht verbessern und schon gar nicht ausbauen können.

Heute steht der Dank im Vordergrund, aber bald, wenn nicht die richtigen Entscheidungen getroffen werden, muss sich die Politik bei jenen entschuldigen, die ihre Existenz verlieren. Die drastisch einschränkenden Maßnahmen können am Ende genauso eine Gefährdung der Gesundheit darstellen. Es ist jetzt an der Zeit, alles dafür zu tun, um Wirtschaft und Arbeitnehmer in diesem Land zu entlasten und nicht auseinander zu dividieren, wie es manche versuchen.

Wir dürfen aber auch am Ende nicht in dem Wasser ertrinken, mit dem wir das Feuer löschen. Eines hat die gegenwärtige Krise jedoch gezeigt, die Luxusthemen einer saturierten

Gesellschaft und die aufgescheuchten Hypermoralisten, die hinter jeder nationalstaatlichen Forderung eine autoritäre Demokratiegefährdung heraufbeschworen haben, sind abgemeldet.

Die Nationalstaaten sind zurückgekehrt, und sie haben sich bewährt, im Gegensatz zu den supranationalen Strukturen, die sich als absolute Handlungsunfähigkeit erwiesen haben. In diesem Sinne sehe ich im Jahr 2020 nicht nur eine Zäsur der Geschichte, sondern auch einen Neubeginn mit Vernunft und mit Hausverstand. Kümmern wir uns um das, was wirklich wesentlich ist und räumen wir das zur Seite, was uns Sektierer in unserer Gesellschaft als Mehrheitsmeinung aufoktroyieren wollen. (Beifall)

Zweiter Präsident: Herzlichen Dank. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Gerstorfer.

Landesrätin **Gerstorfer, MBA:** Sehr geehrte Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher und Zuseherinnen! Die Corona-Pandemie hat die Menschen auch in Oberösterreich hart getroffen, wie so viele andere in Wahrheit auf der ganzen Welt. Wir alle, und zwar wirklich alle, spüren die Auswirkungen, wir alle haben massive Einschränkungen in vielen Lebensbereichen in der Arbeit, im öffentlichen Raum, im privaten Umfeld.

Das gesamte Ausmaß dieser Krise können wir vorerst nicht mit Sicherheit abschätzen. Vor allem nicht, wann wir endlich wieder zur Normalität, wie wir sie kennen, zurückkehren werden können. Aber eines wissen wir jetzt schon, wir werden unser Land Oberösterreich nach dieser Pandemie neu denken und neu bauen müssen.

Diese Krise lehrt uns, hat uns vielleicht schon gelehrt, worauf es wirklich ankommt, wer tatsächlich die Systemerhalter und Systemerhalterinnen sind, wie wir mit ihnen umgehen und wie wir sie künftig entlohnen. Darüber werden wir reden müssen, nur ein Dankeschön und ein Applaus reichen als Zeichen der Wertschätzung nicht aus.

Wer sind sie, diese Heldinnen und Helden von denen wir alle zusammen sehr gerne jetzt sprechen? Wie schaut ihr Alltag aus? Wie schaut ihre Lebensrealität auch verglichen mit denen der vielen anderen aus? Wir wissen, sehr viele von ihnen sind Frauen, es sind überwiegend Frauen, die in den lebensnotwendigen Bereichen arbeiten. In den Supermärkten, in den Krankenhäusern, in den Kinderbetreuungseinrichtungen, in den Pflege- und Betreuungseinrichtungen.

Da ist zum Beispiel die Pflegerin, die auch in diesen Tagen ganz selbstverständlich jeden Tag zu ihrem Dienst erscheint und zwar völlig unabhängig, ob ihre Kinder zuhause sind oder nicht, ob sie andere Sorgen und Verantwortlichkeiten hat. Sie sind es, die neben den üblichen herausfordernden pflegerischen Tätigkeiten jetzt noch zusätzliche haben. Es sind neue Aufgaben, die dazukommen, die sich auch darin begründen, dass die Angehörigen zum Beispiel nicht ins Pflegeheim kommen dürfen und die Besucherinnen und die Besucher nicht ins Krankenhaus.

All diese Einschränkungen setzen den Menschen in den Pflegeheimen und in den Krankenhäusern zu, sie setzen den Menschen auch seelisch zu, es fehlen die Angehörigen, es fehlen die Enkelkinder, und der Kontakt über Telefon oder Video ist halt nicht der persönliche Kontakt. Und für diese Menschen gibt es dann derzeit nur einen Ansprechpartner oder eine Ansprechpartnerin und das sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege.

Andere direkte soziale Kontakte sind nicht erlaubt und auch aktuell nicht gescheit, weil es eben ein Risiko gibt. Auch für die Angehörigen ist die Pflegerin und der Pfleger ein wichtiges Kommunikations- und Bindeglied in die Alten- und Pflegeheime zum Beispiel. Sie sind es, die die Botschaften übermitteln und auch die kleinen Geschenke oder die kleinen Freuden des Tages.

Viele dieser Pflegerinnen und Pfleger haben Kinder, auch die müssen betreut werden und jetzt sogar daheim unterrichtet werden. Und wer weiß, was es bedeutet, wenn man drei schulpflichtige Kinder in unterschiedlichen Klassen hat, was da alles zu tun ist, kann das auch etwas nachvollziehen.

Wir wissen aktuell nicht, wann die Schulen endgültig wieder aufsperrern und in einen Normalbetrieb übergehen können oder wie denn der Betrieb aussehen kann. Was noch wichtig ist, ist, dass die Großeltern ausfallen, jedenfalls für die Kinderbetreuung. Die Distanz soll ja gewahrt werden. Es ist auch so, dass die Großeltern eher selbst denn Unterstützung brauchen beim Einkaufen, ja diese Tage sind für viele, die unser System seit Wochen am Laufenden halten, lang und extrem anstrengend.

Nach Dienstschluss ist für viele noch nicht Feierabend oder nach dem Feierabend fängt für viele erst das Homeworking an. Einmalige Prämien, die das Land zugesichert hat sind richtig und auch ein wichtiges Signal, dabei darf es aber nicht bleiben, die Arbeit dieser Leistungsträgerinnen und Leistungsträger muss uns mehr wert sein. Sie brauchen nach der Krise eine bessere Bezahlung. Ich denke, darüber werden wir reden müssen. (Beifall)

Und auch zum Thema Arbeitslosigkeit gibt es vieles zu sagen. Bei der Gelegenheit darf ich mich auch bedanken bei meinen ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im AMS, es ist unglaublich, dass es aktuell statt zwei Personen, die die Kurzarbeit bearbeiten, es 300 sind und dass in der Beratung fast auf jedem Arbeitsplatz die doppelte Anzahl von Arbeitssuchenden zu betreuen ist.

Und das zeigt sich auch an den Zahlen: 71 Prozent mehr Arbeitslosigkeit als im März 2020, ein Rekordniveau, das noch nie erreicht wurde, knapp 58.000 Menschen waren im März in Oberösterreich arbeitslos gemeldet. Zehntausende weitere sind in Kurzarbeit, alle müssen Einkommensbußen hinnehmen, vor wenigen Wochen noch ein völlig undenkbares Szenario. Und auch hier müssen wir uns fragen, was heißt das für die Betroffenen, wie soll das weitergehen? Oft mit Ungewissheit, wann die nächste Beschäftigung wieder zur Verfügung steht. Wenn man von heute auf morgen mit minus 45 Prozent des Einkommens zurechtkommen muss und das ohne Sonderzahlungen, dann hat das eine schwerwiegende Bedeutung für die Familienhaushalte.

Wie können die Familien ihre Kredite zurückzahlen, wie können sie ihre Mieten zahlen und gleichzeitig soll dann noch etwas übrig bleiben für das tägliche Leben. Wir dürfen nicht zulassen, dass Mitbürgerinnen und Mitbürger in Oberösterreich, die ganz plötzlich und völlig unverschuldet in eine solche Situation geraten, Schwierigkeiten bekommen. Vielleicht das Dach über dem Kopf verlieren oder andere notwendige Bedürfnisse ihres Lebens nicht mehr abdecken können.

Das Land Oberösterreich hat auch hier rasche und unbürokratische Unterstützung zugesagt, das ist für die vielen Betroffenen, die um ihre Existenz bangen, natürlich auch ein Hoffnungsschimmer. Wir von der SPÖ meinen aber, dass es zusätzlich notwendig sein wird, das Arbeitslosengeld auf 70 Prozent der Nettoersatzrate anzuheben, damit können die

Menschen weiter ihre Rechnungen bezahlen und es ist auch Geld, das unmittelbar wieder in der Wirtschaft durch Konsum landet.

Apropos Geld, am Ende der Krise wird sich wie schon 2009 die große Frage stellen, wer das denn bezahlen wird? Damals waren es die arbeitenden Menschen, die die Zeche hinnehmen und bezahlen mussten. Das darf nach dieser Krise nicht wiederholt werden, deshalb braucht es neue Modelle der Besteuerung von Großkapital und Finanztransaktionen. Jene, die sich das leisten können, müssen auch einen großen Anteil daran tragen.

Wir sehen, diese Krise trifft uns alle, daheim privat, in der Arbeit, in unserer Freizeit, beim Sport, in den Vereinen, in der Kultur. Wir müssen sie gemeinsam lösen und dürfen niemanden zurücklassen. Das ist die Verantwortung der Politik in diesem Land und das haben sich die Menschen in diesem Land auch verdient. An die Oberösterreichinnen und Oberösterreicher möchte ich mich abschließend auch noch direkt wenden. Und zwar in der Form, dass ich allen mein aufrichtiges Dankeschön für die enorme Disziplin, das Durchhaltevermögen und auch die Geduld aussprechen möchte, eine Geduld, die vielleicht noch etwas weiter auf die Probe gestellt wird. Es ist die Politik, die die Rahmenbedingungen vorgibt und schafft.

Aber dass wir deutlich rückläufige Zahlen haben und wir von einer Situation wie in anderen Ländern vorerst verschont geblieben sind, das ist dem individuellen Verhalten der Bürgerinnen und Bürger in Oberösterreich und in Österreich geschuldet. Da zeigt sich der Geist, mit dem wir auch diese Krise meistern werden, ein Geist, den ich für sehr oberösterreichisch oder österreichisch halte: In schweren Zeiten zusammenhalten, aufeinander schauen, solidarisch sein, das ist eine gute Ausgangslage, um Oberösterreich anschließend neu zu bauen. Danke schön. (Beifall)

Zweiter Präsident: Frau Landesrätin, herzlichen Dank! Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Landesrat Kaineder.

Landesrat **Kaineder:** Herzlichen Dank Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Virus ist eine Zumutung. Und wie groß diese Zumutung ist, das kann man sich anschauen, an dem wie wir arbeiten müssen, wie viele Menschen im Land gerade arbeiten müssen, distanziert, unpersönlich, kontaktlos. Und noch drastischer kann man sich ansehen, wie groß die Zumutung ist, wenn man schaut, wie die Menschen in diesem Land leben müssen, gerade in diesen Wochen. Kinder, die sich teilweise in den Schlaf weinen, weil sie seit Wochen ihre Freundinnen und Freunde nicht besuchen konnten.

Alte Menschen in den Alten- und Pflegeheimen, die seit Wochen ohne Berührung ihrer Verwandten leben müssen. Eltern, die hoch konzentriert sein sollen in der Arbeit, im Homeoffice und dabei gleichzeitig den Kindern bei den Schulübungen helfen müssen, auf das Wohl der Kinder schauen, Essen machen, spielen, Beschäftigung, Frischluft, das alles müssen die Eltern gleichzeitig, oft den ganzen Tag bewerkstelligen.

Es ist auch eine Zumutung, dass die Großeltern ihre Enkelkinder nicht besuchen können, dass Menschen bei Verstorbenen nicht ordentlich Abschied nehmen dürfen, dass sie um ihre Arbeitsplätze fürchten müssen oder sie vielleicht schon verloren haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Virus ist eine Zumutung!

Und es hat uns einen Ausnahmezustand beschert, den haben viele von uns, ich zumindest, vor einem Jahr nicht für möglich gehalten. Aber dieser Ausnahmezustand und die Maßnahmen, die gesetzt wurden, sind notwendig, damit nicht tausende Menschen sterben.

Ich halte es jetzt für notwendig und richtig, dass wir uns bedanken, dass wir Danke sagen, den Menschen für ihre Geduld, für ihre Vernunft, für ihre Solidarität. Und genauso wichtig ist es, eine klare Botschaft zu schicken, von uns als politisch Verantwortlichen an die Menschen in unserem Land.

An die Bürger/innen, die seit Wochen auf wesentliche und fundamentale Rechte verzichten, damit wir diese Zumutung gut überstehen. Und diese Botschaft kann meiner Meinung nach nur eines sein, wir arbeiten mit Hochdruck daran, dass das Leben zurückkehrt in unsere Gesellschaft und nämlich das ganze Leben. Nicht nur das Arbeiten gehen oder das Einkaufen dürfen, sondern das ganze Leben.

Wir arbeiten mit Hochdruck daran, dass wir uns wieder treffen dürfen, dass wir uns wieder anlächeln dürfen, dass uns diese Dinge nicht übrig bleiben nach dieser Krise. Dass wir uns gegenseitig nicht in diesen Monaten der Distanz als Gefahr wahrnehmen, sondern dass wir nachher wieder Nähe und Zuneigung als wesentliche Bestandteile in unserer Gesellschaft kennen. Daran arbeiten wir als politisch Verantwortliche. Diese Botschaft, die sollen die Menschen in diesem Land auch von uns bekommen.

Und wenn wir uns über diese Zumutung hinaus in die Zukunft denken, dann kann uns das Mut machen, weil in jeder Krise gibt es Chancen. Und wenn wir in ein, zwei Jahren zurückschauen auf diesen unwirklichen Frühling im Jahr 2020, dann hätte ich gerne, dass wir sagen können, wir haben die Chancen, die in dieser Krise gelegen sind, alle genützt.

Denn, wenn Menschen auf ihre Freiheitsrechte heute verzichten müssen, dann kann aus dieser Krise auch, finde ich, ein neues Bürger/innenbewusstsein entstehen. Denn gerade jetzt beweisen die Menschen, dass sie füreinander Verantwortung tragen können, und deshalb leben wir vielleicht in Zukunft in einer Gesellschaft mit mehr Selbstbestimmung, mit mehr Eigenverantwortung und mit stärkeren solidarischen Institutionen.

Wir können diese Krise nützen und umfassend in den Klimaschutz investieren. Ich will, dass wir in zwei Jahren zurückschauen und selbstbewusst sagen, wir haben mit einem großen Kraftakt nicht nur diese Corona-Krise und die Wirtschaftskrise danach bewältigt, sondern wir haben mit diesem Kraftakt auch große Fortschritte im Kampf gegen die Klimakrise gemacht.

Wir haben durch Investitionen in den Klimaschutz nicht nur für saubere Luft gesorgt, sondern für sichere Arbeitsplätze gesorgt. Wir haben regionale Wirtschaftskreisläufe wieder in Gang gebracht, weil durch kürzere Wege wieder Energie gespart wird und Wertschöpfung in der Region verbleiben kann.

Wir sehen heute im ganzen Land die Vorboten dieser Klimakrise. Wenn ihr rausfährt, es gibt Familien, die drehen den Wasserhahn in der Früh auf, da kommt nichts mehr, weil Brunnen trocken sind, Bachläufe sind trocken im Land am Strome. Und ich habe mit einem Bauern gesprochen letzte Woche, der fährt jetzt in den Wald Jungbäume gießen, weil sie sonst verdursten, im April!

Und in zwei Jahren hätte ich gerne, dass wir sagen, wir haben reagiert, wir haben die Chancen, die in dieser Krise, die so dramatisch unsere Gesellschaft trifft, genützt, und wir haben in der Klimakrise, genau wie in der Corona-Krise, auf die Wissenschaft gehört und reagiert. Und wir haben begonnen den Notstand, der uns in der Zukunft erwartet, abzuwenden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Virus und all die Einschränkungen, die damit verbunden sind, sind eine Zumutung, aber ich bin fest davon überzeugt, wenn wir die Chancen nützen, die in jeder Krise zu finden sind, und in dieser auch, wenn wir diese Chancen nützen, dann werden wir stärker und vor allem nachhaltiger aus dieser Krise wieder herausfinden und zwar gemeinsam in Oberösterreich. Herzlichen Dank. (Beifall)

Zweiter Präsident: Ich bitte um weitere Wortmeldungen. Ja, Frau Klubobfrau Helena Kirchmayr, bitte schön! Herr Landesrat herzlichen Dank und als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Klubobfrau Helena Kirchmayr.

Abg. KO Mag. Kirchmayr: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Saal, liebe Besucherinnen und Besucher im Internet!

Der Ernst der Lage dieser Pandemie verändert unser aller Leben nicht nur im Moment, sondern auch in Zukunft. Weltweit steht eine gesamte Neuorganisation des Lebens an. Weltweit müssen wir uns auf derartige Herausforderungen vorbereiten. Die wenigsten Menschen meiner Generation haben so einschneidende Maßnahmen erlebt. Wir sind an Reisefreiheiten, uneingeschränkten Warenverkehr, weltweite berufliche Vernetzung gewöhnt.

Die Folgen der Pandemie sind immer noch schwer abschätzbar. Ökonomen und medizinische Experten zeichnen sehr unterschiedliche Bilder der Folgen. Sie sind auch untereinander nicht immer einig. Nur ein Bild zeichnen sie alle gleich. So wie vorher wird es so schnell nicht mehr sein.

Wir sind in der Politik daher mehr denn je gefordert, an einem Strang zu ziehen und zusammenzuarbeiten. Unsere vier Landtagsparteien erklären sich heute gemeinsam, und ich fordere alle entschlossen auf, diesen Strang zu ergreifen.

Wir alle wissen, jetzt ist nicht die Zeit für ein Gegeneinander und schon gar nicht Zeit für Streit. Jetzt ist die Zeit für Zusammenhalt und Zusammenarbeit. Gehen wir gemeinsam den Weg, den wir eingeschlagen haben, denn er ist der Richtige, um gut durch die Krise zu kommen.

Der Landtag erklärt heute gemeinsam, weil es wichtig ist, Geschlossenheit und Einigkeit zu zeigen, um den Kampf gemeinsam aufzunehmen, und ich bin froh, dass ihr heute alle hier seid und gesund seid, und mein Dank gilt in diesem Zusammenhang auch unserem Landtagspräsidenten Wolfgang Stanek und der Landtagsdirektion, stellvertretend Dr. Wolfgang Steiner, die wirklich alle Anstrengungen unternommen haben, um heute einen sicheren Landtag zu gewährleisten.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zusammenhalt und Verantwortung, beides liegt aus meiner Sicht in der Natur der Oberöreicherinnen und Oberöreicher. Unsere Zusammenarbeit ist seit jeher stark und wird umso stärker, je mehr es wirklich darauf ankommt.

Wir in Oberösterreich übernehmen Verantwortung, nicht nur Verantwortung für uns selbst, sondern vor allem Verantwortung für unsere Mitmenschen. Wie stark dieser oberösterreichische Zusammenhalt ist und wie sehr das Übernehmen von Verantwortung in unserem Land gelebt wird, haben die letzten Wochen aus meiner Sicht sehr klar gezeigt.

Und jeder von uns hier kennt dutzende Beispiele. Es beginnt bei der Nachbarschaftshilfe, beim Kuchenbacken, beim Essenmitkochen für die Nachbarn, beim Einkaufengehen für vielleicht

Alleinstehende, die älter sind, bei der Apotheke etwas abholen, jegliche Form der Nachbarschaftshilfe, beim Roten Kreuz, die freiwilligen Einkaufsdienste habe ich schon genannt, der freiwillige Zivildienst und viele Beispiele mehr.

Die Politik in Oberösterreich, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, zeigt Verantwortung. Wir zeigen Verantwortung, weil es wichtig ist, die Gesundheit der Menschen in Oberösterreich zu schützen. Wir zeigen politische Verantwortung, indem wir offen handeln, offen und transparent kommunizieren und alle in diesem Land einbinden.

Wir zeigen Verantwortung für unseren Wirtschaftsstandort, ja für unsere Arbeitsplätze, für die Arbeitsplätze unserer Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, und wir zeigen Verantwortung durch unsere Hilfsprogramme, die wir uns leisten können, weil wir in den letzten Jahren die Voraussetzungen geschaffen haben durch eine Null-Schuldenpolitik. Es war ein Versprechen, im Krisenfall besser gerüstet zu sein als andere.

Und diesen Vorsprung gegenüber anderen Regionen haben wir uns sehr hart erarbeitet und jetzt kommt er uns, Gott sei Dank, zugute. In der Bewältigung der Krise zählt aus meiner Sicht der Beitrag aller Ebenen des Bundes, des Landes und der Gemeinden.

Wir zeigen gemeinsam Verantwortung. Verantwortung gegenüber unseren Gemeinden, in den Gemeinden. Unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister leisten, so wie alle Abgeordneten hier im hohen Haus, unglaublich viel, Informationsgeber, Entscheider, Kümmerer, immer ein offenes Ohr, sieben Tage lang, vierundzwanzig Stunden sind sie für die Anliegen der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher da.

Ich möchte euch, sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Firmen, meinen allerherzlichsten Dank aussprechen. Ich bedanke mich auch bei all jenen, die in den letzten Wochen unser Land am Laufen gehalten haben, von den Blaulichtorganisationen über alle Menschen in den Gesundheitsberufen, von den Nahversorgern über die Bäuerinnen und Bauern, bis zu den Notdiensten, bis hin zu Mitarbeitern von Wasser- und Elektrizitätswerken, und mir ist es wichtig, weil es oftmals als selbstverständlich angesehen wird, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Krisenstäben unseres Landes, die über, aus meiner Sicht, die absoluten Grenzen der menschlichen Belastbarkeit dafür arbeiten, dass wir sicher durch diese Krise kommen.

Dazu gehören allen voran, möchte ich auch sagen, unser Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer und seine Stellvertreterin und Gesundheitslandesrätin Landeshauptmann-Stellvertreterin Christine Haberlander. Liebe Christine, lieber Thomas! Ihr leistet Unglaubliches, und dafür sollt ihr auch einmal bedankt werden. (Beifall)

Als ehemalige Obfrau einer Jugendorganisation bedanke ich mich auch explizit bei allen Jugendorganisationen in Oberösterreich ganz herzlich. Da sind, so schnell hat man gar nicht schauen können, Online-Einkaufsdienste angeboten worden für ältere Menschen oder für die, die auch aus gesundheitlichen Gründen nicht aus dem Haus gehen konnten oder waren es einfach kümmernde Telefongespräche. Es war herrlich, denn es war so, dass der Generationenvertrag so richtig spürbar war. Vielen Dank dafür und ich weiß, das wird auch die nächsten Wochen und Monate noch so weiter gehen.

Und auch aus eigener Erfahrung darf ich sprechen, wenn ich sage, dass der Tag nicht immer ganz einfach war. Denn es ist eine Herausforderung, wenn auf einmal alle aufeinander kleben. Arbeit, Betreuung, Haushalt, alles soll unter einen Hut gebracht werden, und da entstehen

natürlich auch so manche zwischenmenschliche Reibereien, und ich möchte daher in meiner Redezeit vor allem auch den Familien den Dank aussprechen.

Denn ich erlebe in diesen Tagen eine gewaltige Aufmerksamkeit füreinander, sei es die Umstellung der Kontakte, dass man auf einmal nicht mehr zu Oma und Opa kann, sondern dass man sie nur telefonisch oder via Internet sehen darf, sei es die Betreuung, sei es das Lernen zuhause, es ist wirklich eine Meisterleistung, was die Familien in Oberösterreich momentan alles leisten und dafür mein allerherzlichstes Danke. (Beifall)

Mein abschließender Dank geht aber auch an die Jüngsten in unserem Land. Mit „Jüngsten“ meine ich nicht nur die ganz Kleinen, sondern auch natürlich die Jugendlichen. Ihr meistert die Situation mit einem großen Maß an Verständnis, Fleiß, Durchhaltevermögen. Ich weiß, dass man gerne draußen sein möchte, dass man sich mit Freunden zum Spielen treffen möchte, auch Fortgehen wäre wahrscheinlich wieder einmal angesagt, Sporteln möchte, Hobbys. Auch solche Dinge wie Hobbys, wo man sich mit Freunden trifft, wären toll, sind aber momentan nur schwer oder nicht möglich. Umso mehr möchte ich auch heute eure Leistung in diesem Moment anerkennen. Die Maßnahmen gegen diese Pandemie sind nicht nur Maßnahmen zum Schutz von Kranken und älteren Menschen, sondern vor allem ein Schutz für eine sichere Zukunft. Eine Zukunft, die wirklich dann euch gehört.

In diesen Zeiten ist es mir aber auch enorm wichtig Danke zu sagen, und in diesem Danke ist auch gleichzeitig eine Bitte eingeschlossen. Ich bitte euch um euer Vertrauen in unsere Ärztinnen und Ärzte, in unsere Expertinnen und Experten und in unsere Unternehmerinnen und Unternehmer und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich bitte um Vertrauen in die Politik, die wirklich alles Menschenmögliche tut, und gemeinsam mit Konsequenz ein internationales Vorbild ist. Ich bitte um Vertrauen in unsere Landesregierung und in den Krisenstab, die mit vollem Einsatz und ohne Pause dafür arbeiten, dass sie nicht nur jetzt, sondern vor allem für die Zukunft die besten Entscheidungen im Sinne der Menschen des Landes treffen werden.

Und ich bitte auch um Verständnis, dass in Zeiten wie diesen Entscheidungen manchmal unpopulär ausfallen können oder auch manche Dinge etwas länger brauchen. Und ich bitte Sie abschließend und am eindringlichsten, unterstützen Sie die Maßnahmen in Ihrem Sinn und im Sinne unserer Mitmenschen, und bleiben Sie zuversichtlich und gesund. (Beifall)

Zweiter Präsident: Herzlichen Dank. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Hirz.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr verehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Coronavirus stellt aller unser Leben auf den Kopf. Es tobt eine Pandemie weltweit. Bringt menschliches Leid, massive Beeinträchtigungen des gesellschaftlichen Lebens, verursacht hohe wirtschaftliche Schäden und wir erleben eine Krise mit immensen und wahrscheinlich noch gar nicht vollständig abschätzbaren Auswirkungen.

Die Situation ist ungewiss. Wir kennen sie so noch nicht. Viele Menschen bangen um das Leben ihrer Liebsten und bangen natürlich auch um die wirtschaftliche oder die berufliche Existenz. In dieser dramatischen Situation setzt der Oberösterreichische Landtag mit dieser gemeinsamen Erklärung ein Zeichen der Geschlossenheit und ein Zeichen der Entschlossenheit.

Es ist das gemeinsame Bekenntnis der Landtagsfraktionen, alles daran zu setzen, erstens einmal die Herausforderungen zu meistern, die vor uns stehen, und zweitens die Folgen zu mildern, und drittens das Fundament für eine positive Entwicklung in die Zukunft zu legen.

Und in diesen schwierigen Zeiten ist es auch meiner Meinung nach wichtig, den Zusammenhalt und das Miteinander in den Vordergrund zu stellen und nicht die parteipolitischen Auseinandersetzungen. Wir haben in einer wirklichen gesellschaftlichen Kraftanstrengung und in einer ungeheuren Solidarität der Menschen es erreicht, dass unser Gesundheitssystem der Pandemie stand hält, dass der massive Anstieg an schweren Erkrankten und Toten sozusagen verhindert werden konnten.

Die Infektionskurve verlangsamt sich. Nur ich bin der Meinung, wir dürfen uns nicht in falscher Sicherheit wiegen. Der Virus ist noch da und wir werden ihn so schnell nicht los. Und so lange es keine Medikamente gibt, und so lange es keinen Impfstoff gibt, wird das Risiko eines schweren Krankheitsverlaufs oder einer Ansteckung hoch bleiben. Manches wird vielleicht doch zur Gewohnheit werden, dass man Abstand hält, dass man Masken trägt, wenn man Risikopersonen zum Beispiel besucht, dass große Menschenansammlungen vermieden werden.

Und ich glaube auch, und Landesrat Kaineder hat das ja schon auch gesagt, dass die Reduzierung der sozialen Kontakte wohl die größte zwischenmenschliche Herausforderung in diesen Zeiten ist. Ich habe auch einen jungen Sohn und auch die wollen ihre Freunde treffen oder dass die Großeltern die Enkelkinder nicht treffen können, das ist schon heftig, und zu Hause kann es auch sehr eng werden, sehr eng manchmal und manchmal kommt auch eine bestimmte Gewalt ins Spiel oder Depression oder Einsamkeit.

Wir stehen wirklich vor der Herausforderung, eine Gesundheitskrise möglichst abzuwenden und gleichzeitig zu schauen, dass wir nicht auch in eine massive wirtschaftliche und soziale Krise stürzen. Jetzt hat die Bundesregierung und es hat die Landesregierung schnellstmöglich versucht, Maßnahmen zu setzen, die Arbeitsplätze zu erhalten, die Wirtschaft am Laufen zu erhalten, die soziale Sicherheit zu erhalten, und wir werden heute hier im Oberösterreichischen Landtag auch die entsprechenden Mittel bereitstellen.

Uns Grüne war immer wichtig, und ich habe es zuerst schon gesagt, dass diese Mittel transparent und zielgerichtet eingesetzt werden. Ich gebe dem Landeshauptmann völlig Recht, dass die Coronakrise natürlich auch eine bestimmte Regionalität, ein Bewusstsein für Regionalität wieder hervor gebracht hat. Es hat die Wichtigkeit regionaler und nachhaltiger Strukturen gezeigt.

Es ist plötzlich möglich, dass man sagt, ich kann online auch beim kleinen Geschäft nebenan etwas bestellen, Kosmetik oder ein Elektrogerät oder Bücher oder so, und es gibt nicht nur die großen Onlineriesen, die sich global tummeln.

Aber eines möchte ich auch dazu sagen, ich weiß, die Regionalität ist wichtig, aber eingehend auf Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner, also dieser Pandemie können wir nur entgegentreten, wenn wir europäisch und wenn wir global eine Kraftanstrengung machen. Ja! Wir werden langfristig nur erfolgreich sein, wenn wir eng international zusammenarbeiten und ganz besonders eng in Europa zusammenarbeiten. (Beifall)

Ich glaube nicht, dass der Nationalismus diese Krise bewältigen wird, und wir brauchen Solidarität, und die Solidarität darf nicht an den Grenzen enden, und die Solidarität heißt auch

medizinische Hilfeleistung, heißt humanitäre Hilfeleistung, und da habe ich schon auch vor Augen das Flüchtlingslager zum Beispiel in Griechenland, wo ich glaube, die sind mindestens so schwer, wenn nicht mehr betroffen von der Coronakrise, und deswegen ist Solidarität so wichtig.

Der Kampf gegen das Virus wird nur solidarisch gelingen, und er wird auch nur rechtstaatlich zu gewinnen sein. Wir müssen so viel Freiheit geben wie möglich und gleichzeitig aber so wenige Einschränkungen wie nötig machen. Es ist unsere demokratische Pflicht als Abgeordnete, dass wir diese Prozesse der Rechtsstaatlichkeit ganz genau beobachten und begleiten und ich glaube, dass wir diesem Anspruch heute, indem diese Sitzung abgehalten wird, und so wie sie abgehalten wird, auch entsprechend nachkommen.

Wir haben Sonderbestimmungen, die wir heute beschließen, die ein klares Ablaufdatum haben. Und ja klar, schauen wir bitte, die Regierungen bekommen in dieser Krise eigentlich mehr Macht, und ich erwarte mir, dass sie höchst verantwortlich auch mit dieser Macht umgehen. Ich glaube, dass die Menschen Klarheit und Sicherheit brauchen und wir brauchen aber auch die Parlamente und die Landtage, die entsprechende Kontrolle ausüben. Es ist so in solchen Krisen, dass es immer schwerwiegende Abwägungen gibt zwischen den Grundwerten, zwischen dem Einen und dem Anderen.

Nur wenn die Menschen verstehen können und wenn sie nachvollziehen können, warum Entscheidungen getroffen werden, werden sie den Entscheidungsträgern und -trägerinnen auch entsprechend vertrauen, und das Vertrauen ist die stärkste Währung in einer Krise.

Die darf man auf keinen Fall aufs Spiel setzen. Es ist schon gesagt worden, ich möchte auch denen natürlich danken, die in Oberösterreich leben und die großartig zusammenhalten. (Die Dritte Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Es ist ja auch gelungen, die Ausbreitung des Virus entsprechend einzudämmen. Ich glaube, das ist ein gemeinsamer Erfolg von allen. Ich danke allen, die in irgendeiner Form die Grundversorgung aufrecht erhalten, ob sie es beruflich machen oder freiwillig, ich danke den „HeldInnen des Alltags“, so nennt man sie und sie sind es ja eigentlich auch, die in den Krankenhäusern, in den Heimen, in den mobilen Diensten, in den Sozialeinrichtungen, die Einsatzorganisationen, die Pädagoginnen und Pädagogen, die Reinigungskräfte, die Müllabfuhr, die Nahversorger, die Nachbarschaftshelfer, also ich könnte noch mehrere aufzählen. Es ist wirklich, wirklich, wirklich großer Dank zu sagen. Man muss auch sagen, die Gesellschaft würde nicht funktionieren, hätten wir diese Berufsgruppen nicht, und oft sind diese Berufsgruppen und diese Berufe unterdurchschnittlich bezahlt, werden vielfach von Frauen ausgeübt und die Frau Landesrätin Gerstorfer hat gesagt, der Applaus alleine reicht da nicht. Ich gebe dir vollkommen Recht, obwohl ich glaube, dass der Applaus, den sie derzeit bekommen, dass der wichtig ist, dass er ehrlich ist, dass er aufrichtig und wertschätzend gemeint ist. Wir dürfen nach der Krise nicht vergessen, dass wir auch die entsprechenden Gehaltsdiskussionen führen, weil die Wertigkeit bestimmter Arbeiten wird sicherlich nach dieser Krise neu vermessen werden. (Beifall) Ohne Menschen, die die Gesellschaft am Laufen halten, kann auch die Wirtschaft nicht florieren, also auf der einen Seite der öffentliche Dienst, die Sozialberufe, die Ehrenamtlichkeit, auf der anderen Seite die Wirtschaft, die sind gegenseitig abhängig voneinander. Ich kann mich an manche Diskussionen erinnern, wo es den Diskutanten eigentlich so nicht bewusst war, vielleicht ist das auch eine Chance oder eine Lehre, die wir aus dieser Krise entsprechend ziehen können.

Ich danke allen Krisenstäben im Land, auf den Bezirksverwaltungsbehörden, die leisten Hervorragendes, da sind oft ganz schwierige Entscheidungen zu treffen. Ich möchte mich auch bei den österreichischen Medien bedanken, ich glaube, dass die Berichterstattung derzeit eigentlich eine sehr umsichtige ist, dass man wirklich bemüht ist, auch Fake-News entsprechend Einhalt zu gebieten, ich halte das wirklich von enormer Bedeutung. Wichtig ist auch, dass für die kommenden Herausforderungen, dass wir gute soziale, ökologische und ökonomische Verhältnisse für uns und für unsere Nachkommen entsprechend ermöglichen. Ich sage es euch, lassen wir uns, ich lasse mir den Optimismus nicht nehmen, wir wissen nicht genau, wie lange die Krise dauert, das wissen wir nicht, wir wissen, dass sie irgendwann zu Ende sein wird, dass sie vorbeigehen wird. Wir sind noch nicht am Ziel, aber wir sind auf dem richtigen Weg, in diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke Herr Klubobmann, als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Christian Makor.

Abg. KO Makor: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Herren Landesräte, sehr geehrte Frau Landesrätin, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Egal ob am heutigen Tag bei der heutigen Landtagssitzung, wenn man die Medien verfolgt, Fernsehen, Talk-Shows, auch im persönlichen Gespräch, unbestritten, da wird keiner irgendetwas dagegen sagen können, das Wort Corona ist das Wort Nummer eins, was die Anzahl betrifft, wie oft es gesprochen wird in Österreich und auf der ganzen Welt. Es gibt insbesondere in den letzten Wochen zunehmend ein anderes Wort, ich will nicht sagen, das dicht auf den Fersen ist, aber mit deutlichem Abstand auf Platz zwei und immer näher rückend, das ist das Wort Danke, das Wort Danke, das auch immer mehr wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist in Wirklichkeit ein gutes Zeichen für eine Gesellschaft, wenn trotz dieser Herausforderungen, es ist das einschneidenste Erlebnis für viele Menschen, für wahrscheinlich fast alle Menschen zumindest seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, wenn am Ende okay Corona überbleibt, aber auch ein großes Danke überbleibt.

Es wurde schon oft gesagt, es ist schön zu sehen, dass unser Land gerade von einer Danke-Kampagne nach der anderen überzogen wird, diese Dankbarkeit ist ganz, ganz wichtig, aber es braucht eben mehr als ein Danke. Daher schließen wir uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der Forderung des ÖGB an einen Corona-Tausender auszuzahlen für all jene, die während der Corona-Krise das Haus verlassen mussten, um zu arbeiten und damit einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt waren, wahrscheinlich auch noch sind, dieser Corona-Tausender soll steuerfrei sein. Es sind dies die Beschäftigten im Gesundheitsbereich, in den Produktionsbetrieben, in Supermärkten, bei Rettungsorganisationen, bei der Luftfahrt, in Schulen, Kindergärten und viele, viele mehr. Die Intensivpflegerinnen und -pfleger, Tankstellenmitarbeiter, LKW-Fahrerinnen, Müllabfuhr, Sicherheitspersonal, das sind viele weitere Heldinnen und Helden, die unser System am Funktionieren gehalten haben. Wer sich der Gefahr aussetzt, um unser Land am Laufen zu halten, hat sich unsere Solidarität verdient, nicht nur unsere Solidarität, sondern auch unsere Unterstützung. Ganz ehrlich, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, auch da müssen wir nachdenken, ob wir nicht einen Fehler im System haben, nämlich einen Fehler im System, dass in diesen Tagen alle sagen, wie wichtig und bedeutsam diese Berufsgruppen und auch andere waren, von denen ich gerade gesprochen habe. Genau diese Berufsgruppen gehören über weite Strecken zu jenen Berufsgruppen in Österreich, nicht nur in Österreich, sie gehören zu jenen, die am Wenigsten verdienen. Wenn es darum geht, Leistungsgerechtigkeit und Bedeutung auch in monetärer Hinsicht abzubilden, dann haben wir eine große Aufgabe im heurigen Jahr noch zu bewältigen, es wird dann der Offenbarungseid kommen, ob dem ehrlich gemeinten Dank dann auch eine ehrlich gemeinte Wertschätzung im Sinne eines höheren Einkommens auch folgen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch die Corona-Krise macht vor uns, vor dem Landtag keine Pause, gerade jetzt ist es besonders wichtig, dass Demokratie funktioniert, es stimmt, da teile ich die Einschätzung des Landeshauptmannes, unsere Demokratie funktioniert. Gesetze müssen den neuen Herausforderungen angepasst werden, Hilfspakete müssen geschnürt werden, das neue Oberösterreich muss gebaut werden, damit wir rasch und sicher aus dieser Krise kommen. Da bin ich stolz auf uns alle, über alle Parteigrenzen selbstverständlich hinweg, dass wir Oberösterreich in einer Krise, wie wir sie seit 1945 nicht gesehen haben und hoffentlich nie wieder sehen werden, Oberösterreich als wehrhafte, als belastbare Demokratie auch öffentlich darstellen können, unter anderem mit der heutigen Sitzung. Da möchte ich wirklich allen Beteiligten danken von der Regierung, unseren Stäben in der Landtagsdirektion, den Landtagsabgeordneten und den Klubs. Weil es war für alle in Wirklichkeit von Beginn an klar, bereits Anfang März war klar, alles zu tun, um unser demokratisches System, das manchmal sehr mühsam ist, das manchmal kompliziert ist, manchmal wird darüber gelacht, weil es bürokratisch ist, aber das genau gerade jetzt in einer Ausnahmesituation, um den Schutz der Demokratie zu gewährleisten noch viel wichtiger ist, aber gerade jetzt bedarf es dieser demokratischen Institutionen. Das haben wir bis zum heutigen Tag, die Krise ist noch lange nicht aus, bis zum heutigen Tag, und lasst mich uns gemeinsam loben, bisher gut und sauber gemacht, dafür euch allen und unseren Mitarbeitern und Stäben ein herzliches Dankeschön. (Beifall)

Jetzt geht es darum, diese Krise zu bewältigen, es ist bereits mehrfach davon gesprochen worden aus unserer Sicht, ich will es gar nicht wiederholen, insbesondere ein Hinblicken auf konkrete Hilfestellungen für konkrete Personengruppen. Es ist wichtig, darum tragen wir das Paket eins ja mit, um die Arbeitslosigkeit hintanzuhalten, um die Wirtschaftsunternehmungen zu unterstützen, um die Wirtschaft am Laufen zu halten. Über das hinaus bedarf es einiger Hilfen, die wir jetzt gemeinsam auch schnüren müssen, um konkret den Menschen zu helfen, die besonders betroffen sind. Es braucht unter anderem ein höheres Arbeitslosengeld in dieser Krisenzeit, es braucht Unterstützung für die Schülerinnen und Schüler, genauso wie direkte Hilfen für die geringfügig Beschäftigten, die bisher, ich habe es bereits gesagt, die überhaupt vergessen wurden. Wir müssen Geld für Arbeitsstiftungen investieren, es wird so sicher kommen wie das Amen im Gebet, um den Arbeitslosen rasch wieder eine neue Perspektive zu geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt besonders in Richtung Koalition, Herr Landeshauptmann, Herr Wirtschaftslandesrat, nutzen Sie doch die Expertise von der Frau Soziallandesrätin Gerstorfer, die 26 Jahre lang im AMS gearbeitet hat, eine große Zeit davon auch als Chefin des AMS, Birgit Gerstorfer weiß, wie man Arbeit schafft, es macht Sinn, sie einzubinden. (Beifall) Es wird die Frage kommen, wer zahlt die Krisenkosten? Sie ist noch nicht wirklich gestellt worden, aber die Frage kommt schneller, als wir es uns wünschen werden, weil allerspätestens dann, wenn der Strich gemacht wird und die Kosten zusammengezählt werden, dann wird die Frage immer drängender. Wer wird die Kosten der Krise tragen? Manche versuchen ja jetzt schon einseitige Vorschläge und Abwälzungen zu machen, es gibt auch bereits ein Wirtschaftsforschungsinstitut, ein einseitig bezahltes Wirtschaftsforschungsinstitut, das vorschlägt, etwa die Massensteuern, wie die Mehrwertsteuer, zu erhöhen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird nicht sein dürfen, dass man sie heute als Heldinnen und Helden des Alltags bezeichnet und beklatscht, sie morgen dann zur Kasse bittet, um sie alleine die Kosten für diese Krise bezahlen zu lassen, das wird nicht funktionieren. (Beifall)

Lassen Sie uns doch, ich gebe zu, das ist mehr eine Bundesgeschichte, weil durch die Erhöhung der bescheidenen Landessteuern werden wir nicht besonders viel ausrichten,

darum kann und muss es von unserem eigenen Interesse sein, wie denn zukünftig auch die Finanzwirtschaft aufgestellt ist. Lassen Sie uns doch ernsthaft, auch im Sinne der Fairness darüber reden, es ist kein Ruhmesblatt, wie auch immer die zusammengesetzten Bundesregierungen der letzten 20 Jahre waren, da zähle ich alle dazu, auch international über die EU-Finanztransaktionssteuer in diesem Zusammenhang zu sprechen. Lassen Sie uns darüber sprechen, dass es eine Solidarsteuer für Online-Konzerne geben muss, dass es eine Besteuerung überhaupt von Konzernen wie Amazon und Google geben muss, die insbesondere jetzt noch Krisengewinner sind, ob sie es selber wollen oder nicht. Lassen Sie uns darüber reden, dass es im Sinne der Fairness nicht sein darf, dass zurzeit Dividenden- und Managerboni ausbezahlt werden in Firmen, die vielleicht morgen bei uns stehen, um staatliche Subventionen zu bekommen. Es darf nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir Staatshilfe und Landeshilfe an Unternehmungen auszahlen, die ihr Vermögen in Steueroasen parken. Da können wir viel an Geld hereinbekommen von dem, was wir zurzeit gerade ausgeben, das wäre im Sinne der Fairness. Vielleicht bleibt am Ende des Tages zwar schmerzhaft für viele auch persönlich, dass man ein Stück gerechter, ein Stück besser, dass wir ein neues Oberösterreich nach der Corona-Krise gebaut haben. Danke sehr. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Präsident Adalbert Cramer.

Abg. Präsident **Dipl.-Ing. Dr. Cramer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen hier im Landtag, liebe Landsleute draußen an den Bildschirmen via Internet! Ein kleiner Virus, Covid-19 genannt, aus der Gruppe der bekannten Corona-Viren, verändert die Welt in einer Art und Weise, wie wir sie, die jetzt sozusagen die Verantwortung tragen, in dem Ausmaß noch nicht erlebt haben. Ich bin nun bereits seit einiger Zeit auf der Welt, ich will gar nicht sagen wie lange, die meisten wissen es eh. Ich kann mich erinnern, dass es einige Pandemien gab, Anfang der 60er Jahre eine Cholera-Epidemie, die mehrere Millionen Menschen gefordert hat, das HIV-Virus hat laut Schätzungen über 36 Millionen Menschen weltweit das Leben gekostet, die Grippe-Influenzen, die jedes Jahr über uns hereinbrechen und 2016/17 bis zu einer halben Millionen Menschen das Leben gekostet hat. All das wissen wir, dennoch, diese Pandemie verändert unser Leben wie noch nie.

Ich habe ein bisschen recherchiert und festgestellt, dass es im Laufe der Geschichte, zumindest soweit man sie schriftlich nachvollziehen kann, es immer wieder Pandemien gegeben hat. Am bekanntesten war die Pest im 14. Jahrhundert, die ganze Landstriche in Europa weggeräumt hat mit 25 Millionen Menschen. Die so genannte Spanische Grippe, die 50 Millionen Menschen das Leben gekostet hat. All das ist ja bekannt, wir haben das nur vom Hörensagen aus der Geschichte erlebt, einige dieser Pandemien haben sich in das Gedächtnis der Bevölkerung eingepägt. Wer heute durch unsere Lande geht, der sieht immer noch die Pestkreuze, wo er weiß, das war eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes. Dennoch, wir erleben hier ein Szenario, das fast ein bisschen gespenstisch wirkt, wir werden mit Auflagen oder mit Maßnahmen eingeschränkt, wie wir sie in unserem Leben noch nicht erlebt haben. Die Frage ist, wie gefährlich ist dieses Virus wirklich? Wenn wir ganz ehrlich sind, wir wissen es nicht, wir wissen es leider nicht, es sind ja die Aussagen, die dazu kommen, noch viel zu vage. Es gibt Menschen, die davon befallen werden und überhaupt nichts spüren, es gibt Menschen, die befallen werden und zu Tode kommen, es ist ein breites Spektrum.

Ich hoffe die Wissenschaft wird uns irgendwann einmal sagen, warum das so ist, sie wird es vielleicht irgendwann einmal schaffen. Ich hoffe, dass es in einer überschaubaren nahen Zukunft ist, dass wir dieses Virus, wie viele andere übrigens auch, besiegt haben, bis dahin werden wir wohl mit dem leben müssen, was wir bis jetzt haben. Da ist nun die Frage, wo ist die Verhältnismäßigkeit von dem, was wir verlangen und von dem was notwendig ist? Der Herr

Bundeskanzler hat gesagt, so viel wie notwendig, so lange wie nötig, völlig richtig, das kann ich nur unterschreiben. Nur es gibt Länder in Europa, die ein bisschen einen anderen Weg gegangen sind und nicht viel schlechter gefahren sind, also wir sollten sehr kritisch und vor allem den demokratischen Spielregeln folgend mit dieser Krise umgehen. Die wirkliche Herausforderung wird erst danach kommen, wenn wir die wirtschaftlichen Folgen dieser Krise zu bewältigen haben, die sind, wenn man auch nur einigen der Experten glauben darf, eine Herausforderung, die uns noch alles abverlangen wird. Ich bin Optimist, wir werden es schaffen, weil wir es schaffen müssen, wir werden es schaffen, weil wir es wollen, aber es wird viel Hirnschmalz, es wird vieler Anstrengungen bedürfen.

In diesem Sinne möchte ich, ich bin jetzt der letzte Redner, ich will daher sagen, all das, was heute gesagt worden ist, das kann ich vielfach unterschreiben, nicht alles, aber einiges. Darum möchte ich als optimistische Aufforderung hinausrufen in unser Land, was im wörtlichen Sinn zu verstehen ist, der alte Bergmannsgruß Glück auf, Glück auf im eigentlichen Sinn des Wortes, in diesem Sinne euch allen viel Gesundheit. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke sehr Herr Präsident, es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor, ich schließe daher die Wechselrede, wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die der gemeinsamen Erklärung anlässlich der Covid-19-Pandemie zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben, wobei ich feststellen darf, dass der Beschluss nur durch eine einstimmige Annahme möglich ist. Ich bitte um ihr Handzeichen. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass die gemeinsame Erklärung einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 1329/2020. Dies ist der Bericht des Ausschusses für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft betreffend das Landesgesetz über die Maßnahmen auf dem Gebiet des Weinbaus (Oö. Weinbaugesetz 2020 - Oö. WBG 2020). Ich bitte Kollegen Georg Ecker um die Berichterstattung.

Abg. ÖkR **Ecker:** Beilage 1329/2020, Bericht des Ausschusses für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft betreffend das Landesgesetz über die Maßnahmen auf dem Gebiet des Weinbaus (Oö. Weinbaugesetz 2020 - Oö. WBG 2020). (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1329/2020.)

Der Ausschuss für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft beantragt, der Oö. Landtag möge das Landesgesetz über die Maßnahmen auf dem Gebiet des Weinbaus (Oö. Weinbaugesetz 2020 - Oö. WBG 2020) beschließen.

Dritte Präsidentin: Ich bedanke mich für die Berichterstattung. Ich eröffne die Wechselrede. Ich darf Herrn Kollegen Ecker auch das Wort erteilen.

Abg. ÖkR **Ecker:** Ich darf kurz über dieses Weinbaugesetz berichten bzw. auch die einzelnen Meinungen dazu äußern. Im Gesetzesentwurf werden Voraussetzungen für einen ökologischen und nachhaltigen Weinbau in Oberösterreich gewährleistet, der die Produktion von hochwertigen und uneingeschränkt verwendbaren Trauben ermöglicht, und die Umsetzung der EU-Verordnung eingearbeitet wurde.

Inhalte und wesentliche Änderungen gegenüber der bisherigen Rechtslage betreffen insbesondere das geänderte Genehmigungssystem für Rebplantagen sowie die Führung des Landesweinbaukatasters, der auf Basis der Agrarmarkt Austria eingerichtet und von

dieser für den Zweck zur Verfügung gestellten integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems zu führen ist.

Mit diesem Gesetz wird der nachhaltige Weinbau geregelt und die Pflanzrechte festgelegt. Rund 85 Hektar Rebfläche werden derzeit von 50 Winzern in Oberösterreich bewirtschaftet. Heute stellt sich daher nicht die Frage, ob es Wein in Oberösterreich gibt, sondern welchen Wein es wo gibt. Oberösterreich punktet aufgrund der ton- und humusreichen Böden besonders mit den frisch-fruchtigen Weißweinen.

Die Weinkultivierung weist damit eine klar steigende Tendenz auf, nimmt im österreichweiten Vergleich, insgesamt gibt es 48.000 Hektar, die in Österreich bewirtschaftet werden, aber noch eine klar untergeordnete Rolle ein. Oberösterreich weist gerade einen Anteil von 0,2 Prozent an der gesamten Rebfläche in Österreich aus.

Die durchwegs noch kleinen Betriebe arbeiten auf einem hohen Niveau, nutzen die Charakteristika und jeweiligen Standorte für interessante Weinspezialitäten in den einzelnen Gebieten. Auch im Mühlviertel wird Wein angebaut. Mit Erfolg, denn die höheren Temperaturen, längere Schönwetterperioden und der frühe Beginn der Vegetation lassen die Veränderung beim Klima bereits klar erkennen. Während diese Veränderungen viele agrarische Branchen massiv unter Druck setzen, haben wir ja heute schon gehört mit der Trockenheit, Borkenkäferproblematik, Engerlingproblematik, profitiert der Weinbau in Oberösterreich daraus sehr hoch.

Eine gemeinsame Vermarktung durch den Weinbauverband in Oberösterreich zeigt auch ihre Wirkung. Nicht einzelne Betriebe, sondern die Bewerbung der ganzen Region steht beim Wein im Vordergrund. Als kleiner Teil des Weinbaus in Österreich werden wir den weiteren Anbau mit diesem Gesetz unterstützen. Ich bitte um Zustimmung. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Gisela Peutlberger-Naderer.

Abg. **Peutlberger-Naderer:** Sehr geschätzte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Damen und Herren, die sich für Wein interessieren! Ja, Wein ist Kultur und bald wird Oberösterreich nicht nur Mostland, sondern eben auch Weinland sein, weil mehr und mehr auch in Zeiten des Klimawandels werden Rebsorten angebaut.

Seit 2007 ist Oberösterreich offiziell schon Weinland. Ich kann mich noch gut erinnern, wie wir einige Betriebe besucht haben. Und Oberösterreich hat durchaus Potenzial. Wein ist Kultur. Und wenn die Produktion von hochwertigen und uneingeschränkt verwendbaren Trauben ermöglicht wird, dann gibt es im Klimawandel mehr und mehr Anbauflächen.

Mit diesem Gesetz der Oö. Weinbaugesetzgebung werden begleitende Maßnahmen zur Durchführung der EU-Verordnungen und der gemeinsamen Marktorganisation beschlossen. Und so wie Kollege Ecker bereits erwähnt hat, ist die wesentliche Änderung gegenüber der bisherigen Rechtslage, dass es jetzt ein Online-Tool gibt für das Genehmigungssystem bei Rebplantagen und der Landesweinbaukataster jetzt im Rahmen der Agrarmarkt Austria eingerichtet wurde und auch ein Verwaltungs- und Kontrollsystem geführt wird.

Ja, ich möchte damit sagen, dass der vorliegende Gesetzesentwurf ja ausschließlich rechtsetzende Maßnahmen betrifft, aber ich möchte meiner Freude Ausdruck geben, dass viele auch das Hobby Weingarten ausüben, und es ist eine wunderbare Beschäftigung. Und ja, bei mir zu Hause ist es jährlich eine Versuchsreihe, weil immer gelingt der Weinbau nicht

so gut. Ich wünsche aber allen Weinbauern, die von den Erträgen ihrer Weingärten leben müssen, wieder ein gutes und erfolgreiches Weinjahr. Dankeschön., (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Franz Graf.

Abg. **ÖkR Ing. Graf:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren im Oö. Landtag! Ja, es ist sehr erfreulich, der Weinbau hat es in Oberösterreich geschafft, im letzten Jahrzehnt einen festen Platz hier im Bundesland zu erreichen und den auch zu behaupten.

In erster Linie ist es innovativen Landwirten geschuldet, die mit viel Know-how und Akribie hier deutliche Erfolge erzielen konnten. Natürlich auch aufgrund der immer günstiger für den Weinbau werdenden Klimabedingungen. Wir reden hier, wie Kollege Ecker gesagt hat, von 50 oberösterreichischen Weinbauern, die in unserem Bundesland hier diese Erfolgsgeschichte geschrieben haben.

Damit das nicht ein kurzfristiger Erfolg, sondern ein nachhaltiger bleibt, ist eine ungezügelter Ausweitung zu unterbinden, vom Weinbau in Oberösterreich, damit dieser nicht gefährdet ist. Und dazu braucht es Regeln, insbesondere bei Neu- und Wiederanpflanzungen bzw. auch bei den Sonderanlagen.

Von diesen Regelungen ausgenommen bleiben nach wie vor Flächen unter 1.000 m², die bekanntlicherweise zur sogenannte Eigenversorgung dienen und auch weiterhin dienen sollen, sondern es gilt für Rebplantagen, die darüber hinausgehen, ein neu festgelegtes und auch schon angesprochenes Genehmigungssystem. Dies regelt sowohl qualitativ als auch quantitativ diese Neuanpflanzungen. Das heißt, es werden ausschließlich klassifizierte Rebplantagen zugelassen und nur mehr noch auf den entsprechend bewilligten Flächen, um diese Ausweitung, wie gesagt, kontrollieren zu können, denn der Weinbau in Österreich ist bekannterweise kontingentiert.

Zu Recht kontingentiert, um hier das auch entsprechend in Zügeln zu halten. Folgenderweise und logischerweise auch in Oberösterreich in Zukunft.

Natürlich bedeuten diese nicht einmal 90 Hektar in Oberösterreich, dass wir nicht mit diesen eingeschränkten Zuwachsraten wie Niederösterreich oder Burgenland gleich gemessen werden, sondern darüber hinausgehende bekommen werden und bekommen haben. Insgesamt werden diese Rebflächen im sogenannten Weinbaukataster festgeschrieben und festgehalten. Den gab es aber bereits bisher. Aber, wie Kollege Ecker angedeutet hat, verlangt die europäische Gemeinsame Agrarpolitik, die über ein perfektes digitales System namens INVECO verfügt, dass auch unser Weinbaukataster angepasst wird und digitalisiert, um hier in dem System seinen Platz zu finden.

Das ist klingt jetzt ein bisschen technisch und nicht sehr charmant, ist aber durchaus logisch und sinnvoll. Deswegen wünsche ich weiterhin unseren Weinbauern in Oberösterreich viel Erfolg, und wir stimmen diesem Oö. Weinbaugesetz zu. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Johanna Bors.

Abg. **Mag. Bors:** Übergangslos, aber nicht bezugslos zu den letzten Themen kommen wir in die Niederungen des Weinbaus. Es ist das meiste jetzt schon gesagt worden, wie es so schön einer der Alt-Landeshauptmänner sagt, nur noch nicht von jedem oder von jeder. Ich möchte aber nur einige Details bringen. Wir haben heute von der Klimaerwärmung gesprochen. Dieser

Klimaerwärmung ist es auch zu verdanken, dass jetzt der Weinbau wieder Thema ist in Oberösterreich, wobei, um ein bisschen Geschichte einzubringen, schon die Römer haben hier Wein angebaut. Wenn das nicht möglich gewesen wäre, wären sie wahrscheinlich gar nicht hier geblieben.

Eine erste urkundliche Weinanbauerwähnung ist durch eine Stiftungsurkunde von Kremsmünster im Jahr 777 belegt. Und um 1600 herum war es offensichtlich so warm in unserer Gegend, dass die größte Weinanbauausdehnung war in der Region. Danach kühlte sich das Klima wieder ab und die Most, Bier und sonstige Freude machende Produktion wurde sehr verbessert.

2007 ist das Klima wieder wärmer geworden, daher für den Weinbau günstiger. Dadurch kam es auch zu diesem ersten Oö. Weinbaugesetz. Was mich sehr freut ist, dass das Hauptziel des Gesetzes ein auf Qualität ausgerichteter Weinbau ist. Und für mich besonders erfreulich ist der Hinweis auf Ökologie, auf Nachhaltigkeit und die Wertschätzung oder Priorisierung von kleineren und mittleren Weinbaubetrieben.

Wenn das Klima allerdings noch viel wärmer wird und noch viel trockener wird, werden wir auch dann mit dem Weinanbau nicht mehr allzu viel Freude haben. Also schauen wir drauf, dass wir auch diese Krise gut meistern.

Wir Grüne stimmen dem vorliegenden Weinbaugesetz zu und ich wünsche den zahlreicher werdenden Weinbäuerinnen und den Weinbauern viel Erfolg und für uns alle einen guten Tropfen. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Ich bedanke mich. Es liegt mir jetzt keine weitere Wortmeldung mehr vor und somit schließe ich die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1329/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir behandeln als nächstes die Beilage 1330/2020. Es ist dies der Bericht des Sozialausschusses betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Heilvorkommen- und Kurortegesetz geändert wird (Oö. HKG-Novelle 2020). Ich bitte Frau Kollegin Gertraud Scheiblberger darüber zu berichten.

Abg. **Scheiblberger:** Beilage 1330/2020, Bericht des Sozialausschusses betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Heilvorkommen- und Kurortegesetz geändert wird (Oö. HKG-Novelle 2020). (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1330/2020.)

Dritte Präsidentin: Danke für die Berichterstattung. Ich darf nun die Wechselrede eröffnen und darf Kollegin Scheiblberger auch das Wort erteilen.

Abg. **Scheiblberger:** Geschätzte Präsidentin, hohes Haus! Durch die Novelle der Bundesverfassung 2019 gehen nun neben der Vollziehung und Ausführungsgesetzgebung auch die Kompetenzen der Grundsatzgesetzgebung vollständig auf die Länder über. Diese zieht eben eine Änderung des Oö. Heilvorkommen- und Kurortegesetzes mit sich.

Die Oö. Heilvorkommen- und Kurortegesetz-Novelle betrifft, wie bereits im Bericht erwähnt, drei Paragraphen. Im § 11 Abs. 2 Z 7, Kuranstaltenbetriebsbewilligungssperre, bleiben die Bestimmungen fast zur Gänze gleich. Hier geht es nur um eine Begriffsänderung von

eigenberechtigt auf Entscheidungsfähigkeit, die mit dem zweiten Erwachsenenschutzgesetz eingeführt wurde und damit eine Anpassung an den gesetzlichen Wortlaut in anderen Bestimmungen. Weiters kann der Verweis auf die Gewerbeordnung vereinfacht werden, weil im gegebenen Fall eine Tatbestandsanknüpfung und kein dynamischer Verweis vorliegt.

Mit dem Paragraf 18a, sanitäre Aufsicht, wird eine Bestimmung eingeführt, die die sanitäre Aufsicht über die Kuranstalten als Ländersache regelt und die Landesregierung als oberste Behörde einsetzt. Zuständige Behörde ist die Bezirksverwaltungsbehörde als Gesundheitsbehörde in Ausübung der Landesverwaltung. Verletzungen der Vorschriften und Missstände sind unverzüglich der Landesregierung zu berichten. Der Wortlaut orientiert sich sehr stark, fast wortgleich, an den Bestimmungen über die sanitäre Aufsicht im Bundesgrundgesetz. Es erfolgt lediglich eine Ergänzung, um bei Gefahr in Verzug Sofortmaßnahmen setzen zu können.

Nach Paragraf 20, Strafbestimmungen, Absatz 1 Ziffer 6 werden 6a und 6b eingefügt, wodurch die erforderlichen Straftatbestände in Bezug auf Paragraf 18a ergänzt werden. Die Gesetzesänderung hat keinerlei finanzielle Auswirkungen auf die Gebietskörperschaften, Bürgerinnen und Bürger und Wirtschaftstreibenden. Sie soll mit Außerkrafttreten der bundesgesetzlichen Bestimmungen rückwirkend mit 1. Jänner 2020 in Kraft treten. Eine Rückwirkung von Strafbestimmungen kommt aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht in Betracht.

Abschließend möchte ich noch die Gelegenheit nützen und mich bei allen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die in diesen Corona-bedingten Zeiten auch vor besonderen Herausforderungen stehen. Der Betrieb wurde hier Mitte März eingestellt, und es mussten alle Patientinnen und Patienten nach Hause geschickt werden. Es hat bis dato keine Neuaufnahmen gegeben, ausgenommen Patientinnen und Patienten, die akuten und notwendigen Bedarf an der Versorgung und Rehabilitation haben. Auch in diesen Einrichtungen herrscht Besuchsverbot. Ich weiß, wovon ich spreche, da ich selber in einer Langzeiteinrichtung arbeite, wo auch erschwerte Bedingungen momentan vorherrschen.

Jetzt müssen auch diese für die Menschen so wertvollen und gesundheitsfördernden Einrichtungen neue Wege finden, wie unter den gegebenen Voraussetzungen ein möglichst normaler und effizienter Betrieb wieder aufgenommen werden kann. Die letzten Wochen haben gezeigt, dass die Menschen über sich hinausgewachsen sind und der Kreativität keine Grenzen gesetzt wurden.

Ich wünsche allen Verantwortungsträgern, sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unseren Kur- und Heilanstalten viel Kraft und Mut für diese neuen Wege. Ich ersuche um Zustimmung zu der Novelle. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Ich erteile Kollegen Peter Binder das Wort.

Abg. Peter **Binder:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen hier im hohen Haus! Meine Vorrednerin hat bereits vorzüglich und ausführlich ausgeführt, worum es in dieser Gesetzesänderung, die eigentlich nur eine kleine Änderung darstellt, geht. Es kommt zusammen, was zusammen gehört, die Aufsicht über die Heil- und Kurorte, nachdem schon die Kompetenz dafür auch in Landeskompetenz gewandert ist.

Nachdem der Anlass für dieses Gesetz aber eine Novelle des Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetzes ist, möchte ich diese Gelegenheit nutzen, um nicht nur den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kuranstalten, sondern vor allem allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gesundheitswesen, in den Krankenanstalten des Landes, den privaten und auch den niedergelassenen Bereich, in dieser schwierigen Zeit auch von dieser Stelle den Dank auszurichten. Sie haben bislang die Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert waren, sehr gut bewältigt. Es werden noch Herausforderungen vor uns liegen, darüber werden wir zum gegebenen Zeitpunkt zu sprechen haben. Jetzt aber noch von dieser Stelle der herzliche Dank und noch viel Kraft für die Bewältigung dieser Zeit. Danke! (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Dr. Walter Ratt.

Abg. **Dr. Ratt:** Geschätzte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen im Landtag, geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen! Die Vorredner haben ja praktisch alles schon gesagt. Namens der Freiheitlichen darf ich auch recht, recht herzlich danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kuranstalten, die in diesen Zeiten besondere Erschwernisse auf sich nehmen müssen. Wir wünschen uns natürlich, dass auch diejenigen, die schon eine Kur bewilligt erhalten haben und die dann abgesagt wurde, diese möglichst schnell zum Zuge kommen und dass der Rückstau hier entsprechend aufgearbeitet werden kann.

Ich freue mich über die Kompetenzverschiebung vom Bund zum Land Oberösterreich, weil auch das aus der Sicht des Föderalismus eine richtige und wichtige Maßnahme ist, weil hier die Kuranstalten vor Ort sind. Wir sind dadurch näher beim Bürger und können hier die Aufsicht, insbesondere auch hinsichtlich der Hygienemaßnahmen, der sanitären Maßnahmen, die in dieser Zeit besondere Bedeutung haben, besonders rasch und gründlich vornehmen. Es ist ja hier kein Mehraufwand zu der bisherigen Kompetenz im Bund zu sehen, denn es ist ausdrücklich im Gesetz festgelegt, dass bei Überprüfungen auch bereits nach anderen Rechtsvorschriften eingeholte Gutachten, aktuelle Befunde oder sonstige Niederschriften verwertet werden, und es besteht bei Verletzungen die Möglichkeit, von der Landesregierung hier entsprechende Ersatzvornahmen vorzunehmen. Das heißt, die notwendigen wichtigen Maßnahmen selbst zu beauftragen, sodass also keine Gefahr in der öffentlichen Gesundheitsversorgung diesbezüglich entstehen kann. Selbst bei wiederholtem, nachhaltigem Verletzen ist also die Möglichkeit gegeben, den Betrieb, die Kuranstalt teilweise oder im schlimmsten Falle gänzlich zu schließen. Demgegenüber sind die angedrohten Sanktionen für das Begehen von Verwaltungsübertretungen mit einer Verwaltungsstrafe von maximal 2.200 Euro als relativ gering einzustufen und haben eher nur symbolischen Charakter. In diesem Sinne stimmen wir natürlich dieser Maßnahme zu und bedanken uns nochmals recht herzlich für die Arbeit, die in diesen Anstalten geleistet wird. Herzlichen Dank! (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Ulrike Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag hat jetzt nicht direkt etwas mit Corona zu tun. Aber in der heutigen Zeit und gerade bei diesem Thema kommt man über das nicht drum herum, dass man das auch nutzt im Sinne einer Diskussion, wo es ganz wichtig ist, wie wir diese Gesundheitskrise meistern, auf alle Einrichtungen zu schauen. Die Aufsicht, wie sie hier jetzt verlagert wird, vom Bund auf die Länderkompetenz, haben wir schon oft diskutiert. Aufsicht ist oft nur als Prüfung oder als Draufschauen gewertet, nein, ich glaube, wir wollen es alle verstehen auch als Beratung. Aufsicht, gerade in diesem Bereich, kann auch sehr oft unterstützend sein für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dort gewisse Abläufe zu hinterfragen. Genau das müssen wir

uns in Oberösterreich mit unseren Prüferinnen und Prüfern, mit unseren Aufsichtsorganen auch zu Herzen nehmen, dass es um Beratung und nicht nur um Kontrolle mit erhobenem Zeigefinger geht.

Warum das jetzt auch einen direkten Zusammenhang mit der Corona-Krise hat, merke ich einfach in vielen Themen, wo plötzlich eine Schnittstelle sichtbar wird, die mir persönlich aus dem eigenen Umfeld nicht so bedeutend war. Jetzt werden Leute nach Operationen vom Krankenhaus entlassen, wo sie gerade noch vor der Corona-Krise operiert worden sind, müssten eigentlich auf eine Reha oder Kur gehen, können aber nicht, weil diese abgesagt oder verschoben worden ist, und jetzt stehen sie plötzlich da, in die Wohnung zurück können sie nicht, weil die Wohnung vielleicht nicht barrierefrei ist, Betreuungskraft haben sie auch keine, weil sie diese bis dato nicht gebraucht haben und weil sie in der Reha so mobil gemacht werden hätten sollen, damit sie alleine leben hätten können.

Gott sei Dank kommen jetzt dann die Menschen oft rasch auf einen Kurzzeitpflegeplatz. Den müssen sie sich aber zur Gänze alleine finanzieren und das macht wieder andererseits die Probleme, weil einfach die finanziellen Mittel nicht da sind. Da war für mich sichtbar, und das war nur ein Fall, ich habe von einigen anderen auch gehört, die einfach mit der verzögerten Kur in ein gesundheitliches Problem hineingeschlittert sind. Da hat man gesehen, wie wichtig es ist, diese Schnittstellen zu Nahtstellen zu machen, das immer auch im Kontext zu denken, das heißt, dass wir für diese Menschen diese Einrichtungen brauchen.

Auch wir möchten und ich möchte besonders allen danken, die in diesem System arbeiten. Das ist angefangen von der Küche, da merke ich auch, was das für eine Herausforderung ist, ob im Altersheim oder im Krankenhaus oder in einer anderen Einrichtung, was heißt das jetzt für die Küche, für das Personal dort, was heißt das für das Reinigungspersonal, was heißt es für alle, die direkt in der Pflege und Betreuung und im medizinischen Bereich arbeiten. Auch hier haben wir Einrichtungen, wo wir wissen, okay, auch wenn wir das hochfahren, mit einem Meter Abstand wird die Behandlung schwierig werden. Trotzdem muss man schauen, dass wir erstens alle Sicherheitsmaßnahmen setzen müssen, die man setzen kann und zweitens, trotzdem dort das soziale, den gesundheitlichen Aufbau wieder zu schaffen, damit diese Menschen wieder befähigt werden, selbstständig und selbstbewusst in den eigenen vier Räumen oder eben in einer Einrichtung mit einer Teilbetreuung leben zu können.

Genau hier wird diese Schnittstelle zwischen Krankenhaus, zwischen niedergelassenem Bereich, Gesundheitsdiensten und den Reha-Einrichtungen und den Alten- und Pflegeheimen natürlich ganz sichtbar und wichtig. In diesem Sinne wollte ich heute da noch einmal kurz reden, auch von unserer Seite einen großen Dank an alle, die in diesen Bereich aktiv arbeiten und für das Wohlergehen unserer Bürgerinnen und Bürger sorgen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Vielen herzlichen Dank! Es gibt keine weitere Wortmeldung mehr. Ich schließe diese Wechselrede und wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1330/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 1331/2020. Dies ist Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofs betreffend Pflege in Österreich. Um die Berichterstattung darf ich Kollege Binder bitten.

Abg. Peter **Binder**: Beilage 1331/2020, Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofs betreffend Pflege in Österreich. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1331/2020.)

Der Kontrollausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen: Der Wahrnehmungsbericht betreffend „Pflege in Österreich“ wird zur Kenntnis genommen. Dem Rechnungshof wird für seinen Bericht gedankt.

Dritte Präsidentin: Danke! Ich darf darüber die Wechselrede eröffnen und Peter Binder das Wort erteilen.

Abg. Peter **Binder**: Danke, Frau Präsidentin! Der Rechnungshof hat mit diesem Bericht wirklich eine sehr umfassende und wie ich meine sehr erhellende Analyse der Systematik der Pflege in Österreich vorgelegt. Es ist durch die Komplexität der Zuständigkeiten zwischen dem Bund auf der einen Seite, den Ländern, der Stadt Wien auf der anderen Seite, bis hin bei der Finanzierung auch die Gemeinden gar nicht so einfach gewesen, hier so einen Überblick zustande zu bringen. Das kritisiert der Rechnungshof auch gleich zu Beginn zurecht. Es werden immerhin 7,9 Milliarden Euro für Pflege im Jahr 2016 aufgewendet für rund 450.000 Pflegebedürftige. Es fehlte bislang eine solche Statistik über die Kosten der Pflege in Österreich, weil, so wie die Prüfer feststellen mussten, die eben nicht systematisch erfasst wird.

Der größte Anteil der Mittel fließt in die stationäre Pflege, sprich in die Unterbringung in Alten- und Pflegeheimen. Der Rechnungshof kritisiert auch hier, dass sowohl die Kosten sowie auch die Herkunft und Verwendung der Mittel nicht systematisch zwischen Bund und Ländern erfasst wurden. Er empfiehlt daher dem Sozialministerium und den Ländern sicherzustellen, dass alle relevanten Zahlen erfasst werden.

Beim Ausblick in die Zukunft hat der Rechnungshof einen sehr besorgten Blick. Denn er stellt fest, wenn heuer noch vier Angehörige auf einen Pflegebedürftigen kommen, so werden es im Jahr 2060 nur noch knapp eineinhalb Angehörige sein. Das heißt, wir benötigen einen massiven Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, um die Pflege auch in Zukunft gewährleisten zu können. Hier empfiehlt der Rechnungshof allen geprüften Stellen, eine bundesweit abgestimmte Bedarfsprognose und eine Strategie zur Weiterentwicklung der Pflegedienstleistung zu erarbeiten.

Er stellt auch in seinem Bericht sehr massive Unterschiede in der Versorgung fest, von vier Heimplätzen pro Pflegebedürftigen bis neun, also schon ein Unterschied von über 100 Prozent. Auch bei der Personalausstattung in der Pflege gibt es teilweise Unterschiede von bis zu 100 Prozent, was die Erfüllung der Aufgaben angeht.

Wenn wir uns die 36 Empfehlungen ansehen, dann stellen wir fest, dass Oberösterreich eigentlich keine Empfehlung dezidiert ausgesprochen bekommt. Da spricht dafür, dass wir mit unserem Sozialhilfegesetz aus dem Jahr 1998 sehr viele Dinge vorrausschauend schon erfüllt hatten im Gegensatz zu anderen Bundesländern, die teilweise ihre Gesetzgebung in diesem Bereich zu einem späteren Zeitpunkt beschlossen haben und doch offenbar sich zu wenig am oberösterreichischen Beispiel orientiert haben, weil sie doch einige Dinge nicht oder nicht so gut geregelt haben.

Nichtsdestotrotz bleibt über, dass bei allen Aufgaben auch das Land Oberösterreich gefordert sein wird. Die teilweise massiven Unterschiede in der Pflegevorsorge sind nicht nur zwischen

den Bundesländern festzustellen, sondern eben auch zwischen den einzelnen Regionen in Oberösterreich. Das heißt, wir haben hier auf jeden Fall einen Nachholbedarf.

Wenn es darum geht, in Zukunft die Herausforderung zu bewältigen, dann werden wir auch hier in diesem hohen Haus darüber sprechen müssen, wie wir die Empfehlungen des Rechnungshofs, eine genaue Festlegung der Finanzierung, der Mittelherkunft und die Mittelverwendung umsetzen und wie wir vor allem dafür sorgen können, dass wir ausreichend geschultes, hauptberufliches, professionelles Personal zur Erbringung der dann notwendigen Pflegedienstleistungen haben. Da wird es notwendig sein, dass wir jetzt beginnen, massiv in die Ausbildung zu investieren. Die Ausbildung muss attraktiver werden. Es kann nicht mehr sinnvoll sein, dass für die Ausbildung, für die einzelnen Auszubildenden noch Kosten anfallen. Wir müssen sie beitragsfrei gestalten, und generell auch an den Arbeitsbedingungen schrauben.

Es wird also nicht möglich sein, in diesem Bereich nach dem Ende der Corona-Krise zum alten Sparkurs zurückzukehren, sondern wir werden in diesen Bereich massiv investieren müssen und das auch bei künftigen Budgets berücksichtigen, dass in diesem Bereich zusätzliche Mittel notwendig sein werden. Kurzum, am Ende geht es um bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen für die Pflegebeschäftigten sowie eine faire Entlohnung, die sie sich nicht nur jetzt verdient haben durch eine Einmalprämie in dieser besonderen Zeit, sondern die sie sich nachhaltig verdient haben für die wertvollen Dienste, die sie an den Pflegebedürftigen im Land erbringen. An dieser Stelle mein Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Pflegedienstleistern und natürlich auch mein Dank und mein Respekt für jene Angehörige, die immer noch zuhause ihre pflegebedürftigen Verwandten pflegen. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Ulrike Wall.

Abg. **Wall:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer! Gerade die letzten Wochen haben uns wieder einmal die Probleme, die Versäumnisse im Pflegebereich sehr deutlich aufgezeigt, zum Beispiel im Bereich der 24-Stunden-Betreuung. Wenn die aktuellen Reisebeschränkungen oder die Unsicherheiten, was die Reisefreiheit anbelangt, für das fast ausschließliche osteuropäische Personal noch länger dauern, droht dieses System zusammenzubrechen. Die eingeleiteten Notfallmaßnahmen sind gut und wichtig, aber sie lösen dieses Problem nicht nachhaltig. Rund 5.000 Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher nehmen diese Leistung in Anspruch, 3.700 in etwa davon werden gefördert.

Wenn Betroffene in ihrer vertrauten Umgebung bleiben möchten, haben sie wenig Alternativen. Eine Übersiedlung ins Altenheim ist oftmals aufgrund der zu niedrigen Pflegestufe gar nicht möglich aber die wenigen Stunden mobiler Dienste, die angeboten werden, reichen nicht aus. Ich erwarte mir daher, dass Strukturen für eine mehrstündige Tagesbetreuung daheim aufgebaut werden. Diese Lücke muss geschlossen werden, um die Abhängigkeit von ausländischem Personal zu verringern.

Auch der Bundesrechnungshof sieht Aufholbedarf bei den mobilen Angeboten. Insbesondere auch bei Oberösterreich. Wenn man hier vergleicht: Im österreichischen Durchschnitt werden 2,3 Leistungsstunden pro betreuter Person und Woche angeboten. In Oberösterreich sind es nur 1,7 Stunden. Ich erinnere auch an einen freiheitlichen Antrag im Jahr 2015, was eine Ausbauoffensive bei mobilen Diensten anbelangt. Da haben wir wirklich Aufholbedarf.

Die 24-Stunden-Betreuung findet im vorliegenden Bericht unter anderem auch Berücksichtigung im Zusammenhang mit der Pflegeleistungsstatistik. Die Länder geben diese Leistung zum überwiegenden Teil nicht in die Statistik ein, auch Oberösterreich. Der Bundesrechnungshof kritisiert generell, dass keine einheitliche Erfassung der Pflegeleistungen erfolgt. Und damit ist auch kein verlässlicher Vergleich zwischen den Ländern möglich. Das ist immer schlecht, weil man orientiert sich gerne an den Besten. Das geht leider in diesem Fall dann immer schlecht.

Insgesamt ist Österreich zu wenig vorbereitet auf die demographische Entwicklung, der Kollege Binder hat es bereits erwähnt. Da geht es um große Systemfragen: Finanzierung, effizientere Organisation. Der Bundesrechnungshof bemängelt die fehlende Schnittstelle zwischen Gesundheit und Pflege, dadurch die fehlende Steuerungsmöglichkeit. Gesundheit und Pflege aus einer Hand, gesetzlich, finanziell und die Ausbildung betreffend. Eine langjährige freiheitliche Forderung und auch Praxis in den meisten europäischen Ländern.

Der Rechnungshof kritisiert die zersplitterten Zuständigkeiten und unterschiedlichen Finanzierungstöcke. Ich erwähne in diesem Zusammenhang immer gerne das Beispiel, dass für die Finanzierung eines Altenheimbettes im österreichischen Durchschnitt zwölf Zahlungsströme notwendig sind. Auch die Bedarfs- und Entwicklungsplanung wird kritisiert, weil sie nicht abgestimmt ist zwischen dem Bund und den Ländern. Man sieht das, weil was den Bedarf bis 2030 zum Beispiel an Pflegeplätzen anbelangt, klafft eine Differenz von zwölf Tausend zwischen dem Bund und den Ländern. Das ist natürlich eklatant.

Über weite Strecken liest sich dieser Bericht wie ein zehn Jahre altes Rechnungshofpapier, das ich heute mit habe, wo schon damals und wahrscheinlich auch schon Jahre zuvor von zersplitterten Finanzierungs- und Organisationsstrukturen im Pflegebereich zu lesen ist, von Ineffizienzen aufgrund kleinteiliger Strukturen bei Heimanbietern. Da denke ich natürlich auch an Oberösterreich mit seinen 66 Trägern für 136 Heime.

Es hat sich in zehn Jahren wenig bewegt. Reformstillstand über weite Strecken. Ausnahme, die natürlich auch in den Pflegebereich hineinspielt, ist die Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger unter Türkis-Blau durch die freiheitliche Sozialministerin Beate Hartinger-Klein. Diesen Reformwillen erwarte ich mir auch von der schwarz-grünen Bundesregierung.

Der Rechnungshof gibt eine Vielzahl, 36 haben wir gehört, an Empfehlungen ab für Bund und Länder. Wenn man sich aber die Stellungnahmen der Bundesländer so liest, werden die meisten Empfehlungen als Eingriff in die Landeskompetenzen gesehen. Das liest sich dann zum Beispiel in dem Fall bei der oberösterreichischen Stellungnahme so: Das Land Oberösterreich führte in seiner Stellungnahme aus, die Planung und Pflege und das Berichtswesen der Länder seien im Pflegefondsgesetz umfassend geregelt. Darüber hinausgehende Regelungen und Vorgaben durch den Bund seien nicht erforderlich und im Hinblick auf weitere Eingriffe in die Kompetenz der Länder abzulehnen. Aus fachlicher Sicht sei auch kein finanzieller und qualitativer Mehrwert durch detailliertere Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern erkennbar.

Das ist natürlich schon ein bisschen frustrierend, wenn man das so liest. Bei allem Verständnis und bei allem Bekenntnis zum Föderalismus, fehlt mir da ein bisschen das Verständnis. Es müsste sich eigentlich jeder dazu bekennen, dass Reformen im Pflegebereich notwendig sind und dass wir eine Neuordnung brauchen. In diesem Sinne erwarten sich die Freiheitlichen eine rasche Umsetzung der dringlichen Reformvorhaben für eine nachhaltige Absicherung der

Pflege. Ich bedanke mich beim Rechnungshof für diesen umfassenden und sehr interessanten Bericht. Dankeschön. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Nächste Rednerin zum Rechnungshofbericht ist Frau Kollegin Ulrike Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Maske und Brille sind nicht immer ganz kompatibel. Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, dieser Bundesrechnungshofbericht hat schon vor der Krise einen sehr kritischen Bericht abgegeben zur Pflege in Österreich. Es ist ein 170-seitiger Aufschrei, dass da dringend was gemacht werden muss. Das war und ist eigentlich auch eines der Hauptziele der neuen türkis-grünen Bundesregierung und war auch die erste Aktivität von Bundesminister Anschöber, hier genau dorthin zu schauen, wie können wir eine Pflege gemeinsam mit den Bundesländern gut und für die Menschen passend organisieren?

Ja, jetzt ist leider Gottes ein bisschen was verzögert worden. Die Corona-Krise hat diesen Reformwillen und die Reformbereitschaft und dieses in den Startlöchern scharren auch der Bundesländer, und es waren ja schon Gespräche mit den zuständigen Landesrätinnen und Landesräten da, etwas gestoppt. Und die Corona-Krise ist aber auch gleichzeitig ein Stresstest unseres Gesundheits- und Pflegesystems. Und ja, sie schaffen den Stresstest. Aber warum? Weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Bereichen mehr tun und wirklich bis an ihre Grenzen gehen, weil sie sagen, es ist jetzt wichtig. Wir halten zusammen. Wir machen das.

Aber wir sehen natürlich genau das, was der Bundesrechnungshof dargelegt hat, jetzt in der Krise noch viel deutlicher, und daher kann man gar nicht genug danke sagen an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber vor allem auch an die vielen, vielen pflegenden Angehörigen, die nicht immer nur jammern, natürlich auch an die 24-Stunden-Betreuungskräfte.

Aber 80 Prozent der Pflegebedürftigen und der Pflegegeldempfänger werden zuhause von den Angehörigen betreut. Und hier müssen wir mehr hinschauen, weil wenn uns dieses System, so wie es der Bundesrechnungshof sagt, zusammenbricht, dann haben wir wirklich ein riesen Problem. Ein gesellschaftliches, weil dann eine Gruppe von Menschen, die aufgebaut hat, die uns einen Lebensstandard ermöglicht, dann nicht mehr gut und ausreichend betreut wird.

Und das dürfen wir nicht zulassen. Diese Spaltung in der Gesellschaft zwischen Jung und Alt, da müssen wir einen Riegel vorschieben. Es kann nicht sein, dass auf Kosten der Jungen etwas gemacht wird. Es kann aber auch nicht sein, dass auf Kosten der älteren Menschen, der anderen Generationen, etwas auf deren Rücken ausgetragen wird. Hier braucht es den Zusammenhalt zwischen den Generationen, und daher sind wir aufgefordert, jetzt zu handeln. Gerade die Krise zeigt uns, wie sensibel das System ist, wie sie zusammenhalten, aber das hat auch Grenzen, und daher ist die Politik gefordert und gefragt.

Und ich möchte eines sagen: Es braucht mehr. Und es ist schon vom Kollegen Binder gesagt worden und auch vom Klubobmann Hirz in seiner Rede zum Budget und zum COVID-Gesetz. Es braucht mehr als einen Tausender oder ein Monatsgehalt. Es braucht die nachhaltige Absicherung genau dieser Berufe, dieser Tätigen im Gesundheitsbereich und im Betreuungsbereich. Es braucht auch mehr als Danke und Klatschen. Es ist nett und es ist wichtig. Ich höre auch nicht auf, mich zu bedanken. Aber von einem Danke und einem Klatschen kann sich die Pflegekraft in der Bäckerei kein Brot kaufen und keine Wurst in der

Fleischerei. Also hier braucht es nachhaltige, bessere Arbeitsbedingungen und auch Entlohnungen.

Nämlich warum? Wie soll man den bitte junge Menschen überzeugen, dass sie diesen schönen Beruf ergreifen, wenn die Arbeitsbedingungen auch gerade jetzt wieder so sichtbar werden und wirklich sehr, sehr schwierig sind, und wo die Entlohnung nicht unbedingt das ist, und die Schere zwischen Männer- und Frauen-Einkommen sehen wir jedes Mal und wird nicht weniger? Und das hängt auch damit zusammen, dass diese Berufe schlechter bezahlt sind.

Und die Kollektivvertragsverhandlungen und der Abschluss, und da haben sie noch alle irgendwie gelobt, dass sie es machen, ist für mich ein Armutszeugnis, weil gerade jetzt hat gezeigt, was diese Menschen auch wirklich verdienen. Nämlich wirklich eine gute Absicherung. Und dieser Kollektivvertrag ist ja nicht wie in anderen Bereichen ein Mindestlohn, nein, das ist der Höchstlohn, weil auf das alles baut sich das auf, was wir an Normkostenmodellen, an Leistungsvereinbarungen machen. Und das muss man im Blick haben, wenn man solche Kollektivverträge abschließt und dann auch von der Gewerkschaftsseite sagt, das ist das Beste.

Und ja, es stimmt. Es sind die, die das Geld geben, nicht am Verhandlungstisch gesessen. Und das kritisiere ich auch, weil es können die Sozialeinrichtungen auch nur das machen und das verhandeln, wo sie den Spielraum von der Politik haben, von den Financiers haben. Daher müssen wir da weiterkämpfen, und es darf nicht jetzt ein Stillstand sein und sagen, okay jetzt habt ihr eure Arbeit gemacht, und da schauen wir weg.

Ich möchte noch ganz kurz auf ein paar Kritikpunkte eingehen vom Rechnungshof. Es sind die pflegenden Angehörigen schon angesprochen worden. Ja, sie werden weniger. Und viele pflegende Angehörige sind selber noch im Beruf oder sind in einem Alter, wo sie selber schon Unterstützung brauchen, wo sie nicht mehr so viel machen können. Sie brauchen mehr mobile Dienste, nämlich individuelle mobile Dienste. Nicht irgendwie so ein paar Stunden da,, und ein paar da, und die pflegenden Angehörigen stehen wieder allein da mit der ganzen Betreuung und nämlich über den Tag, über die Nacht und über das Wochenende, sieben Tage in der Woche ein ganzes Jahr.

Die pflegenden Angehörigen sowohl in der Pflege im Altenbereich als wie im Behindertenbereich brauchen hier unsere Unterstützung und unsere Solidarität, damit sie diese wichtige gesellschaftliche Aufgabe auch weiterhin machen, weil sie machen es ja gerne. Aber wenn sie selber an die eigenen gesundheitlichen Grenzen kommen, werden sie es nicht mehr machen können.

Und ich möchte auch die 24-Stunden-Betreuungskräfte ansprechen. Und ich sage Betreuungskräfte, es sind keine Pflegekräfte. Es sind Betreuungskräfte, die kommen. Was haben wir denn bis jetzt gemacht mit ihnen? Wir haben ihnen die Familienbeihilfe indexiert. Wir haben Agenturen, die machen da ein gutes Geschäft damit. Ich sage nicht unbedingt die österreichischen, es gibt da und da schwarze Schafe. Aber die zahlen in zwei Agenturen, eine in Österreich und eine in der Slowakei oder in Rumänien. Das System muss man sich einmal anschauen und hinterfragen. Auf diesem System können wir die Betreuung unserer vorigen Generationen nicht aufbauen. Da braucht es andere Modelle und andere Zeiten.

Und eines muss uns auch klar sein. Sechs Prozent aller Pflegegeldbezieher haben eine 24-Stunden-Betreuung. Das ist nicht viel. Ja, warum denn nicht? Weil sie es sich nicht leisten können. Weil viele haben das Geld nicht, um die 24-Stunden-Betreuung zu zahlen. Da rede

ich noch gar nicht, dass sie jetzt nicht herkommen und dass man ihnen vielleicht 500 Euro geben muss, damit sie länger da bleiben. Wenn die aber einen Zwei-Wochen-Rhythmus gehabt hat, dann wird es eh schon öha mit diesen 500 Euro.

Also ich glaube, genau da muss man hinschauen, und das wollen wir Grüne auch ganz deutlich. Das ist nicht das Lösungsmodell für die Zukunft. 24-Stunden-Betreuerinnen können eine Ergänzung sein, aber das ist nicht die Lösung. Und ich will gut ausgebildete Pflegekräfte und Betreuungskräfte, die einfach hier sind und die hier die Arbeit machen und die auch für unseren Arbeitsmarkt ein wichtiger Part sind.

Es gibt deutliche Unterschiede vor allem in der Finanzierung und in der Koordinierung. Und das beste Beispiel erleben wir jetzt gerade in den SHVs. Und ich glaube, es gibt mehrere, die hier herinnen sitzen als Abgeordnete, die im Sozialhilfverband tätig sind. Die Aufteilung der Bundesgelder vom Pflegefonds nach Abschaffung des Regresses. Also da spielt es sich ab. Da prüft eine Agentur was und dann kommt man drauf, eigentlich könnten wir es doch ein bisschen anders verteilen, weil vielleicht manche nicht ganz so gut aussteigen aus dem.

Und ich glaube, da müssen wir ganz genau draufschauen, dass diese Verteilung, und ich kritisiere das natürlich, dass der Bund jetzt irgendwas so almosenhaft verteilt, das ist nicht die Lösung. Da muss es einfach wirklich klare Sachen geben, was zahlt der Bund, was zahlt das Land und was zahlen die Gemeinden? Dass man sich jetzt als Gemeinde streiten muss, dass wir das wieder zurückbekommen vom Pflegefonds, was eigentlich auch ausgemacht worden ist, was vertraglich festgelegt worden ist, was die Agentur geprüft hat, genau das wollen wir dann auch wieder haben, und da müssen wir darauf hinschauen.

Nicht nur die Kürzung, die sie uns gemacht haben, sondern auch innerhalb der Kürzung haben sie uns dann noch nicht immer allen genau das zurückerstattet, was eigentlich die Agentur geprüft hat. Und ich glaube, da sieht man schon, wo das Problem liegt an dieser nicht klaren Präzisierung, wer zahlt was? Weil dann kann ich auch viel leichter planen, dann haben die Gemeinden Planungssicherheit, dann haben die Länder Planungssicherheit und der Bund weiß auch, was er zu zahlen hat. Also das wäre das Anliegen, und das ist auch das Anliegen der Regierungsverhandlungen gewesen und des Regierungsprogrammes, hier eine gemeinsame Pflege aus einem Guss zu machen. Nicht unbedingt aus einer Hand, aber es aus einem Guss zu machen, dass man klar hat, wo sind die Kompetenzen und wo sind die Finanzierungsströme. Und wir wollen aufbauend auf diesem Bundesrechnungshofbericht hier diese gemeinsame Arbeit fortsetzen.

Wir können jetzt schon anfangen, weil wir können jetzt schon sammeln, wo das System wirklich auch noch kracht. Weil jetzt sehen wir eigentlich diese ganzen Probleme noch viel deutlicher. Also ich glaube, wir dürfen uns jetzt nicht zurücklehnen, sondern wir müssen auch jetzt in der Krise schon schauen, wie können wir das mitnehmen in eine gemeinsame Form, in eine gemeinsame Struktur? Pflege aus einem Guss zwischen allen Bundesländern und für die Menschen und für die individuellen Betreuungsbedürfnisse.

Ich möchte eine gute Ausbildung haben, eine gemeinsam getragenen Ausbildung haben. Nicht zig unterschiedliche Angebote und so weiter. Dass man natürlich jetzt sagt, wie wir es in Oberösterreich schaffen, ein Abendangebot zur Ausbildung, eines berufsbegleitend, eines für Junge, eines für Ältere, eines für Wiedereinsteiger/innen und so weiter. Das ist klar. Aber das Konzept der Ausbildung, was wird heute gelehrt, muss aus einem Guss sein.

Wir wollen mobile Dienste, und dann braucht es dazu aber auch die Möglichkeit, barrierefrei zu wohnen, weil das wird einfach auch eine immer größere Herausforderung. Wir müssen einerseits beim Eigenheimbau auf das schauen. Die Leute denken eh Gott sei Dank schon weiter. Wir müssen auch beim öffentlichen Wohnbau darauf schauen und bei neuen Angeboten, die wir schaffen. Wir werden das nicht leisten können, dass wir alles in der stationären Betreuung abdecken können. Wir müssen da individuelle Lösungen finden, und für die eine Region wird das das bessere sein und für die andere Region wird das das bessere sein. Und da müssen wir ein bisschen einen Handlungsspielraum haben, da müssen wir flexibel sein, da müssen wir klare Vorgaben haben, die man dann natürlich auch abwandeln kann und bitte mit Hausverstand gute Einrichtungen schaffen und gute Angebote zu schaffen für alle. Und die Kostentragung muss ganz klar geregelt sein.

Und wenn es heißt, man sollten so eine Reform machen, wie es die Vorgängerregierung bei der Gesundheitskasse und bei den Gebietskrankenkassen gemacht hat. Also ich hoffe, es gelingt uns was Besseres, sagen wir es einmal höflich. Es gelingt uns etwas, das nicht wieder auf Kosten der Gemeinden und der Bürgerinnen und Bürger passiert, weil bei der Kassenreform weder die Einsparungen passieren noch ist es klarer, dass dann wirklich die Leute alle was Gutes und eine gleiche Leistung kriegen. Also so eine Reform wollen wir nicht haben, glaube ich.

Dass man das Beste daraus machen kann und machen muss aus dem, was jetzt da ist, sieht man. Und die Österreichische Gesundheitskasse tut das Beste, was jetzt möglich ist. Ich bin nicht mit allem einverstanden, was die Obleute sagen, aber das liegt in der Natur der Sache, aber ich bin dafür, dass wir jetzt gemeinsam schauen, was können wir aus dem, was da jetzt passiert ist, gut machen, wie können wir es weiterentwickeln? Wie können wir eine Gesundheitskasse so stärken, dass sie zum Beispiel auch das schafft, dass sie die Masken für die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte beschafft?

Jetzt arbeiten sie mit dem Roten Kreuz zusammen, ja, Gott sei Dank, auch wenn da oft Kritik herrscht, das Rote Kreuz hat hier eine führende Rolle übernommen, weil sie kompetent sind, weil sie das einfach jetzt auch gemeinsam mit allen Stakeholdern machen, und da sind die anderen Transporteinrichtungen, die anderen Träger ganz, ganz wichtig und nicht nur das Rote Kreuz, aber das ist einfach einmal die größte Einrichtung. Und hier sind viele Sachen gut auf den Weg gekommen, und es gibt eine Zusammenarbeit und die sollen wir in den Vordergrund stellen und nicht das, was uns trennt. Schauen wir uns das an, was uns gemeinsam ist, was uns hilft, diese Krise und auch die nachfolgenden Herausforderungen zu meistern, und die werden noch kommen, nicht nur auf Grund der wirtschaftlichen Situation, sondern auch aufgrund der pflegerischen und gesundheitlichen Versorgung, meistern wir die gemeinsam, schauen wir, dass wir das Gemeinsame voranstellen und nicht das Trennende. Danke! (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke! Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Dr. Peter Csar.

Abg. Dr. Csar: Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, der Rechnungshof hat überprüft, hat den Rechnungshofbericht vorgelegt. Und ich möchte gleich am Anfang von meiner kurzen Ansprache ein herzliches Dankeschön dem Rechnungshof sagen, dafür, dass er diese Überprüfung durchgeführt hat.

Uns allen liegt die Pflege besonders am Herzen, uns allen ist es wichtig, dass man weiß, ob man richtig umgeht mit der älteren Bevölkerung, mit der Bevölkerung, die pflegebedürftig ist

und die unsere Unterstützung braucht. Und daher ist es wichtig, dass man immer wieder ein Update macht, eine Überprüfung macht, wo steht man und wo hat man Handlungsbedarf.

Wir haben in Oberösterreich die Situation, und da möchte ich kurz ein paar Zahlen zitieren, dass wir 133 Heime haben, Pflegeheime haben, 85 werden von den Sozialhilfeverbänden mit den Statutarstädten betrieben, 21 von den Gemeinden, 27 von den Privaten, und rund 33.000 Menschen leben dort. Sie haben dort ein Zuhause, ein Daheim, und das kann man sagen, das funktioniert auch in Oberösterreich und das spiegelt sich auch im Rechnungshofbericht wider. Das möchte ich ausdrücklich auch erwähnen.

Der Rechnungshofbericht spricht von insgesamt 36 Empfehlungen, fünf davon richten sich an Oberösterreich. Und diese fünf Empfehlungen werden natürlich auch abgearbeitet und auch genauest analysiert und besprochen. Wichtig ist aber, dass wir auch wissen, dass unser System hier nicht so schlecht dasteht, wie man zuerst auch ein bisserl den Eindruck gehabt hätte, wenn man alles auch hier jetzt gehört hat.

Bedeutend ist, dass unser System mit den Sozialhilfeverbänden, mit den Gemeinde-Heimen, mit den privaten Heimen sehr wohl auch ein gutes Angebot darstellt, das sehr stark angenommen wird, das immer wieder weiterentwickelt werden muss und soll und auch wird. Wir haben hier in Oberösterreich dementsprechend auch Konzepte, Sozialressort 2021, aber auch Arbeitskreise, die sich mit diesen Themen auseinandersetzen, die auch auf eine weitere innovative Entwicklung ganz stark Rücksicht nehmen. Das Ganze steht und fällt nicht dadurch, dass wir ein gutes Konzept haben und Reformen machen und ein System haben, sondern insbesondere lebt das System davon, dass wir gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, die sich mit dieser Aufgabe auch identifizieren.

Und wir haben das Glück, dass wir in Oberösterreich hervorragende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, die für ihre Aufgabe leben, die begeistert sind und gerne diese Aufgabe erfüllen und sich auch voll engagieren, die die Aufgabe menschenfreundlich wahrnehmen, die eine hohe Belastungsfähigkeit an den Tag legen, aber auch die eine hohe Identifikation mit ihrer Aufgabe haben und eine erfüllende Aufgabe in ihrem täglichen Ablauf sehen.

Der Beruf des Pflegemitarbeiters ist nicht ein normaler Beruf. Das ist ein Beruf, der mehr erfordert, als wie nur Geld zu verdienen. Der Beruf hat einen besonderen Zugang, und daher müssen wir auch die Wertschätzung diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber zum Ausdruck bringen.

Daher bin ich auch sehr froh, wenn der Landtag auch applaudiert und sagt, das freut mich. Und das werde ich auch wertschätzen und das weiß ich auch verbal auszudrücken. Es freut mich aber auch, wenn dementsprechend auch eine finanzielle Anerkennung kommt, und die wird auch kommen. Geld ist aber nicht alles, sondern Geld ist auch ein wichtiger Bestandteil von unserem Zusammenleben, und daher müssen wir auch auf diese Schiene besonders schauen.

Bedeutend ist für mich eines, dass wir auch in die Zukunft schauen und blicken, dass wir aber auch wissen, dass wir entsprechende Ausbildungen für die Pflegeberufe weiter vorantreiben müssen und uns auch bemühen müssen, hier dementsprechend auf das richtige Pferd zu setzen. Das Angebot ist da. Wir müssen den Beruf aber attraktiv machen. Und attraktiv machen heißt aber auch, dass wir die jungen Leute dafür motivieren und auch überzeugen können, dass sie diesen Beruf mit Begeisterung angehen können.

Im Rechnungshofbericht ist eine ganz wesentliche Aussage auch zu finden, dass nicht nur wir in Oberösterreich zuständig sind, so wie alle anderen Länder für die Pflege, sondern auch der Bund. Und daher sind die meisten Empfehlungen Richtung Bund gerichtet. Und im gestrigen Nationalrat hat sich der Bund auch mit diesem Thema auseinandergesetzt und hat sich für eine breite Pflegereformdebatte ausgesprochen, und es wird sich ein eigener Ausschuss mit diesem Thema auch intensiv beschäftigen, weil ich glaube, dass genau von dort hier gewisse Weichenstellungen zu erfolgen haben.

In diesem Sinne möchte ich nochmal ein herzliches Dankeschön sagen allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich in der Pflege engagieren, ihr macht eine hervorragende Arbeit, bitte weiter so, wir zählen auf euch! Danke! (Beifall)

Dritte Präsidentin: Ich sehe keine weitere Wortmeldung mehr. Daher schließe ich die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1331/2020, Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofs betreffend Pflege in Österreich, zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir behandeln die Beilage 1332/2020. Es geht hier um einen Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofs betreffend Koordinierung von Qualitätszeichen im Lebensmittelbereich. Um die Berichterstattung zu dieser Beilage darf ich Frau Klubobfrau Mag. Helena Kirchmayr bitten.

Abg. KO **Mag. Kirchmayr:** Beilage 1332/2020, Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofs betreffend Koordinierung von Qualitätszeichen im Lebensmittelbereich.
(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1332/2020.)

Der Kontrollausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen: 1. Der Wahrnehmungsbericht betreffend „Koordinierung von Qualitätszeichen im Lebensmittelbereich“ wird zur Kenntnis genommen. 2. Dem Rechnungshof wird für seinen Bericht gedankt.

Dritte Präsidentin: Ich bedanke mich. Ich darf darüber die Wechselrede eröffnen und darf Frau Klubobfrau Kirchmayr auch das Wort erteilen.

Abg. KO **Mag. Kirchmayr:** Danke! Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Landtag, geschätzte Zuhörer im Internet! Der Bericht des Rechnungshofs für den Überprüfungszeitraum 2014 bis 2018 bestätigt, dass vom Landwirtschaftsministerium dieser eingeschlagene Weg der Bündelung regionaler Initiativen richtig ist, denn den zentralen Empfehlungen des Rechnungshofs an das Bundesministerium kann ich aus Konsumentensicht nur beipflichten, gerade weil viele Maßnahmen bereits in Umsetzung sind und Oberösterreich und Landesrat Max Hiegelsberger daran maßgeblich beteiligt sind. Eine einheitliche Strategie, die dem Konsumenten die Kaufentscheidung erleichtert, ist eine richtige und eine gute.

Das 2016 gegründete Netzwerk Kulinarik verfolgt im Kern genau die vom Rechnungshof ausgegebenen Empfehlungen: Die Bündelung der kulinarischen Initiativen und die gemeinsamen Entwicklungen strategischer Stoßrichtungen, um unseren heimischen Lebensmitteln die Aufmerksamkeit zu verschaffen, die sie auch verdienen.

Die vielfältigen regionalen Initiativen zu den Themen Ernährung und Regionalität sind die Basis für ein gutes Netzwerk. Oberösterreich hat seit 2014 mit dem Genussland Oberösterreich, mit der Genussland-Strategie Oberösterreich ein starkes Markendach, das ohne Zweifel für bestmögliche Qualität von Lebensmitteln made in Oberösterreich steht und unsere Produkte auch dementsprechend gut präsentiert. Genussland Oberösterreich ist zu einer Marke geworden, auf die wir stolz, mit Recht stolz sein können, eben wie auf jene Produzentinnen und Produzenten, die Erzeugergemeinschaften und Partner, die sich unter einem Dach wiederfinden.

Oberöreicher greifen besonders gerne zu heimischen Produkten. Die Herkunft wird immer ein wichtigeres Kriterium für den Kaufentscheid in unserem Land sein, CO₂-Bilanzen, artgerechte Haltung, garantierte biologische Produktion machen unsere landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu dem, was sie sind, eine der besten der Welt.

Jede Initiative, die diese Kaufentscheidung erleichtert und damit die heimische Landwirtschaft und die Lebensmittelproduktion stärkt, ist ein Gewinn für unser Land und darüber hinaus natürlich ein Gewinn für unsere Umwelt.

Ich möchte mich ganz herzlich bei unseren Bäuerinnen und Bauern bedanken für die Versorgung mit den besten Lebensmitteln, dafür, dass sie unser Landschaftsbild zu dem machen, was es ist und dafür, dass sie unsere obersten Naturschützer sind, weil sie von und mit der Natur leben. Der Griff zu den regionalen Lebensmitteln ist vor allem in Zeiten wie diesen ein Gebot der Stunde und Qualitätskennzeichen erleichtern natürlich den Konsumenten die Entscheidung.

Und ich möchte Sie, liebe Oberöreicherinnen und Oberösterreich, natürlich dazu aufrufen, unterstützen Sie die heimische Landwirtschaft, kaufen Sie bei den Bäuerinnen und Bauern, bei den Direktvermarktern und achten Sie im Supermarkt auf die regionale Herkunft Ihres Einkaufs. Ich bitte, diesen Bericht positiv zu unterstützen und ich bedanke mich für die Bestätigung des eingeschlagenen Weges. Danke! (Beifall)

Dritte Präsidentin: Die nächste Rednerin zum Bericht ist Frau Kollegin Roswitha Bauer.

Abg. **Bauer:** Ja, sehr geschätzte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer im Internet! Ja, vorerst einmal auch ein herzliches Dankeschön dem Österreichischen Rechnungshof für diesen Bericht. Er bestätigt nur das, worüber wir, seit ich im Oberösterreichischen Landtag bin, immer und immer wieder einmal debattiert haben, und wo es auch bereits für Vier-Parteien-Anträge dazu gegeben hat, die beschlossen worden sind, alleine wie es scheint, die Umsetzung lässt noch immer auf sich warten.

Wir alle wissen, dass wir in Österreich einen regelrechten Dschungel an Qualitätssiegeln auf heimische Lebensmittel haben, dass diese für die Konsumentinnen und Konsumenten wenig hilfreich, nur schwer überschaubar und leider nur sehr wenige gesetzlich geregelt sind. Daher ist es wichtig und richtig, dass der Rechnungshof nun eine verbindliche Gesamtstrategie für sämtliche kulinarische Aktivitäten vom Landeswirtschaftsministerium fordert, sowie vom Konsumentenschutzministerium Mindestanforderungen für die Vergabe, Verwendung und Transparenz von Qualitätszeichen und diese nicht zuletzt als Kontrollsystem als Basis für den Verbraucherschutz enorm wichtig sind.

Als Konsumentenschutzsprecherin begrüße ich es sehr, dass dieser Bericht gemacht wurde und nun vorliegt, weil es bei der derzeitigen Praxis der Qualitätszeichen weder Standards noch

Mindestanforderungen für die Konsumentinnen und Konsumenten gibt und diese entweder gar nicht oder nur mit sehr hohem Aufwand nachvollziehen können, unter welchen Kriterien die Qualitätszeichen im Lebensmittelsektor vergeben werden und vor allem, wer sie geprüft hat.

Solche Standards und vor allem verbindliche Mindestanforderungen für Qualitätszeichen sind jedoch für amtliche Lebensmittelkontrollen sehr wichtig. Und diese Lebensmittelkontrollen wiederum sind für die Konsumentinnen und Konsumenten unverzichtbar. Die zahlreichen Lebensmittelskandale, die es in der Vergangenheit gegeben hat, haben uns allen das immer wieder dramatisch vor Augen geführt. Ich darf da nur an den BSE-Rinderskandal erinnern, also der Rinderwahnsinn oder den Gammelfleischskandal, den Eierskandal und da könnte man jetzt noch unzählige aufzählen. Wie gesagt, gerade die Vielzahl an Qualitätszeichen und im Besonderen die fehlenden Kriterien machen es fast unmöglich, Konsumentinnen und Konsumenten vor Täuschung zu schützen. Darauf wird im Bericht ganz besonders explizit hingewiesen.

Eine wichtige Empfehlung des Rechnungshofes ist auch, dass die Aktivitäten der Genussregionen bei der Entwicklung einer künftigen gesamtösterreichweiten kulinarischen Gesamtstrategie berücksichtigt und miteinbezogen werden.

Besonders kritisch wird vom Rechnungshof der lockere Umgang mit Fördergeldern gesehen, und dass hier Bund und Länder nicht gut aufeinander abgestimmt sind, es vielfach Doppelgleisigkeiten gibt, die Wirksamkeit der Förderung nicht überprüft wird und die oft kritisierte Gießkanne im Sozialbereich in diesem Bereich anscheinend gang und gäbe ist. Also hier könnte man anscheinend wirklich viel Geld sparen.

Vor allem aber sollten Fördergelder an genau vorgegebene Kriterien sowie Mindestanforderungen geknüpft werden, auch das eine Empfehlung des Rechnungshofes, der man unbedingt nachkommen sollte, um hier wirklich Verbesserungen für die Konsumentinnen und Konsumenten und damit nicht zuletzt für uns alle zu erreichen. Dankeschön! (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächstem darf ich Kollegen Franz Graf das Wort erteilen.

Abg. ÖkR Ing. Graf: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ja, der Rechnungshofbericht über die Koordinierung der Qualitätszeichen im Lebensmittelbereich zeigt etliche Defizite und Mängel in diesem Bereich auf, und wir haben nicht zuletzt mit vielen anderen gemeinsam hier etliche von diesen auch in diesen letzten Jahren eingefordert. Und der Rechnungshof reiht sie aus meiner Sicht in drei zentrale Empfehlungen an das Bundesministerium für Landwirtschaft und Konsumentenschutz ein, auf die ich jetzt kurz näher eingehen möchte.

Und zwar, erstens ist es immer die Einforderung der Gesamtstrategie für sämtliche kulinarischen Aktivitäten. Es geht tatsächlich um die Koordinierung und um die Gesamtstrategie. Das sei zu beachten, weil das ist genau das, was bis dato nicht wirklich passiert ist, ist aber aus meiner Sicht unbedingt notwendig, weil nur das schafft es dann auch, dass man ein klar definiertes Ziel dann auch erreicht, und zwar gemeinsam erreicht. Denn dass da viele PS unterwegs sind in Österreich in der Hinsicht, ist uns, glaube ich, allen klar, aber zu wenig zielorientiert oder man könnte es auch mit den Worten von Helmut Qualtinger sagen: Ich weiß zwar nicht wo ich hin will, dafür bin ich schneller dort. Das wollen wir nicht, und deswegen halte ich das für ein zentrales Element.

Und dass es zweitens nicht gelungen ist, diese Mindestanforderungen für Qualitätszeichen zu definieren und im Österreichischen Lebensmittelbuch niederzuschreiben, sage ich einmal, ist jetzt auch kein Ruhmesblatt. Und vielleicht mindestens so entscheidend, oder für mich fast ein noch wichtigerer Punkt ist der dritte Punkt, in dem Schwerpunktaktionen eingeführt werden gegen irreführende, nicht amtliche Qualitätskennzeichen. Warum ist mir das so wichtig? Da stell ich jetzt die Frage an Sie, was denken Sie, was glauben Sie, wie hoch ist der Anteil bei der in Österreich produzierten Milch an Almmilch? Wie viel Almmilch wird in Österreich produziert in der Produktion? Was schätzen Sie?

Das schwer zu schätzen, das gebe ich zu. Als ich es das erste Mal gehört habe, habe ich mir gedacht, ich bin jetzt nicht der große Lebensmitteleinkäufer, aber dann und wann gehe ich an den Milchregalen in den Märkten vorbei, und da ist dieser gefühlte Anteil, sage ich einmal, mindestens 50 Prozent. Ich denke, das werden Sie auch so sehen.

Wissen Sie, der tatsächliche Anteil beträgt ein Prozent. Das fällt ein bisschen genau unter diese irreführende Werbung und Markenzeichen und Qualitätszeichen. Daher, ganz wesentlich, in Wahrheit mit Schwerpunktkontrollen kann man das ein bisschen eindämmen. Und die zwei konkreten weiteren Forderungen an das Land Oberösterreich, wo einerseits die geeigneten Wirkungsindikatoren für eingesetzte Mittel festgelegt werden müssen, um hier nachvollziehbar messen und bewerten zu können über den Mitteleinsatz, erklärt sich von selbst und ist, glaube ich, auf der Strecke.

Aber gemeinsam mit dem Bundesministerium für Landwirtschaft und Konsumentenschutz eine Gesamtstrategie für die Vermarktung von regionalen Qualitätsprodukten festzulegen ist immer noch nicht gelungen, wobei das angesprochene Genussland Oberösterreich sehr gut unterwegs ist. Da sind wir auf dem richtigen Weg, und das ist gut. Aber wo steht dieses Genussland Oberösterreich in der Gesamtstrategie? Das geht da trotzdem noch ab. Ich möchte es wieder an einem praktischen Beispiel festmachen, weil es klingt ja alles sehr theoretisch.

Ein sehr gutes praktisches Beispiel bietet meiner Meinung nach, über den haben wir heute ja schon gesprochen, der Weinbau, nämlich nicht nur der Weinbau in Oberösterreich, sondern der Weinbau in Österreich. Das ist ja wirklich eine einzigartige Erfolgsgeschichte, nämlich hintennach, alles was nach dem sogenannten Weinskandal passiert. Da braucht es drei wesentliche Dinge, um so einen Erfolgsweg beschreiten zu können und dann die Früchte einfahren zu können.

Das erste und wichtigste dabei ist, am Anfang eine klare Positionierung. Wofür steht mein Produkt, nämlich die Qualität dieses Produkts? Wofür steht sie und wofür bürgt sie? Wie war das beim Wein? Beim Wein war es ganz klar, dass die österreichischen Weinbauern und Winzer gesagt haben, wir wollen eine neue, frische Qualität und fruchtigere Qualität als alle anderen bei unseren Weißweinen, zum Beispiel, bieten.

Das ist meines Erachtens toll gelungen. Sie haben fast über lange Zeit ein Alleinstellungsmerkmal gehabt. Das hat zum Beispiel, aber auch mit in sich birgt, dass diese Qualität nur erreichbar ist mit einer Selbstbeschränkung bei der auf dem Hektar geernteten Menge. Nur damit war die Qualität zu halten und festzuschreiben. Darüber waren wir uns einig. Das ist gelungen, und das Ergebnis spricht für sich.

Was passiert denn, wenn ich das mache als erstes? Dann wecke ich als zweites ein echtes Interesse beim Konsumenten an der Herkunft, weil spätestens nach wenigen Jahren schaut der Konsument, wo denn der Wein herkommt, weil der ist eindeutig besser.

Und dann passiert es, und das wiederum geht nur gekoppelt mit einer klaren und durchgängigen Herkunftskennzeichnung, wo wir auch noch nicht am Ziel sind. Wir werden jetzt wieder weggehen vom Thema Wein hin zum Thema, zum Beispiel, Fleisch. Die Fleischproduktion ist in Österreich ja auch wesentlich. Wir werden es nicht schaffen, für die Masse und für den Rest der Welt in Österreich Fleisch zu produzieren.

Zum Beispiel, bei uns, umgekehrt, es gibt ja Qualitätsbegriffe, die ja nicht so leicht nachvollziehbar sind, aber jeder in Österreich oder sehr viele Fleischkonsumenten in Österreich kennen den Qualitätsausdruck USA-Steaks, Qualitätssteaks aus USA. Was ist denn damit verbunden? Diesen Ausdruck gibt es. Das sage ich hier herinnen, weil ich es garantieren kann.

Wenn Sie dieses US-Steakfleisch kaufen, bekommen Sie garantiert hundertprozentig Fleisch, das mit Hormonchips und Antibiotika erzeugt, gefüttert, produziert wurde. Das kann einer mögen oder auch nicht, aber man sollte es wissen, und wir in Österreich und in Oberösterreich die Bauern stehen auf der anderen Seite dieser Skala. Das muss man transportieren, und das muss man auch schaffen, über die Rampe zu bringen.

Das ist natürlich letztendlich ein Preisthema, weil dieses sogenannte US-Steak bekommen Sie relativ günstig, und das von mir Ausgeführte zeigt auch, warum. Aber von welchen Differenzen sprechen wir? Das möchte ich Ihnen jetzt kurz noch einmal verdeutlichen. Welche Differenzen haben wir momentan bei den verschiedenen Fleischarten zu dem, was vielleicht für den Produzenten ganz einfach nötig wäre. Das ist am geringsten natürlich aktuell beim Schwein.

Beim Schwein sind wir fast dort, dass die oberösterreichischen und österreichischen Landwirte hier Qualitätsfleisch gut kostendecken erzeugen. Da fehlt es um zehn Cent, weil letztendlich durch die chinesische Problematik der Schweinemarkt gut geräumt ist, und damit die Preise in Ordnung sind.

Dann kommen wir zum Rind. Beim Rind sind es 25 Cent, zum Beispiel. Die Differenz, die fehlt, damit diese Qualitätsproduktion in Österreich aufrechterhalten werden kann. Ich gebe zu, das ist eine Zahl, die vor Corona passiert ist, mit Corona ist es leider Gottes zu weiteren Marktverwerfungen gekommen, auf die ich aus Zeitgründen jetzt nicht eingehen kann.

Wesentlich größer ist die Differenz beim Huhn. Hendlfleisch 50 Cent, oder bei der Pute sogar 70 Cent. Das sind, pro kg, keine großen Differenzen aus meiner Sicht, sind keine große Differenzen, und ich sage Ihnen, dass es keine ausgesprochenen Wunder dazu braucht, um diese Differenzen zu schließen. Es braucht nur diese klare Strategie und eine konsequente Umsetzung, dann ist das leicht im möglichen Bereich.

Dann sind wir garantiert, dass in Österreich die landwirtschaftliche Produktion, die für den Lebensmittelbereich notwendig ist, in Zukunft gesichert ist, gelingen kann, der Konsument auf der sicheren Seite und auf der guten Seite ist, und auch die Landwirtschaft ein weiteres gutes Bestehen haben wird.

Wir nehmen den Wahrnehmungsbericht zur Kenntnis und danken dem Rechnungshof für seinen Bericht. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Vielen herzlichen Dank. Als nächster Rednerin darf ich Frau Kollegin Johanna Bors das Wort erteilen.

Abg. Mag. Bors: Danke. Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geschätzte KollegInnen! Der vorliegende Bericht des Bundesrechnungshofs befasst sich mit der Koordinierung der Qualitätszeichen für die Lebensmittel, und zwar durch Bundes- und durch Länderbehörden. Wie schaut die Situation aktuell bei uns in Österreich aus?

Es wurden schon einige Bereiche angeführt. Jetzt, einiges noch einmal, einiges zusammengefasst. Auf Lebensmittelverpackungen sind nur wenige Qualitätszeichen ausdrücklich gesetzlich vorgesehen. Auf EU-Ebene gibt es hier vier Qualitätszeichen, geschützte Ursprungsbezeichnung, geschützte geografische Angabe, garantiert traditionelle Spezialität und das EU-Bio-Logo. Auf nationaler Ebene existieren zwei Gütezeichen, also in Österreich nur zwei Gütezeichen, AMA-Gütesiegel und AMA- Biosiegel.

Da könnte sich jede Konsumentin, jeder Konsument auskennen, ok. Steht AMA drauf, ist Österreich drinnen, steht Bio drauf ist Bio drinnen, wunderbar. Zudem gibt es aber rund hundert private, freiwillige Auszeichnungen auf Lebensmittelverpackungen, in der Gastronomie, auf Produkten. Ich wiederhole, hundert. Da muss ich mich einmal durchwühlen.

Hier liegt das Problem. Die Aussagekraft ist für uns Konsumentinnen und Konsumenten sehr mangelhaft und schlecht nachzuvollziehen, was ich denn da kaufe mit diesem oder diesem oder diesem oder diesem Siegel, macht es auch für die Produzentinnen und Produzenten nicht einfacher. Darüber hinaus gibt es auch noch zahlreiche produktbezogene Vermarktungsinitiativen, wir haben heute schon gehört, die Genussregionen, Gutes vom Bauernhof, bei uns das Genussland Oberösterreich.

Dann gibt es noch viele Initiativen für den Gastrobereich, in der Gastronomie, Verwendung österreichischer Produkte, regionale Produkte, erhöhte Qualitätsanforderungen, da gibt es das AMA-Gastrosiegel, die Genusswirte, die Kultiwirte, das Genussland Oberösterreich, die Kulinarik haben wir heute schon gehört, die Almmilch.

Sie sehen schon, es gibt eine Fülle an Initiativen, die aber bisher laut Rechnungshof zu wenig koordiniert wurden. Der Rechnungshof gibt daher zahlreiche Empfehlungen, auch mit Bezug zu Oberösterreich. Also, es wird sich nicht nur der Bund damit beschäftigen, hoffentlich, wenn wieder Zeit und Kraft vorhanden ist, sondern auch Oberösterreich, wenn wieder Zeit und Kraft vorhanden ist.

Dazu gehört zum einen eine bundesweit abgestimmte, verbindliche Gesamtstrategie, an der sich sämtliche kulinarischen Aktivitäten orientieren. Zum anderen sollen sich die Mittelzuwendungen und die Unterstützungsleistungen des Landes Oberösterreich für die Vermarktung und die Gastronomie-Initiativen nach nachprüfbareren Kriterien richten. Dafür ist natürlich ein strukturierter Koordinationsprozess notwendig und auch hilfreich.

Dieses Thema betrifft alle Menschen beim täglichen Einkauf, beim täglichen Essen, vor allem auch beim Fortgehen, beim Genießen in einem Lokal. Konsumentinnen und Konsumenten wollen sicher sein, dass hundert Prozent Bio drin ist, wo Bio draufsteht, und dass hundert Prozent Österreich drinnen ist, wo Österreich draufsteht.

Mir als Konsumentin würden nur Zusatzzeichen auch genügen. Also, wenn bei dieser ganzen Kulinarik, Almmilch, und, und, und, und, nur dabei ist, ein Zeichen für hundert Prozent Bio und

eines für, beispielsweise, hundert Prozent Österreich, würde mir genügend, das gut kontrolliert und für alle Zutaten. Also, nicht fünf Prozent sind Bio und der Rest ist dann irgendetwas. Das kann in der Gastronomie auch für einzelne Menüs gelten.

Die KultiWirte können nicht nur regionale Rohstoffe verarbeiten. Das geht sich nicht aus. Aber ich kann dann vielleicht ein Menü wählen, wo diese Regionalität zu hundert Prozent verbürgt wird, kontrolliert, sicher, und wenn es sicher ist, dass diese Zeichen eindeutig sind. Der Rest ist fantasievoll, ist eh gut. Wir Grüne fordern schon seit vielen Jahren staatlich geregelte Mindeststandards für private Qualitätszeichen.

Bisher war der größte Widerstand aus dem Lebensmittelhandel. Die vom Rechnungshof gemachten Empfehlungen sind ein Handlungsauftrag für die Verwaltung und werden hoffentlich dazu beitragen, den teilweise vorhandenen Kennzeichnungsdschungel für uns alle in Zukunft besser durchschaubar zu machen. Ich hoffe hier auf eine gute Zusammenarbeit aller Institutionen.

Wir Grüne stimmen dem Bundesrechnungshofbericht sehr gerne zu, und ich habe da noch, falls jemand einen humorvollen und aufschlussreichen Artikel über die Herkunftskennzeichnung lesen will, etwas über Südtiroler Speck. Es ist höchst amüsant zu lesen, wie viel Südtiroler Speck ja gar nicht in Südtirol erzeugt werden kann.

Wir Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher lesen so etwas ganz gerne, weil es ja nicht direkt uns betrifft. Ob es in Oberösterreich auch so etwas gibt, ich weiß es nicht, aber egal. Wer mag, gerne. Ich bringe es gern. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke. Ich sehe, es ist keine weitere Wortmeldung gewünscht. Damit schließe ich diese Wechselrede, und wir können abstimmen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1332/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen nun zur Beilage 1333/2020, das ist der Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs betreffend Folgeprüfung Management Landeswohnungen und Landesobjekte. Ich darf Herrn Präsidenten Wolfgang Stanek bitten, darüber zu berichten.

Abg. Präsident **Stanek:** Beilage 1333/2020, Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Folgeprüfung Management Landeswohnungen und Landesobjekte. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1333/2020.)

Der Kontrollausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen:

1. Der Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Folgeprüfung „Management Landeswohnungen und Landesobjekte“ wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem Oö. Landesrechnungshof wird für seinen Bericht gedankt.

Dritte Präsidentin: Ich bedanke mich für die Berichterstattung. Zur Erläuterung zum Prüfungsergebnis hat sich Herr Landesrechnungshofdirektor Dr. Friedrich Pammer zu Wort gemeldet. Das sieht unsere Landtagsgeschäftsordnung ja so vor, und ich darf ihm das Wort erteilen, wohlgemerkt, fünf Minuten Redezeit.

LRH-Dir. **Ing. Dr. Pammer**: Ich weiß, ja. Danke. Ja, danke schön, Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Herren auf der Regierungsbank, liebe Zuseherinnen und Zuseher! Ich nehme die Gelegenheit sehr gerne wahr und stelle Ihnen das Ergebnis unserer Folgeprüfung vor.

Im November 2018 haben wir die Initiativprüfung zum Thema Management Landeswohnungen und Landesobjekte vorgelegt und der Kontrollausschuss hat uns beauftragt, für fünf Verbesserungsvorschläge eine Folgeprüfung zu machen. Um das geht es jetzt. Die Folgeprüfung zeigt, dass diese Empfehlungen in Umsetzung sind beziehungsweise umgesetzt sind. Wir hatten deutliches Verbesserungspotenzial für den Bereich der Liegenschaftsverwaltung geortet.

Wir haben hier Empfehlungen abgegeben, vier davon sind umgesetzt. Sie betreffen die organisatorischen Verbesserungen bei der LIG, sie betreffen die Prozesse, die definiert wurden. Die Aufgabenwahrnehmung, die professionalisiert wurde, Mietzinse wurden an das marktübliche Niveau angepasst und auch rechtliche Fragen bereinigt im Zusammenhang mit Wohnungsgesellschaften.

Wo unsere Beurteilung etwas differenzierter ausfällt, das betrifft die Verpachtung von Seegrundstücken. Zwei Seegrundstücke sind an Jugendorganisationen von politischen Parteien schon seit vielen Jahrzehnten verpachtet. Hier ging es darum, die Pachtzinse auf ein marktübliches Niveau anzuheben. Zum einen, ein Seegrundstück in St. Lorenz am Mondsee: hier wurde zwischenzeitlich eine Veränderung des Pachtvertrags vereinbart. Nun wird der Pachtzins auf mehr als 77.000 Euro angehoben.

Damit entspricht er unserer Auffassung nach der Nutzung, ist damit marktkonform. Das sieht auch der Unabhängige Parteien-Transparenz-Senat so. Damit ist diese Empfehlung umgesetzt. Etwas anders ist die Situation bei einem Seegrundstück am Attersee, in Steinbach. Hier war noch keine Anpassung des Pachtvertrags erfolgt.

Hier ist es auch wesentlich komplexer und differenzierter. Wir haben eine unterschiedliche oder kompliziertere Nutzungslage und eine historisch bedingte andere Rechtssituation. Diese Fragen wurden bis zum Zeitpunkt unserer Prüfung nicht geklärt. Es gab bis zum Zeitpunkt unserer Prüfung keine Veränderung des Pachtverhältnisses. In diesem Sinn bewerten wir die Bemühungen bis dahin als in Umsetzung befindlich. Auch in diesem Punkt ist der Unabhängige Parteien-Transparenz-Senat tätig und prüft, ob hier evtl. eine Spendensituation im Sinne des Parteiengesetzes vorliegt. (Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Was wir aber für beide Grundstücke anregen ist, dass sich die LIG damit befasst, dass wir seit April 2019 einen Grundsatz unserer Landesverfassung haben betreffend dem Zugang der Allgemeinheit zu Bergen, Seen, Flüssen und Naturschönheiten, und wir regen doch an und empfehlen, dass sich die LIG mit diesem Grundsatz bei Verpachtung und Nutzungsvereinbarungen von Landesgrundstücken, natürlich bei Landesseegrundstücken, entsprechend auseinandersetzt und dem Rechnung trägt. Dankeschön für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall)

Präsident: Ich danke vielmals und eröffne die Wechselrede. Wem darf ich das Wort erteilen? Kollege Pröllner, bitte!

Abg. **Pröllner**: Sehr geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Herr Direktor! Danke für die Berichterstattung über die Prüfung. Es wurde bereits schon

erwähnt. Im November 2018 ergab die Initiativprüfung ein erhebliches Verbesserungspotential im Bereich der Liegenschaftsverwaltung.

Die Folgeprüfung war dann im Dezember 2019 bis Februar 2020 und zeigte klar, dass von den fünf Empfehlungen vier Empfehlungen vollständig entsprochen wurde. Es wurde auch schon erwähnt, dass auch organisatorische Verbesserungen vorgenommen wurden. Einerseits sind die Aufgaben professioneller wahrgenommen worden. Der Mietzins wurde auf ein marktübliches Niveau angepasst und generell wurde die Situation mit den Wohnbaugenossenschaften rechtlich bereinigt.

Es wurde auch der Punkt Vier erwähnt. Die Vereinbarung angemessener Pachtzinsen für die Seegrundstücke Steinbach-Attersee und St. Lorenz-Mondsee. Es betrifft nicht das Seegrundstück der Jungen ÖVP, St. Lorenz-Mondsee. Dieses entspricht aus Sicht des Unabhängigen Parteien-Transparenz-Senats sowie dem Landesrechnungshofes nun der Nutzung.

Immerhin wurde dort der Pachtzins, wertgesichert, auf 77.000 Euro erhöht. Dagegen sind die anderen, von der Sozialistischen Jugend geführten Seegrundstücke Steinbach-Attersee von einer Vereinbarung mit einem marktüblichen Pachtzins noch weit entfernt.

Schon bereits 2005 hätte laut Gutachten das angemessene Niveau des jährlichen Pachtzinses bei rund fünf Euro pro Quadratmeter liegen müssen. Stattdessen hat die rote Jugend, Vorfeldorganisation, einen Pachtvertrag für ein 37.000 m² großes Seegrundstück am Attersee zu einem Pachtpreis von zehn Euro jährlich. Das ist eine Fläche von ca. fünf Fußballfeldern, und umgerechnet pro Monat sind das nur 83 Cent.

Wenn man sich das Revue anschaut und passieren lässt, könnte man fast feststellen es würden die Regeln nicht eingehalten. Auch wenn die vorgebrachten Einwendungen der Sozialistischen Jugend, vorerst, die Notwendigkeit der Erhöhung von den Pachtzinsen, auf Eis gelegt wurde, müsste es jedenfalls Konsequenzen nach dem Parteiengesetz geben. (Beifall)

Vielleicht mögen solche Bevorzugungen von Parteiorganisationen damals nicht genug Gegenwind bekommen haben. Heute ist auf jeden Fall die Empörung der Bevölkerung wesentlich größer gegenüber den Privilegien der ehemaligen Großparteien. Dieses Beharren auf Privilegien wird sicher nicht mehr toleriert, und nach einem Jahr ist immer noch nichts bzw. sehr wenig passiert und keine Lösung gefunden worden.

Der Herr Kollege Lindner, glaube ich, war ja oder ist noch, zumindest bis 2018, Vorsitzender gewesen von dem Jugenderholungsverein, und ist stark verbunden mit der Sozialistischen Jugend, aber da hört man wenig bzw. gar nichts. Daher darf ich dich auffordern, an dieser Stelle, einmal auf die jungen Genossen einzuwirken und sie zur Vernunft zu bringen.

Denn erklären kann man diese Situation jedenfalls niemanden. Gerade, wir haben es schon gehört, in der Zeit des Coronavirus, und die verordneten Maßnahmen, welche die Regierung gemacht hat, haben das Leben bei uns allen massiv verändert. Wir haben es schon gehört. Es sind 600.000 Arbeitslose und über eine Million sind in Kurzarbeit. Viele Menschen sind in Home-Office oder leben in Quarantäne und sind komplett isoliert. Die Schulen sind geschlossen und Alleinerziehende oder Eltern betreuen die Kinder neben den alltäglichen Herausforderungen. Vereine, ob Kultur- oder Sportvereine, und Unternehmen kämpfen zurzeit um das wirtschaftliche Überleben.

Geschätzter Michael und Sozialistische Jugend, denkt darüber nach, einen marktkonformen und fairen Pachtzins zu finden! Jetzt ist Zeit, jetzt wäre Zeit eine Lösung zu finden!

Zum Abschluss bedanke ich mich noch einmal beim Herrn Direktor Pammer, bei dem gesamten Team des Landesrechnungshofes für diesen Bericht, und wir nehmen ihn zur Kenntnis. (Beifall)

Präsident: Danke vielmals. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Gottfried Hirz.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr verehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich natürlich auch beim Rechnungshof für die Erstellung des Folgeberichtes, den ich mit größtem Interesse auch gelesen habe. Ich gebe zu, ich habe mich geärgert.

Wobei ich mich nicht über den Rechnungshof geärgert habe, sondern über das Ergebnis der Verhandlungen, was die Landesimmobiliengesellschaft betrifft. Und zwar aus dem einfachen Grund, weil es wieder verabsäumt wurde, in einem Pachtvertrag mit dem Austria Camp Mondsee den Erhalt des freien Seezuganges vertraglich abzusichern. Wir können nachher den Ablauf und die Chronologie besprechen, aber mich hat es schon auch geärgert, dass es eigentlich von Seiten der LIG keine Zusage gegeben hat in irgendeiner Form, dies als Kriterium für zukünftige Verträge aufzunehmen bzw. in irgendeiner Form hier zum Beispiel noch ein Stück die Landesverfassung im Endeffekt umzusetzen.

Es gibt die Initiativprüfung Management Landeswohnungen und Landesobjekte. Wir haben einiges in anderen Bereichen zu kritisieren gehabt. Es wurde schon erwähnt, dass vier Bereiche vollständig umgesetzt wurden, und das nehme ich auch positiv zur Kenntnis. Was die beiden Seecamps betrifft und die Erholungsanlagen, war die Analyse des Rechnungshofes sehr kritisch. Sowohl was das Austria Camp Mondsee von der Jungen ÖVP betrifft, als auch das Europacamp in Steinbach von der Sozialistischen Jugend.

Es ist so, dass im Endeffekt empfohlen wurde, mit den Pächtern für die Nutzung entsprechende Pachtverträge und Pachtzinse zu vereinbaren. Diese Empfehlung haben wir im Kontrollausschuss auch entsprechend beschlossen. Dort wurde auch besprochen, dass natürlich auch eine Nutzung sein kann ein Seezugang, auch für die Öffentlichkeit, und dass das im Endeffekt einer der wesentlichen Bereiche sein sollte, und daher habe ich mich schon auch ein Stück geärgert, dass man dann sozusagen argumentiert, das war ja keine Diskussion oder haben wir so nicht wirklich gewusst.

Dass der Pachtzins im Bereich des Austria Camps Mondsee angehoben wurde, ist positiv. Muss man auch positiv sehen! Das war auch meiner Meinung nach notwendig, weil es ja eine unzulässige Parteispende war und als solche auch vom Unabhängigen Parteien-Transparenz-Senat beurteilt wurde. Aber man hat, meiner Meinung nach, wirklich versäumt, nicht vertraglich zu verankern, dass es diesen freien Seezugang gibt. Es mag schon sein, dass man dorthin gehen kann, ob man sich einen Tag vorher anmeldet oder nicht. Ich habe auch nie gesagt, dass es kostenlos sein muss.

Aber, ich glaube, dass man das zumindestens hätte thematisieren müssen und dann auch mit einem entsprechenden Ergebnis heimkommen hätte müssen. Die LIG hat in ihrer Stellungnahme auf den Folgebericht eigentlich gleich die Begründung mitgeliefert. Sie hat nämlich dazu gesagt, naja, das ist eigentlich nicht notwendig, weil wir haben erst am 11. April 2019 dieses Staatsziel beschlossen.

Das ist natürlich schon interessant, weil der Rechnungshofbericht wurde am 09. November 2019 veröffentlicht. Am 25. Oktober 2019 ist der neue Pachtvertrag bereits abgeschlossen. Noch bevor eigentlich der Rechnungshofbericht öffentlich zur Diskussion gestanden ist, wurde schon ein Vertrag abgeschlossen und nachher sagt man dann: Naja, wir haben eigentlich nicht gewusst, dass ihr nachher etwas anderes diskutiert. Jetzt ist das für uns erledigt. Das war es sozusagen. Es ist erledigt und wird auch nicht mehr geändert. Das kann ich eigentlich so nicht wirklich hinnehmen. Das steht auch im Widerspruch zur Landesverfassung, meiner Meinung nach. Es ist in der Verantwortung unserer LIG, das ist unsere Landesimmobiliengesellschaft, dass sie entsprechend auch das Staatsziel verfolgt und dass die Seezugänge und Erholungsplätze auch für die Öffentlichkeit erhalten bleiben.

Jedenfalls muss in den Pachtverträgen, meiner Meinung nach, der Zugang für die Öffentlichkeit zum See abgesichert werden. Ich habe ganz ehrlich gesagt, und das sage ich jetzt auch, die Aussagen von Mag. Burgstaller eigentlich doch sehr ignorant empfunden, weil er in keiner Form eingegangen ist auf die Frage, ob auch in Zukunft in irgendeiner Form das ein Kriterium für die Landesimmobiliengesellschaft sein würde. Es steht ja noch ein Vertrag mit der SJ an. Auch hier stellt sich das Thema für mich ganz genauso.

Aus diesem Grund werden wir heute auch einen entsprechenden Antrag einlaufen lassen. Weil ich sage es ganz ehrlich, ich kann mir nicht vorstellen, dass ich auf der einen Seite, von Seiten des Landes 800.000 Euro investiere, einer Gemeinde gebe, damit ich einen Seezugang kaufe, und dann habe ich Grundstücke, die ich verpachten kann, wo ich in einem Verpachtungsvertrag Nutzungsverträge hineinschreiben kann, und dann bin ich eigentlich gar nicht bereit, das dort vertraglich festzuhalten.

Daher werden wir den Antrag stellen, dass wir die Landesregierung auffordern, die LIG zu beauftragen, dass mit den Pächtern der Seegrundstücke Steinbach-Attersee und St. Lorenz-Mondsee der Erhalt des freien Seezuganges für die Öffentlichkeit vertraglich verankert wird. Und auch bei künftigen Abschlüssen von Pachtverträgen die Intention des Staatszieles Art. 15 Abs. 1 nachgekommen wird.

Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir diesem Bereich eine ganz besondere Aufmerksamkeit widmen, auch gerade da es den Attersee betrifft oder unsere Seen betrifft, wo es so ist, dass sehr wenig zugängliche Plätze vorhanden sind, und es sollte uns nicht so passieren, wie es sich derzeit am Wörthersee für die anderen Besucher darstellt.

Beim Steinbach am Attersee stehen ja die Verhandlungen noch aus. Es ist mir im Endeffekt eigentlich nicht wirklich klar, warum? Bei einem gibt es schon einen Vertrag, der ist schon fertig, bevor man den Rechnungshofbericht sieht, beim anderen ist es so, dass kein Vertrag vorliegt bis zum Folgebericht. Es wurde mit dem begründet, wenn man zugehört hat, dass die LIG gesagt hat, sie haben gewartet auf das Ergebnis des Parteien-Transparenz-Senates und gleichzeitig der Parteien-Transparenz-Senat gewartet hat, wie denn der neue Vertrag ist, damit sie beurteilen können, ob das eine unzulässige Parteispende ist oder nicht. Auf alle Fälle ist es so, dass, meiner Meinung nach, zumindestens jetzt bei diesem Vertrag der freie Seezugang entsprechend in den Vertrag mitaufgenommen werden sollte. Noch dazu, wo im Endeffekt das Land nichts tun muss, weil der Betrieb von der Jugendorganisation übernommen wird. Dasselbe sehe ich auch im Endeffekt bei dem Seegrundstück, welches das Austria Camp betrifft.

Ich denke schon, dass in den Nutzungsbedingungen klar drinnen stehen kann zum Beispiel, dass der Pächter die Bade- und Erholungsanlagen auch im Sinne der Gemeinnützigkeit zu betreiben hat. Ich glaube, das wäre im Interesse des Landes Oberösterreich.

Bei der Verpachtung der beiden Seegrundstücke hat das Land Oberösterreich jedenfalls, meiner Meinung nach, den Erhalt dieser Seezugänge in den Vordergrund zu stellen. Ich denke mir auch, warum soll man das nicht berücksichtigen bei den Pachtzinsen? Wenn ich jetzt 77.000 Euro habe bei der Jungen ÖVP. Okay, wenn es einen entsprechenden freien Seezugang gibt, kann mir das ja auch etwas wert sein. Das kann ja auch den Pachtzins verringern! Ich rede jetzt gar nicht darüber, dass die SJ den Pachtzins erhöhen wird müssen. Meiner Meinung nach wird man darum nicht herumkommen. Es wird so sein. Aber, ich glaube, dass man zu mindestens als LIG das mithinein verhandeln muss und dass man das auch entsprechend dann im Pachtzins wieder honorieren kann.

Das wäre es von meiner Seite. Der Antrag wird heute einlaufen. Ich bin dann gespannt, wie sich die Diskussion im Ausschuss diesbezüglich ergibt. Danke! (Beifall)

Präsident: Danke vielmals. Frau Präsidentin Weichsler-Hauer ist als Nächste zu Wort gemeldet.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer:** Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident! Ich möchte mich auch ganz kurz zu Wort melden, was den Bericht Management Landeswohnungen und Landesobjekte des Kontrollausschusses betrifft. Ich möchte mich auch bedanken beim Landesrechnungshof für die Arbeiten, die hier geleistet wurden.

Auch klar, das sehe ich schon auch als einen ganz bestimmten Mehrwert. Dass zwischen quasi Erstprüfung und der Folgeprüfung dazwischen etwas passiert ist. Was dem Rechnungshof, dann auch aufgefallen ist bei der Folgeprüfung und es bei der Erstprüfung so ja noch gar nicht der Fall war, bzw. auch vom Landesrechnungshof in keiner Weise irgendwo angesprochen wurde, nämlich, wo es darum geht, und da gebe ich dem Klubobmann Hirz völlig recht, das Thema des freien Seezugangs einmal ordentlich zu diskutieren.

Ich sage das auch deswegen dazu, weil es mich erstens auch ärgert. Zweitens, weil es kein Beanstandungspunkt in der Erstprüfung gewesen ist. Das war kein Thema darin vom Landesrechnungshof. In der Zwischenzeit, und so sehe ich es auch, ist eine wirkliche vertragliche Absicherung eines freien Seezuganges nicht gegeben. Auch, wenn ich sehr wohl die Worte gehört habe, die uns im Kontrollausschuss gesagt wurden, nämlich, dass das mit dem selbstverständlich auch verbunden ist.

Ich sehe es deswegen nicht so, und glaubt es mir, das wird von vielen so nicht gesehen, weil uns einfach die Erfahrung schon etwas Anderes gelehrt hat. Alleine die Lehre daraus, und es wird ja immer hin und her diskutiert zwischen Mondsee und dem Seecamp am Attersee, das müssen wir bitte erst einmal auseinanderhalten. Das sind zwei Paar Schuhe. Es ist die ursprüngliche Intention, und darum sage ich es auch, da es auch rechtlich was damit zu tun hat.

Die ursprüngliche Intention, warum das Grundstück dem Land Oberösterreich sozusagen übergeben wurde, oder um diesen geringen Pachtzins übergeben wurde, hat damit zu tun, dass das Ehepaar, dem das damals gehört hat, einen ganz klaren Willen geäußert hat, dass

es der Jugend in Oberösterreich kostengünstig zur Verfügung gestellt werden soll und dem hat man bis dato Rechnung getragen.

Mittlerweile gibt es andere Intentionen. Es hat einen Landesrechnungshofbericht gegeben, und ich betrachte es durchaus als schwebendes Verfahren. Auch beim Unabhängigen Parteien-Transparenz-Senat hat es ein entsprechendes Verfahren gegeben und es ist noch nicht letztverhandelt. Das muss hier auch einmal gesagt werden!

Ich empfinde das fast als Vorverurteilung. Das steht dem Landtag und mir auch nicht zu, zu sagen, da ist ein Fehler passiert und da ist kein Fehler passiert. Das muss erst fix fertig ausverhandelt werden und ich glaube deswegen auch, und so hat es auch der Herr Landesrechnungshofdirektor heute wieder präsentiert, ist das Ganze in Umsetzung.

Man kann nicht sagen, es ist nicht umgesetzt und man kann auch noch nicht sagen, dass es zur Gänze umgesetzt ist. Es ist in Umsetzung und wir werden auch noch den entsprechenden Bericht dazu bekommen.

Aber was meiner Meinung nach, und darum sage ich auch, das ist etwas, das ich schon für sehr wichtig halte, da war einmal eine Intention, wo man gesagt hat, das soll der Jugend zur Verfügung gestellt werden und das wird plötzlich diskutiert. Ja, viele Jahrzehnte später, ja, darüber brauchen wir gar nicht sprechen, es stimmt. Aber es wird diskutiert und etwas, das ursprünglich einmal die Intention gewesen ist, wird sozusagen hier weggewischt oder in Abrede gestellt.

Jetzt komme ich mit dem anderen Zugang, nämlich mit dem des freien Seezugangs, der auch in keiner Form, weder im Vertrag mit dem Betreiber noch durch irgendeinen Vertrag rechtlich abgesichert ist. Und natürlich wurde uns vermittelt, dass das eh selbstverständlich ist, usw.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, genauso wie wir heute sehen, dass in Frage gestellt wird, warum das Ehepaar dieses Grundstück dem Land Oberösterreich übergeben hat, oder man sich daran nicht mehr erinnern kann oder will, genauso wenig glaube ich an diese Geschichte, dass man in 20 Jahren vielleicht noch weiß oder auch schon in zehn oder nur fünf Jahren, dass der freie Seezugang so gemeint war, auch wenn er nicht wirklich drinnen steht.

Und das ist das, worauf ich auch poche und das auch dem Gottfried Hirz ein wesentliches Anliegen ist. Und weil ich eben die andere Seite auch kenne, dass man es durchaus umdreht und sich aller möglicher Konstruktionen bedient, glaube ich das einfach nicht, sondern ich will hier etwas abgesichert haben, was rechtlich hält. Und das Einzige, das offensichtlich im Land Oberösterreich rechtlich hält, und ich gestehe es, ist, wenn es vertraglich wo niedergeschrieben ist.

Und das ist also auch die Forderung dazu, und das muss sowohl für Mondsee gelten, das muss also auch entsprechend für den Attersee gelten, und wir haben das letzte Mal also auch ein weiteres Grundstück diskutiert. Wir haben es in der Verfassung drinnen stehen, das ist nett und schön, nur wenn es dort nicht vertraglich drinnen steht beim Verkauf, welche Aufgaben oder welche Verpflichtungen die Betreiber auch hinterher haben, dann merke ich sehr schnell, wie das kippt und wie etwas anderes daraus gemacht wird.

Und ihr könnt mir alle mitsammen nicht abstreiten, dass es so ist, und deswegen soll dieser Seezugang auch entsprechend rechtlich niedergeschrieben werden. Und dazu stehe ich auch,

wenn jetzt aufgrund dessen, dass jetzt also gesagt wird, es gibt einen freien Seezugang gegen ein gewisses Entgelt.

Meine Lieben, wenn der Sommer heiß wird, wenn wir wieder baden gehen dürfen und ich hoffe doch, dass das wieder einmal sein wird, ein heißer Sommer, ein trockener Sommer wird vorausgesagt, falls alle Meteorologen auch tatsächlich recht haben, dann werden die Leute dorthin fahren.

Wir wünschen uns, dass sie in Österreich zuhause bleiben, ja dann ist der Mondsee wirklich ein schönes Gebiet, um entsprechend auch ein paar Tage Urlaub zu machen. Da wird der Tagesgast bald sehr schnell derjenige sein, der zu viel ist, weil wir den Abstand nicht halten können oder weil wir die Quadratmeteranzahl nicht zur Verfügung stellen können, und dann ist der freie Seezugang nichts mehr wert.

Und deswegen auch eine ganz klare Forderung, das mithineinzuschreiben, ich glaube selbst Corona diktiert das fast, was nicht im Vertrag steht, hält nicht. Und das ist etwas, was ich auch in dieser Richtung bitte. Wir nehmen den so zur Kenntnis, alles andere wird sich noch erledigen, aber denkt einmal über das Thema freien Seezugang und Vertrag nach. Was in keinem Vertrag steht, hat keinen Wert. Das ist nicht meine Erfindung, das kommt eher von der konservativen oder wirtschaftspolitischen Seite, aber das habe ich auch mittlerweile gelernt. Danke. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer. Bitte schön.

Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher im Internet und im Sitzungssaal! Zuerst einmal ein großes Danke an zwei Personengruppen. Erstens ein großes Danke an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesrechnungshofes, dass sie mit ihrer Arbeit in Wahrheit auch die gute Tradition in Oberösterreich hochhalten, dass wir politisch auf Basis einer guten Expertise Entscheidungen überprüfen, kontrollieren und dementsprechend politisch bewerten können und gleichzeitig möchte ich mich bedanken bei den zuständigen Mitarbeitern in der Landes-Immobilien GmbH und bei der GBM.

Wenn wir heute sagen, dass von fünf Empfehlungen vier zur Gänze umgesetzt sind und eine zumindest teilweise, dann ist das glaube ich ein Zeichen, dass man sich hier ganz klar an die Vorgabe der Experten gehalten hat. Ich möchte aber vor allem auf den einen Punkt eingehen, betreffend den beiden Campingplätzen am Mondsee und am Attersee, die jetzt im Mittelpunkt der Diskussion gestanden sind.

Und sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Gerda. Ich gebe dir recht, es handelt sich dabei um zwei Paar Schuhe, aber nicht um zwei Paar Schuhe im Sinne von Attersee und Mondsee, sondern im Sinne der zwei Punkte, die gerade erörtert werden, nämlich was den Seezugang betrifft und das zweite was die politische Verantwortung betrifft betreffend marktüblicher Pachtzinsen.

Was den Seezugang betrifft, glaube ich, gibt es eine Metadiskussion, wo wir uns auch in unserer Verfassung ganz klar dazu bekennen und auf der anderen Seite einen sehr konkreten Wunsch, was auch die operative Ausgestaltung betrifft. Auf dieser operativen Ebene kann ich nur nochmals sagen, was auch im Kontrollausschuss ausführlich diskutiert wurde. Selbstverständlich gibt es in Mondsee einen freien Seezugang und selbstverständlich bekennt

sich auch die Junge ÖVP, die ja doch, glaube ich, auch mir durchaus nahestehend ist, auch dieses Prinzip, dort aktiv zu leben.

Und die zweite Diskussion ist die Diskussion, was die politische Verantwortung betrifft, betreffend Pachtzins. Lieber Gottfried Hirz, du hast angesprochen diesen spannenden Zeitplan, dass bevor der Bericht da war, es schon auch Verhandlungen gegeben hat mit der Jungen ÖVP über einen marktüblichen Pachtzins. Und in Wahrheit ist das eine Bestätigung der politischen Verantwortung, wie diese in diesem Land gelebt wird. Dass es nämlich auch Fragen gibt, unabhängig von einer etwaigen Prüfung des Landesrechnungshofes, wo der Landeshauptmann sagt, das passt nicht mehr in die Zeit, das ist politisch nicht mehr vertretbar, das muss man neu verhandeln, und in Wahrheit der Landesrechnungshof auch hier eine Bestätigung war und auch eine Bestätigung der Bericht des Bundesparteien-Transparenz-Senates, der festgestellt hat, dass die neuen Konditionen auch nun marktüblich sind.

Ich bedauere es, dass wir heute, wenn wir über diesen Bericht diskutieren, nur von einer teilweisen oder in Arbeit befindlichen Erledigung sprechen können, weil das beim Campingplatz der SJ noch immer nicht gelungen ist. Jetzt nehme ich zur Kenntnis, dass man noch den Entscheid des Bundesparteien-Transparenz-Senates abwartet, das alles ändert aber nichts daran, dass ich glaube, dass im Jahr 2020 schon eine berechtigte Diskussion geben kann, was auch zur Verfügung gestellt wird von der öffentlichen Hand.

Noch dazu, Kollege Pröllner hat es ja angesprochen, wir in einer Zeit leben, wo alle finanziellen Ressourcen dementsprechend auch benötigt werden. Ich nehme das zur Kenntnis, weil es nichts Illegales ist, ich appelliere nur an die SPÖ, weil gerade die SPÖ eine Partei ist, auch aufgrund der parlamentarischen Oppositionsarbeit, die Rechnungshofkontrollergebnisse oft sehr gerne zum Anlass nimmt, den Finger in die Wunde zu legen, was auch berechtigt ist. Es wäre halt schön, dass dann, wenn man auch selbst davon betroffen ist, ebenfalls mit gutem Beispiel hier vorangehen wird. Aber ich glaube heute und in diesen Tagen gibt es ein anderes Thema, das uns alle eint und schwerpunktmäßig beschäftigt.

Wir werden dann diskutieren, wenn der Bundesparteien-Transparenz-Senat seine Entscheidung hier getroffen hat. Es wird ein Thema sein, das uns auch weiterbegleitet. Ich glaube, es ist heute nicht der Zeitpunkt, auch nicht der Ort, auf einer parteipolitischen Ebene zu diskutieren. Ich danke abschließend nochmals dem Rechnungshof für seinen Bericht. (Beifall)

Präsident: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Makor.

Abg. KO **Makor:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Rechnungshofdirektor, werte Kolleginnen und Kollegen! Beginnen wir einmal mit der Sache an sich. Das bisher letzte Angebot, das auf dem Tisch liegt, verbrieft bei der LIG, übrigens seit mehreren Monaten, ist ein Angebot mit 45.000 Euro Pachtzins und geradezu, wie soll ich sagen, beschämend für das Land Oberösterreich, schreibt die Sozialistische Jugend dann dazu und im Übrigen so sinngemäß, ich kann es dann auch genau zitieren, und im Übrigen schlagen sie vor, dass man die Sicherstellung des unentgeltlichen und freien Seezugangs für jedermann auf die Dauer des Pachtverhältnisses in diesen Vertrag aufnehmen sollte.

Warum können sie das so locker machen? Deswegen, weil sie es in den letzten 60 Jahren gewährleistet haben, und so lange das Pachtverhältnis aufrecht ist, auch zukünftig gewährleisten können. Und wieso, lieber Wolfgang Hattmannsdorfer, wenn das alles so klar und so locker ist bei der Jungen ÖVP, habt ihr es nicht einfach hineingeschrieben oder schreibt

es hinein? Dann wäre die Sachlage klar. Und auch da sagt, und so verstehe ich den Landesrechnungshof, natürlich ist ein freier Seezugang impliziert, dadurch natürlich auch mit Aufwendungen, die in diesem Zusammenhang stehen auch zu berücksichtigen bei der Höhe des Pachtentgeltes, und dann sind wir in Wirklichkeit nicht mehr allzu weit entfernt. Das ist die Substanz des Ganzen.

Aber über etwas ganz anderes bin ich schon schwer irritiert. Schwer irritiert über das, dass, Frau Präsidentin, über Verträge, die geschlossen worden sind, diskutiert wird, dass wir in wenigen Wochen, in wenigen Tagen eine Gedenkveranstaltung wahrscheinlich haben werden hier in diesem Haus als Landtag und Landesregierung 75 Jahre nach Kriegsende und wir über einen Pachtvertrag, nahezu geschichtsvergessen, lieber Wolfgang Hattmannsdorfer, reden, der aus dem Jahr 1951 stammt.

Und mir kommt es da hoch, mir kommt es da hoch, wenn man in diesem Zusammenhang von marktkonformen Preisen spricht, wenn man gleichzeitig weiß, dass es sich um ein Grundstück handelt, liebe Kolleginnen und Kollegen, das arisiert worden ist, die Erben der Eigentümer umgekommen sind, was heißt umgekommen, ermordet worden sind, die Erben des Grundstückes das nicht zurückbekommen haben, von der Gestapo enteignet, von der Republik Österreich nicht einfach rückgegeben wurde, die haben damals 90.000 Schilling zahlen müssen, damit sie es überhaupt wieder zurückbekommen.

Und im Jahr 1951, nachdem sie selbst nicht mehr in Österreich lebten, nicht weil es ihnen nicht gefallen hat am Attersee, sondern weil sie vertrieben wurden. (Unverständlicher Zwischenruf) Nein, hört zu, wenn da von marktüblichen Preisen die Rede ist, vertrieben wurden und das Grundstück dem Land Oberösterreich anbieten, weit unter dem Marktpreis, aber hineinschreiben lassen, weil sie nämlich auch noch Sozialdemokraten waren, die Gestapo hat ja gesagt, sie sind Kommunisten, da haben sie sich leider geirrt, sie waren Sozialdemokraten.

1934 sind sie schon verhaftet worden, weil der Eigentümer Pollak ein Arzt war in Urfahr und dem sein Haus auch zerschossen wurde. In den Vernehmungsunterlagen ist klar sichtbar gemacht worden, dass ihm vorgeworfen wurde, dass er mit Richard Bernaschek, seines Zeichens der Bruder vom langjährigen Landeshauptmann-Stellvertreter von diesem Haus hier herinnen zu tun hatte. Das war sein Verhängnis und deswegen enteignet und dann arisiert wurde.

Und im Jahr 1951 die Erben gesagt haben, nachdem sie selbst nicht mehr da sind, aber als Dankbarkeit auch dafür, welche Nähe und Unterstützung es in der Zwischenkriegszeit und in der Nachkriegszeit auch seitens der Sozialdemokratie gegeben hat, das Grundstück dem Land, ich habe die Dokumente übrigens alle da, nicht dass ihr glaubt, dass ich mir das alles zusammenspinne, da ist der Kaufvertrag und ich kann auch daraus zitieren, was die Bedingungen waren im Jahr 1951, dass das Land dieses Grundstück überhaupt bekommt.

Da steht drinnen, für Jugendarbeit der Sozialistischen Jugend auf 99 Jahre zu einem Bestandspreis von 25 Schilling für alles zusammen pro Jahr, das steht da drinnen, das ist der Vertrag, da brauchen wir nicht die Moralkeule schwingen in Wirklichkeit.

Das steht da drinnen, 99 Jahre, die sind noch lange nicht vorbei, und dass die das damals genau unter diesen Bedingungen dem Land Oberösterreich gegeben haben und sonst niemanden und wenn ihr wollt, dann holen wir auch die Erben noch einmal, also die Erben der Erben noch einmal hierher. Was die von so einer Diskussion halten. Das wird dann in Wirklichkeit das zweite Mal enteignet von den ursprünglichen Eigentümern und dem, was sie

damit wollten, und eigentlich haben sie es gut gemeint mit dem Land Oberösterreich. Weil nach 99 Jahren geht es bestandsfrei ins Eigentum des Landes Oberösterreich über.

Also die sind enteignet worden, haben 90.000 Schilling damals zahlen müssen und haben es dann weit unter dem Marktpreis, 22 Schilling je Quadratmeter an das Land „verkauft“ mit einer einzigen Bedingung, es 99 Jahre für Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen, und da braucht hier herinnen niemand die Moralkeule schwingen darüber, dass da ein marktüblicher Preis zu zahlen ist.

Dieses Grundstück hat eine Geschichte und die Erben und das Vermächtnis der Erben hat auch in diesem Haus eine Rolle zu spielen. Danke. (Beifall)

Präsident: Mir liegt jetzt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oö. Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1333/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 1334/2020, das ist der Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofes betreffend Initiativprüfung Oö. Kinderbetreuungsbonus. Ich bitte Frau Abgeordnete Ulli Wall über die Beilage 1334/2020 zu berichten.

Abg. **Wall:** Beilage 1334/2020, Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung Oö. Kinderbetreuungsbonus. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1334/2020.)

Der Kontrollausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen:

1. Der Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung „Oö. Kinderbetreuungsbonus“ sowie die Festlegungen des Kontrollausschusses werden zur Kenntnis genommen.
2. Dem Oö. Landesrechnungshof wird für seinen Bericht gedankt.
3. Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bis zur Folgeprüfung die Umsetzung der vom Kontrollausschuss festgelegten Empfehlungen zu veranlassen.

Präsident: Danke vielmals. Zur Erläuterung zum Prüfungsergebnis hat sich Herr Landesrechnungshofdirektor Dr. Friedrich Pammer zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm und darf wiederum darauf hinweisen, dass die Redezeit auf 5 Minuten beschränkt ist.

LRH-Dir. **Ing. Dr. Pammer:** Ich danke für das Wort. Ich stelle gerne diesen Bericht vor. Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank, lieber Zuseherinnen und Zuseher, sehr geehrter Herr Präsident! Wir haben im Dezember 2019 bis Jänner 2020 ein Förderprogramm des Landes geprüft, nämlich den Oö. Kinderbetreuungsbonus. Was ist das? Der Kinderbetreuungsbonus ist eine Förderung für Kinder ab dem dritten Lebensjahr bis zum Kindergarten Eintritt. Die Familien bekommen in diesem Zeitraum 900 Euro pro Kind und Jahr, also bis zum Geburtsjahrgang 2015 waren es 700 Euro. Was steht da dahinter? Das sind Beschlüsse der Oberösterreichischen Landesregierung zunächst aus dem Jahr 2004. Hier wurde festgesetzt oder angeboten eine einkommensabhängige Förderung, also mit sozialem Hintergrund, zur Abgeltung der Kinderbetreuungskosten, sprich des Kindergartengeldes.

Mit Einführung des Gratiskindergartens 2009 wurde diese Förderung umgebaut, umgewidmet. Sie ist nunmehr einkommensunabhängig und sie wird dann gewährt, wenn ein beitragsfreier Kindergarten nicht in Anspruch genommen wird.

Die genannten Summen pro Jahr und Kind summierten sich in den Jahren 2015 bis 2019 auf Beträge zwischen 2,2 und 2,4 Millionen Euro jährlich. Warum haben wir uns mit dem Thema beschäftigt? Wir haben gesagt, welche Wirkungsziele stehen hinter dieser Förderungsmaßnahme, welcher Erfolg soll erzielt, welcher Nutzen soll damit erzeugt werden?

Das konnte nicht beurteilt werden, weil in den Richtlinien diesbezüglich keine Angaben zu finden sind, auch in den damaligen Regierungsvorlagen oder Vorlagen für die Regierungssitzungen. Auch die widmungsgemäße Verwendung, sie ist nicht vorgesehen nachzuweisen, konnten wir auch nicht beurteilen.

Und warum sehen wir aber das doch als interessanten Punkt, den wir geprüft haben? Warum haben wir uns mit der Zielsetzung der Förderung auseinandergesetzt? Das Land Oberösterreich hat mit seinem Kinder-, Bildungs- und Betreuungsgesetz eine Reihe von gesetzlichen Vorgaben und Zielsetzungen formuliert, um ein qualitativvolles Bildungsangebot zu bieten und den Betrieb und Ausbau der Kindergärten zu fördern und zu finanzieren.

Und nun mit diesem Förderprogramm fördern wir die Nichtinanspruchnahme genau dieses Angebots. Wie gesagt, wird es dann gewährt, wenn ein Kindergarten nicht in Anspruch genommen wird.

Es ist für uns ein Widerspruch in diesen Intentionen, die im Land Oberösterreich hier auf dem Tisch liegen. Das sehen wir problematisch, und darum haben wir empfohlen und empfehlen wir, dass sich das Land mit den Zielen und angestrebten Wirkungen dieses Förderprogramms auseinandersetzen soll, sie definieren soll, auch im Kontext und in Abstimmung mit den Zielsetzungen eines Kinder-, Bildungs- und Betreuungsgesetzes. Das ist aus unserer Sicht notwendig, um diesen Widerspruch zu klären, aber auch notwendig, weil es einem sparsamen und zweckmäßigen Gebarungsvollzug grundsätzlich entsprechen sollte.

Im Übrigen empfehlen wir auch, dass man sich Klarheit über den Kreis der Förderungsempfänger verschafft. Das ist derzeit nicht gegeben, weil die vorhandenen Daten von der Förderstelle nicht analysiert und ausgewertet werden.

Abschließend geben wir noch Hinweise zur Abwicklung der Förderung, die grundsätzlich sehr effizient und auch serviceorientiert von der Abteilung durchgeführt wird. Sie wäre unserer Meinung nach für eine durchgängige Digitalisierung geeignet, weil die fördernde Stelle fast alle Antragsdaten entweder aus Registerabfragen oder aus Plausibilitätskontrollen vorliegen hat, und es würde der Digitalisierungsstrategie des Landes Oberösterreich dienen und diese digitale Umsetzung weiter forcieren.

Wichtig wäre uns auch, zu klären, in welcher Weise die Antragsteller sich verifizieren, authentifizieren müssen. Da geht es sowohl um Onlineanträge, als auch Papieranträge. Das ist hier ein allgemeines Thema und entspricht in diesem Falle, in Einzelfällen nicht den allgemeinen Förderungsrichtlinien des Landes, daher regen wir hier eine Klärung an.

Das waren die wesentlichen Inhalte unserer Prüfung. Ich danke für die Aufmerksamkeit.
(Beifall)

Präsident: Ich danke Herrn Landesrechnungshofdirektor für seine Ausführungen und eröffne die Wechselrede, zu der Frau Abgeordnete Buchmayr gemeldet ist.

Abg. Mag. Buchmayr: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen in diesem Landtag in einer sehr außergewöhnlichen Landtagssitzung, wie ich denke, für uns alle und wie es aussieht, werden wir ja auch die nächste und vielleicht auch sogar die übernächste Landtagssitzung in dieser Formation in diesem Gebäude hier verbringen!

Ja wir diskutieren in dieser sehr außergewöhnlichen Sitzung einen Landesrechnungshofbericht, dessen Inhalt gerade derzeit, wie ich denke, sehr große Bedeutung erfährt. Damit meine ich jetzt nicht dezidiert den oberösterreichischen Kinderbetreuungsbonus an sich, sondern ich meine damit vielmehr die Frage nach der Bedeutung der Betreuung und der Bildung unserer Kinder.

Ich betone hier jetzt, weil ich denke mir, das ist auch gerade vor dem Hintergrund dieser Debatte sehr wichtig, ich betone hier auch den Begriff der „Bildung unserer Kinder“, weil ich damit auch gleich voranstellen möchte, dass Kinderbetreuungseinrichtungen, wie es in dieser und in sehr, sehr vielen anderen ähnlichen Debatten ja auch geht, dass das wirklich Bildungseinrichtungen sind, die zudem Eltern, und das ist natürlich der weitere, ganz wichtige Strang, wenn wir über dieses Thema reden, weil zudem Eltern, insbesondere sind das natürlich Frauen, sind das die Mütter, es auch erlauben, einer entsprechenden Erwerbstätigkeit nachzugehen, die ja dann auch das Leben sichert, aber vor allem auch die Armut im Alter lindern oder mildern, im besten Fall sogar komplett verhindern soll.

Ja, und jetzt in dieser ganz außergewöhnlichen Zeit, in der wir uns befinden, wird die Wichtigkeit dieser Betreuungs- und Bildungseinrichtungen aber auch noch einmal ganz besonders bewusst. Zu Beginn dieser Krise, die uns, denke ich, in dieser Intensität, wir haben es heute ja schon wirklich ausführlich diskutiert, in dieser Intensität doch überrascht und erwischt hat, sage ich einmal, als die Seuche die Menschen, dort wo es möglich war, ins Homeoffice geschickt hat, uns ja in großen Teilen auch, und gleichzeitig alle Betreuungseinrichtungen die Pforten geschlossen haben, und ich denke, das war eine sehr wichtige Entscheidung zum Schutze aller nämlich.

In dieser Situation dann zuhause, da wurde erst, und das weiß ich aus vielen Erzählungen, meine eigenen Kinder sind ja schon erwachsen, aber ich kann es mir gut vorstellen, und ich kann mich auch an diese Zeit noch erinnern, wie sie eben in diesem Alter, das die Betreuung erforderte, waren, dass es wirklich nahezu unmöglich ist, den Kindern zuhause diese Beschäftigung, diese Betreuung, die ja Bildung bedeutet, und es ist ja gut so, dass junge Kinder, kleine Kinder, gerade in den Jahren vor Schuleintritt genau diese Bildung erhalten, die sie in unseren Kinderbetreuungseinrichtungen auch bekommen, und gleichzeitig mussten die Frauen auch zuhause Büroarbeit erledigen, und ich weiß das aus vielen, vielen Erfahrungen, und ich glaube, das wissen Sie alle so gut wie ich, dass das wirklich, wirklich schwierig ist für die betroffenen Familien, für die Frauen, aber natürlich auch für die Väter, für alle Eltern, die in dieser Zeit zuhause waren.

Also, es ist noch einmal wirklich klar geworden, was Kinderbetreuungseinrichtungen eigentlich leisten, welche Arbeit, welche hochqualitative Arbeit die Kindergartenpädagoginnen und – pädagogen, natürlich auch die Lehrer und Lehrerinnen leisten, und wir wissen auch, oder wir haben es einmal deutlich wirklich gespürt und wieder in der Realität gemerkt, was auch passiert, wenn diese außerhäusliche Kinderbetreuung, ich nenne sie mal so, tatsächlich wegbriecht und welche Probleme es für berufstätige Eltern dann bedeutet, und das sehen wir

jetzt auch in dieser Zeit wo wir, und ich hoffe es wirklich zutiefst, wo diese Krise für das erste einmal oder wo der Peak, wie man sagt, überschritten ist, wo es jetzt eben dazu kommt, dass viele Berufstätige wieder das Homeoffice beenden, wieder einsteigen und aber die Kinderbetreuungseinrichtungen großteils hier noch nicht nachgezogen sind, welche Probleme sich da ergeben.

Ja, und um allen Kindern eben diese Bildungs- und Betreuungseinrichtungen und vor allem in diesen wichtigen Jahren vor Schuleintritt auch gewährleisten zu können, wurde im Jahre 2009 dann der beitragsfreie Kindergarten in Oberösterreich eingeführt. Kein Kind, wirklich absolut kein Kind sollte aufgrund finanzieller Schwierigkeiten der Eltern um diese wichtigen Jahre der Bildung der Betreuung in den Kindereinrichtungen gebracht werden.

Gleichzeitig wurde der im Jahr 2004 einkommensabhängige Kinderbetreuungsbonus, wie das der Herr Landesrechnungshofdirektor ja auch schon dargelegt hat, dann 2009 auch zu einem einkommensunabhängigen Kinderbetreuungsbonus gemacht.

Und damit komme ich jetzt auch direkt zum Bericht des Landesrechnungshofs zum oberösterreichischen Kinderbetreuungsbonus. Ich möchte da auch dem Landesrechnungshof, dem Direktor des Landesrechnungshofes und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen auch für diesen Bericht danken, für diese sehr genaue Analyse, für die getroffenen Empfehlungen, die ja auch für unsere politische weitere Arbeit vor diesem Hintergrund sehr wichtig sind.

Der Kinderbetreuungsbonus wird, wie schon dargelegt wurde, ja gewährt, wenn der beitragsfreie Kindergarten nicht in Anspruch genommen wird, wenn also die Kinder zuhause betreut werden. Die Förderung wird für Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis eben zum Schuleintritt gewährt.

Wir Grüne haben diesem Beschluss damals zugestimmt. Dazu stehe ich auch und wirklich, aber mit der ganz, ganz klaren Priorität zum flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kinder mit dem glasklaren Bekenntnis dazu, dass allen Kindern diese pädagogisch wertvolle Betreuung und Bildung aber auch zukommen muss in den Jahren vor dem Schuleintritt, und neben der Bedeutung der außerhäuslichen Kinderbetreuung ist es natürlich ganz, ganz klar und ganz wichtig und, wie gesagt, das haben wir gesehen, das sehen wir jetzt und das haben wir in den vergangenen Wochen gesehen, wie wichtig diese Betreuung auch für die Berufstätigkeit von Frauen ist, und wenn man sie, was eben passiert, wenn diese Betreuung nicht in diesem Ausmaß gegeben ist.

Ja, und ganz kurz noch einmal zum Landesrechnungshofbericht direkt und zum Bonus: Der Landesrechnungshof kritisiert eben und hält fest, das Ziel und die Wirkung dieser Förderung, also mit dieser Förderung, nenne ich den Kinderbetreuungsbonus, ist tatsächlich unklar, eine Beurteilung des Erfolgs und der unmittelbare Nutzen sozusagen daraus ist nicht ersichtlich, ist nicht möglich, da ja auch kein Nachweis über die Mittelverwendung erbracht werden muss, kann ja auch kein abschließendes Urteil letztendlich oder ein Ergebnis über die widmungsgemäße Verwendung der Förderungen abgegeben werden.

Ebenso steht der oberösterreichische Kinderbetreuungsbonus im Widerspruch zur Zielsetzung des Landes Oberösterreich, aber nicht nur des Landes an sich, sondern auch des Bundes und der Gemeinden, nämlich den Betrieb und den Ausbau des Kinderbetreuungsangebotes flächendeckend und qualitativ hochwertig, um hier eben das entsprechende Angebot auch sicherzustellen und andererseits, und das ist eben was hier nicht so reinpasst, fördert das Land Oberösterreich aber eben auch die Nicht-Inanspruchnahme dieses Zieles eben, diese

Betreuungseinrichtungen entsprechend auszubauen, weil ja eben der Kinderbetreuungsbonus nur dann gewährt wird, wenn eben die Kinderbetreuungseinrichtungen nicht besucht werden.

Da denke ich, ist es tatsächlich wirklich erforderlich, dass das Land Oberösterreich hier Ziele und angestrebte Wirkungen noch klar definiert und dabei allfällige Zielkonflikte aber auch auflöst.

Ebenso wird die Klarheit über die Empfänger der Förderung und die Wirkung auch dieser Förderung genannt. Und das trifft eben derzeit nicht zu, weil die für die Fördermittelvergabe erfassten Daten nicht ausgewertet werden. Wer warum die Förderung beansprucht, ist somit nicht wirklich nachvollziehbar, und es liegen keine Informationen zu tatsächlichen Betreuungsformen, also was passiert dann wirklich damit, vor. Eine Differenzierung, zum Beispiel nach sozialen Kriterien, wie wir es ja sehr oft und häufig bei anderen Förderungen haben, ist hier eben nicht möglich.

Ein weiterer Punkt, den ich ebenfalls als sehr wichtig empfinde und den ich auch sehr, sehr gut nachvollziehen kann: Der Landesrechnungshof empfiehlt die Automatisierung der Prüfungshandlungen voranzutreiben, um eben hier wirklich auch Rechtssicherheit herzustellen. Antragsteller und Antragstellerinnen können nämlich den oberösterreichischen Kinderbetreuungsbonus online oder in Papierform beantragen. Und es ist einfach Faktum, dass derzeit keinerlei Authentifizierung des Antragstellers oder der Antragstellerin verlangt wird, und auch einzelne Förderungsanträge, die in Papierform eingereicht werden oder wurden, können, werden vom Förderwerber nicht unterschrieben, und das entspricht nicht den Allgemeinen Förderungsrichtlinien des Landes. Es ist, denken wir, auch wirklich hier tatsächlich ehestmöglich Rechtssicherheit zu schaffen.

Wir sehen hier sehr wohl noch Diskussionsbedarf und vor allem auch Optimierungsbedarf, was den oberösterreichischen Kinderbetreuungsbonus betrifft, denn was bleibt hier mit dieser Analyse, die wir teilen, ist doch eine etwas eigenartige Optik, die es jetzt dann doch sehr schnell zu reparieren gilt, denn alleine die Tatsache, dass das Familienressort ja demnach eine Förderung bezahlt für die Nicht-Inanspruchnahme einer öffentlichen Leistung des Bildungsressorts, zeigt schon, dass es sich hier einfach speißt, und dass das eigentlich nicht sinnvoll ist, wenn wir auf der einen Seite Beträge in Millionenhöhe, und das haben wir ja schon gehört, für den Kinderbetreuungsbonus ausgeben, dafür, dass eben die beitragsfreie Kinderbetreuung nicht in Anspruch genommen wird, während man eben hier auf der anderen Seite genau dieses Geld so nötig dafür brauchen würde, um eben die Kinderbetreuungseinrichtungen hier noch mehr und noch optimaler auszubauen.

In diesem Sinne stimmen wir den Empfehlungen des Landesrechnungshofes hier natürlich zu. Freuen uns auch über weitere Beschäftigung mit dem Thema und auch um eine Optimierung und ich sage jetzt, dass ich hier die ideologische Debatte, die auch der zuständige Familienreferent Manfred Haimbuchner ja schon sozusagen in die Diskussion geworfen hat im Ausschuss und wie er ja auch zitiert ist im Landesrechnungshof, hier nicht aufmachen möchte.

Ich möchte nur noch einmal wirklich explizit, weil ich es für wirklich, wirklich, wirklich wichtig halte, dass Kinderbetreuungseinrichtungen einerseits ganz, ganz wichtige Bildungseinrichtungen sind für Kinder gerade in diesem Alter, wo die Neugierde riesengroß ist und wo hier wirklich alles getan werden muss von unserer Seite, von der Gesellschaft, von der Politik aus, um die Kinder hier entsprechend zu fördern, zu fordern, um ihnen einfach das Rüstzeug mit auf dem Weg in die Schule zu geben.

Und die zweite wichtige Bedeutung der Kinderbetreuungseinrichtung ist ganz einfach hier Erwerbstätigkeit, insbesondere für Frauen, die ja doch in den meisten Fällen noch für die Betreuung dann auch in erster Linie zuständig sind, um diese Erwerbstätigkeit zu fördern, um auch vor allem, und ich denke, das ist ein großer Knackpunkt, wo die Politik Jahre, wenn nicht Jahrzehntlang noch die Augen verschlossen hat, hier wirklich auf die Pensionen der Frauen auch zu achten.

Denn wir wissen, dass die ganz große Armutsfalle der Frauen im Alter dann mit den niedrigen Pensionen, die teilweise wirklich absolut nicht ausreichend sind, dann eben sinken, diese Pensionen, das liegt, das wissen wir auch alle, das liegt an langen Zeiten zu Hause, wo eben keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen werden kann, und das liegt an sehr, sehr vielen langen Phasen der A-typischen Beschäftigung und der Teilzeitphasen, und hier sind Kinderbetreuungseinrichtungen, Kinderbildungseinrichtungen, wie ich es dann lieber nenne, einfach ein ganz, ganz gutes wirksames Mittel dagegen oder dafür, um diesen Umstand aufzuheben. Ich danke Ihnen. (Beifall)

Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Müllner.

Abg. **Müllner, BA:** Geschätzter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! 2004 wurde ein einkommensabhängiger Kinderbetreuungsbonus eingeführt, um finanziell schlechter gestellte Familien eine Unterstützung zu geben, um die damaligen Kinderbetreuungsgebühren zu stemmen.

In der Zwischenzeit wurden die Gebühren für Kinderbetreuung abgeschafft und teilweise wieder eingeführt. Was ist aber von der einkommensabhängigen Unterstützung übrig geblieben? Es gibt sie nicht mehr.

Der Kinderbetreuungsbonus steht nun nämlich einkommensunabhängig all denen zur Verfügung, die in der privilegierten Lage sind, ihre Kinder zuhause zu betreuen und dies auch wollen und tun.

Das ursprüngliche Ziel dieses Kinderbetreuungsbonus hat sich also ins Gegenteil verkehrt, und der Rechnungshof kritisiert zurecht, dass aktuell ein klares Wirkungsziel nicht definiert ist. Es wird hier viel Geld in die Hand genommen ohne ein klares Förderziel. Und wenn argumentiert wird, dass dieser Kinderbetreuungsbonus eine Anerkennung für alle ist, die ihre Kinder zuhause betreuen, dann finde ich das unfair.

Unfair den Eltern gegenüber, die aus ihrer persönlichen finanziellen Situation heraus arbeiten gehen müssen, gleichzeitig aber trotzdem das Beste geben, um ihren Kindern ein gutes Leben zu bieten und viel Zeit mit ihnen zu verbringen. Haben diese Eltern keine Anerkennung verdient? Sie können jedenfalls nicht auf den Kinderbetreuungsbonus zugreifen. Im Gegenteil, sie werden mit den Kinderbetreuungsgebühren sogar noch zusätzlich belastet.

Eine weitere Kritik des Rechnungshofes ist, dass die Förderung Kinderbetreuungsbonus im klaren Widerspruch zu den Zielen des Kinderbildungsgesetzes steht, darauf ist die Kollegin eh ausführlich eingegangen. Das Land Oberösterreich, vor allem wir als gesetzgebender Landtag sind gefordert, wir müssen uns hier klar werden, welches Ziel wir verfolgen, wenn nötig auch in heftigen Diskussionen, die Förderungen müssen wir dann auch diesen Zielen ohne Widerspruch unterordnen.

Abschließend würde mich noch interessieren, ob es schon Pläne gibt, wie mit dem Kinderbetreuungsbonus heuer im Pandemiejahr 2020 umgegangen wird, wie viel finanzielle Anerkennung wird es heuer für die vielen Eltern geben, die nämlich trotz Homeoffice ihre Kinder zu Hause betreuen? Ich hoffe, dass es hier bereits Überlegungen gibt. Danke. (Beifall)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Frauscher.

Abg. KommR **Frauscher:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Direktor Pammer, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Bericht des Landesrechnungshofes bezüglich Kinderbetreuungsbonus möchte ich jetzt insofern Stellung nehmen. Zum Grundsätzlichen jetzt einmal, ist die Kinderbetreuung sinnvoll oder steht der Kinderbetreuungsbonus in einem gewissen Widerspruch zum Kindergartenangebot, ist er eine Herdprämie für die Frauen, wie Pressemeldungen der SPÖ und der NEOS behaupten? Ich möchte die Antworten darauf geben, beide Male Nein, ich werde es auch argumentieren. Für uns als ÖVP ist es wirklich aus ideologischer Sicht ganz, ganz wichtig, dass die Wahlfreiheit, wie wir die Kinder betreuen, an oberster Stelle steht. Natürlich haben wir ein ausgezeichnetes Kindergartensystem, das bestreitet ja überhaupt niemand, aber wir glauben auch, das ist für uns als ÖVP wichtig, dass auch die Betreuung der Kinder durch die Eltern, hauptsächlich durch die Mütter zu Hause eine ganz hervorragende und zumindest gleichwertige Betreuung ist wie im Kindergarten. Die Entscheidung dazu wird ganz bewusst von den Eltern getroffen, was jetzt die Herdprämie betrifft, ich möchte schon sagen, das ist eine Unterstellung, sozusagen die Kinder nach Hause dann zu schicken mit einer Herdprämie. Das finde ich wirklich unverschämt, dass man praktisch die Mütter, die die Kinder zu Haus betreuen, so als Dummchen am Herd hinstellt, das ist schon wirklich ganz gewaltig, das richtet sich auch von selbst.

Dieser Kinderbetreuungsbonus ist ein kleiner Anerkennungsbeitrag in der Höhe von 900 Euro pro Jahr oder 75 Euro pro Monat, das ist ja wirklich keine große Summe. Der Anerkennungsbeitrag, wie die Petra Müllner gesagt hat, das ist für die, die Arbeiten gehen der Anerkennungsbeitrag, das ist natürlich auch dadurch, dass der Kindergarten natürlich gratis in Anspruch genommen werden kann, das ist überhaupt keine Frage. 75 Euro pro Monat, das kann man, glaube ich, wirklich als kleinen Anerkennungsbeitrag sehen, er kann natürlich auch eventuell für die Finanzierung einer Tagesmutter verwendet werden. Was aber der Kinderbetreuungsbonus ganz sicherlich nicht bewirkt, das ist im Landesrechnungshofbericht auch ganz eindeutig drinnen, das ist kein Lenkungseffekt. Es ist ja nicht so, dass irgendwer glaubt, eine Mutter würde sagen, juhu, jetzt habe ich 75 Euro, jetzt brauche ich nicht mehr arbeiten gehen. Das ist ja naiv, wenn jemand so denkt, das ist wirklich nur ein kleiner Beitrag, der eine Anerkennung bedeutet für diese Betreuung zu Hause. Es ist eine bewusste Entscheidung der Eltern von den Kindern, dass sie sagen, ich will mit meinem Kind, weil es mir möglich ist, eine längere Zeit nach der Karenz zu Hause verbringen und mich um die Kinder kümmern. Natürlich müssen Familien, das hat die Petra auch gesagt, wo beide Elternteile arbeiten gehen müssen oder wollen, natürlich diese Kinderbetreuung im Kindergarten annehmen, das ist großartig, ich akzeptiere das auch und unterstütze das, ganz logisch. Es ist ganz einfach so, dass die Situationen anders sind und auch anders gehandhabt werden müssen, aber wir müssen natürlich auch genauso akzeptieren, dass auch die Betreuung zu Hause in höchster Qualität durchgeführt wird, dass dort auch genauso wie im Kindergarten durch die Betreuung dem Kind genauso Bildung vermittelt wird, nicht nur im Kindergarten, sondern auch zu Hause durch die Mütter.

2004, es wurde schon erwähnt, haben alle Parteien dem zugestimmt, die Einführung dieses Kinderbetreuungsbonus, jetzt könnte man sagen, okay, damals hat es noch gar keinen Gratiskindergarten gegeben, der wurde allerdings 2009 schon eingeführt. 2019 ist der

Beschluss der Erhöhung von 700 auf 900 Euro in der Regierung wieder einstimmig ausgefallen, da werden sich SPÖ und Grüne wahrscheinlich oder hoffentlich auch etwas dabei gedacht haben. Dieser Kinderbetreuungsbonus wird auch flächendeckend über das ganze Bundesland angenommen, wir wissen natürlich auch, dass Frauen, die sich entscheiden, über einen gewissen längeren Zeitraum die Kinder zu Hause zu betreuen, dafür auch bewusst gewisse Nachteile in Kauf nehmen, das wissen wir schon, Betreuungszeiten wie im Kindergarten haben sie nicht zur Verfügung, wenn sie es machen. Sie haben dann vielleicht auch Probleme bei den Pensionsjahren und so weiter, das ist schon logisch, das wissen diese Frauen auch, die sind ja auch nicht naiv, aber sie nehmen diese Nachteile auch bewusst in Kauf.

Wer ganz sicherlich nicht geschädigt wird, das sind die Gemeinden, ich habe da auch schon ein bisschen gesprochen. Wenn wir jetzt so eine kleine Modellrechnung machen, nachdem das Land für den Kinderbetreuungsbonus zirka 2,2 bis 2,4 Millionen Euro pro Jahr aufwendet, sagen wir abzüglich gewisse Verwaltungskosten bleiben wir bei 1,8 Millionen Euro, dividieren wir das durch die Zahl von den 900 Euro, ergibt sich eine Zahl von zirka 2.000 Förderungsempfängern. Bei nicht wenigen Gemeinden wurde mir gesagt, könnte es sein, dass diese Teilungszahl von 23 oder 25 Kindern, wenn hausbetreute Kinder dann in den Kindergarten dazu kommen würden, überschritten würden, so dass neue Gruppen angelegt werden müssten. In Summe kann diese Hausbetreuung also durchaus als Vorteil für die Gemeinden gesehen werden.

Im Landesrechnungshofbericht wird darauf verwiesen, dass kein Nachweis über die Verwendung des Bonus zu führen ist, deshalb auch Erfolg und Nutzen nicht beurteilt werden können. Jetzt frage ich einmal, wenn ein Kind im Kindergarten betreut wird, wie wird da der Nutzen beurteilt? Dass das Kind praktisch dort im Kindergarten genauso die Betreuung hat wie zu Hause hat von der Mutter. Wird dort im Kindergarten ein Test gemacht, wird dort der Nutzen abgefragt und so weiter, der nachweisbar ist, der dann irgendwo gegenübergestellt werden kann? Das ist nicht der Fall, insofern ist so ein Nutzen und Erfolg sehr schwer zu beurteilen, ich glaube, da kann die Betreuung zu Hause zumindest gleich mit dem Kindergarten mithalten. Es ist auch nicht vorgesehen mit diesem Kinderbetreuungsbonus, dass hier ein Nachweis des Nutzens beigebracht werden muss, es ist ein Anerkennungsbeitrag, es ist eine kleine Teilabgeltung, kann man sagen, mit dieser Leistung, die zu Hause erbracht wird. Ich möchte damit sagen, glaube ich, dass da wirklich kein Widerspruch zwischen Kindergarten und Zuhause-Betreuung vorhanden ist.

Dass die Digitalisierung vorangetrieben werden soll, das ist zu unterstützen, wobei aber etwa bei der Online-Anmeldung der Prozentsatz ohnehin schon sehr stark auf 80 Prozent nahezu verdoppelt werden konnte. Eine hundertprozentige Identifizierung und Authentifizierung durch Unterschrift wird eine Herausforderung sein, da nicht alle Bürger im Besitz einer Bürgerkarte sind.

Ich möchte mich aber bei dir bedanken, lieber Direktor Pammer, für diesen Bericht, die Anregungen des Landesrechnungshofes sind sicherlich sehr wertvoll, deshalb haben wir sowohl deinen Empfehlungen hinsichtlich Wirkungszielen, Zweckwidmung, Zielkonflikten sowie Rechtssicherheit bei Unterschriftserfordernissen als auch den Bericht selbst im Kontrollausschuss zugestimmt, und wir werden dies auch heute im Landtag tun. Dankeschön. (Beifall)

Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Binder.

Abg. Sabine **Binder**: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Oberösterreichische Landesrechnungshof hat sich durch eine Initiativprüfung mit dem oberösterreichischen Kinderbetreuungsbonus befasst. Ziel dieser Prüfung war die Beurteilung der Wirkungen und Ziele der Förderungsabwicklung, sowie die Fördermaßnahmen und die finanzielle Entwicklung. Der oberösterreichische Kinderbetreuungsbonus ist eine einkommensunabhängige Förderung und beträgt 900 Euro im Jahr, diese Förderung wird für Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Beginn des verpflichtenden Kindergartenjahres gewährt, wenn keine beitragsfreie Kinderbetreuungseinrichtung in Anspruch genommen wird. Die Empfehlungen des Landesrechnungshofes richten sich lediglich an die fehlenden Wirkungsziele und die fehlende Messbarkeit der Förderung, sowie an den fehlenden Verwendungsnachweis.

Die zweite Empfehlung betrifft die Unterschriftserfordernis bei der Antragstellung. Geschätzte Damen und Herren, der oberösterreichische Kinderbetreuungsbonus ist ein Anerkennungsbeitrag für die Familien, mit dem zum Teil die selbsterbrachte Betreuungsleistung der Eltern abgegolten wird, es können Eltern damit auch eine Fremdbetreuung, beispielsweise eine Tagesmutter, finanzieren oder teilfinanzieren. Es soll hiermit die Wahlfreiheit der Eltern dabei im Vordergrund stehen, gut 2,4 Millionen Euro wurden im vergangenen Jahr an oberösterreichische Familien ausbezahlt, immerhin holten sich 4.000 Familien diese Förderung bei der Förderstelle des zuständigen Familienreferates ab. Ich möchte mich auch gleich bei dir, lieber Landeshauptmann-Stellvertreter, als zuständiger Referent des Familienressorts, recht herzlich bedanken. Mit diesem Fördergeld schenkt das Land Oberösterreich unseren Familien eine wertschätzende Anerkennung und ist damit auch bestens eingesetzt, denn die Familien haben viel zu stemmen, das wissen wir. Gerade in der jetzigen Krise ist gut erkennbar, wie wichtig die Familie für unsere Gesellschaft ist, vor allem wenn die öffentliche Betreuung wegfällt, derzeit sind tausende Eltern zu Hause, sie betreuen und unterrichten ihre Kinder, und sie müssen nebenbei noch bestmöglichst ihren Job mit Homeoffice erledigen oder mit infrastrukturhaltenden Jobs ihrer Arbeit nachgehen. Jede Familie muss für sich selbst schauen, wie sie den Alltag in den eigenen vier Wänden bestmöglichst strukturiert, all das sind enorme Herausforderungen, da zolle ich ihnen meinen vollen Respekt und meine volle Anerkennung.

Aber vor allem haben mich die ablehnenden Wortmeldungen der SPÖ im Kontrollausschuss verwundert, so wurde doch jeder Beschluss, sei es von der Einführung der Richtlinie bis zur Erhöhung des Kinderbetreuungsbonus, immer einstimmig mit allen in der Oberösterreichischen Landesregierung vertretenen Parteien beschlossen. Dem Argument vom Kollegen Lindner im Kontrollausschuss, den Kinderbetreuungsbonus in eine so genannte Bastelbeitragsförderung im Kindergarten umzuschichten, dem kann ich leider nichts abgewinnen. Herr Kollege, die Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, müssen auch Bastelsachen kaufen, Kinder zu Hause wollen auch basteln, sie sitzen nicht immer nur vor dem Fernseher. Jetzt erklären Sie mir doch noch besser zum Beispiel oder einer alleinerziehenden Mutter mit zwei oder drei Kindern, die zu Hause ist, dass sie dann keinen Kinderbetreuungsbonus mehr bekommt. Etwas schäbig und auch traurig finde ich es schon, wenn gewisse Mandatare hergehen und den Kinderbetreuungsbonus als Herdprämie oder als gestrige Herdprämienlogik herunterspielen. Ich glaube nicht, dass man Frauen mit einem Betrag von 75 Euro im Monat hinter den Herd locken kann, es ist auch nicht die Absicht, mit diesem Bonus Eltern vor die Entscheidung zu stellen, ob sie sich für eine Berufstätigkeit oder für die Kinderbetreuung entscheiden. Es gibt genug Eltern, die wollen ihre Kleinkinder nicht so früh wie möglich in eine Fremdbetreuung geben. Wieso soll das auch nicht wertgeschätzt werden? (Beifall) Wenn eine hochwertige häusliche Betreuung zu Hause stattfindet, dann

frage ich mich, ist das nichts wert? Den Sozialdemokraten ist es enorm wichtig, dass nur die finanziellen Mittel so eingesetzt werden, damit die Kinder so bald wie möglich in einer fremden Kinderbetreuung untergebracht werden, nur damit die Eltern so schnell wie möglich wieder ins Erwerbsleben einsteigen können. Ich erinnere an den immer wieder geforderten Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr des Kindes, sehr familien- und sehr kinderfreundlich, meine Damen der SPÖ. Ich sage, jedes Kind ist gleich viel wert, wenn der Staat die Fremdbetreuung finanzieren kann, dann kann er auch eine liebevolle, häusliche und fürsorgliche Betreuung zu Hause des jeweiligen Elternteils ordentlich finanzieren. (Beifall)

Ich weiß aus eigener Erfahrung, es ist eine große Herausforderung, aber es ist auch eine wunderschöne Aufgabe, die Kinder selbst zu betreuen, zumindest den ersten Teil, den wichtigsten Teil intensiv zu begleiten, meine Damen und Herren. Genau das gehört meiner Meinung nach wertgeschätzt, eine verantwortungsvolle Kinderbetreuung durch die Eltern bzw. durch einen Elternteil darf man an dieser Stelle nicht herunterspielen, denn ganz im Gegenteil, elterliche Kinderbetreuung ist unabdingbar. So lange diese Einstellung herrscht, gibt es auch keine Wahlfreiheit, wir lassen uns den Kinderbetreuungsbonus mit Sicherheit nicht schlecht reden, wir halten auch daran fest, denn damit wird die Arbeit jener Eltern, die ihre Kleinkinder eigenverantwortlich und innerhalb der Familie betreuen, wertgeschätzt. Ich halte auch gleich fest, der Oberösterreichische Landesrechnungshof empfiehlt weder die Einstellung noch eine anderswertige Verwendung der hierfür eingesetzten finanziellen Mittel. Die Empfehlungen und Forderungen des Landesrechnungshofes sind bereits in Umsetzung.

Abschließend möchte ich mich beim Landesrechnungshofdirektor Ing. Dr. Friedrich Pammer und bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den umfassenden Bericht recht herzlich bedanken, denn es ist gut und auch wichtig, wenn die Förderungen, die ja letztendlich auch Steuergelder sind, in einem gewissen Ausmaß durchleuchtet werden. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis. Dankeschön. (Beifall)

Präsident: Mir liegt jetzt eine weitere Wortmeldung vor, ich darf Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner um seine Ausführungen bitten.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Haimbuchner:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren Kollegen der Landesregierung, des hohen Landtags, Herr Landesrechnungshofdirektor Dr. Pammer, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich ganz herzlich beim Landesrechnungshof, bei Ihnen Herr Direktor, für die Servicerung des Familienreferates, sage ich jetzt einmal, für die entsprechende Initiativprüfung des Kinderbetreuungsbonus. Es hat viel Lob gegeben für mein Referat, da bedanke ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Familienreferates, stellvertretend beim Mag. Franz Schützeneder, wo ja wirklich sehr, sehr vorbildlich gearbeitet wird. Die Anregungen des Rechnungshofes nehme ich nicht nur gerne zur Kenntnis, sondern wir werden natürlich auch diese umsetzen, ein Teil ist ja bereits in Umsetzung, was die allgemeine politische Diskussion betrifft, so werde ich direkt darauf eingehen, was die Wirkungsziele betrifft. So ist für mich eines ganz klar, es wurde heute schon erwähnt, ich halte an dem Kinderbetreuungsbonus fest, gerade in dieser Situation fest. Was haben wir jetzt? Wir haben Homeoffice, Homeschuling, ich würde jetzt fast sagen Homebetreuung, ich denke, dass jetzt viele auch sehen, wie viel Energie, auch wieviel positive Energie aufgewendet werden muss, wenn man auch zu Hause seine Kinder betreut.

Ich erlebe das derzeit zu Hause selbst, meine Frau ist bei einem großen Konzern angestellt, sie ist zu Hause in der Arbeit, aber nicht in Kurzarbeit, was uns natürlich persönlich freut, denn

das heißt, dass es dem Teilbereich des Unternehmens auch noch so gut geht, dass sie nicht in Kurzarbeit geschickt werden muss. Ich sage Ihnen, das ist eine große Herausforderung, es ist wirklich eine Herausforderung, wenn man einen aktiven Buben hat, der sozusagen natürlich diese Aufmerksamkeit braucht und sucht, ständig in Bewegung ist und der Vater natürlich auch nicht immer zu Hause sein kann, aber das eine oder andere Mal haben wir es bei Videokonferenzen schon gesehen, hat sich der Otto auch einmal gemeldet und möchte dabei sein. Und das, was er bei mir will, wenn wir eine Videokonferenz haben, na das ist gilt auch für meine Frau, wenn sie in einer Video- oder Telefonkonferenz ist. Also das alles kann man nicht hoch genug schätzen.

Und da finde ich den Ansatz der SPÖ eigentlich recht gut, der Frau Kollegin Müllner, weil die Frau Kollegin Müllner sagt, na was ist jetzt eigentlich diese Betreuung zu Hause wert? Also die Betreuung zu Hause ist etwas wert, wenn man sich im Homeoffice befindet. Wenn man sich aber nicht im Homeoffice befindet, ist die Betreuung zu Hause nichts wert. Das muss man einmal erklären, und diesen Widerspruch muss man wirklich einmal aufzeigen. Also grundsätzlich ist nur die außerhäusliche Betreuung, die Fremdbetreuung von Kindern, etwas wert, nur dort soll investiert werden. Wenn aber zu Hause betreut wird, dann sollte es dafür keine finanziellen Mittel geben, außer man ist im Homeoffice. Also nur dann, wenn die wirtschaftliche Situation durch ein Corona-Virus so eingeschränkt ist, dass man zu Hause arbeiten muss, dann soll es eine Anerkennung geben. Also diese intellektuelle Brücke möchte ich einmal genauer noch erklärt bekommen, ich habe es nämlich heute noch nicht ganz verstanden. Vielleicht will ich es auch gar nicht verstehen.

Interessant ist für mich auch Folgendes, dass man zwar diesem Antrag zugestimmt hat im Jahr 2004, auch im Jahr 2019, das waren lauter einstimmige Beschlüsse in der Oö. Landesregierung. Und natürlich kann man seine Meinung ändern, wenn man dagegen ist, ist man dagegen. Das ist überhaupt keine Frage. Ich frage mich nur, was jetzt innerhalb dieser Monate von 2019 bis 2020 jetzt auf einmal eine andere Situation ist.

Und was mich so nachdenklich macht, das ist diese ganze Diskussion, auch die Wortmeldung der lieben Frau Kollegin Buchmayr, wo immer so mitschwingt, im Kindergarten, da lernen sie etwas, das ist alles pädagogisch wertvoll, aber außerhalb vom Kindergarten, wenn man zu Hause betreut wird, das ist alles nicht wertvoll, das ist nicht pädagogisch, das macht alles keinen Sinn. Das glaubt ihr doch bitte ernsthaft selber nicht. Warum werden die Kinder in den Kindergarten geschickt, oftmals weil es der Zwang ergibt, weil beide Elternteile arbeiten, arbeiten wollen oder arbeiten müssen aufgrund der wirtschaftlichen Situation. Das ist doch die Wahrheit, und lassen wir diese ideologische Diskussion bitte wo anders, dass außerhalb der Familien nur die Kinder gut betreut werden, innerhalb der Familien nicht.

Das war früher überhaupt nicht selbstverständlich, dass man drei, vier Jahre in den Kindergarten gegangen ist oder in die Krabbelstube. Ich war auch zwei Jahre im Kindergarten. Ich sage, es war eine wunderbare Zeit und ich bin froh, dass ich in den Kindergarten gegangen bin. Natürlich, die sozialen Kontakte, das Spielen mit Gleichaltrigen, das bringt etwas, das ist überhaupt keine Frage. Nur wie weit geht die Diskussion? Sollen wir sie dann direkt nach der Geburt weitergeben in eine staatliche Betreuungseinrichtung, dass sie vielleicht zum Schluss gleich einmal das Richtige denken von klein auf? Mir kommt das manchmal wirklich so vor. Ich hab da eine andere Meinung dazu. (Beifall) Ich hab da einfach eine andere Meinung. Ich bin nicht ganz so staatsgläubig wie andere.

Und dann der Vorwurf, es wird zu wenig investiert in die Kinderbetreuung in Oberösterreich. Seid mir bitte nicht böse, ich meine, lassen wir einmal Zahlen sprechen. Im Jahr 2010 sind

168 Millionen Euro investiert worden. Im Jahr 2019 247 Millionen Euro. Bitte, diese Argumentation ist auch einfach nicht zielführend. Wir wollen einfach diese Arbeit der Eltern, der Mütter und auch der Väter entsprechend anerkennen. Es ist nur ein Anerkennungsbeitrag.

Und wenn man die Kritik aufnimmt, was die Wirkungsziele betrifft, ja da hat der Rechnungshof nicht Unrecht. Das stimmt ja natürlich auch. Was ist die tatsächliche Wirkung? Aber es ist eine Anerkennung. Eine Anerkennung. Und wir dürfen auch in dieser Gesellschaft, wo wir heute auch immer wieder gehört haben, bei wem wir uns alle bedanken, ja da dürfen wir uns auch einmal bei den Eltern bedanken, die zu Hause ihre Kinder betreuen und diese Anerkennung auch weitergeben. (Beifall)

Ich muss mir diese spitze Bemerkung hinsichtlich des Kollegen Lindner einfach auch noch erlauben. Vielleicht hat er es nicht ganz so gemeint im Kontrollausschuss. Aber lieber Herr Kollege Lindner, wie du dann gesagt hast, ja, dein Anerkennungsbeitrag im Kindergarten ist der Bastelbeitrag. Ich möchte das heute schon noch einmal erwähnen, aha und das Basteln zu Hause kostet nichts? Also wenn man zu Hause mit den Kindern etwas bastelt, das darf etwas kosten, wenn aber im Kindergarten gebastelt wird, das darf nichts kosten. Diese Argumentation verstehe ich ganz einfach nicht. Das ist auch keine faire Diskussion.

Ich glaube, dass die SPÖ da selber mit sich zu kämpfen hat, denn zuerst zustimmen im Jahr 2004. Im Jahr 2019 noch einmal zustimmen. Und jetzt ist die Welt auf einmal ganz anders. Ehrlich gesagt, das halte ich für keine politische Linie. Aber gut einmal, mir soll es als politischer Mitbewerber vielleicht auch Recht sein.

Und diese Diskussion Herdprämie. Der Fredi Frauscher hat das so schön angesprochen mit dem, wie hast du gesagt, so sinngemäß, dass man die Leute so als Dümchen darstellt, die hinter dem Herd stehen. Also der Dumme beim Herd bin ich, weil ich kann nicht gescheit kochen. Schnitzel habe ich schon gelernt, also ich kann dem Otto zumindest ein Schnitzel machen. Und auch darum kümmere ich mich.

Und ich respektiere die Betreuung in den Kindergärten ganz besonders. Unser Bub geht auch in Steinhaus in die Krabbelstube, in eine Caritas-Krabbelstube, ganz toll, was sich die auch jetzt in dieser Covid-Krise antun, dass sie auch mit den Kindern irgendwie in Kontakt bleiben, wirklich Respekt. Hochachtung für alles, was passiert. Aber tun wir bitte nicht diejenigen ein bisschen unter den Scheffel stellen, die sich immer zu Hause um die Kinder kümmern. Ich glaube, das ist auch ein ganz ein wichtiger Wert.

Noch einmal vielen Dank Herr Direktor Pammer, wir werden auch weiterhin bei dieser Förderung bleiben und wir werden alle anderen Anregungen, was die administrativen Dinge angeht, die werden wir natürlich auch erfüllen. Danke auch nochmal für die Hilfestellung. (Beifall)

Präsident: Mir liegt jetzt tatsächlich keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1334/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 1335/2020, das ist die Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend den Nachtrag zum Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Finanzjahr

2020. Ich bitte Herrn Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer über die Beilage 1335/2020 zu berichten.

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Beilage 1335/2020, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend den Nachtrag zum Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Finanzjahr 2020. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1335/2020.)

Die Oö. Landesregierung beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen:

1. Auf Grund der Dringlichkeit der Angelegenheit wird gemäß § 25 Abs. 5 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung davon abgesehen, diese Regierungsvorlage einem Ausschuss zuzuweisen.

2. Der vom Oö. Landtag am 5. Dezember 2019 beschlossene Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Finanzjahr 2020 wird wie folgt geändert:

a) Art. I Z 3 zweiter Absatz lautet: „Weiters können zum Ausgleich von Liquiditätsschwankungen und damit zur Sicherung des fristgerechten Zahlungsvollzugs unterjährig Fremdmittel aufgenommen werden. Der Höchstrahmen für diese Fremdmittelaufnahmen liegt bei 1 Milliarde Euro.“

b) Art. I Z 4 entfällt.

c) Im Art. III wird der abschließende Punkt durch einen Beistrich ersetzt und folgende Z 14 und 15 angefügt: „14. gegen nachträgliche Kenntnisnahme des Landtags Auszahlungsbeträge aus der mit 133 Mio. Euro dotierten Voranschlagsstelle 1/970028/7297 „Mittel gemäß Artikel III Z 14 (COVID-19-Maßnahmen), Sonstige Aufwendungen“ für Maßnahmen zu genehmigen, welche zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie notwendig sind; 15. gemäß Art. 55 Abs. 5 Z 2 Oö. Landes-Verfassungsgesetz (L-VG), LGBl. Nr. 122/1991 idgF, innerhalb eines Haftungsrahmens von maximal 300 Mio. Euro Ausfallhaftungen für Unternehmen, die aufgrund der aktuellen COVID-19-Krisensituation liquiditäts- oder bestandsgefährdet sind, gemäß § 1356 ABGB einzugehen und die dazu erforderlichen Bedingungen festzulegen.“

d) Die aus der Subbeilage ersichtlichen Mittelverwendungen und -aufbringungen werden genehmigt.

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Bevor wir in die Wechselrede eingehen, gebe ich bekannt, dass zur Beilage 1335/2020 ein Zusatzantrag sowie ein Geschäftsantrag auf eine getrennte Abstimmung vorliegen, die wir als Beilagen 1342/2020 und 1343/2020 auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt haben. Der Zusatzantrag 1341/2020 ist aufgrund der Ausführungen von Herrn Landeshauptmann Thomas Stelzer für erledigt erklärt worden.

Gemäß den Bestimmungen der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 sind die beiden Anträge 1342/2020 und 1343/2020 in die Wechselrede mit einzubeziehen, die ich nunmehr eröffne. Ich weise auch darauf hin, dass wir im Fall der Annahme des Zusatzantrags auf eine zweite Lesung verzichten. Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Makor. Ich erteile es dir.

Abg. KO **Makor:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Präsident hat die Beilagen als Zusatzanträge, die ich kurz ausführen möchte, bereits gebracht und auch in weiser Voraussicht, da sieht man, wie gut zusammengearbeitet wird, auch meine Ankündigung in der Früh bereits in die Tat umgesetzt. Rein formal, die Unterschriften hab ich da, ich werde sie gleich abgeben, die Zurückziehung jenes Antrags bezüglich eines monatlichen Reportings im Zusammenhang mit den Auszahlungsbeträgen bei der Planstelle Covid und bei den Haftungsverbindlichkeiten.

Ich darf aber in diesem Zusammenhang noch einmal dezidiert dich, Herr Landeshauptmann, beim Wort nehmen. Ich glaube, dass es einfach wichtig ist, dass wir gerade in einer Situation

wie dieser sehr genau darauf schauen werden und müssen, wie die Gelder effizient und zielorientiert verwendet werden. Ich will da ja nicht allzu viel Bürokratie verursachen damit. Bei den Finanzausschusssitzungen, wenn du selbst da bist, wirst du wahrscheinlich selbst berichten. Solltest du nicht Zeit haben, hast du ja auch eine Finanzlandesdirektorin und reißen einmal alle Stricke, wird es womöglich auch ausreichen, die Kennzahlen und Kernzahlen das eine oder andere Mal schriftlich zu übermitteln, da wollen wir nicht päpstlicher sein als der Papst. Aber ganz, ganz wichtig ist, da am Laufenden zu bleiben, weil es das vornehme nicht nur Recht, sondern die Pflicht des Landtags ist, über die Budgethoheit zu wachen und die Kontrolle auch tatsächlich wahrzunehmen.

Also das ist die Beilage 1341/2020, die mit jetziger Wirkung, und ich darf dir das übergeben, aufgrund der Zusage des Landeshauptmanns wieder zurückgezogen wurde.

Es gibt aber noch zwei weitere Anträge, nämlich den Geschäftsantrag 1343/2020 auf getrennte Abstimmung des Punktes 2a, das ist der Art. I Z 3 zweiter Absatz. Ich habe es am Vormittag schon ausgeführt. Die Ausweitung des Kontokorrentrahmens von 500 Millionen auf eine Milliarde Euro ist aus unserer Sicht völlig überbordend. Nicht weil es völlig ausgeschlossen ist, dass wir das im Laufe des Jahres vielleicht brauchen, sondern deswegen, weil es zum jetzigen Zeitpunkt jedenfalls noch nicht absehbar ist. Und sollte es notwendig sein, haben wir im Mai, im Juni, im Juli, im September, im Oktober ebenfalls noch Landtagssitzungen. Der bisherige Rahmen von 500 Millionen Euro, also in etwa schwach zehn Prozent des gesamten Budgetvolumens, ist bei weitem nie ausgeschöpft worden in der Vergangenheit. Das heißt, da müsste natürlich ebenfalls ohnehin noch Spielraum da sein. Und wenn der Spielraum mit den 500 Millionen Euro nicht reicht, kann man eh mit uns reden. Aber einen Freibrief auf alle auszustellen, eine Milliarde Euro, bitte, sich das zu verinnerlichen, das ist ein Sechstel unseres Jahresbudgets, das wir da locker machen, das ist schon ein bisschen eine mutige Angelegenheit.

Des Zweiten haben wir einen Zusatzantrag, der eng korrespondiert mit jenem Antrag, den wir als Dringlichkeitsantrag am Vormittag auch eingebracht haben. Das ist das Hilfspaket für Menschen und Gemeinden in Oberösterreich, für das dann natürlich auch finanzielle Notwendigkeiten gegeben sein müssen. Das ist die Beilage 1342/2020, wo ich um Annahme ersuche. (Beifall)

Präsident: Danke vielmals. Wünscht noch jemand das Wort? Herr Landesrat Achleitner, dann Frau Kollegin Schwarz.

Landesrat **Achleitner:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Regierung hier im hohen Haus, liebe Damen und Herren zu Hause in Oberösterreich! Ja, Oberösterreich befindet sich in einer ganz außergewöhnlichen Situation. Die Corona-Krise hat uns alle miteinander überrannt. In Oberösterreich, in Österreich, in Europa, ja in der ganzen Welt. Und es ist die größte Gesundheitskrise in der Nachkriegszeit, die auch zur größten Wirtschaftskrise in der Nachkriegszeit geführt hat. Und auch zur größten Arbeitslosigkeit. Und daher ist es gut und recht und billig, dass wir alles tun, was wir in Oberösterreich dafür tun können, dass wir durch diese Krise einigermaßen gut durchfinden und wir möglichst niemand verlieren.

Es ist, glaube ich, weitestgehend unbestritten, dass diese Maßnahmen notwendig waren, damit wir Bilder wie aus Italien, Spanien, etc. vermeiden. Das ist gelungen. Es ging um die Gesunderhaltung unserer Landsleute. Die Auswirkungen dessen sind aber natürlich für den Wirtschaftsstandort dramatisch. Und jetzt geht es quasi um die Gesunderhaltung oder

Wiedergesundung des Wirtschaftsstandorts in Oberösterreich, in Österreich, ja in ganz Europa.

Und daher ist es gut und richtig, dass wir alle Maßnahmen setzen, die uns helfen können, drei Ziele zu erreichen. Und dieses Oberösterreichpaket, das wir heute diskutieren und auch beschließen werden, hat drei Ziele. Einmal dass wir die Menschen bestmöglich in Arbeit halten oder sie sehr schnell wieder in Arbeit bringen, dass wir in dieser Phase die Betriebe durch diese Krise führen und sie nicht verlieren und dass wir den Wirtschaftskreislauf in Schwung halten, uns sukzessive wieder aufbauen.

Diese drei Zielsetzungen sind die Grundlage für dieses Oberösterreich-Paket, das wir vorgestellt haben, das wir jetzt als schnelles Krisenbewältigungspaket brauchen, das aber nichts damit zu tun hat mit einem späteren, wenn wir dann sehen, was in der Krise alles nachhaltig da bleibt, wahrscheinlich stimulierenden Paket brauchen werden. Ist es eine große Arbeitslosigkeit, die bleibt als Sockel, dann werden wir im arbeitsmarktpolitischen Bereich Gas geben müssen. Ist es der Konsum, wie heute schon manchmal angesprochen, der vielleicht angeregt werden muss, weil man nach der Krise vielleicht nicht mehr ganz so schnell wieder zum Einkaufen kommt, etc.? Wie gehen die Firmen damit um, dass sie jetzt ein sicher fürchterliches Jahr haben und auch das nächste Jahr nicht einfach wird? Wie wird es dort mit Investitionen zu Gange sein, brauchen wir vielleicht fiskalische Anreize, um Investitionen anzureizen? Das wird man in einem zweiten Paket dann zu bewerkstelligen haben.

Jetzt ging es darum, quasi ein Hilfspaket zu spannen. Etwas was auch, und da darf ich mich auch bedanken, ganz klar war für uns, dass wir natürlich nicht ein ersetzendes, ein bundeshilfenersetzendes Paket machen können, sondern natürlich zuerst schauen, was macht der Bund? Und wirklich ein herzliches Danke an den Bund, die Hilfsinstrumente sind wirklich vielfältig. Und dass wir ergänzend dazu, dort wo beim Bund vielleicht manche herausfallen oder Bereiche auch nicht abgedeckt sind, dass wir das in einem oberösterreichischen Paket machen.

Wenn wir die Bundeshilfen anschauen, dann muss man wirklich sagen, mit dem Kurzarbeitsmodell beispielsweise gelingt es, dass wir so viele Menschen wie möglich in Arbeit, in Kurzarbeit zwar, halten, damit wir dann nach der Krise wieder mehr Chancen haben beim Starten, dass wir besser aus der Krise herauskommen wie andere. Mit der Ersatzquote 80 bis 90 Prozent, europaweit sicher ein führendes Modell. Ich bin sehr dankbar der oberösterreichischen Wirtschaft, dass sie sehr stark von diesem Modell Gebrauch macht und dass wir viele, viele Mitarbeiter in der Kurzarbeit „parken“ können.

Trotzdem ist die Arbeitslosigkeit natürlich gestiegen. Vor einem Monat haben wir noch darüber berichtet, dass wir so viele Menschen in Arbeit haben in diesem Land wie niemals zuvor. Ein Monat später stehen wir da und haben 20.000 mehr Arbeitslose. 8,2 Prozent Arbeitslosigkeit. Jeder einzelne zu viel. Trotzdem die niedrigste im Vergleich in ganz Österreich, in Wien, in Kärnten doppelte mit 16 Prozent, unvorstellbar. Österreichweit haben wir rund 1,5 Millionen Arbeitnehmer, die derzeit nicht arbeiten können, weil sie entweder arbeitslos, 600.000, oder in Kurzarbeit, 900.000, sind. Und das ist für uns alle miteinander als Wirtschaftsstandort natürlich die Hauptaufgabe, die Menschen wieder in Arbeit zu bringen, weil Arbeit mehr ist als Geld verdienen, wie wir wissen.

Die Kurzarbeitsregelung ist gut. In der Abwicklung, ich bedanke mich bei allen, die hier beigetragen haben, und das AMS beispielsweise, sie machen einen glänzenden Job, aber kommen natürlich mit den wahnsinnig vielen Anträgen jetzt gar nicht zusammen. Beim

Beauskunfteten geht es den Kammern genau gleich. Ich bedanke mich da wirklich sehr für die ausgezeichnete Arbeit.

Und es ist ein Instrumentenkoffer auf Bundesebene gemacht worden, wie man durch diese Krise durchkommt. Wenn ich den Härtefallfonds nennen darf, erste Phase mit 1.000 Euro, der richtet sich an den Unternehmer, die Unternehmerin. Jetzt zweite Phase 2.000 Euro, seit Montag zu beantragen. 2.000 Euro pro Monat, da hilft man dem oder der Unternehmerin direkt. Es gibt Garantieprodukte mit Haftungen bis zu 100 Prozent. Bis vor einem Monat noch EU-mäßig noch völlig undenkbar. Jetzt ist das möglich, und das war auch sicher gescheit. Im Tourismus, der arg gebeutelt ist, über die österreichische Hotel- und Tourismusbank ein eigenes Haftungspaket für die exportorientierte Wirtschaft, gerade für uns als der Wirtschafts- und Industriemotor dieser Republik eminent wichtig, Haftungsmodelle für Exportförderungen über die österreichische Kontrollbank und der Corona-Hilfsfonds, der nächste Woche im Detail vorgestellt wird, der hilft vor allem den Unternehmen, die dann ihre Betriebskosten, ganz egal ob Versicherungskosten, Energiekosten etc. je nach Umsatzrückgang bis zu 75 Prozent vom Bund über ein Kreditmodell, aber dann erlassen bekommt. Das heißt, die Unternehmen können die Personalkosten für drei Monate und dann verlängerbar auf sechs Monate bis zu 90 Prozent durch Kurzarbeit vom Bund sich erstatten lassen, und bei den Betriebskosten sind es bis zu 75 Prozent. Also wirklich ein gutes Modell! Ja, da und dort könnte es ein bisschen schneller gehen. Aber wir alle miteinander arbeiten auf allen Ebenen Tag und Nacht, dass wir mit diesen Hilfen bei den Menschen und bei den Betrieben ankommen.

Was haben wir in Oberösterreich getan? Wir haben in Oberösterreich dieses Paket gemacht, dass wir heute hier zur Beschlussfassung vorlegen, ein Härtefonds für Kleinbetriebe. Wie prinzipiell gilt unser Paket immer dann, wenn man beim Bund nicht zum Zug kommt, das ist ein kaskadisches System, keine Doppel- und Dreifachförderungen. Wir haben beim Härtefonds für Kleinbetriebe die Grenze des Umsatzrückgangs auf 25 Prozent abgemindert. Das heißt, beim Bund hat man Anspruch erst ab 40 Prozent Umsatzeinbruch, wir sind vor allem bei den Kleinbetrieben etc. auf 25 Prozent heruntergegangen, 25 Prozent Förderung, da Fixkosten maximal 25.000 Euro, nach der heutigen Beschlussfassung zu beantragen und ab nächster Woche wird ausbezahlt.

Wir haben die Corona-Bürgschaft mit der Kreditgarantiegesellschaft eingerichtet. Ich bedanke mich wirklich sehr herzlich bei den oberösterreichischen Banken und bei der Wirtschaftskammer, die die Eigentümer dieser Kreditgarantiegesellschaft sind, die mit zehn Millionen Euro insgesamt, wir als Land mit zehn Millionen Euro machen hier eine Bürgschaft für die Klein- und Mittelbetriebe und können damit mit einem Hebel eins zu vier, eins zu fünf, rund 100 Millionen Euro an Haftungen übernehmen. Worum geht es da? Da geht es um die Friseurin, da geht es um den Gastronomen, der jetzt wenig oder gar kein Einkommen hat, trotzdem irgendwelche Sanierungen und Investitionen, 30.000 Euro, 50.000 Euro machen möchte, die bekommen jetzt kein Geld, weil es jetzt keine Einnahmen gibt, trotzdem müssten die jetzt etwas tun, und genau die wären beim Bund herausgefallen. Für die haben wir diese Corona-Bürgschaft aufgelegt. Das hilft rund einem Drittel der oberösterreichischen kleinteiligen Wirtschaft, egal ob aus dem Handel, aus dem Tourismus und aus vielen anderen Bereichen auch. Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Eigentümern der KGG.

Wir haben ein Tool für den Mittelstand und für die Industrie auch in dieses Paket gepackt. Das sind die Landeshaftungen für den Mittelstand und für Großbetriebe. Wir sehen ja bei den Auswirkungen, dass wir im Handel, im Tourismus sofort die Auswirkungen gehabt haben, durch Schließungen etc. Bei der Industrie und bei Großbetrieben ist das ja vor allem nicht in Österreich oder in Oberösterreich indiziert, sondern international. Das ist das Teuflische an

der Corona-Krise, dass wir mit dieser vernetzten Wirtschaft und Gott sei Dank vernetzt, weil Oberösterreich verdient zwei Drittel im Ausland durch den Export, dass wir natürlich da jetzt Probleme hatten mit Produktionsausfällen in anderen Erdteilen, dass Lieferketten unterbrochen wurden, dass Grenzen geschlossen wurden und wir die Warenströme nicht aufrechterhalten konnten. Das ist ein Bereich, wo wir in der Industrie noch nicht genau wissen zum heutigen Zeitpunkt, was hier alles auf uns zukommt. Wir haben manche größere Betriebe, die jetzt einmal mit vorgezogenem Betriebsurlaub, mit Kurzarbeit für zwei oder drei Wochen reagiert haben, aber ob sich das noch größer auswächst, das kann man heute noch nicht sagen. Die Anzeichen sind leider doch da und dort in diese Richtung. Daher ein Instrument der Krise 2009 und 2010, die Landeshaftungen, maximal 15 Millionen Euro pro Betrieb, mit einem Wirtschaftsbeirat eben volle Kontrolle, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte etc., und wir werden in den Ausschüssen, im Finanz- und Wirtschaftsausschuss natürlich immer darüber berichten.

Arbeitsmarktpakete sind derzeit nicht viel drinnen, weil die Hoffnung geht, dass die Leute vor allem in Arbeit gehalten werden sollen oder schnell wieder gebracht werden sollen. Wir haben für Start-ups etwas drinnen, wir haben für Digitalisierung ein Paket drinnen, das wir seit letzter Woche schon fördern und ein Förderprogramm schon auszahlen, wie, glaube ich, heute Gottfried Hirz das angesprochen hat. Viele Unternehmen haben uns vorher gesagt, Digitalisierung, ja ist gut und recht, brauche ich aber bei meinem Geschäft nicht, analog bin ich gut aufgestellt, das funktioniert. In dieser Krise hat man gesehen, dass man digitale Vertriebswege als Zusatz nutzen sollte und müsste. Wir fördern da beispielsweise gemeinsam mit der Wirtschaftskammer jetzt oberösterreichische Webshops, Plattformen von Branchen etc. auch hier, damit wir digital fitter werden in der oberösterreichischen Wirtschaft.

Der Härtefonds für den Sport und die Kultur, ebenfalls in dem Paket enthalten, wir warten sehnsüchtig beim Bund auf die ebenfalls angekündigten Unterstützungspakete, sobald wir da sehen, was kommt, können wir unsere Richtlinien etc. dafür ausrichten. Worum geht es uns? Es sollen Vereine, egal in welchem Bereich, die beispielsweise Veranstaltungen vorgehabt hatten, Kosten hatten, die aber jetzt nicht durchgeführt werden können, die wollen wir unterstützen. Zuerst beim Bund und wenn dann noch weitere Hilfe notwendig ist, dann bei uns auf Landesebene.

Ich glaube, man kann schon sagen, und heute sind die neuen Zahlen der Wirtschaftsforscher wieder gekommen, es wird eine doch deutliche Rezession in Österreich und Europa kommen. Fünf bis sieben Prozent sind die aktuellen Schätzungen eines Wirtschaftseinbruchs, das ist bitte mehr als zur Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 und trifft uns unmittelbar in der Realwirtschaft. Die Arbeitslosigkeit wird bei acht bis neun Prozent in etwa prognostiziert. Die Budgetdefizite wurden heute vom Finanzreferenten schon angesprochen, auf allen Ebenen werden diese natürlich deutlich steigen. Aber ich glaube, wir haben keine andere Möglichkeit, wir müssen jetzt helfen und jetzt hineininvestieren, damit wir durch die Krise durchsteuern können.

Eine Rezession wird kommen. Ich glaube, wir haben alle Hände voll zu tun, dass es zu keiner Depression kommt. Wenn wir in guten Zeiten immer davon gesprochen haben, dass die Hälfte in der Wirtschaft Stimmung ist, dann gilt das für Krisenzeiten umso mehr. Darum glaube ich, dass die nächste Phase jetzt die wahrscheinlich mindestens so schwierige wird wie die erste, nämlich die Gesundheitszahlen herunter zu fahren, jetzt den Wirtschaftsstandort sukzessive sanft wieder aufzubauen, ohne dass wir die Gesundheitsinfrastrukturen überlasten. Diese einzelnen Schritte sind, soweit wir das überblicken können, glaube ich, wirklich gut geplant, in Vierzehn- Tages-Rhythmen, um zu sehen, ob Öffnungen etwas bewegen. Daher begrüße ich

es wirklich, dass wir letzten Dienstag mit den kleinen Geschäften begonnen haben, in Oberösterreich 4.500 Handelsbetriebe von 6.800, die wieder aufsperrten konnten. Das ist wichtig für die Perspektive von 20.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, für die Perspektive der Unternehmerinnen und Unternehmer, dass sie wieder Geschäft machen können, auch wenn es noch wenig ist. Ja, das wird dauern, bis es wieder anläuft, ab nächsten Samstag dann alle andere Geschäfte dazu, auch die großen. Dort kommt dann hoffentlich die Laufkundschaft, die vor allem die kleinen auch brauchen, dass wir sukzessive hinauf kommen.

Wir arbeiten intensiv, Bund und die Länder, jetzt an dem Comeback-Plan für den Tourismus. Beim Tourismus ist es wirklich nicht einfach. Denken wir an die Gastronomie, denken wir an die Hotellerie, an die Schwimmbäder, an die Zoos, an die Seilbahnen etc. Wir haben umfangreiche Planungen dazu schon gemacht und ich hoffe sehr, dass es hält, dass wir Mitte Mai die ersten Schritte in diesem Bereich zustande bringen und dass es möglich wird, zumindest die Sommersaison einigermaßen vor allem mit dem österreichischen Markt und vielleicht, wenn es gelingt und es die Zahlen hergeben, auch mit dem quasi angrenzenden Ausland einigermaßen doch gestalten zu können.

Erste gute Nachrichten gibt es wieder aus der Automobilbranche. Gestern hat VW kundgetan, dass sie in Deutschland die Produktionen wieder hochfahren. Wir haben in Steyr die ersten Hinweise, dass es bei Magna Steyr wieder vorwärts geht, dass in der Steiermark die Automobilindustrie wieder langsam beginnt. Das heißt, das sind die ersten zarten Pflänzchen, die uns doch auch Zuversicht geben sollen. Das sind für die kommende Phase unsere zwei Säulen: Vorsicht, denn es ist nicht vorbei, das Virus ist nicht weg und es wird uns lange begleiten. Vorsicht, aber Zuversicht! Das, was wir in Oberösterreich tun können, das versuchen wir.

Ich bedanke mich ganz explizit bei allen, die mitgeholfen haben bei diesem Paket, bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Wirtschaftsressorts, des Finanzressorts, bei allen, die wir in dieser Phase quasi eingebunden haben, um eben zu schauen, was fehlt und was wir brauchen. Mit dem Beschluss, der jetzt zur Abstimmung kommen soll, mit den 149,7 Millionen Euro können wir ein Gesamtpaket von 580 Millionen Euro insgesamt in die Wirtschaft hineinbringen.

Noch ein Wort, ich möchte wirklich ersuchen, dass wir gerade in Krisenzeiten mit ideologischen Kommunikationsformen aufhören, dass es für die Menschen oder irgendjemand anderen ist. Ich habe das mit dem Arbeiterkammerpräsidenten besprochen und diskutiert, wenn wir bei dieser Corona-Bürgerschaft beispielsweise, wenn wir da einer Friseurin mit drei Mitarbeiterinnen helfen, dass sie investieren und wieder aufsperrten kann, dann helfen wir vier Personen und nicht der einen Unternehmerin oder den drei Arbeitnehmerinnen. Es ist ein Paket für die Menschen und die Wirtschaft in diesem Land.

Ich bedanke mich, wie ich gehört habe, dass es eine breite Zustimmung geben wird. Ich bin sicher, mit Mut und Zuversicht werden wir auch diese herausfordernde Zeit und diese Krise gemeinsam meistern, weil Oberösterreichinnen und Oberösterreicher das können. Vielen Dank! (Beifall)

Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Ulrike Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich möchte ganz kurz ein paar Punkte herausgreifen, die im Nachtragsvorschlag drinnen sind und was aus unserer Sicht vielleicht noch fehlt und weiter

entwickelt werden kann. Ich möchte den Punkt medizinisches Material, Medizinprodukte herausgreifen. Eine ganz wesentliche Diskussion, die wir seit Wochen führen, angefangen von den Tests und vor allem von den Schutzausrüstungen für unser Personal in den Krankenhäusern und in den niedergelassenen Praxen, aber auch in den Pflege- und Betreuungseinrichtungen. Hier braucht es einen Vorschuss. Wir werden schon schauen, dass wir etwas von der Bundesebene zurückholen können, aber ich glaube, da muss man in die Vorlage gehen und es ist wichtig, das auch dezentral zu organisieren. Da sind alle Einrichtungen unter Federführung vom Roten Kreuz sehr aktiv dabei.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang ganz klar sagen, dass es viele Firmen in Oberösterreich gibt, die ganz schnell umgestellt wurden und ihr Know-how im Bereich Nähen zur Verfügung gestellt haben. Ich habe hier ein Beispiel von Träumeland, eine gute Matratze ist jetzt auch mein Nasen-Mund-Schutz. Auch diese Firma hat umgestellt und die Leute aus der Kurzarbeit zurückgeholt. Da sehen wir, wie schnell die Leute reagieren. Er macht nicht den Umsatz mit den Masken, was er normalerweise mit den anderen Produkten macht. Aber sie haben reagiert, und sie haben da einen wesentlichen Punkt gesetzt.

Es gibt Firmen, die in China Niederlassungen haben und sich bemühen, wirklich gutes Material zu bekommen und nicht irgendwelchen Geschäftemachereien aufsitzen. Da habe ich heute auch die Unterlagen an die Landeshauptmann-Stellvertreterin und an den Landesrat Achleitner weitergeleitet. Es ist wichtig, dass man sieht, wie unsere oberösterreichischen Firmen mitdenken.

Ich möchte auch den Bereich Soziales herausheben. Es ist im Paket drinnen, es ist die Absicherung vor allem, dass die Menschen mit Beeinträchtigung jetzt zwar nicht in der Tagesstruktur sind, weil auf Notbetrieb umgestellt ist, aber das Taschengeld weiterbekommen, den Lohn weiterbekommen von den geschützten Werkstätten oder die Ausbildungsgelder. Es ist ein wichtiges Zeichen, weil die ja gerne arbeiten würden, auch wenn es nur ein Taschengeld ist und nicht viel ist. Aber es ist oft das einzige Einkommen, das diese Personen haben. Da geht es sehr viel um Selbstwert, um Selbstwert in der Krise. Daher ein Danke, dass hier zusammengehalten wird. Auch dass den Eltern jetzt keine Beiträge abgezogen werden, wenn sie ihre Kinder nicht mehr in die Betreuungseinrichtung geben können, dass auch hier das Land Oberösterreich auf diese Beiträge nicht zugreift, sondern das auch vorschießt. Ganz klar auch in den Presseaussendungen, ich nehme das alles sehr wörtlich, dass den Sozialvereinen und Sozialträgern hier völlige Abdeckung ihrer notwendigen Beiträge gewährleistet wird, dass sie Planungssicherheit haben. (Der Zweite Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte auch noch einmal herausgreifen, was Landesrat Achleitner betont hat bezüglich Tourismus. Ich komme nicht unbedingt aus der High-Tourismusregion. Aber bei uns in der Region ist der Tourismus auch ganz wichtig. Es sind die Zoos angesprochen worden, die Tierparks. Ich bin mit der Tierparkbesitzerin in Altenfelden ein paar Mal in Kontakt gewesen. Da ist mir klar geworden, dass sie nur 30 Prozent einheimische Gäste hat und 60 Prozent Gäste aus Deutschland und Tschechien kommen. Die brechen in der nächsten Zeit weg. Hier zu helfen, hier Notwendigkeiten aufzuzeigen, zu sagen, wir sind für euch da in der Krise. Wir schauen insgesamt in der Region, wie können wir mit Gutscheinen, wie können wir diesen Betrieb jetzt durch diese Krise tragen. Sie wird keine Einkommen haben, aber sie muss zumindest die Betriebskosten abdecken können. Das geht mit Programmen aus der Bundesebene und ergänzend aus den Landesmitteln bzw. aus Initiativen der Bevölkerung, die hier gerade vor Ostern viele Pakete für die Kinder gekauft haben, mit Tieren und mit Gutscheinen, die einfach dann etwas Geld in dieser Zeit hereingespielt haben.

Genau hier ist auch ein wichtiger Beitrag mit den Interessentenbeiträgen, die jetzt den Betrieben mehr oder minder erlassen werden. Nämlich allen Betrieben in den 250 Tourismusgemeinden, die keine Beiträge bezahlen, aber das Land trotzdem diesen Beitrag übernimmt und an die Tourismusverbände ausgibt. Die Tourismusverbände sind ein wichtiger Teil innerhalb der ganzen Tourismusbranche. Hier jetzt Werbung zu machen, und wir wissen auch, dass es den Gemeinden zu Gute kommt, wenn der Tourismus wieder anspringt, weil dann wieder Kommunalsteuern fließen, sondern auch weil dort viele Gemeinden einen Teil der Tourismus-Interessentenbeiträge hernehmen für das Start-Marketing, dass das wieder hier laufen kann und das auch ausbezahlt werden kann.

Kinderbetreuung wurde schon erwähnt und wurde auch von uns klar den Gemeinden eine Zusage gemacht, dass sie genau das bekommen, was ihnen zugesagt worden ist, nicht wenn die Gruppen zu sind, dass sie keine Beiträge mehr haben. Das ist auch ein wichtiges Signal für die Gemeinden. Es war auch ein Thema mit den Kinderbussen, dass für zumindest ein Monat einmal klar war, das wird normal weitergezahlt und für das nächste Monat einmal die Grundpauschalen. Da muss man mit den Unternehmen verhandeln, wie schaut das aus. Da sehen wir nämlich, wie viele Unternehmer jetzt doppelt und dreifach belastet sind. Der Ausflugstourismus ist weg, die Reisebusse haben keine Fahrten mehr, die werden auch nicht so schnell wieder kommen. Du kannst das einfach nicht dann im Herbst, wenn das wieder losgeht, gleich wieder aufholen. Es fallen die Schülertransporte weg, es fallen die Kindergartentransporte weg. Das sind riesen Bereiche, wo man sieht, was denn da dranhängt. Was das auch für die Menschen bedeutet, die in diesem Bereich arbeiten, die diese Dienste aufrechterhalten müssen. Wir brauchen ab dem Herbst wieder ein volles Schulbus- und Kindergartenbussystem, so müssen wir diese Firmen auch durch diese Krise tragen. Die Gemeinden werden gefordert sein, genau das hier gut abzudecken. Die Kosten, die bei den Gemeinden hängen bleiben, dürfen nicht mehr werden. Das halten wir nicht mehr durch.

Start-ups und Digitalisierung ist auch ein Thema im Nachtragsvorschlag. Ich habe lachen müssen, wie schnell das gegangen ist, wir hätten am Dienstag noch ein großes Thema gehabt mit Breitband, ein Vortrag im centro vor der Leader-region, Georg Ecker weiß es, das ist kurzfristig abgesagt worden. Jetzt sind sehr viele auf Home-Arbeitsplätze umgestiegen. Viele Sachen gehen in Video-Konferenzen. So viel telefoniert unter Anführungszeichen mit dem Fernseher oder dem Computer habe ich schon lange nicht mehr. Jetzt merkt man, wie wichtig das wäre. Es funktioniert noch bei uns in Rohrbach, zum Beispiel, aber trotzdem, wenn dann noch jemand daheim ist, der streamen muss und Hausübungen machen muss, dann wird das schon sehr zäh, dass hier Bits und Bites durchgehen. Viele Firmen, kleine Geschäfte, die plötzlich ihre Angebote online gestellt haben, dass sich Plattformen gebildet haben, ob bei der Wirtschaftskammer, bei der Landwirtschaftskammer, was vorher schwierig war, weil da könnte man ja jemanden vergessen und so weiter, plötzlich ist es einfach gemacht worden. Weil man gesagt hat, jetzt schauen wird nicht, was geht nicht, sondern was geht. Das tun wir, und wenn wir drauf kommen, dass etwas fehlt, müssen wir es eben nachholen.

Ein Punkt, der auch ganz wertvoll ist, und das ist vom zuständigen Landesrat gar nicht erwähnt worden, das ist diese Taskforce, die beim biz-up angesiedelt ist. Ich habe das schon ein paar Mal gehört, Steuerberater sind ganz wichtige Partner für die Betriebe, aber natürlich auch immer wieder andere Leute zu fragen, wo kann ich das, wie mache ich denn das am besten, wie kann ich die Förderung am besten anbringen, was ist am gescheitesten, wie komme ich über die Runden, da ist das biz-up, da ist die Wirtschaftskammer sehr hilfreich. Ich bekomme als Unternehmerin laufend Informationen, dass es nicht immer ganz leicht ist, alles zu verstehen, und ich glaube Kollegin Kölblinger als Steuerberaterin kann mir da beipflichten, dass da immer wieder Neuigkeiten kommen, aber das ist auch diesen schnellen

Notwendigkeiten geschuldet, dass nicht alles gleich optimal läuft, aber alle bemühen sich, dass sie das Beste daraus machen.

Diese Ergänzung zu den Bundesmitteln ist ganz wichtig. Was noch fehlt, das ist auch teilweise schon angesprochen worden bei meiner Rede zum SPÖ-Antrag und auch im SPÖ-Antrag drinnen. Mir fehlen ich glaube, da müssen wir uns einfach noch was Gemeinsames überlegen zu dem Sozialhilfefonds. Einen Corona-Zuschlag genau bei der Sozialhilfe, genau für diese ärmsten Gruppen, für dieses soziale Netz noch ein Stück in dieser Zeit verstärken auch mit dem Arbeitslosengeld. Da ist heute auf Bundesebene einiges gelungen im Ausschuss, aber ich glaube, da braucht es auch noch einmal Klarheit, was das dann insgesamt heißt.

Wir haben den Antrag mit den Kulturschaffenden. Auch hier, natürlich gibt es eine Zusage für Vereine, für große Kultureinrichtungen, aber auch hier irrsinnig viele Kleinunternehmer, sage ich jetzt einmal, die jetzt einfach vor dem Nichts stehen. Ich habe es heute, und das werden vielleicht manche gelesen haben in den Nachrichten von Mario Sacher, der als Kabarettist auch bei einigen Veranstaltungen des Landes Oberösterreich aufgetreten ist, bei den Wirtschaftsveranstaltungen in der letzten Zeit habe ich ihn immer wieder auch persönlich getroffen. Ich kenne ihn schon sehr lange.

Ja, der schreibt jetzt ein neues Programm. Er hat gerade ein neues Programm, aber er muss sein Programm umschreiben. Also der wäre genau der Richtige und ist auch derjenige, der jetzt ein Arbeitsstipendium braucht und das nutzen kann. Das gibt es bis dato so in der Form nicht. Also hier denke ich, müssen wir gemeinsam schauen, was können wir bei den Mitteln, die von der Kulturebene schon da sind, und der Herr Landeshauptmann ist da eh sicher dabei, das zu evaluieren, was braucht es da noch, welche Gruppierungen fallen uns da noch ein Stückchen aus der Unterstützung raus.

Aber auch der Konsum gehört angekurbelt und ich glaube, das ist auch schon durchgekommen, es hilft uns alles nichts, wenn wir die Geschäfte aufsperrn, wenn die Leute kein Geld mehr haben oder keine Zuversicht mehr haben, dass sie zum Beispiel aus der Arbeitslosigkeit herauskommen, dass sie aus der Kurzarbeit schnell herauskommen, dass sie in der nächsten Zeit dann nicht wieder irgendwo betroffen sind von der Arbeitslosigkeit, weil auch wenn der Betrieb wieder aufsperrt, und wir wissen, viele kämpfen trotzdem mit dem Aufsperrn wieder ums Überleben. Und es ist nicht unbedingt gerade ein Sicherheitsfaktor für die Menschen, dass sie gerne konsumieren. Und ich glaube, da braucht es sicher auch noch Pakete.

Was am Arbeitsmarkt ist, ist schon angesprochen worden. Da werden wir mit den sieben Millionen Euro sicher nicht auskommen. Aber da muss man auch gezielt schauen, was braucht man denn und was macht dann wirklich auch Sinn? Auch mit den Kosten für die Ausstattung der Schulen, und da ist im SPÖ-Antrag ja was drinnen. Und ich glaube, wir haben mit unserem Antrag auch noch einmal einen ganz genaueren Bereich, also nicht mit der Gießkanne darüber, sondern wirklich zu schauen, wo braucht es ein Bedürfnis? Und auch das ist eine Entlastung der Gemeinden, weil die Gemeinden sind die Schulerhalter. Das heißt, wenn da Geld vom Land kommt und das Land unterstützend hilft, dass dann Familien, die momentan nicht so gut ausgestattet sind, es hilft aber auch den Gemeinden als Schulerhalter. Und ich glaube, in diesem Zusammenhang muss man alles das genau anschauen. Wem bringt es wirklich was und wem sind wir auch in der Verantwortung, damit sie gut über die Runden kommen.

Und mir ist schon ganz besonders wichtig auch beim Aufbau. Also jetzt sind wir gerade beim Hilfe leisten, das Ärgste zu verhindern. Dann sind wir schon ein Stück beim Stabilisieren und jetzt geht es in der nächsten Zeit um den Aufbau. Und diesen Aufbau, den müssen wir nachhaltig gestalten. Und ich sehe Nachhaltigkeit einerseits wirklich im ökonomischen Sinne, aber auch im ökologischen. Machen wir nicht die Fehler und investieren wir einfach, Hauptsache wir investieren was, sondern schauen wir genau drauf, was bringt denn das nachhaltig auch für die Umwelt und für das soziale Miteinander?

Und da ist gerade der Tourismus ein riesengroßes Thema. Da können wir jetzt die Chance nutzen, mit unserer Region, mit unserem Land Oberösterreich, mit unserer tollen Naturlandschaft genau diesen Parameter in den Vordergrund zu stellen und nicht immer nur auf Nächtigungen, weil da werden wir noch länger ein Problem haben. Schauen wir, ob wir Qualität liefern können, ob wir da noch verbessern können, ob wir weiterentwickeln können, tolle Angebote für unsere Bevölkerung, die in der Zeit jetzt nur mehr Urlaub in Österreich machen wird und viel öfter vielleicht machen wird in Österreich als sonst, und dass sie tolle Angebote haben. Und auch die Einheimischen in dieser Zeit des Zuhausebleibens jetzt die Sehnsucht haben, raus zu gehen.

Und da können wir auch in der Region unsere touristischen Highlights nutzen und können das gemeinsam machen. Und schauen wir auch bei den neuen Investitionen, dass wir niemanden auf der Strecke lassen, dass wir einen sozial verträglichen Aufbau schaffen, dass wir das Miteinander, das, was wir jetzt gelernt haben und das regional in den Vordergrund stellen. Und ich möchte nicht regional versus Globalisieren ausspielen. Ich glaube, das Regionale ist wichtig und es ist schon gesagt worden, auch im Sinne eines exportorientierten Bundeslandes und einer exportorientierten Wirtschaft müssen wir das auch im Fokus haben.

Aber gezeigt hat uns jetzt auch, wenn wir nicht in der Region in Oberösterreich oder in Österreich gute Standbeine oder in Europa einen guten Markt haben, dann wird auch der überregionale Markt keine Bedeutung haben. Und ich glaube, genau an diesem Miteinander, an dieser Balance sollten wir arbeiten. Daher ein Ja zum Nachtrag, und wir werden einfach schauen, dass wir gemeinsam ein weiteres Bündel schnüren können, damit wir für Oberösterreich das Beste erreichen. Danke. (Beifall) Jetzt seid ihr schon recht müde beim Klatschen, das merke ich schon. (Heiterkeit. Unverständliche Zwischenrufe.)

Zweiter Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Gerstorfer.

Landesrätin **Gerstorfer, MBA:** Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher! 580 Millionen Euro für Oberösterreich, das größte Paket offenbar aller Zeiten. Ein bisschen relativieren muss man es schon, weil 580 Millionen Euro minus 400 Millionen Euro an Haftungen, Stundungen und Bürgschaften ist nicht neues Geld, das in die Wirtschaft kommt, sondern Absicherung von Krediten und Stundungen von Abgaben, die halt dann später fällig sind für die Unternehmen.

80 Millionen Euro für Schutzausrüstung. Natürlich für die Menschen in Oberösterreich, keine Frage. Aber wahrscheinlich in einem sehr hohen Maße dann wieder refundiert durch den Bund. Wir hoffen es zumindest für das oberösterreichische Budget, no na ned. Aber es sind 80 Millionen Euro, die zwar in dem Paket verpackt sind, aber nicht auf das Konto von Oberösterreich gehen werden, vor allem nicht zur Gänze.

Und wenn man auf diese 80 Millionen Euro blickt, dann kann ich mir ehrlicherweise nicht verkneifen, dass wir nach wie vor keine volle Schutzausrüstung in den Pflegeheimen, in den

mobilen Diensten und in dem Bereich des Chancengleichheitsgesetzes haben und teilweise dort nur teilausgestattet sind, jedenfalls aber dort, wo es Corona-Fälle gibt, das muss man natürlich auch betonen.

Ja, dann bleiben 100 Millionen Euro übrig. Darunter sind laut Herrn Klubobmann Mahr 23 Millionen Euro für Soziales. Ich habe jetzt ein bisschen nachgerechnet, wie man auf diese Zahl kommen kann. Ja, zehn Millionen Euro eh, aber wenn man diese zehn Millionen Euro betrachtet, dann sind es geschätzt fünf Millionen Euro für Taschengeld für Menschen mit Beeinträchtigungen, die aus meiner Sicht sowieso nie zur Diskussion standen, weil es einfach ehrlicherweise ein bisschen schäbig ist, wenn man den Menschen, die in Werkstätten arbeiten, um 80 Cent bis vier Euro, das noch wegnehmen wollte und die zweiten fünf Millionen Euro sind Akontozahlungen für die mobilen Dienste. Das heißt Vorauszahlungen, um Liquidität zu erhalten, und das ist auch nicht zusätzliches Geld, das da in die Sozialbetriebe gepumpt wird. (Unverständlicher Zwischenruf)

Ich habe es eh in meinem Budget. Ja genau, aber es sagt keiner, dass das ein zusätzliches Budget ist, oder? Ich habe noch niemanden gehört, der gesagt hat, er gibt mir zehn Millionen Euro mehr. Schön wäre es.

Und dann kommen noch die Hilfen in besonderen Lebenslagen dazu. Drei Millionen Euro, wovon eineinhalb Millionen Euro sowieso im Budget sind und das aufgedoppelt wird zu den drei Millionen Euro. Es kommt zu den Menschen, da brauchen wir nicht reden, aber es sind halt auch nur eineinhalb Millionen Euro und nicht drei. Und die zehn Millionen Euro für die Kinderbetreuung gehen auch an die Gemeinden und nicht im sozialen Bereich an die Menschen. Das ist einfach so.

Das heißt, die Frage stellt sich schon sehr stark: Wurde denn an alle gedacht? An alle in Oberösterreich, die substituierend nicht von anderen etwas bekommen und die vielleicht doch in einer schwierigen Lebenslage sind? Und da kann man eigentlich nur mit der Antwort nein antworten, weil es einfach nicht so ist. Und das ist auch der Grund, warum wir als Sozialdemokratie ein Paket geschnürt haben, das vielleicht auch nicht den Anspruch hat, an alle gedacht zu haben, aber jedenfalls den Anspruch hat, an viel, viel mehr gedacht zu haben, also diejenigen, die sich in diesem 580-Millionen-Paket abbilden.

Und da geht es um die Arbeitslosen. Wie schon gesagt, 71 Prozent mehr. 20.000 Personen mehr als im Vorjahr im März. 40 Prozent von denen haben eine Wiedereinstellzusage, das sind genau 8.000 Personen. Und 12.000 Personen sind tatsächlich ohne Perspektive mehr arbeitslos. Und da reichen einfach sieben Millionen Euro nicht, die in diesem Paket drinnen sind. Sieben Millionen Euro für Implacment Stiftung, für Outplacement Stiftung und für Insolvenzstiftungen. Und jetzt sage ich, Outplacement kostet nichts, das weiß ich ziemlich genau. Implacment kostet vielleicht was, je nachdem wie es geregelt ist, und da ist ein Teil auch im Sozialbudget abgebildet. Und dann müssen wir warten, dass ein Haufen insolvent wird, damit wir die Insolvenzstiftungen ausgeben können.

Und deswegen ist in unserem Paket eine Corona-Stiftung drin, wo das Land den Arbeitgeber ersetzt, die Kosten für die Ausbildungen ersetzt und die Stipendien ersetzt und damit über 1.500 Menschen geholfen werden kann. (Beifall)

Und seit langem diskutieren wir schon über die Mieten und über die Wohnbeihilfe und über das stabile Paket bei sieben Euro pro Quadratmeter. Zehn Jahre ist das gleich. Ich glaube, Miete ist heute deutlich teurer, und es wird in dieser Zeit, wo sage und schreibe 37 Prozent

der Beschäftigten entweder von Arbeitslosigkeit oder von Kurzarbeit betroffen sind, sicher ein Thema sein, wie man sich denn Miete leisten kann.

Ein Punkt, und da sind wir sicher nicht im Wettbewerb mit anderen, nämlich nicht mit dem Bund, ist der Teil für die geringfügig Beschäftigten. Kein Mensch schert sich um die geringfügig Beschäftigten. Wir haben 51.000 geringfügig Beschäftigte in Oberösterreich, zu zwei Dritteln Frauen. 15.000 davon sind in der Gastronomie und im Handel. Genau die Branchen, die am stärksten betroffen sind von den Betriebsschließungen. Die geringfügig Beschäftigten scheinen nirgendwo auf als Arbeitslose, sie bekommen auch kein Arbeitslosengeld, sie bekommen auch keine Kurzarbeit und daher braucht es für diese Zielgruppe, weitestgehend Frauen, weitestgehend im Niedrigsteinkommensbereich, eine Unterstützung und deswegen auch die Forderung einer Förderung von 70 Prozent des ehemaligen Einkommens für geringfügig Beschäftigte. (Beifall)

Ich weiß nicht, ob irgendwer schon nachgerechnet hat, was einem abgeht, wenn man 1.700 Euro brutto verdient und in der Kurzarbeit ist. Das sind 290 Euro im Monat. Also wirklich viel. Und das ist dann noch einmal verstärkt, wenn man Kinder hat. Weil der Familienbonus auch noch wegfällt, weil die Steuern ja nicht anfallen. Weil wenn man keine Steuern zahlt, kann man auch sozusagen keinen Familienbonus kriegen. Das heißt, Alleinerziehende in bestimmten Einkommenskategorien trifft das extrem. Und daher auch von uns die Forderung, Alleinerziehende unter einer bestimmten Einkommensgrenze mit einem Bonus von 1.000 Euro auszustatten. (Beifall)

Das gehört zur Armutsbekämpfung. Genauso zur Armutsbekämpfung gehört, die Sozialhilfe für die Kinder wieder anzuhoben. Die können überhaupt nichts dafür. Das ist auch eine Forderung, die die Ulli Schwarz gerade formuliert hat. Das ist eine Forderung, die die Caritas aufstellt und die nicht alleine. Viele Sozialeinrichtungen tun das. Daher erneut eine Diskussion über die Beiträge in der Sozialhilfe für die Kinder zu führen, ist, glaube ich, eine echte Frage der Gerechtigkeit und auch eine echte Frage der Armutsbekämpfung für unsere Oberösterreichinnen und Oberösterreicher. (Beifall)

Und irgendwie schaut es so aus im 580-Millionen-Paket, dass Bildung überhaupt keine Rolle spielt. Wir haben eine Unmenge von Kindern, die nicht mitkommen. 500, fast 600 Kinder haben die Lehrerinnen und Lehrer völlig aus den Augen verloren in dieser Zeit. Viele haben keine technische Ausstattung zuhause oder bestenfalls ein Handy, mit dem sie lernen sollen. Andere nehmen es vielleicht nicht so ernst. Bei den Nächsten sind vielleicht die Eltern nicht in der Lage, sie zu unterstützen, und es wird eine große Anzahl von Schülerinnen und Schülern geben, die nicht mitkommen, wenn dann der Schulbetrieb wieder im Normalbetrieb aufgenommen wird. Die werden die Lerninhalte nicht geschafft haben in diesen voraussichtlich mehr als zwei Monaten, und daher braucht es zusätzliche Stunden im Förderunterricht, es braucht zusätzliche Schulassistenz, es braucht zusätzliche Lern-Software für die Lehrerinnen und Lehrer und auch die Schülerinnen und Schüler und auch eine ordentliche technische Ausstattung für die, die aktuell aufgrund dessen nicht dabei sein können.

Und ein ganz großer Brocken unseres Paketes ist der Teil für die Gemeinden. Die Gemeinden, heute schon mehrfach besprochen, verlieren vieles an Einnahmen über die Kommunalsteuern, über den Finanzausgleich. Sie sind die, die in der regionalen Wirtschaft ankurbeln, die investieren, die Gelder ausgeben. Das wird im nächsten Jahr, in den nächsten Monaten nicht leicht sein, die Projekte umzusetzen. Es wird nicht leicht sein, Feuerwehren, Vereine, Sportvereine, Musikvereine zu unterstützen, weil es hinten und vorne natürlich knapp sein wird und zwicken wird.

Und deswegen ganz klar: Abschaffung der Landesumlage für die Gemeinden, 123 Millionen Euro in die Investitionen, in die Regionen, in die Vereine, in die Menschen, in die Freiwilligen, und das ist ganz, ganz wichtig. (Beifall)

Aber auch die Sozialunternehmen müssen sich auf das Land verlassen können. Auch das ist heute schon besprochen worden. Innerhalb meines Budgets kann ich Garantien abgeben, dass das, was geleistet wird, auch finanziert wird. Dass die Sozialbetriebe nicht auf ihren Kosten sitzen bleiben, ganz klar. Aber darüber hinaus wird einiges entstehen durch Einnahmenseinbußen, durch weniger Produktivität in Beschäftigungsprojekten zum Beispiel, und auch das muss abgesichert sein.

Über die Kunst und Kultur haben wir schon gesprochen. Über die Anhebung des Arbeitslosengeldes haben wir schon gesprochen. Angedeutet wurde auch schon, dass wir wollen, dass die Indexierung der Familienbeihilfe für die 24-Stunden-Betreuerinnen wieder aufgehoben wird. Ich glaube, das ist wirklich etwas, das mit Respekt und Wertschätzung zu tun hat. Wir warten alle wie auf einen Bissen Brot, dass endlich irgendein Zug zwischen Rumänien und Oberösterreich hin und her fährt, damit wir für unsere Pflegebedürftigen in Oberösterreich wieder weiterhin die eingespielten Betreuungsvorsorgen zur Verfügung stellen können. Aber die Familienbeihilfe sind wir diesen Frauen nicht wert. Also das passt einfach hinten und vorne nicht zusammen und ich glaube, da müssen wir einen neuen Blick darauf werfen.

Über Beteiligungen an Unternehmen wollen wir diskutieren. Statt Haftungen und Bürgschaften damit unterstützen mit einer Zukunftsperspektive, die nur jetzt in Schwierigkeiten sind, wo vielleicht auch das Land Oberösterreich dann profitieren könnte. All das zusammen ist ein Paket von 254 Millionen Euro. Ein Paket, das tatsächlich bei den Menschen ankommt. Überschlagsmäßig, zusammengerechnet mehr wie 200.000 Personen, die dieses Paket adressiert.

Und der Landesrat Achleitner hat das in seinem Eingangsstatement schon gesagt: Was fehlt und was wir noch brauchen, über das werden wir diskutieren. Ich tu das gerade, und wir machen dazu konkrete Vorschläge. Weil es natürlich notwendig ist, und das ist undiskutiert, Arbeit zu erhalten. Da brauchen wir nicht reden. Es ist wichtig, die Unternehmen zu unterstützen, dass sie nicht insolvent werden, dass sie ihre Arbeitsplätze erhalten können und dass die Menschen dort weiterbeschäftigt werden können.

Es geht aber auch darum, Menschen in Beschäftigung zu bringen. Da sind mir ehrlicherweise sieben Millionen Euro ein bisschen zu wenig. Ich kann nichts anderes dazu sagen. Aber es geht auch um mehr. Es geht darum, soziale Notlagen wirksam zu bekämpfen, die Menschen mitzunehmen und über diese Krise zu tragen. Es geht darum, die Nachfrage anzukurbeln. Wenn die Menschen mehr Geld haben, wird auch mehr konsumiert. Es geht darum, die Daseinsvorsorgen in der Gemeinde zu sichern und es geht darum, die Bildungsstandards für unsere Kinder und Schülerinnen und Schüler abzusichern. Dankeschön. (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Haimbuchner:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung, hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer schnell hilft, hilft doppelt. Der Wirtschafts- und Industriestandort Oberösterreich hat der Politik zahlreiche Gestaltungsmöglichkeiten in guten Zeiten gegeben.

Jetzt ist es notwendig, dass wir der Wirtschaft und der arbeitenden Bevölkerung etwas zurückgeben: Sicherheit, Berechenbarkeit, Planbarkeit. Und was ich nicht mehr hören kann in dieser Diskussion ist, dass was wirklich bei den Menschen ankommt. Ich frage mich das wirklich, wo arbeiten die Menschen? In Betrieben arbeiten die Menschen, die Menschen konsumieren Waren, die in Betrieben hergestellt werden und Betriebe werden auch von Menschen geführt. Deswegen bitte hören wir auf mit diesem Auseinanderdividieren zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Irgendwelche Modelle aus der Mottenkiste sind jetzt in dieser Zeit wirklich nicht angebracht. (Beifall)

Und ich nehme auch Bezug auf dieses Thema Wohnen als Wohnbaureferent, weil ich es geradezu eine Chuzpe befinde, wie die SPÖ dieses Thema derzeit diskutiert, wo man sagt, warum wir nicht überhaupt die Wohnbeihilfe anheben? Weil wir sie mit 1. Jänner angehoben haben. Wir heben jedes Jahr die Wohnbeihilfe an, jedes Jahr wird die Wohnbeihilfe evaluiert und auch erhöht mit einstimmigem Beschluss in der Landesregierung, meistens im Dezember des Vorjahres. Das hat man offensichtlich vergessen. Und jetzt diskutiert man um die Sieben-Euro-Grenze, gerade jetzt, wo der Immobilienmarkt nämlich wirklich einmal, nämlich manche Eigentümer unter Druck kommen, da will man jetzt auf einmal die Grenze, die sowieso nicht gerechtfertigt ist, dass man sie aufhebt, aber da will man sie jetzt absolut aufheben.

Ich sage gleich vorweg, bei der Wohnkostenhilfe spielt die Sieben-Euro-Grenze überhaupt keine Rolle. Und da haben wir wirklich rasch geholfen. Und da bedanke ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung für Wohnbauförderung, weil da sind jetzt, wieviele Anträge weiß ich jetzt nicht ganz genau, aber schon Tausende Anträge eingelangt und dort wird wirklich versucht, dass man schnell und rasch entsprechend hilft, vielen, vielen Dank hier an die Mitarbeiter auch. (Beifall)

Und was haben denn die SPÖ-regierten Bundesländer gemacht bei der Wohnkostenhilfe? Was haben sie dort wirklich gemacht? Dort ist überhaupt nichts wahrnehmbar. Wir haben uns sofort eingesetzt, dass die Delogierungen gestoppt werden, auch bei der Bundesministerin für Justiz. Wir haben uns sofort dafür eingesetzt, dass natürlich auch Darlehen und Kredite gestundet werden, dass man auch hilft und dass man auch, und das sage ich auch gleich vorweg, dass man auch Eigentümern von Eigenheimen hilft. Weil wenn da jetzt beide die Arbeit verloren haben und ihre Kredite nicht zurückbezahlen können, dann müssen wir auch diesen Leuten in dem Land helfen, und das tun wir damit.

Und wir können ganz einfach, wir können ganz einfach auch, wir können auch ganz einfach die Wirtschaft unterstützen. Lieber Kollege Makor, aber da braucht man dann auch die Gemeinden dazu, aber in erster Linie brauchen wir den Gesundheitsminister dazu, dass die Bauverhandlungen auch wieder durchgeführt werden. Wenn man jetzt von großen Paketen spricht in den Gemeinden, was die Kinderbetreuungseinrichtungen und die Schulen und alle diese Investitionen anbelangt, dann bin ich schon ganz dabei bei der Diskussion, die geführt wird, aber ohne Baubewilligung gibt es auch kein Projekt, das man realisieren kann, rechtskonform. Deswegen ist es unbedingt notwendig, dass die Ausnahmen erweitert werden auf Bundesebene, dass auch Bauverhandlungen wieder durchgeführt werden können.

Das ist das Notwendige, und da erwarte ich mir dann auch natürlich von Kommunen, die brauchen zuerst einmal Rechtssicherheit, und ab da erwarte ich mir, dass dann auch entsprechend die Verfahren durchgeführt werden können. Und dieses Thema werde ich jetzt weitertreiben, weil es hier auch null um Ideologie geht, und da geht es auch gar nicht darum, nehmen wir mehr Geld in die Hand, sondern da geht es darum, dass Projekte, die bereits vorhanden sind, im Hochbaubereich, im Tiefbaubereich, die den Wirtschaftsstandort

Oberösterreich auch sichern und auch was die digitale Infrastruktur betrifft, dass dort ganz einfach die entsprechenden Verfahren abgehandelt werden, damit wir investieren können, nämlich dieses Geld, das vorhanden ist und das bereits grundsätzlich auch bewilligt wurde.

Das, was wir brauchen, ist einfach die Unterstützung auch des Mittelstandes. Ich sage das vorweg, ich habe in den vergangenen Tagen auch immer wieder vom Patriotismusprinzip gesprochen. Das trifft gerade auch den Wirtschaftsstandort Oberösterreich im positiven, dass wir natürlich in erster Linie auch durch diese Maßnahmen jene unterstützen im Land Oberösterreich, die auch hier ihre Steuern bezahlen, die hier ihren Sitz haben, die hier unmittelbar auch investieren, die aber auch unmittelbar mit den Arbeitnehmern, natürlich auch ihre Solidarität mit dem Staat gezeigt haben in den vergangenen Jahrzehnten, und da müssen wir einiges zurückgeben.

Standortsicherheit ist natürlich nicht nur die wirtschaftliche Sicherheit, sondern ist natürlich auch die soziale Absicherung. Und da kann ich nur eines sagen, da hat mein Ressort jedenfalls alle Hausaufgaben erfüllt.

Und wenn man jetzt schon wieder diskutiert, wo man noch Geld verteilt, dann sage ich dieses Paket, das beschlossen wurde, und ich bedanke mich auch da für die Zusammenarbeit bei dir, lieber Markus Achleitner, auch dass man wirklich, ich sag jetzt auf kaskadisch sich auf das System eingestellt hat und gesagt hat, wo fällt der eine oder andere durch den Rost, dem wollen wir helfen. Und was dann am Ende dieses Jahres noch diskutiert werden muss, was das kommende Jahr betrifft, das werden wir aber in den nächsten Monaten diskutieren. Niemand kann seriös sagen, was ist ab September, was ist ab Oktober und was wird nächstes Jahr sein? Und dann werden wir auch wieder die entsprechenden Maßnahmen treffen.

Aber abschließend möchte ich zu dieser Diskussion, einen Tausender für die Alleinerziehenden, sagen, Familien haben Belastungen, Alleinerziehende haben Belastungen, Arbeitgeber haben Belastungen, Arbeitnehmer haben Belastungen, auch Pensionisten haben besondere Belastungen derzeit, weil sie oft zur Risikogruppe gehören und wirklich besonders in ihrer individuellen Freiheit eingeschränkt sind. Aber einfach so zu sagen, weil wir jetzt über Geld diskutieren und über Haftungen diskutieren, jetzt überlegen wir, wo wir jetzt noch geschwind einmal irgendwie verteilen, ehrlich gesagt, von dem halte ich nichts. Wir sollen die unterstützen, die unterstützungswürdig sind, die sich wirklich in einer Notlage befinden, aber es befindet sich nicht jede Alleinerziehende in einer Notlage und auch nicht jeder Alleinerziehende. Und die Familien sollten euch was Wert sein und die sind euch heute in der Diskussion rund um den Kinderbetreuungsbonus null Wert gewesen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir unterstützen dieses Paket! (Beifall)

Zweiter Präsident: Mir liegt nun keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Wir werden bei der Abstimmung so vorgehen, dass wir zunächst über den Zusatzantrag und dann über den mündlichen Geschäftsantrag auf eine getrennte Abstimmung über den Punkt 2. a) Art. I Z 3 zweiter Absatz im Beschlussteil einerseits und dem Rest der Beilage 1335/2020 andererseits Beschluss fassen werden.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1342/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden wird.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die den Geschäftsantrag auf eine getrennte Abstimmung über Punkt 2. a) Art. I Z 3 zweiter Absatz im Beschlussteil einerseits und dem

Rest der Beilage 1335/2020 andererseits zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Ich bitte die Mitglieder des Landtags, die dem Punkt 2. a) Art. I Z 3 zweiter Absatz im Beschlussteil der Beilage 1335/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist, nein, mehrheitlich angenommen worden ist, pardon!

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Rest der Beilage 1335/2020, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend den Nachtrag zum Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Finanzjahr 2020, zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Jetzt ist es einstimmig, hab ich Recht? Jawohl! Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist und damit die Beilage 1335/2020 in ihrer Gesamtheit mehrheitlich angenommen worden ist.

Wir kommen nun zu den Beilagen 1336/2020 und 1337/2020. Bei der Beilage 1336/2020 handelt es sich um die Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Oö. COVID-19-Gesetz. Bei der Beilage 1337/2020 handelt es sich um die Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Verwaltungsabgabengesetz 1974 geändert wird.

Aufgrund des sachlichen Zusammenhanges werden diese beiden Beilagen in einer gemeinsamen Wechselrede durchgeführt. Die Abstimmung erfolgt natürlich getrennt für die beiden Vorlagen. Ich bitte nun Herrn Landeshauptmann Mag. Stelzer, über beide Beilagen zu berichten.

Landeshauptmann **Mag. Stelzer**: Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Danke, dass beide Beilagen als dringliche Regierungsvorlagen heute auch zum Beschluss kommen können, sowohl das Sammelgesetz, das COVID-19-Gesetz wie auch die Änderung des Verwaltungsabgabengesetzes.

Beilage 1336/2020 Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz mit dem ein Landesgesetz betreffend Begleitmaßnahmen im Zusammenhang mit COVID-19 erlassen und das Oö. Chancengleichheitsgesetz, das Oö. Gemeinde-Dienstrechts- und Gehaltsgesetz 2002, das Oö. Gemeindebedienstetengesetz 2001, das Oö. Gemeinde-Unfallfürsorgegesetz, das Oö. Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, das Oö. Kinder- und Jugendhilfegesetz 2014, die Oö. Kommunalwahlordnung, das Oö. Krankenanstaltengesetz 1997, das Oö. Kranken- und Unfallfürsorgegesetz für Landesbedienstete, das Oö. Land- und forstwirtschaftliche Schulgesetz, das Oö. Landesbeamtenengesetz 1993, das Oö. Landes-Vertragsbedienstetengesetz, das Oö. Lehrer-Kranken- und Unfallfürsorgegesetz, das Oö. Leichenbestattungsgesetz 1985, das Oö. Pflichtschulorganisationsgesetz 1992, das Oö. Schulzeitgesetz 1976, das Oö. Sozialhilfegesetz, das Oö. Statutargemeinden-Bedienstetengesetz 2002 und das Oö. Tourismusgesetz 2018 geändert werden (Oö. COVID-19-Gesetz).
(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1336/2020.)

Die Oö. Landesregierung beantragt, der Oö. Landtag möge das Landesgesetz, mit dem ein Landesgesetz betreffend Begleitmaßnahmen im Zusammenhang mit COVID-19 erlassen und

das Oö. Chancengleichheitsgesetz, das Oö. Gemeinde-Dienstrechts- und Gehaltsgesetz 2002, das Oö. Gemeindebedienstetengesetz 2001, das Oö. Gemeinde-Unfallfürsorgegesetz, das Oö. Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, das Oö. Kinder- und Jugendhilfegesetz 2014, die Oö. Kommunalwahlordnung, das Oö. Krankenanstaltengesetz 1997, das Oö. Kranken- und Unfallfürsorgegesetz für Landesbedienstete, das Oö. Land- und forstwirtschaftliche Schulgesetz, das Oö. Landesbeamtengesetz 1993, das Oö. Landes-Vertragsbedienstetengesetz, das Oö. Lehrer-Kranken- und Unfallfürsorgegesetz, das Oö. Leichenbestattungsgesetz 1985, das Oö. Pflichtschulorganisationsgesetz 1992, das Oö. Schulzeitgesetz 1976, das Oö. Sozialhilfegesetz, das Oö. Statutargemeinden-Bedienstetengesetz 2002 und das Oö. Tourismusgesetz 2018 geändert werden (Oö. COVID-19-Gesetz), beschließen. Es wird vorgeschlagen, diese Regierungsvorlage gemäß § 25 Abs.5 LGO 2009 keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.

Beilage 1337/2020 Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Verwaltungsabgabengesetz 1974 geändert wird. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1337/2020.)

Die Oö. Landesregierung beantragt, der Oö. Landtag möge 1. diese Regierungsvorlage gemäß § 25 Abs. 5 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zur Vorberatung zuweisen sowie 2. das Landesgesetz, mit dem das Oö. Verwaltungsabgabengesetz 1974 geändert wird, beschließen.

Zweiter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Schießl.

Abg. **Schießl:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich möchte heute hier die Gelegenheit nutzen, mich als Unternehmer zu melden, meine Erfahrungen der letzten fünf Wochen wiederzugeben, vielleicht kann man dann auch verstehen, dass so mancher den Glauben verloren hat. Das Wichtigste ist immer von Anfang an auch für mich gewesen, dass man die Gesundheit mit der Wirtschaft nicht ausspielen darf. Am Ende des Tages benötigt man beide zum Überleben.

Corona hat vielen Unternehmen von einem auf den anderen Tag den Boden unter den Füßen entzogen. Jeder Tag, wo dieser Zustand weiter anhält, treibt immer mehr Firmen in die Insolvenzen, kostet dem Staat ein Vermögen, viele Unternehmen verlieren die Existenz, Arbeitnehmer verlieren den Arbeitsplatz.

Die Finanzämter kennen die Wirtschaftssituation unserer Unternehmen genauestens, hätten natürlich auch gewusst, wer Förderung nötig hat und wer förderungswürdig gewesen ist. Deswegen ist es mir etwas unverständlich, warum hier die Förderungsverteilung die Wirtschaftskammer übernommen hat. Aber trotz alledem mussten natürlich dadurch unsere Unternehmer sehr sensible Daten an die WKO weitergeben, was eigentlich nur bei der Finanz sein sollte.

Nach dem Shutdown wurde verkündet, gemeinsam schaffen wir das, koste es, was es wolle. Als selbst Betroffener kann ich heute sagen, koste es, was es wolle, waren situationsgeduldete Worte. Viele Betriebe stehen vor dem Aus. Es sind Arbeitslosenzahlen, die steigen und steigen, die sehr erschreckend sind, über 600.000 bereits jetzt. Wir haben sehr viele Personen in Kurzarbeit.

Mein Betrieb wurde im Jänner 2014 gegründet. Ich habe mit jetzigen Stand neun Angestellte und ich habe bis dato auch keinen entlassen müssen, und habe das auch nicht vor. Vor dieser

Krise hatte ich einen Auftragsstand von 130 Prozent, das heißt mehr als eine volle Auslastung. Ich habe den Überschuss mit externen Mitarbeitern Gott sei Dank immer wieder abdecken können. Ich habe in diesen sechs Jahren eine sehr gute Konjunktur vorgefunden und ich habe mir in diesen sechs Jahren einen wirklich guten Polster anlegen können. Aber ich möchte gleich vorwegnehmen, trotz dieser harten sechs Jahre wird dieser Polster bald aufgelöst sein und ich weiß nicht, ob dieser Polster reichen wird, denn ich weiß auch nicht, wie lange die Auswirkungen schließlich und endlich sich darstellen werden.

Nach dem Shutdown hatte auch ich einen Auftragseinbruch von 90 Prozent. Gott sei Dank und zum Glück musste ich nicht schließen, sondern konnte auf Sparflamme weiterfahren, aber trotz allem ist bei mir, in meinem Betrieb die Problematik, dass ich meine Aufträge hauptsächlich in Deutschland hatte und es ist bis heute für meinen Betrieb eine Gradwanderung, wenn ich nach Deutschland fahre, komm ich überhaupt nach Deutschland rein, bzw. wenn meine Mitarbeiter wieder rein kommen, kommen sie wieder rein, ohne in Quarantäne gehen zu müssen. Also das ist eine ganz heikle Sache, wie man im Innviertel das sagen möchte. Deswegen braucht natürlich auch mein Betrieb Hilfe.

Und somit komme ich zu den heute auch bereits vorgestellten Hilfen, zum Beispiel zur Direkthilfe, eine unbürokratische Soforthilfe bei Kleinunternehmen bis zu zehn Mitarbeitern in einer Höhe von maximal 1.000 Euro. Da falle ich natürlich rein. Das hört sich gut an, aber nehmen wir das genauer unter die Lupe. Das ist ein mehrseitiges Formular, das da zum Ausfüllen ist, mit vielen Daten, die das Finanzamt gehabt hätte, das das betriebseigene Personal, also meine Sekretärin nicht ausfüllen konnte, das heißt man braucht einen Steuerberater dazu, weil es nicht so einfach ist, wie das vielleicht im ersten Augenblick aussieht. Und das hätte natürlich auch wieder Kosten verursacht. Das heißt, ich rede da von Kosten, um das alleine auszufüllen von 200 bis 300 Euro. Nun ja, wenn ich vielleicht 1.000 Euro, wenn ich das höchste kriege, bekomme, dann würde da nicht allzuviel überbleiben.

Und deswegen muss ich sagen, ist eine solche Förderung für ein Einmann-Unternehmen eventuell interessant, aber für meinen Betrieb uninteressant. Und warum? Bei einem Mitarbeiterstand, den ich habe, belaufen sich die monatlichen Gehaltszahlungen jeden ersten des Monats inkl. der Gebietskrankenkassenabgaben, inklusive dem Finanzamt und inklusive der Kommunalsteuer auf etwa 30.000 Euro. Und dann bekomme ich eine Sofortförderung mit bürokratischem Verwaltungsaufwand, den ich gerade erwähnt habe, einen Höchstbetrag von 1.000 Euro. Also seid mir nicht böse, das ist für ein Unternehmen meiner Größe ein Hohn, das sind Almosen, das ist nicht einmal ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Und somit erklärt sich auch die zweite Phase, was wir schon gehört haben heute, dreimal 2.000 Euro Höchstbetrag. Uninteressant für meine Firma. Meine Kosten in diesem Zeitraum, wenn man sich das ausrechnet sind: Dreimal 30.000 Euro für Gehaltszahlungen, was ich schon gesagt habe, dreimal 15.000 Euro noch Nebenkosten, die ich habe, Strom, Leasing, Telefon, und so weiter. Und was man nicht vergessen darf, in den nächsten drei Monaten steht auch das Urlaubsgeld an. Das ist eine Einmalzahlung von 20.000 Euro. Das heißt für mich, für meinen Betrieb benötige ich in den nächsten drei Monaten fast 150.000 Euro. Und da frage ich mich, was hilft eine Soforthilfe, wenn ich die höchste bekomme und das zusammenrechne in diesen drei Monaten, mit 7.000 Euro. Das ist für mich von der Höhe her einfach nicht nachvollziehbar. Da wird man zu einem Bittsteller degradiert. Und im Innviertel sagt man, da gibt es einen Ausspruch, das ist zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben.

Aber es gibt natürlich noch weitere Möglichkeiten, wir haben es heute eh schon gehört, Stundungen und Kredite. Anfang April habe ich natürlich relativ rasch einen Anruf bekommen

von meinem Banker, der gesagt hat, grundsätzlich kein Problem, wir haben ein gutes Unternehmen, ihr steht gut da, wir können da sofort was mit einem Kredit machen. Ich hätte das bereits alles vorausgefüllt. Ich brauche eigentlich nur mehr sagen, wieviel ich benötige, und dann ist das alles kein Problem.

Ich muss ganz ehrlich sagen, ich werde keinen Kredit aufnehmen. Ich werde mein Unternehmen nicht ins Bodenlose verschulden, denn ich will das nicht riskieren, dass ich am Ende des Tages meine gesamte Existenz hier aufs Spiel setze. Und es kann mir bis heute niemand sagen, dass es im Herbst wieder anlaufen wird das Ganze und dass die 100 Prozent oder die 130 Prozent sogar, die ich vor dieser Krise gehabt habe, im Herbst wieder haben werde. Den jetzigen Ausfall, die jetzigen Monate, die wir überbrücken müssen, die werden nicht wiederkommen. Wir werden das nicht aufholen können. Das heißt Stundungen und Kredite kommen für mich nicht in Frage, denn die verschieben das Dilemma nur um ein paar Monate, und dann haben wir eventuell traurige Weihnachten. Helfen würden in diesem Fall wirklich nur Beträge, die man nicht zurückzahlen muss und die man relativ rasch eben, wie ich schon sagen wollte, bekommt.

Und da komme ich zum nächsten Thema, das ist die Kurzarbeit. Die Kurzarbeit ist eine wirkliche Hilfe. Der Arbeitnehmer erhält 80 bis 90 Prozent seines Gehaltes, auch wenn der Ausfall, wie man schon gehört hat, auch ein sehr relevanter ist, keine Frage. Aber schauen wir nach Deutschland, da sind wir bei 67 Prozent. Also da ist dieser Betrag in Österreich wirklich eine Hilfe. Man verliert den Arbeitsplatz nicht, was ja auch ganz wichtig ist, man hat eine gewisse Sicherheit. Und der Unternehmer kann den Mitarbeiter, der ja gut in der Firma sich eingearbeitet hat, halten, und das ist natürlich auch ganz wichtig. Und als Firma, als Betrieb kommt man mit seinen Fixkosten herunter, also eine Win-Win-Situation könnte man glauben, dass das wirklich eine super Lösung ist, schnell und unbürokratisch, wie man immer wieder in diesen Wochen gehört hat.

Aber da ist auch wieder die Krux begraben. Ich habe am 16. März um Kurzarbeit angesucht für fünf Mitarbeiter in meinem Unternehmen. Vom 16. März 2020 bis 27. März 2020 hat das AMS die Unterlagen für die Anmeldung zur Kurzarbeit dreimal abgeändert. Das heißt, wir haben insgesamt in diesen paar Tagen das Ganze dreimal machen müssen. Ich habe meine fünf Mitarbeiter, die ich für die Kurzarbeit angemeldet habe, trotz Ausgehbeschränkung dreimal zu mir in die Firma hereinholen müssen, dass sie das neue Formular dann wieder unterschreiben. Und wie gesagt, das wird dann dauern bis zum 27., dass wir schließlich und endlich dann einbringen haben können.

Und da haben wir natürlich dann nachgerufen, wie lange das jetzt dann dauern wird, bis wir als Firma von der Kurzarbeit den ersten Euro sehen werden, das heißt, damit meine Vorfinanzierung, meine Vorfinanzierung ist ja das Aprilgehalt gewesen, das ist dann jetzt auch das Maigehalt, weil der Mitarbeiter vom AMS mir mitgeteilt hat, dass ich frühestens, frühestens mit der ersten Zuweisung Mitte Mai rechnen kann. Das heißt, wenn man sich das jetzt alles durchrechnet, ich brauche in diesem Zeitraum von drei Monaten ungefähr 150.000 Euro Cash, damit ich liquid bleibe und liquid bin und ich werde in diesen drei Monaten wahrscheinlich nicht einen einzigen Euro Hilfe auf finanzieller Ebene, aus finanzieller Sicht, da sehen. Das ist natürlich das, was einem Unternehmer dann schon zu denken gibt. Was ist da unbürokratisch und schnell?

Ich hatte dann noch sehr viele weitere offenen Fragen, was die Kurzarbeit betrifft. Das ist angegangen von der Mehrbelastung für den Mitarbeiter, wann, wo, wie, was, und was weiß ich noch alles. Ich will das jetzt gar nicht mehr weiß Gott wie ausführen. Ich kann nur eines

sagen, die Antworten, die ich da vom AMS bekommen habe, waren die, er kann mir das jetzt alles wirklich nicht sagen, weil das ist alles noch in so einem Graubereich drinnen, aber ich soll einfach einmal das so laufen lassen, wie ich es brauche, und wie es nötig ist für die Firma, dass die Situation aufrecht erhalten werden kann. Wir werden das alles im Nachhinein regeln.

Also, da frage ich mich natürlich auch, ich brauche doch eine Rechtssicherheit heutzutage als Unternehmer. Ich kann doch nicht einfach mich in diesem Graubereich bewegen. Ich bin natürlich auch froh, dass wir zusätzliche Unterstützung aus Oberösterreich bekommen, dass auch da ein Paket unterwegs ist, aber man sollte sich schon genau anschauen, wann und wo das Geld dann auch schließlich und endlich ankommt.

Die Unternehmen kämpfen um die Existenz und haben aufgrund der genannten Situation natürlich teilweise wenig Hoffnung. Es ist nervenaufreibend, kann ich euch sagen. Man ist ja nicht nur für sich selbst und für das Unternehmen verantwortlich, man ist ja auch für die Mitarbeiter verantwortlich, und das ist dann in dieser Zeit schon oft so, dass man da schlaflose Nächte hat. Und ich komme schon zum Schluss.

Wenn man den Stecker zieht, sollte man vorher wissen, wo überall das Licht ausgeht, wie man es, wenn man es braucht, wieder aktivieren kann, und das wurde hier nicht so gemacht, wie es gemacht werden hätte sollen, und das laste ich eben auch der Regierung an.

Es wurde so viel zerstört, was man nicht mehr gutmachen kann. Wir alle werden natürlich die Rechnung dafür präsentiert bekommen. Wir werden die nächsten zehn bis 15 Jahre diese Suppe auch zum Auslöffeln haben. Deswegen ist es so wichtig, setzen wir die Maßnahmen jetzt so, dass man nicht noch mehr zerstört. Viele werden es danken, dass wir dann wieder in eine positive Zukunft schauen können.

Es ist heute schon erwähnt worden. Die Oberösterreicher sind da gut aufgestellt. Die Oberösterreicher werden mit Sicherheit versuchen, das Beste daraus zu machen. Wir halten zusammen, und wie gesagt, wichtig ist jetzt nur, dass man aus den eventuell gemachten Fehlern, die wir jetzt in diesen paar Wochen gemacht haben, auch etwas lernt, das schnell ändert, damit wir in eine positive Zukunft schauen können. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Uli Böker.

Abg. Böker: Ich bin ein bisschen irritiert. Ja, sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich bin jetzt wirklich ein bisschen irritiert, weil ich habe jetzt geglaubt, ich habe jetzt eine falsche Rede vorbereitet, aber ich versuche, jetzt die Beilage 1336/2020, ich glaube, ich bin da schon richtig. Könnt ihr mir helfen, ja. Weil mein Kollege Schießl hat sich jetzt irgendwie, glaube ich, auf eine andere Beilage konzentriert, wenngleich seine Rede ja sehr impulsiv und auch interessant war.

Ja, dieser Virus Covid-19 hat uns ziemlich stark getroffen. Heute haben manche Vorredner gesagt, es ist eine Zumutung, der Andere, es ist eine Belastung. Es ist für viele existenzbedrohend, es ist aber auch schmerzhaft, und bevor ich mich dann wirklich konkret auf diese Beilage konzentriere, möchte ich nur sagen, ich persönlich erlebe das auch sehr schmerzlich, denn drei meiner vier erwachsenen Kinder arbeiten in der Gastronomie, im Tourismus, in der Hotellerie, und sie sind alle existenzgefährdet. Und das ist wirklich momentan ein Riesendrama.

Aber, um jetzt wirklich auf diese Beilage zu kommen, im Rahmen des Oö. Covid-19-Gesetzes, ein gesamtes Bündel, also es ist schon ein sehr dickes Paket, gibt es eine Reihe von temporären und auch dauerhaften Sonderregelungen in den Dienstrechtsgesetzen, welche jene Menschen betreffen, welche in der öffentlichen Verwaltung auf Ebene des Landes, der Gemeinden, der Statutarstädte, in den Bezirksverwaltungen beschäftigt sind.

Diesen öffentlich Bediensteten spreche ich jetzt ganz an vorderster Stelle meinen großen Dank aus, dass sie im Zusammenhang mit der Bewältigung der Covid-19-Krisensituation die so wichtige öffentliche Verwaltung am Laufen halten. Einzelne Abteilungen und ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind durch die Krise unglaublich überdurchschnittlich gefordert, während natürlich andere, zum Beispiel wegen des gestoppten Kundenverkehrs, deutlich auch zurückgeschraubt wurden.

Und diese Änderungen, und ich konzentriere mich hier wirklich auf die öffentliche Verwaltung, umfassen drei Bereiche, erstens wird die dauerhafte Rechtsgrundlage zum befristeten Einsatz von öffentlich Bediensteten im Krisenfall bei anderen öffentlichen Trägern geschaffen, insbesondere zur Sicherung der kritischen Infrastruktur.

Und wir wissen, wie wichtig diese kritische Infrastruktur für das Laufen halten unserer Lebensgewohnheiten ist. Zweitens kann während der Corona-Pandemiekrise der Verbrauch von Alturlaubsguthaben aus vorangegangenen Jahren im Umfang von maximal zwei Wochen angeordnet werden, sofern der Dienstbetrieb erheblich eingeschränkt ist.

Und drittens wird während der Covid-19-Krise eine Übernahme des Unfallfürsorgeschutzes bei Homeoffice klargestellt, sowie ein vorrangiger Anspruch auf Homeoffice sowie subsidiär eine Freistellung bei der Covid-19-Risikogruppe ermöglicht. Das sind ganz, ganz wichtige Voraussetzungen für unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der öffentlichen Verwaltung.

Die Verwaltung auf allen Ebenen ist auch in der Coronakrise eine der Stützen und wirklich tragenden Säulen unserer Gesellschaft und unserer Bevölkerung. Tausende MitarbeiterInnen halten wichtige Prozesse am Laufen oder arbeiten mit großem, übergroßem Einsatz an der Bewältigung dieser Ausnahmesituation. Ich nenne nur den Krisenstab, aber das ist jetzt nur ein Teil dieser Verwaltung.

So wie es auch in der gemeinsamen Erklärung, die wir heute gemeinsam beschlossen haben, zu lesen ist, Punkt, Punkt, Punkt, das trifft auf alle Ebenen landesweit mit den Dienststellen der Landesverwaltung und im Besonderen auch auf die Bezirksverwaltungsbehörden zu. Sie sorgen für die Umsetzung und Koordinierung der Maßnahmen vor Ort und sind so Garant für das Gesamtwohl, für Ruhe, für Ordnung und Sicherheit.

Nicht zu vergessen die kommunale Ebene mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und den Mitgliedern der Gemeinderäte sowie Gemeindeverbände sind in dieser Krisenzeit gut organisiert und leistungsfähig. Und da ist es für mich ganz unverständlich, wenn gerade in dieser Phase manche von künftigen Einsparungen in der Verwaltung sprechen, wie das Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner kürzlich tat.

Das ist komplett der falsche Ansatz. Vielmehr müssen wir, und wir sehen das jetzt in dieser Krise, die uns alle überraschend getroffen hat, die es noch nie in diesem Ausmaß gegeben hat, dass wir diese Verwaltung weiter stärken müssen, und dem Personal gebührt hier größte Wertschätzung.

In den letzten Jahren wurden durch die ÖVP und FPÖ-Landeskoalition jedes Jahr dutzende Mitarbeiterposten abgebaut. Das ist der falsche Weg. Wir brauchen eine funktionierende Verwaltung. Sie sind auch für uns Politiker und Politikerinnen das Fundament, auf dem wir unsere Beschlüsse fassen, und daher muss diese Personalabbaudebatte aufhören.

Schon bisher haben sich Einsparungen beim Verwaltungspersonal da und dort als fatal, insbesondere auch auf der kommunalen Ebene als folgenreich herausgestellt. Ich sage nur zwei, St. Wolfgang, Linz. Und da gibt es aber noch mehrere, die aufgrund der Ausdünnung des Personals fatale Folgen haben, auch für die Bürgerinnen und Bürger hier stattgefunden haben.

Eine gut funktionierende und kompetente Verwaltung ist eine der wesentlichen Fundamente, um Krisenphasen zu bewältigen und möglichst unbeschadet zu überstehen. Generell werden die Anforderungen ganz allgemein an die Verwaltung immer größer und komplexer, und von der Bekämpfung der Klimakrise bis zur Sicherung der Gesundheitssysteme brauchen wir sie dringender als je zuvor.

Und das ist nicht mit weniger Personal zu schaffen, sondern nur mit einer starken, kompetenten und auch motivierten Verwaltung. Noch einmal ein herzlicher Dank an alle, die das öffentliche Leben in so einer ungewöhnlichen Zeit am Laufen halten.

Stellvertretend möchte ich all jenen, die heute hier es ermöglichen, dass wir hier Landtag abhalten können, stellvertretend für alle anderen, meinen ganz großen Dank oder unseren ganz großen Dank aussprechen. Ich bedanke mich, und wir Grüne stimmen den Änderungen dieses Covid-19-Gesetzes selbstverständlich zu. (Beifall)

Zweiter Präsident: Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung, wobei ich feststellen muss, dass bei der Abstimmung so vorgegangen wird, dass die Beilage 1336/2020 nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen gefasst werden kann.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1336/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist. Ich bitte nun die Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1337/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass auch dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Es folgt nun die Zuweisung der Beilagen, die im Verlauf des Landtags eingelangt sind. Die Beilage 1344/2020, Initiativantrag betreffend Zugang zur COVID-19-Wohnkostenhilfe für alle in Oberösterreich lebenden Menschen, diese Beilage wird dem Ausschuss für Wohnbau, Baurecht und Naturschutz zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1345/2020, Initiativantrag betreffend Sicherstellung freier Seezugang in Pachtverträgen der LIG. Diese Beilage wird dem Verfassungs- Geschäftsordnungs- Immunitäts- Unvereinbarkeits- und Innenausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1346/2020, Initiativantrag betreffend digitales Lernen allen Schülerinnen ermöglichen. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1347/2020, Initiativantrag betreffend Corona-Zuschlag für das Arbeitslosengeld. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Wirtschaft und EU-Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1348/2020, Initiativantrag betreffend Temporäre Verbesserung von Sozialhilfe-BezieherInnen während der Corona-Pandemie. Diese Beilage wird dem Sozialausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben nun das Programm der heutigen Sitzung erschöpfend behandelt. Ich darf auch namens des gesamten Präsidiums allen sehr herzlich für die Disziplin danken, dass die Maskenpflicht uneingeschränkt beziehungsweise vollständig durchgehalten worden ist. Und ich danke auch dafür, dass die Anwesenheit im Plenarsaal sehr diszipliniert war.

Ich schliesse die Sitzung, wünsche einen angenehmen Nachhauseweg und einen schönen Abend. Auf bald, bleibt gesund. (Beifall)

(Ende der Sitzung: 18.58 Uhr)